Schwerpunkt Kunstmarkt

politik und kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

Nr. 03/11 · Mai – Juni 2011 www.kulturrat.de 3,00 € · ISSN 1619-4217 · B 58 662

KUNSTMARKT
Der Galerist, das unbekannte Wesen. Die Hintermänner des Kunstbetriebs lassen tief blicken – in ihre Arbeit, in ihre Persönlichkeit.
Seiten 1 bis 8

KULTURELLE BILDUNG
Pakete sind zumeist sperrig. Wie schultert die Bundesregierung das Bildungspaket? Welche Auswirkungen wird es auf die Teilhabe an Kultur für Kinder haben?
Seiten 10 bis 14

BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT
Phineo bringt zusammen, was zusammen gehört? Schon gehört, Sie hören bald vielleicht nichts mehr. Amateurtheater sind bedroht.
Seiten 15 und 16

AUS DEN LÄNDERN
Kultur ist Ländersache. Da liegt die Frage nahe: wie sind die Bundesländer in Sachen Kultur aufgestellt? Einsichten aus Niedersachsen, Hamburg und Sachsen-Anhalt.
Seiten 18 und 19

ISLAM · KULTUR· POLITIK
Welche Ansichten über die Veränderungen in arabischen Ländern vertritt die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik? Wie ist Deutschland aufgestellt?
Beilage Seiten 1 bis 8

Editorial

Entfremdung

Fukushima ist nicht nur eine beispiellose Katastrophe in einem halben Dutzend Kernkraftwerken gleichzeitig, sondern das Menetekel der Entfremdung unserer Gesellschaften von der Realität. Gefahren, wie Erdbeben, gehören zum Leben, eine gefahrlose Welt wird es nicht geben. Und trotzdem tun wir als Gesellschaft so, als wären wir unverletzlich und stünden über der Macht der Natur.

In meiner Kindheit heulte regelmäßig die Sirene auf dem Dach des Rathauses zum Probealarm. Feueralarm, ABC-Alarm und dann eine Minute Dauerton zur Entwarnung. Der Alarm hat einem die Verletzlichkeit der Gesellschaft regelmäßig vor Augen geführt. Heute sind die Sirenen fast überall abgebaut.

Wir haben uns entfremdet vom Leben. Damit sind nicht nur die Gefahren gemeint, denen wir durch die Natur ausgesetzt sind, sondern wir sind auch entfremdet von der Faszination des Lebens um uns. Wenn ich in Berlin einen Spaziergang durch den Grunewald mache, besuche ich gerne zum Abschluss das Ökowerk am Teufelssee. In einem alten, stillgelegten Wasserwerk sind ein Bauerngarten, Teiche und Insektennistwände aufgestellt. In den Sommermonaten bevölkern junge Familien das Gelände. Die Kinder löchern ihre Eltern, was ist das für ein Krabbeltier, wie heißt die Blume, iiii eine Schlange? Und die Eltern stehen oft genauso ratlos davor wie ihre Kinder. Vorsicht vor den Wespen, warnen sie ihre Kinder, wenn harmlose Grabwespen ihre Nesträhren anlegen. Oftmals schaudert es mich, wenn ich die zwar oft fantasievollen, aber vollkommen unsinnigen biologischen Erklärungsversuche der Eltern für ihre Kinder mitanhöre.

Wohl bemerkt, es handelt sich bei den Besuchern des Ökowerkes gerade nicht um die sonst gerne beschworenen bildungsfernen Schichten, sondern um das gut ausgebildete, oft akademische Bürgertum aus Berlin-Charlottenburg, Wilmersdorf oder Zehlendorf. Viele von diesen jungen Eltern haben im Schulunterricht gelernt, welche Rolle Adenosintriphosphat oder Polynucleotide beim Aufbau von Pflanzenzellen spielen, von den Pflanzen selbst als Teil unserer Umwelt haben sie ganz offensichtlich nur wenig erfahren.

Wir setzen uns als Deutscher Kulturrat richtigerweise vehement für mehr kulturelle Bildung in Schulen und Vorschulen ein. Aber kann man eigentlich Kultur erfahrbar machen, wenn selbst ein Mindestmaß an Naturbildung fehlt. Müssten wir uns nicht ebenso für einen wirklichen Naturkundeunterricht einsetzen, wie wir uns für Musik- und Kunstunterricht stark machen?

Fukushima wird ein Wendepunkt bei der Erzeugung von Energie sein. Die Natur kann nicht beherrscht werden, sie ist letztendlich stärker als Spundwände und Stahlbetonummantelungen. Vielleicht wird Fukushima aber auch zu einem weiteren Umdenken zwingen. Nur wer die Natur kennt, kann in ihr einigermaßen sicher leben, das gilt auch im 21. Jahrhundert. Naturkenntnis und kulturelle Entwicklung sind untrennbar verbunden. Auch das lehrt uns in erschreckender Deutlichkeit die Katastrophe in Fukushima.

Olaf Zimmermann, Herausgeber von politik und kultur ■

Was sich alles ändern muss

Ein Plädoyer aus Galeristensicht • Von Klaus Gerrit Friese

Jörg Immendorff, Café Deutschland I, 1977/78 Acryl auf Leinwand 282 x 320 cm, ML 1431 Schenkung Ludwig 1986
© Jörg Immendorff, Courtesy Galerie Michael Werner Märkisch Wilmersdorf, Köln & New York

Als vor einigen Jahren das Konzept der Initiative zur Kreativwirtschaft durch das Bundeswirtschaftsministerium und den Kulturstaatsminister entwickelt wurde, glaubten wir an einen Aufbruch. Genau dieses mit relevanten finanziellen Mitteln ausgestattete Instrument einer institutionalisierten Zusammenarbeit von Politik und Kulturwirtschaft erschien dem Bundesverband Deutscher Galerien (BVDG) als stilbildend und konzeptionell richtig.

Jetzt müssen wir ein erstes Resümee ziehen, das mit folgender Frage beginnt: Warum sind Galerien nicht in die Fördermaßnahmen zur Kreativwirtschaft einbindbar?

In den regionalen und überregionalen Wettbewerben gab es einige Anträge von Galerien, die allesamt nicht zum Zuge kamen. Viel bedauerlicher aber ist: durch die im Bereich dieser Initiative gesetzten Ausschreibungsbedingungen sind Galerieanträge – die eine in der Regel eigene Struktur haben, die ich gleich an einem Beispiel erläutern will – von vorneherein unmöglich. Sie sind zum Scheitern verurteilt.

Ritualisierte Antragslyrik der intendierten Clusterbildung hingegen – allein schon dieses unsinnliche Wort verdeutlicht das Problem – erhielt unabhängig von der Qualität des Projekts, den geringen Realisierungschancen und der geringen Überlebensfähigkeit im Markt gerne einen Zuschlag, weil sie mit dem Zauber des Kulturübergreifenden, Branchenübergreifenden die Jurys lockten.

Der BVDG stellte ein klares mehrstufig gegliedertes, ineinander verwobenes Projekt vor: ein Kunsthandelsstudium – die Ausbildung von zehn bis zwölf Studierenden in einem Masterstudiengang –, verbunden mit der Möglichkeit von Projekträumen für die Studierenden; die finanzielle Förderung des ZADIK, des weltweit einzigen Spezialarchivs für die Geschichte des Kunsthandels – sozusagen eine der Studiumsgrundlagen und eine Veranstaltungsreihe „Über Kunst“, die die inhaltliche Diskussion über Kunst mit allen relevanten Gesprächspartnern aus dem Bereich der Museen, der Sammler, der Kuratoren, der Künstler in die Galerien selbst zurückholt.

Der Leser erkennt schnell: dieses Konzept bietet viel, strukturiert die Voraussetzungen für den Markt der Galerien auf eine schlüssige Weise,

Weiter auf Seite 2

Kultur-Mensch

Michael Werner

Der Galerist und Kunsthändler Michael Werner wurde mit dem diesjährigen Art Cologne Preis ausgezeichnet. Er wird damit für sein Lebenswerk in der Vermittlung zeitgenössischer Kunst geehrt. Wie nur wenige andere Galeristen hat Werner deutsche Künstler weltweit platziert und sie sowohl im Kunstmarkt als auch in den zeitgenössischen Museen präsentiert. Werner setzt mit seiner Galeriearbeit, wie es in der Begründung zum Art Cologne Preis heißt, Maßstäbe in der Galeriearbeit auf höchstem Niveau.

Werner steht für einen Kunsthandel, der auf einer engen, geradezu symbiotischen Beziehung von Künstler und Handel basiert. Der Name Michael Werner ist eng verbunden mit heute weltweit bekannten Künstler wie Markus Lüpertz, Jörg Immendorff, Georg Baselitz oder auch Sigmar Polke.

Foto: Galerie Michael Werner

4 195981 603008 03

Fortsetzung von Seite 1

Was sich alles ändern muss

ohne zuviel zu versprechen. Vor allem verspricht es nicht, dass Freie Gruppen, innovative Medien-Start-ups, Kunsthandwerker und Spitzenklöpplerinnen in eine nachhaltige Struktur softer Kultur eingebunden werden. Nein, unser Bereich ist eben so speziell, wie aus meiner Sicht, wenn sie denn hochklassig ist, jede kulturelle Äußerung, die entsteht, ist. Dadurch fielen wir aus dem Förderschema – die beantragte Summe war vergleichsweise gering – einfach heraus. Das ist Bildung, zu wenig Wirtschaft, hochinteressant, aber gehen Sie damit woanders hin, hieß es.

Das ist es natürlich nicht, antworte ich, es ist genuine Wirtschaftsförderung, mit Geduld und Sinn. Wir treten also sinnlos, frustrierend und unangenehm auf der Stelle, und nehmen auf diese Weise schlecht belehrt wieder einmal zur Kenntnis, dass es Galerien in der Geschichte der Bundesrepublik nicht gelungen ist, ihre besondere Funktion als Wirtschafts- und Kulturunternehmen in einem in unverrückbarer Innigkeit in das Bewusstsein aller zu bringen.

Ich wiederhole stanzenartig die wichtigsten Dinge: Der internationale Erfolg deutscher Kunst seit den 1960er-Jahren beruht im Wesentlichen auf der Arbeit der Galerien. Jeder Künstler von Rang und Gewicht zeigte und zeigt seine Dinge zunächst in Galerien. Die ersten Vermittlungen von Künstlern in die Institutionen hinein – und natürlich nicht nur die ersten – werden von Galeristen geleistet. Damit will ich es bewenden lassen, denn die Implikationen der Sache liegen auf der Hand: die Entwicklung der Bildenden Kunst in Deutschland – und in der Welt – ist ohne die Dynamik von Galerien undenkbar.

Wo also liegt das Problem? Wir alle wissen durch die wenigen greifbaren Studien, dass es um die ökonomische Situation der Galerien in der Regel nicht gut bestellt ist. Den wenigen zurecht hocherfolgreichen Galerien steht die den Humus der Kultur bildende große Zahl der sogenannten kleinen Galerien gegenüber, die mit Mühe sich selbst reproduzieren können.

Aber unausrottbar ist das ja an sich wünschenswerte Bild des reichen Galeristen, das nur ein Zerrbild der Realität ist, die die Mühsal des Täglichen zur Genüge kennt. In diesem Irrglauben aber liegt ein Grund für die nicht adäquate Wahrnehmung von Galeriearbeit.

Ebenso unausrottbar scheint bedauerlicherweise die Dichotomie von Galeristen und Künstlern zu sein. Diese – mit ihren Verbänden die Nähe zur Politik seit langem kennend und gestaltend – nutzen dies zum Beispiel zur Bestärkung der unsäglichen, Galeristen ausschließenden Vergabepraxis der Gelder für Kunst am Bau mit den beklagenswert sichtbaren Konsequenzen. Ein anderes Beispiel mit großen Folgen: Die Künstler erreichten die in unnachahmlicher deutscher Konsequenz durchgeführte Einführung des Folgerechts mit seit 30 Jahren perpetuierten Wettbewerbsnachteilen für sie und den Kunsthandel im europäischen Kontext.

Weiter: Die Künstlersozialkasse wird von der Politik als in Europa einzigartige Sozialleistung für die Kulturschaffenden stets als modellhaft dargestellt. In Wahrheit ist sie mit bald 170.000 Versicherten – unter ihnen Scheinkünstler, Webdesigner, Begräbnisredner und Visagisten – jenseits jedes Sinns und ihrer Durchführbarkeit angelangt. Und sie potenziert mit ihrer gerade im Bereich der Bildenden Kunst hohen, an der Künstlerprovision prozentual ausgerichteten Belastung die ohnehin evidenten strukturellen Probleme des Kunstmarkts.

Und noch vieles Schlechte wäre zu nennen: Statt einer klaren gemeinsamen Linie des Miteinander wurde ein künstliches schädliches Gegeneinander aufgebaut. Damit sollten wir im Interesse aller Marktteilnehmer schleunigst aufhören. Die Politik kann dies simpel bewerkstelligen durch die Beteiligung von Galerien und ihrem Verband an den Wirtschaftsförderprogrammen der Bundesregierung, durch die selbstverständliche Teilnahme von Galeristen an Kunst am Bau-Programmen, durch die Erweiterung von Künstlerstipendienprogrammen auf Galerien.

Dies alles ist kein Hexenwerk, erfordert mehr guten Willen als Geld und dient einem: der Förderung der Kunst.

Die Gesellschaft, die in ihrem Wiederaufbauwillen nach der Wirtschaftskrise 2008 die ökonomische Gesundung mit Riesenschritten feiert, vergisst in ihrer scheinkonservativen Rückbesinnung auf Bekanntes die junge, nicht auf den ersten Blick eingängige, noch nicht durchgesetzte Kunst. Die Erfolge der sicheren Werte auf den Auktionen, in den Galerien dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die zarte Pflanze der Avantgarde, die die uns Folgenden in 50 Jahren als selbstverständliche Kultur erleben werden, der Pflege und des Hinschauens bedarf. Sie ist besonderen Belastungen ausgesetzt: der schnelle Hype bis 2008 hat Spuren im Bewusstsein der Sammler hinterlassen, die wir Galerien selbstkritisch hinterfragen müssen. War jeder Preis angesichts der heute Aufgerufenen gerechtfertigt? Müssen wir in der Auswahl und der Präsentation nicht auch sprachlich präziser werden? All das muss von uns Galerien analysiert und beachtet werden und wir müssen die richtigen Antworten im Rahmen unserer Gestaltungsmöglichkeiten in den Galerien, auf den Messen, im Umgang mit den Sammlern und Kuratoren finden. Sie liegen, wie ich auszuführen versuchte, im kulturpolitischen Bereich auf einer bisher vernachlässigten Hand. Man muss nur zugreifen, um im Kunstmarkt substantiell das Bessere zu bewirken. Das wird, so denn das Positive umgesetzt wird, in unserem wunderbaren Markt dazu führen, dass manches klarer ist, vermittelbarer wird und der Kulturarbeit des Galeristen eine größere Anschauung und Wirksamkeit gibt.

Der Verfasser ist Galerist in Stuttgart und Vorsitzender des Bundesverbandes Deutscher Galerien e.V., Berlin ■

Klaus Gerrit Friese bei der Art Cologne-Preisverleihung an Michael Werner am 14. April 2011 im Historischen Rathaus zu Köln **Foto: Koelnmesse**

Inhaltsverzeichnis

EDITORIAL

Entfremdung
Von Olaf Zimmermann 1

KULTUR-MENSCH

Michael Werner 1

KUNSTMARKT

Was sich alles ändern muss. Ein Plädoyer aus Galeristensicht
Von Klaus Gerrit Friese 1

„Ich wollte meine eigenen Hierarchien“
Birgit Maria Sturm im Gespräch mit dem Kunsthändler Michael Werner 3

Mehr Gerechtigkeit für die Galerien!
Ein Kommentar von Olaf Zimmermann 6

Fokus auf den Kunstmarkt
Von Hans-Joachim Otto 7

Showsammler und Global Player
Von Jürgen Raap 7

Zeitgenössische Kunst unter dem Hammer
Von Henrik Hanstein 8

Galerie, Handel, Sammler und Museum. Das alte Glücksklee blatt lebt weiter
Von Ulrich Krempel 8

KULTURELLE BILDUNG

Über Werte, Technik und Kultur
Von Max Fuchs 10

Umsetzung in der Kultur. Das „Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder“
Von Klaus Hebborn 11

Chancen und Risiken für die kulturelle Bildung
Von Jörg Freese 12

Wie viel kulturelle Bildung steckt im Bildungspaket?
Von Gerd Taube und Stephan Schmitz 12

Keine Kinder zweiter Klasse durchs Bildungspaket
Von Matthias Pannes 13

Interkulturelle Bildung – eigentlich eine Selbstverständlichkeit
Von Olaf Zimmermann 14

BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

Viel Lärm um Nichts?
Von Andreas Rickert 15

Wozu ein Bundesfreiwilligendienst?
Ein Kommentar von Rupert Graf Strachwitz 15

Bedrohung der kulturellen Breitenversorgung
Von Katrin Kellermann 16

LUTHER 2017

Mein Luther – ihr Luther?
Von Regine Möbius 17

MOMMERT MEINT

Von Wilfried Mommert 17

AUS DEN LÄNDERN

Suchen nach passgenauen Lösungen
Von Johanna Wanka 18

Verlässlichkeit und Dialog mit der Kultur
Gabriele Schulz im Gespräch mit Barbara Kisseler 19

Verzahnung der Säulen Bildung und Kultur
Gabriele Schulz im Gespräch mit Stephan Dorgerloh 19

EINSPRUCH

Die Herausforderung des Islams
Von Steffen Reiche 20

GOETHES WELT

Warum lernt Manuel Baroso deutsch?
Von Daniela Weingärtner 21

URHEBERRECHT

Ein Sieg für das Urheberrecht
Gabriele Schulz im Gespräch mit Robert Staats 21

IN EIGENER SACHE

Drei Fragen an den neu gewählten Vorstand 22

Aktionstag „Kultur gut stärken“
Von Stefanie Ernst 22

KULTURMENSCHEN 23

30 JAHRE DEUTSCHER KULTURRAT

Die Kreativen müssen sprechen, nicht die Funktionäre
Gabriele Schulz im Gespräch mit Gerhard Pfennig 24

KULTURELLES LEBEN

Züchtlinge
Von Georg Ruppelt 25

„Heute blau, morgen blau, und...“
Von Kai Ehlert 26

PORTRÄT

Augenblicksnotizen. Arno Fischer im *puk*-Portrait
Von Andreas Kolb 27

RESOLUTION

Resolution des Deutschen Kulturrates zur Stellungnahme der Bundesregierung zur Aufgabenplanung der Deutschen Welle 27

KURZ-SCHLUSS

Wie ich einmal völlig zu Unrecht in die Fänge der Geheimdienste geriet
Von Theo Geißler 28

BEILAGE
ISLAM · KULTUR · POLITIK

Der Aufklärung verpflichtet
Von Patrick Bahners 1

Fortsetzung folgt
Von Olaf Zimmermann und Olaf Hahn 2

Deutschland muss sich neu erfinden
Kristin Bäßler im Gespräch mit Hilal Sezgin 3

Künstler als Schrittmacher moderner Gesellschaften
Von Monika Grütters 4

Schlüsselrolle der Kultur
Von Harald Leibrecht 5

Guten Morgen, Abendland!
Von Ulla Schmidt 5

Wider den Geist des Ressentiments
Von Claudia Roth 6

Islam und Aufklärung
Von Nikolaus Schneider 6

Recht und Islam
Gabriele Schulz im Gespräch mit Sabine Leutheusser-Schnarrenbeger 7

Islam · Kultur · Politik
DOSSIER ZUR POLITIK UND KULTUR
Januar – Februar 2011 www.kulturrat.de ISBN 978-3-934868-26-7 · ISSN 2191-5792 · B 58 662

Zweifellos
Editorial von Olaf Zimmermann

„Dies ist die Schrift, an der nicht zu zweifeln ist“, so beginnt die zweite Sure nach dem obligatorischen „Im Namen des all-barmherzigen und all-gnädigen Gottes“ im Koran, der heiligen Schrift der Muslime. Mich hat dieses Buch schon lange interessiert, obwohl ich es wegen meiner mangelhaften Sprachkenntnisse nicht im arabischen Original lesen kann, sondern auf, wie viele Muslime sagen, absolut unvollkommene, weil entstellende, deutsche Übersetzungen angewiesen bin. Und trotzdem begeistert mich die besondere Sprache, die ich auch in den Übersetzungen zu spüren glaube. Wie bei weltlicher Lyrik oder den Psalmen aus dem Alten Testament lasse ich mir auch die Suren am liebsten von meinem iPod bei langen Zugfahrten vorlesen. Es eröffnet sich ein unvergleichlicher kultureller Kosmos.

Wenn ich dann auf einer solchen Zugfahrt eine Tageszeitung aufschlage, finde ich mit großer Wahrscheinlichkeit mindestens einen Artikel über den Islam in enger Verbindung zu Terror und Menschenrechtsverletzungen. Kälter kann eine kalte Dusche kaum sein!

Nachdem sich die Redaktion von politik und kultur, der Zeitung des Deutschen Kulturrates, vor einigen Jahren an das Thema „Die Kirchen, die unbekannte kulturpolitische Macht“ gewagt hatte und nach deutlichen positiven, wie auch manchen negativen Reaktionen die Diskussion über die kulturelle Rolle der beiden christlichen Kirchen in Deutschland, so glaube ich, befördert wurde, war das Thema Islam schon lange überfällig. Überfällig, weil in Deutschland fast vier Millionen Muslime leben und unsere Kultur mit prägen und weil wenige Begriffe so viele Emotionen auslösen wie die Worte: Islam und Muslim.
Ich will nicht verschweigen, dass der Weg zu diesem Dossier ein steiniger war. Nicht weil wir

Islam • Kultur • Politik
Dossier zu politik & kultur

Im Netz abrufbar unter www.kulturrat.de/dossiers/islam-dossier.pdf

„Ich wollte meine eigenen Hierarchien“

Birgit Maria Sturm im Gespräch mit dem Galeristen und Kunsthändler Michael Werner

Michael Werner zählt zu den einflussreichsten Kunsthändlern weltweit. Mit seinen Ausstellungen und Publikationen setzt er seit fast 50 Jahren Maßstäbe für Galeriearbeit auf höchstem Niveau. Durch seine Aktivitäten hat er wesentlich zur internationalen Etablierung seiner deutschen Künstler – vor allem in den USA – beigetragen. Für seine herausragenden Leistungen als Kunstvermittler erhielt er den diesjährigen ART COLOGNE-Preis. Im Gespräch mit Birgit Maria Sturm gibt Michael Werner einen Einblick in seine Anfänge, seine Einsichten und Strategien als Kunsthändler und Galerist.

Preisträger des Art Cologne Preises 2011 Michael Werner, bei der Preisverleihung mit Jürgen Roters, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Koelnmesse GmbH und Oberbürgermeister der Stadt Köln. **Foto: Koelnmesse/Uwe Weiser**

Birgit Maria Sturm: Herr Werner, Sie arbeiten seit Jahrzehnten mit einer sehr erfolgreichen Gruppe von Künstlern zusammen – mit Georg Baselitz, A.R. Penck, Markus Lüpertz und Per Kirkeby; Jörg Immendorff und Sigmar Polke gehörten auch dazu. Wie muss die Beziehung von Künstler und Galerist beschaffen sein, um so viele Jahre zu halten?

Michael Werner: Es ist nicht so, dass da eine Gruppe operiert; es gibt kein Organisationsprinzip und kein Geheimnis. Die Künstler sind einzelne Individuen, die sich über die Zeit durch mich als Katalysator akkumuliert haben. Meistens funktioniert die Zusammenarbeit schlechter als es aussieht, denn es gibt immer Auseinandersetzungen. Mich faszinieren die Exzentriker, die schwierige und interessante Kunst machen. Im Grunde genommen war ich so eine Art legale Mätresse der Künstler. Ich war immer mit ihnen zusammen, habe intellektuell und emotional mit ihnen gekämpft – es war ein Äquilibrium. Mein Prinzip war allerdings, dass ich nur Künstler vertreten habe, die nur mit mir gearbeitet haben. Baselitz spielte eine besondere Rolle, er war von Anfang an der Motor, der Pusher für mich.

Sturm: Wie war Ihre erste Begegnung mit Georg Baselitz?

Werner: Ich war seit 1958 Adlatus von Rudolf Springer, der eine Galerie am Kurfürstendamm hatte. Eines Tages kamen zwei Jungen mit einer Riesenrolle unter dem Arm herein. Offensichtlich Künstler: lange Haare bis auf die Schulter, lange Mäntel bis auf die Füße, beide kreidebleich. Ein Plakat mit viel Text kündigte ihre Ausstellung in einem Abrisshaus am Fasanenplatz an. Und weil mein Chef verreist war und ich der größte Kunsthändler aller Zeiten, habe ich ihr Manifest an das Schaufenster geklebt. Sie schauten zu und rauchten Kette. Nach höflichem Dank verschwanden sie wieder. Ich sah mir die Sache genauer an und dachte: so ein reaktionäres Zeug!

Berlin war damals eine interessante Insel mit vielen Verrückten. Einige davon frequentierten die Galerie, darunter ein Reporter namens Martin Buttig. Er kam kurz nach den beiden, schaute auf das Plakat und sagte, dass ich mitkommen sollte – zur Ausstellung von Georg Baselitz und Eugen Schönebeck. Sie waren hochneurotische junge Männer und hatten eine Abmachung: So lange zu zweit ausstellen, bis sie berühmt sind. Dann bekam Schönebeck von der Stadt eine Einzelausstellung angeboten, was ihm Baselitz so übel nahm, dass er den Kontakt abbrach. Mit Schönebeck hatte ich später meinen ersten Vertrag, was ganz naiv und sinnlos war, denn ich verdiente gar kein Geld.

Sturm: Was war entscheidend dafür, dass Sie Kunsthändler oder Galerist werden wollten?

Sturm: Mein Zeichenlehrer Johannes Gecelli hat mich auf diese Idee gebracht. Ich komme aus dem Kleinbürgertum, wir hatten drei Bücher zu Hause. Das war eine entsetzliche Realität und ich hatte eine große Sehnsucht nach dem Guten und Schönen. In der Galerie von Rudolf Springer war ich zumindest an der Peripherie zum Großbürgertum und Springer wurde über viele Jahre sozusagen mein Ersatzvater. Er stammte aus einer großen Verlegerfamilie, die sich auch für Kunst interessierte und schon in den 20er Jahren ein Buch über die Prinzhorn-Sammlung verlegt hatte.

Sturm: Welche ersten Erfahrungen haben sie in dieser Zeit über die Funktionsweisen des Kunstbetriebs gemacht?

Werner: Bis in die frühen 50er Jahre gab es noch eine klassische Rezeption und Einflussnahme über gewisse Kunstgesellschaften, die aus Museumsleuten, Kritikern, Intellektuellen, Künstlern und Sammlern bestanden. Will Grohmann war einer von dieser alten Garde, ein toller Mann; er hat nichts Falsches über irgendwen gesagt – uns galt er trotzdem als alter Schuh. Innerhalb dieser Gruppen wurde also geklärt, welche Künstler wichtig sind und welche nicht. Die Sammler waren bei dieser Entscheidung nur indirekt beteiligt, indem sie gekauft haben.

Eine andere Schlüsselerfahrung war, dass alle deutschen Händler damals die Kunst aus Paris bezogen. Mir wurde klar, dass im Nachkriegsdeutschland keine Künstlerhelden wie in Italien oder in Frankreich erwachsen konnten. Hinzu kam, dass – bis heute – in Deutschland das künstlerisch Herausragende nicht erkannt, sogar zu zerstören versucht wird. Das zeigte sich zum Beispiel an Ernst Wilhelm Nay, dem bedeutendsten Maler Deutschlands nach dem Krieg. Er wurde mit einem Schlag von dem Kritiker Hans Platschek gefällt, der in einem Artikel die Kreise in Nays Bildern gezählt und ihn lächerlich gemacht hat. Das ist das Modell für die Kunstrezeption in Deutschland: Das Herausragende ist missliebig.

Sturm: Da wehte in der Galerie Springer sicher ein anderer Wind. Wie ging es dort weiter?

Werner: Das habe ich schon oft erzählt.

Sturm: Aber nicht den Lesern dieser Zeitung.

Werner: Ich bin nach zwei Jahren bei Springer herausgeflogen, weil ich zu arrogant geworden war. Über seine Ausstellung mit Uwe Lausen sagte ich zu Springer: Das ist völliger Unsinn. Ich hatte damals Franz Dahlem kennen gelernt, der Beziehungen zu den untergründigsten Leuten hatte, auch zur Hochfinanz. Er schickte einige von ihnen in die Galerie, damit sie ein paar hundert Mark für ein Bild von jungen Künstlern ausgeben. Der Chef war wieder einmal auf Reisen. Eines Tages kam der Industrielle Harald Quandt herein. Ich sagte zu ihm: Den Lausen brauchen Sie gar nicht anzugucken, das ist alles Mist. Er hat nichts gekauft. Kurz darauf kam Rudolf Augstein; das Spiel wiederholte sich und auch Augstein hat nichts gekauft. Als mein Boss zurückkam, meinte er, es sei an der Zeit, dass wir uns trennen.

Sturm: Danach haben Sie mit Benjamin Katz als Partner 1963 eine eigene Galerie gegründet, die einen recht spektakulären Anfang hatte.

Werner: Benjamin Katz wollte eine Galerie eröffnen, wusste aber nicht, wie das geht – aber ich wusste es. Er stand unter der Kuratel eines reichen Onkels und war immer umgeben von merkwürdigen Figuren, die von ihm lebten. Wir eröffneten unsere Galerie schräg gegenüber von Springer auf dem Kurfürstendamm.

Nach der Baselitz-Eröffnung saß ich mit Martin Buttig in einer Kneipe. Es wurde viel Bier und Schnaps getrunken und irgendwann sagte er: Noch nie ist irgendein Künstler ohne Skandal berühmt geworden, wir brauchen einen Skandal. Wie er das machen wollte, frage ich ihn. Das sei relativ einfach. Er ging zum Telefon, kam zurück und sagte: Wir haben den Titel! Ich hatte nicht verstanden und um Mitternacht gingen wir nach Hause. Um fünf Uhr rief er an: Ob ich schon Zeitung gelesen hätte? Ich sagte: Nein, ich bin gerade eingeschlafen, sind Sie verrückt geworden? Morgens lese ich dann in der Berliner Zeitung: „Skandal, Pornographie in einer Galerie am Kurfürstendamm – Staatsanwalt beschlagnahmt zwei Bilder.“ Das war eine Erfindung. Ich gehe zur Galerie, der Staatsanwalt steht schon vor der Tür und nimmt pflichterfüllt zwei Bilder mit, eines war „Die große Nacht im Eimer“.

Sturm: Das war also reine Inszenierung?

Werner: Ja, der Staatsanwalt kam erst aufgrund des Artikels. Aber der Skandal war echt und es kam auch zu einem Gerichtsverfahren. Auch Baselitz wusste nichts von der Inszenierung. Die Sache wurde sehr unangenehm und wir mussten einen Anwalt nehmen. Baselitz wurde panisch und nahm das Namensschild von seiner Wohnungstür ab. Ich war auch aufgeregt, aber als Fatalist sagte ich mir: Damit muss man umgehen, das ist besser als gar nichts. Wir hängten die Ausstellung um und hunderte Schaulustige kamen. Aber ich konnte nur ein einziges Bild verkaufen, ausgerechnet an meinen Ex-Chef Rudolf Springer. Nach ein paar Monaten – die Einrichtung der Galerie war noch nicht bezahlt – kam ich nicht mehr herein, weil der Onkel und Finanzier meines Partners das Türschloss ausgebaut hatte.

Sturm: Ihre zweite Galerie hieß „Orthodoxer Salon“ – eine Kampfansage gegen die Idee der Avantgarde mit ihren Präferenzen der informellen und konzeptuellen Kunst in jenen Jahren. Sie sind dann von Berlin ins Rheinland gegangen, nach Köln, in das Zentrum des deutschen Kunsthandels.

Werner: Der Galeriename und die Kunst, die ich zeigte, waren eine Provokation. Es ging der Kunstwelt vollends gegen den Strich, dass ein Künstler, Baselitz, in einem scheußlichen Atelierton wie im neunzehnten Jahrhundert gemalt und bei seinen Figuren auch noch die Geschlechtsteile gezeigt hat.

1968 habe ich Berlin verlassen, weil ich dort nichts verdienen konnte. Ich erfuhr durch Christoph Joachimides von einer Kölner Galerie, die halb pleite war. Ich bin hingefahren und habe dem Inhaber gesagt: In drei Monaten schreibe ich schwarze Zahlen. Ich hatte 50 Mark, zwölf Bilder von Baselitz, zehn Bilder von Penck und sechs von Lüpertz. Ich habe im Galeriekeller geschlafen und ging zum Duschen ins Agrippa-Bad. Ich kannte niemanden, war völlig isoliert und musste noch ein paar Monate das alte Programm dieser Galerie Hake durchziehen, unter anderem mit Objekten der Ehefrau von Mauricio Kagel. Das hatte mit mir gar nichts zu tun, ich habe das alles erlitten. Ich bat Markus Lüpertz, für den ich ein schönes Atelier gefunden hatte, ebenfalls nach Köln zu kommen. Aber das lief nicht lange gut, weil ich mich mit seiner Frau zusammen getan habe und er mich totschlagen wollte. Er ging zurück nach Berlin und ich verlor ihn für ein paar Jahre an eine andere Galerie. Auch Baselitz war in dieser Zeit in einer anderen Galerie untergebracht, bei Heiner Friedrich. Man brauchte ja Geld – es ging immer darum, Geld zu beschaffen. Geld für Ausstellungen, für Ankäufe, für die Künstler. Und Heiner Friedrich hatte Geld.

Sturm: Was haben Sie konkret unternommen, um Ihre Künstler nach vorne zu bringen?

Werner: Das war ein langer Prozess. In der rheinischen Szene wurde in den 1960er-, 70er-Jahren richtig viel verdient, vor allem mit Zero-Kunst. Die Künstler, mit denen ich mich umgab, wollte kaum jemand – sie galten dieser Kunstwelt als Arschlöcher. Ich habe ganz naive Dinge angestellt, um sie in die Szene zu integrieren. Zum Beispiel zeigte ich in einer Zero-Gruppenausstellung auch Bilder von Baselitz. Meine Illusion war: Wenn ich mit Uecker befreundet bin, dann ist auch Baselitz automatisch integriert. Als ich Ausstellungen mit Konzeptkunst organisierte – mit Daniel Buren und Niele Toroni –, wurde Baselitz stocksauer. Jahrelang war er der Einzige – zusammen mit Lüpertz, Penck und Höckelmann. Nun sah er, dass ich mit einem Stall von Künstlern arbeitete. Konzeptkunst war für ihn die reine Aberration. Und ich wollte ja eigentlich seine Kunst durchbringen, denn auch mich interessierte es nicht, wenn einer nur Dreiecke verschiebt.

Ich habe mich immer dagegen gewehrt, dass man uns, also meine Künstler, verachtet hat. Dagegen setzte ich die Methode des konstanten Behauptens, der konstanten Wiederholung, des konstanten Ausstellens. Wenn beispielsweise jemand behauptet hat: Fred Thieler ist ganz groß – dann habe ich gesagt: Kann sein, aber Baselitz ist größer.

Scheinbar erklärte es sich von selbst, wer ein großer Künstler wird, die Zeit machte das schon irgendwie. Ich wollte aber keine zehn Jahre warten, bis sich etwas bewegt. Es hat

Weiter auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

Ich wollte meine eigenen Hierarchien

sich immer nur das bewegt, was ich selbst initiiert habe. Ich wollte die Hierarchien der anderen nicht, ich wollte meine eigenen Hierarchien. Ich war damals in Deutschland der einzige Händler, der die Weltklasse seiner Künstler offensiv behauptet hat. Heute macht sich jeder seine eigenen Künstler – aber es ist sinnlos, weil der Markt segmentiert ist und es hunderte Galerien und tausende bedeutende Künstler gibt, die aber keiner kennt. Das System ist pervertiert und nur dazu da, sich selbst zu stützen.

Meine Vorbilder waren die deutschen Ausnahme-Kunsthistoriker Hugo von Tschudi und Julius Meier-Graefe, die 1906 die Große Kunstausstellung in Berlin organisierten. Sie haben strategisch versucht, deutsche Malerhelden wie den vergessenen Caspar David Friedrich oder Karl Blechen gegen Kaiser Wilhelms Vorlieben – die ganzen Kaulbachs und die Historienmaler – zu inthronisieren. Die haben eine ganz neue Haltung gesetzt und davon profitierten auch die Zeitgenossen, beispielsweise Hans von Mareés, der zwischenzeitlich leider auch wieder verschwunden ist.

Sturm: Ihre Methode der insistierenden Behauptung hatte spätestens mit Beginn der 80er Jahre Wirkung und Sie fingen an, Ihren Aktionsradius systematisch auf internationales Terrain auszudehnen.

Werner: Mir wurde klar, dass ich im Ausland bekannt werden musste, um im eigenen Land Erfolg zu haben. Alle meine Künstler, Penck ausgenommen, galten in Deutschland als reaktionär und ich konnte nur wenig verkaufen, eine quälende Situation. Zunächst hatte ich Kontakte in die Schweiz, hauptsächlich zu Johannes Gachnang, ein alter Freund aus der Berliner Zeit. Er war ein Künstlernomade, Architekturzeichner bei Scharoun, Kurator und Verleger. Er lebte in Paris, in der Türkei, in Amsterdam. Durch ihn entstand mein Kontakt nach Holland und zu Rudi Fuchs, der für mich sehr wichtig wurde. Mit beiden habe ich Ausstellungen gemacht. Die Kontakte wurden immer internationaler, es war ein sehr dynamischer Prozess, mit vielen Zufällen natürlich. Kasper König kam hinzu, mit ihm organisierte ich Penck-Ausstellungen in den USA. Die Documenta 1982 war der Auslöser für den Amerika-Boom und brachte auch für die neue deutsche Malerei den Durchbruch. Für die Etablierung der Neofiguration gab es in dieser Zeit noch andere, essentiell wichtige Ausstellungen, etwa 1981 A New Spirit in Painting in der Londoner Royal Academy.

Sturm: Sie haben Ihre Künstler gezielt im amerikanischen Kunstmarkt platziert. Wie verlief dieser Weg bis zur Gründung Ihrer eigenen Galerie 1990 in New York?

Werner: Baselitz, Lüpertz, Penck und Immendorff hatten bereits alle ihre großen Galerien in den USA. In den amerikanischen Galerien läuft es so: Bei der ersten Ausstellung ist der Künstler ein Genie, alles wird ausverkauft. Bei der zweiten Ausstellung ist der Künstler noch interessant, aber es wird nur noch die Hälfte verkauft. Bei der dritten Ausstellung ist das Interesse dann vorbei. Das wollte ich für meine Künstler nicht. Durch Sigmar Polke lernte ich meine spätere Frau kennen, Mary Boone. Polke hat dafür gesorgt, dass ich in Berlin nach der Eröffnung der Zeitgeist-Ausstellung alleine mit ihr im Taxi sitze. Mit ihrer Galerie habe ich dann zusammengearbeitet. Alle New Yorker Händler wurden informiert, dass meine Künstler ab sofort von der Galerie Mary Boone vertreten werden. Das war eine strategische Entscheidung, die ich meinen Künstlern klarmachen musste. Ich war mit ihnen am Aufsteigen und wollte die Kontrolle.

Sturm: Wie haben Sie den amerikanischen Kunstbetrieb, der mit New York den Markt bis heute dominiert, erlebt?

Werner: Der Kunstmarkt in den 50er, 60er Jahren mit seiner Pariser Dominanz war im Vergleich zum amerikanischen Markt harmlos und biedermeierlich. Für die Amerikaner zählt in der Kunst einzig und allein der Aspekt des Neuen. Inhalte interessieren nicht. Natürlich geht es auch um die Persönlichkeit des Künstlers, aber was primär zählt, ist der Erfolg. Erfolg bedeutet Umsatz. Erfolg bedeutet möglichst viel Geld. Ich habe das immer kritisch gesehen, aber die Kunstwelt hat sich genau in diese materialistische Richtung entwickelt. Es gibt viele sympathische Amerikaner, auch Kenner unter den Sammlern. Aber es gibt kaum Austausch und die Leute hören einem nicht zu. Kommt eine Krise, verkaufen sie ihre Sammlung auf Auktionen, auch zum halben Preis. Ich habe Sammler unter Druck gesetzt und gefordert, dass sie meine Künstler nicht zur Auktion bringen – anderenfalls würden sie kein einziges Bild mehr von mir bekommen. Manche haben dann Arbeiten an Museen verschenkt. Dagegen hatte ich natürlich nichts.

Sturm: Kürzlich starb die Rocklegende Captain Beefheart. Er wird unter seinem eigentlichen Namen Don van Vliet von Ihrer Galerie als Maler vertreten. Wie haben Sie ihn entdeckt?

Werner: Beefheart verdanke ich Penck. In der DDR gab es einen lebendigen LP-Schwarzmarkt und die Platten von Beefheart waren die teuersten überhaupt. Penck war – auch als Musiker – ein großer Fan von Beefheart und sagte mir eines Tages, dass der auch malt. Also habe ich Kontakt zu ihm aufgenommen. Er hatte mit der Musik aufgehört, weil er den Musikmarkt hasste. Er war als Maler absolut authentisch, aber niemand nahm das so richtig ernst. Zu seinen Ausstellungen kamen unglaubliche Freaks, Rockfans; da werden auch mal ein paar Bilder verkauft. Aber es ist mir nicht gelungen, ihn zu positionieren, bisher gab es nur eine einzige Museumsausstellung in San Francisco. Ich habe ihn ein paar Mal in Kalifornien besucht. Dort lebte er in einem Holzhaus, saß immer auf der Veranda und schaute aufs Meer hinaus. Einmal fragte ich ihn, was er sieht. Er sagte: Seals, seals, sometimes it looks like a seal, but it´s a surfer. And then a shark gets him.

Sturm: Sie standen im Zentrum einiger Auseinandersetzungen, die auch politische Konsequenzen hatten, beispielsweise im Kontext der documenta 1977, auf der erstmals offizielle Künstler der DDR gezeigt wurden.

Werner: Alle meine Künstler waren zur documenta 6 eingeladen, auch Penck. Es wurde ein Leihvertrag unterschrieben für ein nicht sehr großes, zehnteiliges Bild, das er zeigen wollte. Doch Kommissarin Evelyn Weiss erschien und sagte uns, dass es leider keinen Platz mehr geben würde. Penck war ja Abweichler und hatte das DDR-Regime gegen sich. Wir haben uns angeschrien und dann vorgeschlagen, das Bild knapp unter die Decke zu hängen, damit die Funktionäre es nicht sehen – auch das ging nicht. Manfred Schneckenburger und Evelyn Weiss ließen sich vom politischen Druck platt machen, haben das später aber immer bestritten. Daraufhin habe ich mit meinen Künstlern gesprochen und alle zogen ihre Arbeiten zurück. Es gab also keinen Baselitz, keinen Immendorff, keinen Penck – und einen großen Skandal. Auch Gerhard Richter blieb weg, weil er aus dem Osten kam und über die Vorgänge empört war.

Sturm: In den 1980er-Jahren gab es eine Reihe großer Übersichtsausstellungen, angefangen mit der „Westkunst“ bis zum „Bilderstreit“. Der Kölner Bilderstreit gab schon vor der Eröffnung das Stichwort für eine heftige Debatte, in der Ihnen Einflussnahme auf diese Ausstellung vorgeworfen wurde.

Werner: Bilderstreit war eine unkonventionelle Ausstellung, die mit subjektivem Blick die Korrespondenzen, die Provokationen der damaligen Kunst aufgezeigt hat. Solche Ausstellungen gibt es heute leider nicht mehr. Sie wurde von Johannes Gachnang und Siegfried Gohr, Eröffnungsdirektor des Kölner Ludwig-Museums, organisiert. Peter Ludwig übte großen Druck auf Gohr aus, denn er wollte, dass in dem nach ihm benannten Museum auch DDR-Künstler – die er sammelte – gezeigt werden. Aber Gohr äußerte in einem Zeitungsinterview: So lange ich Direktor bin, kommt hier keine DDR-Kunst rein. Da sah Peter Ludwig rot. Er nutzte gezielt den Presse-Rundgang durch Bilderstreit, um Siegfried Gohr loszuwerden und kommentierte, was er sah: Viele Bilder stammten von Michael Werner und Gohr stünde auf der payrole meiner Galerie. Das wurde von der Presse sofort aufgegriffen und es gab ein großes Rumoren unter den Kölner Kollegen, allen voran Rudolf Zwirner. Es wurden Protestbriefe gegen mich und gegen die Ausstellung unterschrieben. Natürlich gab es von mir Leihgaben – wie von anderen Galerien auch. Warum Kunstwerke sonst woher beschaffen, wenn man sie vor Ort haben und Kosten sparen kann? Gohr war ein sensibler Typ, der sich gegen den Skandal nicht wehren konnte. Er arbeitete später als Professor an der Karlsruher und Düsseldorfer Kunstakademie. Einen Museumsjob hat er nicht mehr bekommen, aber wir haben später noch einige fabelhafte Ausstellungen zusammen gemacht.

Sturm: Sie haben sich in den letzten zwanzig Jahren sehr auf den Kunsthandel mit deutschen Klassikern der Moderne wie Wilhelm Lehmbruck, Max Beckmann und Hans Arp konzentriert. Hingegen haben Sie relativ wenige jüngere Künstler in Ihr Programm aufgenommen – warum?

Werner: Ich habe Zeit meines Lebens geschaut und schaue immer noch, aber ich habe zuletzt nicht mehr viel gefunden. Es werden in Deutschland jedes Jahr x-Künstler produziert, denen nichts beigebracht wird. Markus Lüpertz hat 20 Jahre mit der Politik um die Autonomie der Düsseldorfer Akademie gekämpft. Er hat eine Klasse für Aktzeichnen eingeführt, seine Studenten mussten da teilnehmen. Ihm ging es um die Tradition und zeichnen zu können, ist ja nicht strafbar. Jetzt ist er draußen, aus der Akademie wurde eine Hochschule und zeichnen ist out. Mein letzter Zugang war Per Kirkeby. Ich hätte gerne mehr Künstler gehabt, das macht die Sache einfacher, aber ich konnte mich nie durchringen. Außerdem wollte ich die Künstler alleine vertreten und das wurde im Lauf der Zeit immer schwieriger. Ich bin ein Liebhaber der Malerei, aber es gibt heute eigentlich nur noch fotobasierte Malerei. Peter Doig ist einflußreich – ansonsten sehe ich keine Malerei, die traditionell fundiert ist. Das sind auch Auswirkungen dessen, was ich System nenne.

Sturm: Wie ist das zu verstehen, was meinen Sie mit „System“?

Werner: Ich habe alle meine Entscheidungen an dem Ziel ausgerichtet, eine deutsche Situation in der Kunst zu schaffen. Obwohl die deutschen Künstler sehr erfolgreich sind, gibt es immer noch keine deutsche Situation. Das liegt daran, dass sich alle Instanzen dem System angeschlossen haben. Das ist schwierig zu erklären. Als ich anfing, waren der Künstlerbund und die Museen mit ihren mehr oder weniger gebildeten Direktoren noch mächtig. Man konnte miteinander reden, einen Austausch pflegen. Heute haben weder einzelne Institutionen, noch Künstler oder Händler einen Einfluss: Alles ist System geworden, alle passen sich daran an. Auch der Künstler agiert innerhalb dieser Machtstruktur, in diesem vernetzten System. Darin lässt sich nichts revolutionieren, darin sind keine künstlerischen Ausnahmen mehr erlaubt. Wenn der Künstler das System bedient, kommt er herein. Wenn nicht, fliegt er raus. So simpel ist das. Die Kuratoren sind heute die eigentlichen Künstler, sie bedienen das System und sorgen dafür, dass es funktioniert. Ich habe kein einziges gutes Wort zu irgendjemandem zu sagen.

Sturm: Kommen wir zum Thema Kunst und Wert. Vor fast 50 Jahren haben Sie die ersten Bilder von Baselitz für dreitausend Mark verkauft. Können Sie den Bogen erklären, der

Weiter auf Seite 5

Die große Nacht im Eimer, 1963, Öl auf Leinwand, 250 x 180 cm **© Georg Baselitz**

Fortsetzung von Seite 4

von hier aus zu den heutigen Hochpreisen führt?

Werner: Ein berühmter Künstler ist ein teurer Künstler und Geld ist das Synonym für Erfolg. Das ist mit allem so. Mehr gibt es dazu nicht zu sagen.

Sturm: Aus der Perspektive Ihrer Galerie – einmal abgesehen von den langwierigen institutionellen Anerkennungsprozessen einer künstlerischen Position – gibt es dazu bestimmt noch etwas zu sagen.

Werner: Der Kunsthändler muss Zeit seines Lebens billig einkaufen und teuer verkaufen – das ist der Kern des Kunsthandels. In der Zeit dazwischen muss man arbeiten und auf Erkenntnisse setzen, die eine Wertsteigerung befördern. Voraussetzung ist, dass eine Galerie über einen Eigenbesitz an Kunstwerken verfügt. Kunsthandel kann nur erfolgreich sein, wenn er gesetzlich in die Lage versetzt wird, agieren zu können – aber die Gesetze sind in Deutschland so, dass ein Lager mit Kunstwerken steuerlich bestraft wird. Die meisten Galerien arbeiten deshalb heute auf Kommissionsbasis – was keinen Sinn hat. Ich habe immer direkt von den Künstlern viel gekauft und jede Menge Bilder verkauft. Weil man ständig Geld für die Galerie braucht, kann man nicht viel behalten. Mit den Bildern, mit denen ich damals nach Köln ging, wäre ich heute Millionär. Aber davon habe ich keins mehr, weil es opportun war, bestimmte Bilder an bestimmte Leute zu verkaufen. Ich habe zum Beispiel jahrelang versucht, Herrn Flick dazu zu bringen, Baselitz zu kaufen. Dann habe ich den Bann gebrochen mit einem Bild aus der Helden-Serie, das er bei mir erworben hat. Aber es hat nicht viel genutzt, er ist nicht auf meine Seite geschwenkt, ich konnte ihn nicht als Sammler gewinnen – ich habe das Bild sozusagen geopfert.

Sturm: Als renommierter Kunsthändler arbeiten Sie mit großen internationalen Museen zusammen. Wie nehmen Sie aus dieser Binnenperspektive die Entwicklung der Museumslandschaft wahr?

Werner: Die Museen haben nur noch ein paar Tausend Euro Ankaufsetat – das ist Schwachsinn, da kann man sie auch gleich schließen und die Bestände verauktionieren. Mit ihren Museumsnächten und ähnlichem beugen sie sich mehr und mehr dem Druck in Richtung Eventkultur. Der Anfang vom Ende aber ist die Kunst in der Fabrik. Auch mein Freund Nic Serota hat die Tate-Gallery mit einer Fabrik erweitert, ein absoluter Fehler. Und das unter der Vorspiegelung, dass die Kunst in dieser Fabrik etwas zu sagen hätte. Da geht man jetzt durch den Hintereingang, wo früher die Kohle angeliefert wurde. In die Museen werden sinnlos Installationen und Objekte hereingekarrt, die alle irgendwann verschwinden werden. Der wahnwitzige populäre Erfolg der Kunst bedeutet nicht, dass die Leute eine Vorstellung haben, worum es eigentlich geht. Hier wird ein Leiterwagen mit Wassereimer bewundert, dort ein Wassereimer mit Bowlingkugeln auf einem Tisch. Erstaunlich, dass keine Fragen gestellt werden. Alle lassen alles über sich ergehen.

Museumsleute sind auch immer weniger kunsthistorisch gebildet – wobei Kunsthistoriker fast nie eine wirkliche Beziehung zur Kunst haben. Der Direktor der Berliner Nationalgalerie beispielsweise ist Autodidakt – nicht schlimm – aber mit einer sehr schmalen Biographie. Wie soll der Mann in der Lage sein, irgendetwas Sinnvolles in der Nationalgalerie zu bewegen? Jahrelang war er Kunstvereinsleiter in Köln – ich habe dort die Elite der deutschen Kunst vertreten und er kam nie in meine Galerie. Aber er darf ignorant sein, man fordert das geradezu. Im Hamburger Bahnhof hat er lebende Elche eingesperrt und Leute konnten da gegen Bezahlung übernachten – dazu kann man sich gar nicht mehr äußern. Meine größte Beschwerde ist, dass es keine künstlerbezogene Theorie mehr gibt – eine kunsthistorische Katastrophe. Natürlich gibt es eine Menge Literatur, Lexika und Generalinterpretationen, aber es gibt nichts über die deutsche Malerei der letzten Jahrzehnte, nichts Substantielles mit einer intellektuellen Einordnung. Nicht mal über Richter gibt es ein lustiges Buch oder eine Biographie. Ansonsten nur soziologisches, verstiegenes, furchtbar langweiliges Zeug.

Michael Werner, Julius Werner und Laudator Sean Rainbird (vorn v.l.n.r.) während der Grußworte von Klaus Gerrit Friese bei der Art Cologne-Preisverleihung am 14. April 2011 im Historischen Rathaus zu Köln **Foto: Koelnmesse**

Sturm: Vor welchem kulturpolitischen Horizont wird sich die Kunstlandschaft aus Ihrer Sicht entwickeln?

Werner: Ich bin kein Prophet. Ich habe es aufgegeben, darüber nachzudenken. Da ist nichts mehr durchführbar, überall passiert nur Abbau. Ein Zurückdrehen der Situation wäre vonnöten, aber das können Sie niemandem verkaufen. Der Kunstbetrieb spaltet sich einerseits in das, was ich System, Eventstruktur nenne. Brot und Spiele – das begeistert die Politiker, da können sich auch die Kulturmanager betätigen. Studiengänge für Kulturmanager, das müsste eigentlich verboten werden, das macht überhaupt keinen Sinn. Die Leute wollen Vernebelung, Lichtgeflimmer auf Fassaden und künstliche Wasserfälle. Das wollen auch die Zeitungen, die nehmen das ernst, sie schreiben über die Wasserfälle – ich kann das alles nicht mehr lesen. Ich bin wahrscheinlich auch die falsche Person, um über solche Sachen zu reden.

Auf der anderen Seite wird die an der Tradition gebundene Kunst an einigen wenigen Orten irgendwie doch noch produziert. Bestimmte Formen werden immer bleiben und was selten ist, wird auch teuer gehandelt. Das ist auch eine Frage der Elite. Wenn es keine gesellschaftliche Elite mehr gibt, dann gibt es auch keine Kunst mehr. Als Politiker würde ich gezielt intelligente Leute suchen, die Vorstellungen haben, was für die Kultur der bildenden Kunst unserer Tage notwendig ist. Wenn es weitergehen soll, dann müssen Lehren aus der Geschichte gezogen werden und man muss erkennen, dass das Prinzip der Abstimmung für viele Gebiete funktioniert, für einige wenige allerdings gar nicht.

Sturm: Herr Werner, vielen Dank für das Gespräch.

Birgit Maria Sturm ist Geschäftsführerin des Bundesverbandes Deutscher Galerien, Berlin und war von 2004 bis 2010 Sprecherin des Deutschen Kunstrats.
Michael Werner ist Galerist und hat bei der diesjährigen Art Cologne den Art-Cologne Preis erhalten. ■

Mehr Gerechtigkeit für die Galerien!

Galeristen sind: gnadenlose Individualisten, schlechte Unternehmer und absolut unverzichtbar • Ein Kommentar von Olaf Zimmermann

Was ist eine Galerie? „Eine Kunstgalerie ist keine Studierstube, in der über das höhere Streben der Menschheit nachgedacht wird. Eine Kunstgalerie ist ein Laden“, meinte Peter Watson 1993 in seinem Buch „Sotheby’s Christie’s Castelli & Co.“ Auf den ersten Blick scheint es wirklich eine überflüssige Frage zu sein. Galerien sind Geschäfte, in denen Kunst ausgestellt und verkauft wird. Galerien sind Unternehmen, die einen Gewinn erwirtschaften müssen, um zu überleben.

Doch für den Gründer der legendären Galerie nächst St. Stephan in Wien, den Theologen Otto Mauer (1907 – 1973), sollte eine Galerie ein Unternehmen sein, das auf keinen finanziellen Gewinn ausgerichtet ist. Dem primären Aspekt der Qualität sollten keine finanziellen Gesichtpunkte übergeordnet sein. „Eine Galerie“, so Mauer, „interessiert sich nicht für das Gängige, leicht an den Mann zu bringende Material. Sie lässt sich durch die hohen Preise von Stars nicht in ihrem kritischen Urteil beirren. Sie verabscheut Cliquenwesen, das auf Grund von Partei- und Freundschaftsbindungen Konzessionen in Hinsicht künstlerischer Qualität mach“. „Naturgemäß“, so Mauer, „soll die Galerie dem Kontakt zwischen Kunst und Publikum dienen und eine Verbalisierung von Kunst betreiben.“ Paul Maenz, der Endecker der deutschen „Neuen Wilden“ und einer der erfolgreichsten internationalen Galeristen der 1980er-Jahre des letzten Jahrhunderts hat auf die Frage, was ein Galerist idealerweise für seiner Beruf mitbringen sollte, geantwortet: „Ein bisschen Geld, ein bisschen Glück und ein tiefes Hingezogensein zur Kunst“. Für ihn lag die ideale Galerie in der Nähe des Kunstwerkes: „Der erste Schritt eines Werkes führt in die Galerie, was man sich ruhig wie eine Geburt vorstellen darf: Indem das Werk nämlich aus dem privaten Schutzbereich des Ateliers in den öffentlichen Rahmen kultureller und gesellschaftlicher Bedingungen hinüberwechselt, ähnelt es tatsächlich einem Neugeborenen: zwar an allen Gliedern fertig, aber ohne weiteres Wachstum und Einführung in die Welt hilflos.“

Das hört sich gut an, doch warum sind viele Künstler trotzdem nicht gut auf die Händler zu sprechen? Marcel Duchamp nannte die Kunsthändler sogar „Läuse auf dem Rücken der Künstler“.

Das Problem liegt, so glaube ich, daran, dass Galeristen keine Kunsthändler sind und schon gar keine vernünftigen Geschäftsleute. Galerien sind natürlich auch Unternehmen, die auch Kunsthandel betreiben. Aber im Gegensatz zum Kunsthändler ist der Verkauf nicht der Maßstab für ihren Erfolg. Jeder Ökonom wird mir Recht geben, dass, wenn der Verkauf und damit der Umsatz und so auch der Gewinn nicht die erste Priorität besitzen, diese Galeristen auch keine guten Unternehmer sind. Umso mehr können sie, müssen aber nicht, gute Galeristen sein.

Was ist ein „guter“ Galerist? 1991 habe ich in meinem Buch „Im Bermudadreieck des Kunstmarktes“ den Versuch gemacht, eine Charakterisierung des guten Galeristen vorzunehmen: Gute Galeristen sind Unternehmer, „die in einem engen Verhältnis mit Künstlern Kunsthandel betreiben und regelmäßig Ausstellungen organisieren. Bei der Zusammenarbeit mit Künstlern beschränken sie sich auf eine bestimmte Gruppe, die das Programm der Galerie bestimmt. Der Verkauf von Kunstwerken ist nur ein Tätigkeitsbereich einer Galerie. Mindestens genauso wichtig ist der Bereich der persönlichen Betreuung des Künstlers. Zu dieser Betreuung gehören die Karriereplanung und die Vertretung der Künstler gegenüber dem Kunsthandel, den Sammlern, den Museen und der Presse. Und nur wenn beide Bereiche gleichermaßen berücksichtigt werden, wird aus einem Kunsthändler ein Galerist“.

Diese „guten“ Galeristen sind oftmals „verhinderte“ Künstler und fast immer gnadenlose Individualisten. In keinem anderen kulturwirtschaftlichen Bereich habe ich einen solch ausgeprägten Willen zur Abgrenzung untereinander erlebt. Das Spannungsfeld zwischen der Liebe zur Kunst und dem wirtschaftlichen Überleben, bringt es mit sich, das jeder einigermaßen erfolgreich arbeitende Galerist die Charakterzüge von Dr. Jekyll und Mr. Hyde in sich trägt. Und dieser Mr. Hyde ist es dann wohl auch, der Marcel Duchamp zu dem unfreundlichen Zitat veranlasst haben mag.

Doch ebenso wahr wie die dunkle Seite des Galeristen ist eben auch seine helle Seite. Ohne Galeristen können Künstler nur selten erfolgreich ihre Werke der Öffentlichkeit präsentieren und noch seltener vom Verkauf ihrer Werke dauerhaft leben. Ohne Galeristen würde dem Publikum ein Blick auf zeitgenössische Tendenzen der Kunst dauerhaft verwehrt werden. Galeristen zeigen nicht nur junge noch unbekannte Kunst, sie sind auch der Marktplatz, den die Museen und Kuratoren intensiv nutzen, um in ihren Einrichtungen und Ausstellung Neues zu präsentieren. Galeristen leisten für die kulturelle Grundversorgung unserer Gesellschaft beträchtliches.

Mit über 400 professionellen Galerien gehört Berlin mit London und Paris zu Europas Spitze. Im letzten Jahr hat das Institut für Strategieentwicklung (IFSE), Berlin in Kooperation mit dem Neuen Berliner Kunstverein (n.b.k.) unter anderem die Leistungsfähigkeit und die wirtschaftliche Situation der Berliner Galerien untersucht. Das IFSE hat festgestellt, dass die Berliner Galerien mehr als 3.000 Ausstellungen im Jahr mit mehr als 5.000 Künstlern auf einer Ausstellungsfläche von über 45.000 qm präsentieren. Die Berliner Galerien haben zusammen pro Jahr über eine Million Besucher. Im Durchschnitt hat eine Galerie in Berlin zweieinhalb Mitarbeiter, alle Galerien zusammen schaffen damit etwas mehr als 1.000 Arbeitsplätze in der Hauptstadt. Die wirtschaftliche Situation wird von dem IFSE nicht so rosig gesehen. Die Hälfte aller Berliner Galerien erzielt nur einen Umsatz unter 50.000 Euro im Jahr, bei einem Drittel von allen liegt der Umsatz sogar unter 17.500 Euro im Jahr.

Galerien sind, das zeigt die Untersuchung deutlich, ein unverzichtbarer Teil der kulturellen Infrastruktur, die oftmals mit erheblichen wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen haben. Es ist schon sehr erstaunlich, dass diese Bedeutung der Galerien bei den Kulturpolitikern nur so mangelhaft anerkannt wird und die Nöte der Branche nicht angemessen wahrgenommen werden.

Vollständig anders ist die Situation bei anderen kulturwirtschaftlichen Bereichen: Der Filmwirtschaft wird gerade von der Bundesregierung laufend der rote Teppich ausgerollt. Die Filmförderung des Kulturstaatsministers ist beispielhaft und notwendig. Der Musikwirtschaft wird zum Beispiel mit der „Initiative Musik“ mit Millionenbeträgen unter die Arme gegriffen. Die „Buchpreisbindung“ nützt den deutschen Verlagen und Buchhandlungen kolossal. Die Computerspieleindustrie wird mit dem „Deutschen Computerspielpreis“ gefördert. Und die deutschen Galerien?

Ein bisschen mehr Gerechtigkeit für die Galerien bei der Verteilung von Kulturfördermitteln würde der Politik gut anstehen.

Der Verfasser ist seit 1997 Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und war von 1987 – 1997 selbständiger Galerist. In seiner Zeit als Galerist veröffentlichte er u.a. die Bücher „Im Bermudadreieck des Kunstmarktes“ 1991 und „Der Ausstellungsbetrieb“ 1993. ■

Fokus auf den Kunstmarkt

Politische Perspektiven und Instrumente • Von Hans-Joachim Otto

Der Kunstmarkt gehört zu den traditionellen Teilmärkten der Kulturwirtschaft. Es gibt kaum einen anderen Markt, an dem sich der schöpferische Akt als das verbindende Kernelement der Kultur- und Kreativwirtschaft besser verdeutlichen lässt. Künstler sind die Originärproduzenten ihres Werkes und führen selbständig ihr Atelier. Sie vertreiben ihre Kunst eigenständig und über Galeristen und Kunsthändler. Der Kunstmarkt zählt mit knapp 17.000 Erwerbstätigen zu den kleinsten Teilmärkten der Kultur- und Kreativwirtschaft. Der Umsatz lag im Jahr 2009 bei 1,8 Mrd. Euro.

Wie viele der Teilmärkte der Kultur- und Kreativwirtschaft ist auch der Kunstmarkt durch drei wesentliche Entwicklungstrends beeinflusst: der zunehmenden Digitalisierung, der Internationalisierung und der Globalisierung. Der Kunstmarkt und der Kunsthandel finden verstärkt online statt. Die weltweite Verbreitung von Informationen über Kunst, Künstler und Kunstwerke im Internet schafft auf dem Kunstmarkt eine bisher nie da gewesene Transparenz und eröffnet neue Vertriebswege. Insbesondere Newcomer haben es hierdurch heutzutage leichter, einen direkten Marktzugang zu finden. Immer mehr Kunstschaffende und Galerien entdecken das Internet für sich, bietet es doch neben dem lokalen Atelier oder Präsenzgeschäft die Chance, Kunstwerke überregional – ja sogar weltweit – anzubieten. So nutzen schon heute über 100 Galerien die Möglichkeiten eines Online-Kunst-Marktplatzes.

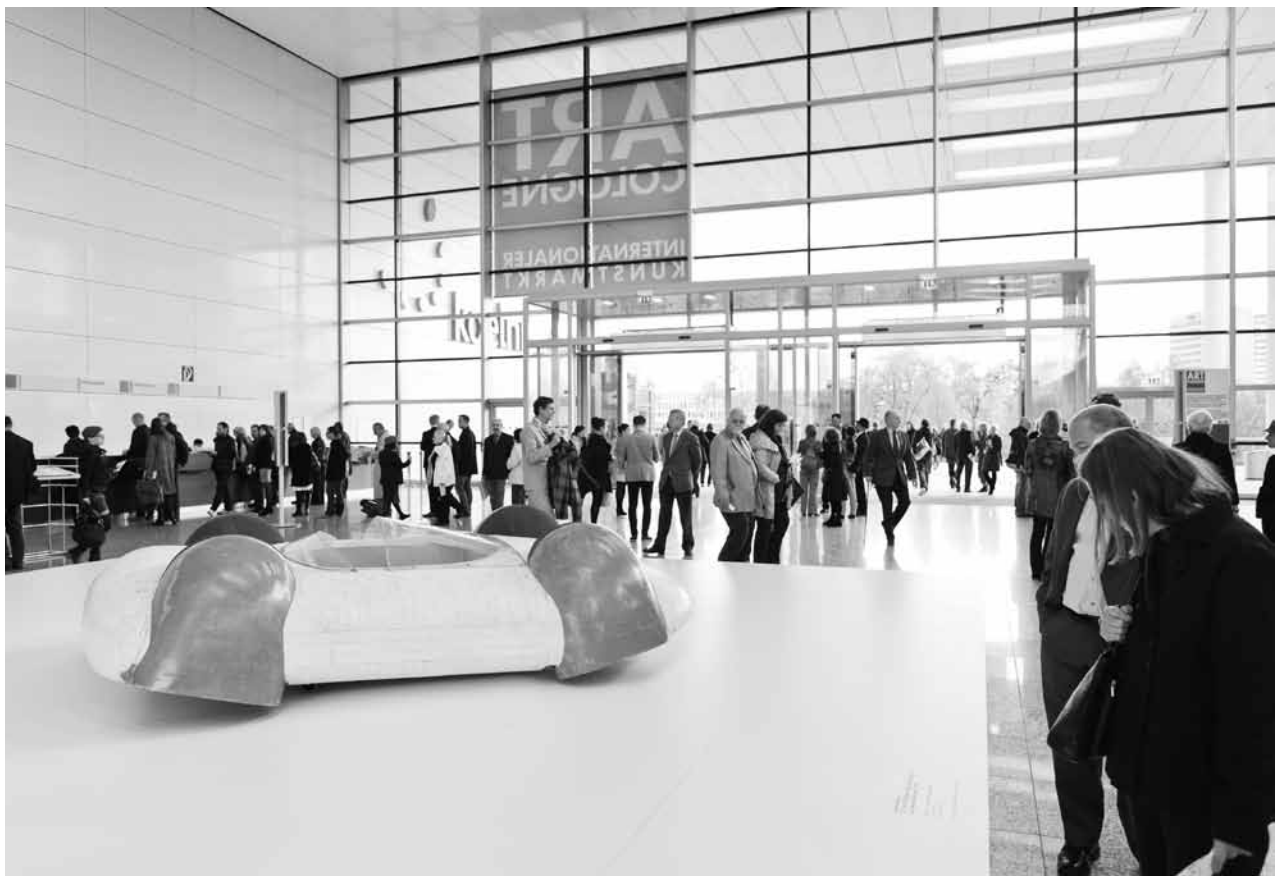
Der Kunsthandel selbst ist mittlerweile ein stark überregionales und internationales Geschäft. Im Zeitraum von 2003 bis 2008 hat sich der globale Kunstmarkt allein im Auktionsbereich mehr als verdreifacht. Insbesondere Kunden aus China, Indien und Russland sorgen für eine steigende Nachfrage. Erfreulich dabei ist, dass viele international ausgerichtete Spitzengalerien ihren Sitz in Deutschland haben. Nachdem die Wirtschafts- und Finanzkrise den Kunstmarkt mit einem Umsatzrückgang von 5 Prozent stark getroffen hat, zeichnet sich mittlerweile wieder eine deutlich bessere Perspektive ab. Hierauf deutet zum Beispiel auch der gute Erfolg der jüngsten „art KARLSRUHE“ hin, die allein am Eröffnungstag knapp 12.000 Besucher angezogen hat. Die wirtschaftlichen Kennzahlen zum Kunstmarkt für das Jahr 2010 werden wir aufgrund statistischer Umstellungen allerdings erst nach der Sommerpause veröffentlichen können. Im Herbst wird außerdem das Gutachten „Das Handwerk in der Kultur- und Kreativwirtschaft“ vorliegen. Dann werden wir auch wissen, in welchem Umfang das Kunsthandwerk zu Wachstum und Beschäftigung in Deutschland beiträgt.

Mit ihrer Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft zielt die Bundesregierung darauf ab, die Wettbewerbsfähigkeit der Branche zu stärken und noch bestehende Wachstumspotenziale zu erschließen. Ende 2009 haben wir deshalb das Kompetenzzentrum Kultur- und Kreativwirtschaft des Bundes eingerichtet. Es hat sich mittlerweile fest etabliert – als Plattform für Information, Beratung und Vernetzung. Ergänzend zum Kompetenzzentrum haben wir acht Regionalbüros auf den Weg gebracht. Sie bieten vor Ort konkrete Hilfestellungen für Kulturschaffende und Kreative, für Unternehmer, Selbstständige und Freiberufler der Branche (http://www.kultur-kreativwirtschaft.de). Inzwischen können wir schon an fast 70 Orten in Deutschland unsere Beratung anbieten. Das neue Angebot wird sehr stark in Anspruch genommen: Die regionalen Ansprechpartner haben bis Ende Februar 2011 bereits knapp 2.400 Einzelberatungen durchgeführt.

Akteure des Kunstmarktes fragen das neue Beratungsangebot besonders stark nach. Nach einer ersten Auswertung sind rund 20 Prozent der von den Regionalbüros Beratenen bereits auf dem Kunstmarkt tätig bzw. beabsichtigen eine Gründung in diesem Bereich. In der Sache besteht hier vor allem der Bedarf nach der Vermittlung von praxisbezogenen ökonomischen Kompetenzen. Damit bestätigt sich anhand der praktischen Arbeit der bereits von den Teilnehmern des Branchenhearings „Kunstmarkt“ im Jahr 2009 an die Kunsthochschulen gerichtete Appell, in den Studiengängen noch stärker als bisher auch betriebswirtschaftliche und unternehmerische Kompetenzen zu vermitteln. Viele Hochschulen haben auf diesen Bedarf bereits reagiert. Ein gutes Beispiel ist das „Career & Transfer Service Center“ in Berlin. Es unterstützt die Studierenden und Absolventen der vier künstlerischen Hochschulen bei Fragen zur Studien- und Karriereplanung sowie strategisch wichtigen Entscheidungen zum Berufseinstieg und zur Existenzgründung. Zum Angebotsspektrum des Centers gehören Workshops, Service-Leistungen sowie die individuelle Beratung und Coaching. Es wäre wünschenswert, wenn noch weitere Hochschulen vergleichbare Angebote auf den Weg bringen würden.

Erstmalig haben wir im vergangenen Jahr ein neues Format der Gründer- und Beratungsförderung für junge Kreative durchgeführt, den Wettbewerb „Kultur- und Kreativpiloten Deutschland“. Unser Ziel war es, die erheblichen Wachstumspotenziale der Kultur- und Kreativwirtschaft noch besser zu aktivieren. Dass sich schon im ersten Wettbewerb mehr als 750 Selbständige, Freiberuf-

Weiter auf Seite 7



Eingang Süd mt Objekten des belgischen Künstlers Panamarenko, Art Cologne 2011 Foto: Koelnmesse

Fortsetzung von Seite 6

ler und Kleinunternehmer aus ganz Deutschland beworben haben, ist ein großer Erfolg. Er zeigt, dass wir mit unserem Ansatz richtig liegen. Die eingereichten Konzeptideen haben eindrucksvoll verdeutlicht, über welch großes künstlerisches und kreatives Potenzial wir in Deutschland verfügen. Die von den Expertenjurys ausgewählten 32 Preisträger präsentieren stellvertretend die große Bandbreite der Kultur- und Kreativwirtschaft mit ihren elf Teilmärkten. Sie zeigen außerdem, dass die Branche in ganz unterschiedlichen Regionen Deutschlands zuhause ist. Die 32 Gewinner entwickeln nun in einem auf sie abgestimmten Programm ihre Unternehmen und Geschäftsideen bis Ende Juni 2011 weiter. Ein wichtiger Schwerpunkt ist dabei die Vermittlung von betriebswirtschaftlichem Know-how. So werden den Gewinnern u. a. Workshops zu Themen wie Akquise, Marketing und Unternehmensführung geboten. Vermittelt werden ihnen außerdem auch wertvolle Kontakte zu anderen kreativen Unternehmen, neuen Partnern und Auftraggebern. Wenn wir das kreative, kulturelle und innovative Potenzial der Kultur- und Kreativwirtschaft künftig noch besser erschließen wollen, braucht die Branche vor allem auch verlässliche Rahmenbedingungen. Mit Blick auf den Kunstmarkt bedeutet dies z.B.: Ich wünsche mir keine langatmigen Debatten über einzelne Mehrwertsteuersätze oder die Künstlersozialversicherung. Aus meiner Sicht hat der Kunstmarkt dann auch gute Chancen, in den nächsten Jahren wieder deutlich stärker zum inländischen Wachstum beizutragen. Gute Kunst ist nach wie vor ein lohnendes Investment und zwar nicht nur vorrangig oder ausschließlich finanziell. Kunst bereichert vor allem auch in kultureller Hinsicht. Als ehemaligem Vorsitzenden des Ausschusses für Kultur und Medien ist es mir daher persönlich auch ein wichtiges Anliegen, die Kulturförderung des Bundes weiter auf dem bisherigen Niveau fortzusetzen und nicht an der Kultur zu sparen. Wir brauchen auch künftig Kunst am Bau, die Bundeskunstsammlung, die Förderung durch die Stiftung Kunstfonds, die „Kojenförderung“ auf Messen und die Unterstützung von Auslandstudienaufenthalten junger Künstler – gerade jetzt, wo viele Kommunen ihre Kulturförderung bedauerlicherweise schmerzhaft senken.

Der Verfasser ist Mitglied des Bundestages und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie ■

Showsammler und Global Player

Der aktuelle Kunsthandel zwischen Generationenwechsel und lokalen Schrumpfungsprozessen • Von Jürgen Raap

Für das Jahr 2006 notierte „DIE ZEIT“, es gäbe in Deutschland rund 1.150 Galerien, die mit moderner und zeitgenössischer Kunst handeln. Ihre statistische Zahl ist damit etwa vier bis fünf Mal so hoch wie zwanzig Jahre zuvor, als der deutsche Kunsthandel Mitte der 1980er Jahre in der Ära der „Neuen Wilden“ eine Boom-Phase erlebte. Ergo: Das Geschäft mit Bildern und Skulpturen gilt als Wachstumsbranche.

Denn nirgendwo sonst sind bei legalen Geschäften solch eklatante Preissprünge möglich wie bei der Kunst: So wurde z.B. Anfang der 1950er Jahre Ernst Ludwig Kirchners Gemälde „Kinderköpfchen“ (1906) für nur 450 DM (heute: 225 Euro) im Stuttgarter Kunstkabinett versteigert. 2011 bekam ein norddeutscher Privatsammler hingegen für dasselbe Bild im Münchener Auktionshaus Ketterer den Zuschlag erst bei 1,74 Mio. Euro.

Der amerikanische Anstreicher Rick Norsigian kaufte auf dem Flohmarkt alte Foto-Glasplatten mit Landschaftsaufnahmen für 45 Dollar pro Stück. Der Galerist David W. Streets in Beverly Hills schreibt diese Aufnahmen dem renommierten Fotografen Ansel Adams (1902-1984) zu und beziffert den Wert dieser Platten auf 200 Mio. Dollar. Einen stetigen Preisanstieg erleben auch die Werke des Kölner Malerstars Gerhard Richter, von dem kürzlich ein Bieter aus dem Fernen Osten bei „Sotheby’s“ in London ein „Abstraktes Bild“ (1990) für 8,6 Mio. Euro ersteigerte.

Solche Presseberichte über Wertsteigerungen im Kunsthandel beflügeln die Phantasie vieler, die ihr Geld geschickt anlegen wollen. So trifft man denn auf den großen Kunstmessen mehr und mehr auf Käufer, die nicht etwa wie der klassische Sammler mit einem bildungsbürgerlichen Interesse an Kulturgütern kunsthistorisch Bedeutsames zusammentragen und sich an der „auratischen Ausstrahlung“ der Werke erfreuen, sondern vermehrt auch Messebesucher mit rein spekulativen Motiven. Seit Mitte der 1990er Jahre berichte ich regelmäßig für die Zeitschrift „Kunstforum international“ über die weltweit älteste Messe für aktuelle Kunst, nämlich die Art Cologne: in den letzten drei bis vier Jahren beobachte ich dort einen deutlich spürbaren Generationenwechsel. Manche Galeristen, Museumsleute und Sammler, die in den 1980er und 1990er Jahren tonangebend waren, ziehen sich allmählich in den Ruhestand zurück. Die nachwachsende Galeristen-Generation tritt oftmals viel nüchterner, glatter und kaufmännischer auf. Ebenso haben ihre gleichaltrigen Künstler gegenüber dem Kommerz weitaus weniger Berührungsängste als jene Altvorderen, deren künstlerisches Selbstverständnis durch die Beuys’sche Theorie der „Sozialen Plastik“ und durch den idealistisch-utopischen Wunsch nach einer Einheit von Kunst und Leben geprägt war: Stattdessen geht es heute hauptsächlich um Kunst und Geld. Neben dem Kulturbürger und dem Spekulanten tritt auf den Kunstmessen ein dritter Sammlertyp auf, der sich mit Kunstwerken als Statussymbolen umgibt. Diesen Typus hat der Berliner Galerist Andreas Osarek für die Leser der „BILD am Sonntag“ einmal als „Showsammler“ charakterisiert: „Leute, die Kunst nur zur Selbstdarstellung kaufen. Die mit ihren Sammlungen in der Öffentlichkeit glänzen wollen, überall rumtönen und sich dabei ganz toll finden“. Solche „Showsammler“ nähmen nach Osareks Beobachtung „leider immer mehr zu“, während indessen die Zahl der „echten Sammler“, die „Kunst aus Leidenschaft“ kauften, abnähme.

Wo noch vor wenigen Jahren ein Galerist auf der Art Cologne Performances als Beiprogramm ablehnte, weil das von ruhigen Verkaufsgesprächen nur ablenken würde, gehört heute allerlei Eventgetöse zu den atmosphärischen Begleiterscheinungen einer Kunstmesse. Im vergangenen Herbst empfingen die Macher der Kölner „Art.Fair 21“ die Vernissagenbesucher gar mit musikalischem Gedröhne wie in einem Disco-Club, und wenn sich im Dezember die Global Player der Kunstszene zur Art Basel Miami Beach und ihren zahlreichen Satellitenmessen einfinden, dann lockt das milde Winterklima Floridas viele Messegäste nicht zuletzt auch wegen der legendären Pool-Partys an.

Wilhelm Schürmann aus Aachen gehört zu den engagierten Sammlern aus Leidenschaft. Doch als er sich dazu entschloss, nicht im benachbarten Köln, sondern lieber in der Hauptstadt seinen Schauraum „Schürmann Berlin“ zu eröffnen, da gab er den Kölnern mit ihrem zwischenzeitlich gründlich ramponierten Ruf als Kunstmetropole zu bedenken, man dürfe den „Glamoureffekt“ eines Kunststandortes nicht unterschätzen.

Doch „Glamour“ hat eben sehr viel mit Show zu tun, und wenn das glamouröse Berlin am „Gallery Weekend“ Ende April in dieser Hinsicht zur Hochform aufläuft, sagt das nichts über den oft kargen sonstigen Alltag der hauptstädtischen Kunsthändler aus. Unter den derzeit 470 Berliner Galerien ist die Fluktuation groß; im vergangenen Jahr schlossen 30 Kunsthändler ihre Räume. Im gleichen Zeitraum gab es allerdings auch 60 Neueröffnungen. Doch schon vor Jahren musste der Landesverband Berliner Galerien bilanzieren, dass der Jahresumsatz bei seinen Mitgliedern deutlich niedriger ist im Vergleich zum bundesweiten Durchschnitt der Umsätze aller deutschen Galerien. Für das Jahr 2010 kam eine Wirtschaftsstudie zu dem Ergebnis, dass etwa die Hälfte der Berliner Galerien weniger als 50.000 Euro Jahresumsatz macht.

Die Wahrnehmung des Publikums ist in Sachen Kunstmarkt so ähnlich wie im Profi-Fußball: man liest in der Zeitung vom Millionentransfer eines Nationalspielers, der zu Real Madrid wechselt, und man übersieht dabei, dass in der Zweiten Bundesliga die Mehrheit der Spieler für ein Facharbeitergehalt kickt. Die Schlagzeilen, die der britische Künstler Damien Hirst 2007 mit seiner diamantenverzierten Totenschädel-Skulptur machte, deren Wert auf 75 Mio. Dollar taxiert wurde, haben eine bittere Kehrseite: aus den Abrechnungen der VG BildKunst über die Folgerechtsabgaben an die Künstler beim Weiterverkauf ihrer Werke von Galerist zu Galerist weiß man nämlich, dass von den rund 60.000 bildenden Künstlern, die in Deutschland bei der Künstlersozialkasse angemeldet sind, nur ein Bruchteil von höchstens fünf Prozent eine dauerhafte Marktpräsenz im Kunsthandel hat.

Art Cologne 2011 Eingang Süd **Foto: Koelnmesse**

Das ökonomische Wachstum teilt sich mithin nicht gleichmäßig auf den gesamten Kunstmarkt auf. Es sind weltweit nur etwa 200-250 Galeristennamen, die immer wieder auf den Teilnehmerlisten der wichtigsten Kunstmessen von Basel, Abu Dhabi, London, Shanghai, Miami und Madrid auftauchen, und denen man den Einfluss von „Tastemakern“ im Kunstbetrieb attestiert. Während diese Galeristen-Elite auf den internationalen Messen ihre Millionenumsätze macht, klagen die anderen über Besuchermangel in ihren Ladenlokalen vor Ort.
Selbst in der kunsthandelsstarken Schweiz ist „aus Sicht der amtlichen Statistik“, wie auf www. kulturwirtschaft.ch nachzulesen ist, der regionale Markt durch „starke Schrumpfungsprozesse bei den Beschäftigten und Arbeitsstätten gekennzeichnet“. Die Art Basel profiliert sich Jahr für Jahr als „Marktführer“ unter den internationalen Messen, doch für eine „lokalregionale Infrastruktur“, mithin für die Kunstszenen vor Ort, prognostizieren die eidgenössischen Statistiker hingegen in der nahen Zukunft einen starken Wandel in den Organisations- und Kommunikationsformen: „Zunehmend verändern sich die „alten“ Wertschöpfungsbeziehungen: Die Verbindung Künstler, Galerist, Kunsthändler, Sammler oder Museum wird durch neue Direktvermarktungsformen ersetzt.“ Die weltweit erste Internet-Messe, die Vip Art Fair (Vip = Viewing in private), erwies sich im Januar 2011 zwar wegen technischer Probleme als Flop, aber dennoch kann man prognostizieren: wo jetzt schon viele Berliner Galerien dem Vernehmen nach kleinere und billigere Räume suchen, wird in naher Zukunft die Zahl der Kunsthändler zunehmen, die ihre Sammlerkontakte nur noch ambulant bzw. online pflegen. Seine Wachstumsraten wird der global orientierte Kunsthandel vermehrt dort erwirtschaften, wo es ihm gelingt, sich neue Märkte in den Schwellenländern zu erschließen: schon jetzt kursieren Pressemeldungen, dass nach den USA (34 Prozent Marktanteil) China mit 23 Prozent Marktanteil den „zweitgrößten Kunstmarkt der Welt“ bildet. Auch Indien und die Staaten des arabischen Raumes werden für die Galerien immer wichtiger. Dominierten vor fünf Jahren in einer Statistik über die weltweit bedeutendsten Sammler, gemessen am finanziellen Aufwand, noch zu 55 Prozent amerikanische Kunstkäufer, und gelten zur Zeit auch noch New Yorker Galeristen wie Larry Gagosian, Iwan Wirth oder David Zwirner als „Trendsetter“, so dürfte die zunehmende Globalisierung des Kunsthandels den Einfluss westlicher Kräfte zurückdrängen. Denn viele indische oder chinesische Sammler und arabische Museumsdirektoren halten nicht unbedingt ausschließlich amerikanische oder europäische Künstler und ihr Schaffen für den Nabel der Welt, sondern sie lenken ihre Aufmerksamkeit vor allem auf Künstler aus dem eigenen Kulturraum.

Der Verfasser ist freiberuflicher Künstler und Journalist in Köln ■

Zeitgenössische Kunst unter dem Hammer

Auktionen, Kunstmarkt und das Folgerecht • Von Henrik Hanstein

Als das Kunsthaus Lempertz 1989 als Pionier die Versteigerungen Zeitgenössischer Kunst und Photographie in Köln etablierte, war es ein gewagtes Unterfangen. Bis dato gab es Auktionen unter diesem Thema nur in London und New York, was automatisch dazu führte, dass großartige Kunstwerke aus der Nachkriegszeit in Deutschland häufig nicht zur Versteigerung kamen, sondern abwanderten. Dieser Entscheidung gingen wegen der Benennung und Abgrenzung lange Diskussionen voraus. Die Alternativen waren: Kunst nach 1945 oder Zeitgenössische Kunst. Meist beginnt man ein neues Segment mit einer größeren Sammlung. Diese aber stand nicht zur Verfügung. So war dieser Schritt nur mit engagierter Vorbereitung und Unterstützung zahlreicher Künstler möglich. Die Künstler waren besonders auch daran interessiert, solche Auktionen in Deutschland zu etablieren. Dies ergaben die vielen Gespräche, die letztlich auch zur Bennennung der Versteigerung führten: Zeitgenössische Kunst.

Georg Baselitz bemühte sich, eine Frankfurter Sammlung nach Köln zu leiten; leider ist uns dies aber nicht gelungen. Dennoch war die erste Auktion ein Erfolg und um diesen zu gewährleisten, haben sogar zahlreiche Künstler selbst Arbeiten eingeliefert. Gerade bei den Photographen war das Interesse besonders groß, weil es nicht nur Neuland war, sondern weil es erstmalig für sie eine Gelegenheit gab, sich zu „vermarkten“. Es gab nur sehr wenige Photogalerien und somit für die Photographen kaum Möglichkeiten, ihr Werk nicht nur an Redaktionen, sondern auch an Kunsthandlungen und Sammler zu verkaufen. Etliche Photographen waren seinerzeit bei der ersten Auktion anwesend und so ist sie von heute berühmten Photographen bestens dokumentiert.

Die zeitgenössischen Künstler profitierten so auch erstmalig maßgeblich vom Folgerecht von damals 5 Prozent, das zu dieser Zeit noch nicht in London eingeführt war. Die englischen Kollegen wussten dies geschickt zu nutzen, indem sie neben speziellen deutsch–österreichischen auch skandinavische oder italienische Auktionen durchführten. So lange das gut lief, stützte es den Markt. Brach aber etwa die Konjunktur ein, ließ man diese Auktionen auch wieder fallen, wie zum Beispiel im Falle der skandinavischen Versteigerungen, so dass der Markt wieder auf seine nationale Ebene zurückfiel. Das zeigt das Dilemma auf.

Der Markt wird in den Heimatländern durch Galerien und Kunsthandlungen aufgebaut. Der Eingriff mittels Auktionen in diesen fragilen und sensiblen Markt kann ebenso positiv wie negativ wirken. Es ist mir noch sehr erinnerlich, wie Joseph Beuys in den siebziger Jahren mit Karl Salentin in eine Vorbesichtigung von Lempertz hereingestürmt kam und unbedingt verhindern wollte, dass seine Arbeiten versteigert werden. Er befürchtete, dass sie durchfallen und einen entsprechenden negativen Effekt auslösten. Glücklicherweise war dem nicht so. Aber die nüchterne Realität des Zweitmarktes – der der Auktionen – offenbart das distanzierte Auswählen der Sammler mit allen Vor- und Nachteilen.

Trotz aller anfänglichen Befürchtungen hat sich der Markt für Zeitgenössische Kunst in Deutschland fabelhaft entwickelt und steht in Köln fast gleichauf mit dem der Klassischen Moderne, und aus heutiger Sicht wird man die Anfangsdiskussionen kaum noch nachvollziehen können. Der Markt hat sich außerordentlich internationalisiert durch die neuen Möglichkeiten des Internets. Er hat sich international zu einer wichtigen Säule des Kunstmarktes entwickelt, weitaus mehr, als vor zwanzig oder dreißig Jahren zu ahnen war. Es werden für lebende Künstler bzw. deren Werke Preise erzielt, die früher kaum vorstellbar waren.

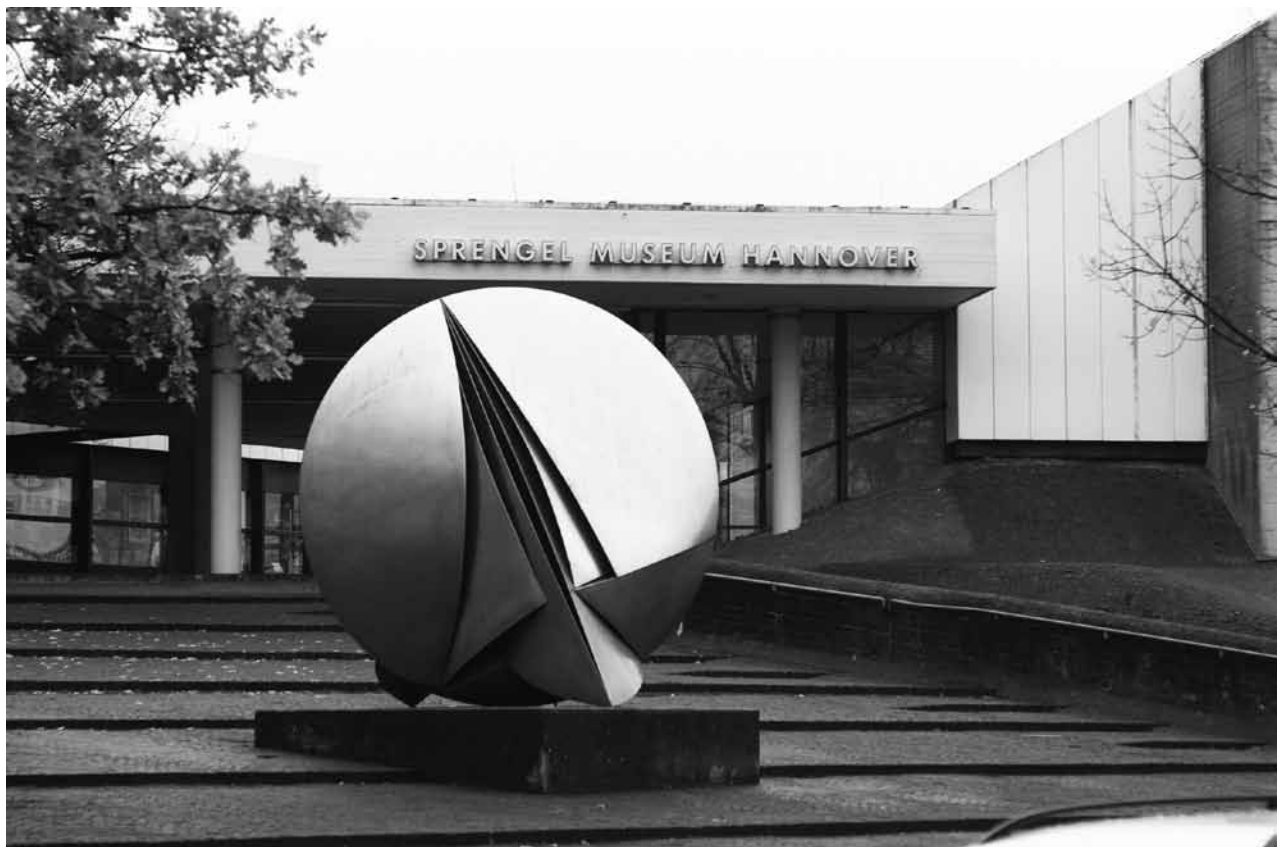
Ein ganz bemerkenswertes Ereignis war die von Damien Hirst ausschließlich mit eigenen Werken in London buchstäblich am Tag des Beginns der Wirtschaftskrise am 15./16. September 2008 durchgeführte Versteigerung. Der Künstler selbst hatte 223 binnen zweier Jahre angefertigte Arbeiten, unter Umgehung des Handels, direkt in die Auktion eingeliefert, das Marketing erfolgreich mitbetrieben, und versteigern lassen. Wie nachhaltig der Erfolg war, wird sich erst zeigen. Eine gewisse Skepsis ist angebracht. Aber dieses Vorgehen von Damien Hirst war ebenso unerhört wie bisher einmalig und stellt zweifellos auch in der Kunstgeschichte einen Meilenstein dar. Auch Rembrandt hat in den Markt eingegriffen, um seinen Preis für das sogenannte „Hundertguldenblatt“ zu stützen oder zu beeinflussen. Und nach dem Tod von Peter Paul Rubens wurde sein Nachlass unverzüglich versteigert. Gerade diese Vorgänge sind nicht vergleichbar mit dem direkten Schritt von Damian Hirst in den Markt und dies zeigt einmal mehr, wie sehr sich der Kunstmarkt kommerzialisiert hat.

Wer sich auf den Auktionen Zeitgenössischer Kunst den Geheimnissen von Angebot und Nachfrage widmet, den verblüfft es doch auch immer wieder, wie gezielt sich die Sammlerschaft aus dem Angebot Zeitgenössischer Kunst die besonders guten Kunstwerke herauszufischen versteht. So bedeutend der Markt für Zeitgenössische Kunst weltweit geworden ist, so drängend ist auch die Frage der Angleichung des Folgerechts auf internationaler Ebene. Die letzte Harmonisierung innerhalb Europas hat schon zu weitaus besseren Wettbewerbsbedingungen geführt, aber der Nachteil gegenüber den USA, der Schweiz und China, in denen die Künstler vom Wiederverkauf nicht profitieren, zeigt sich mehr und mehr und so ist die Initiative, das Folgerecht auf lebende Künstler zu beschränken und seinem ursprünglichen Gedanken aus dem 19. Jahrhundert wieder näher zu kommen, gut zu verstehen. Wie verzerrend die Situation ist, zeigt sich in Frankreich sehr gut, wo circa 80 Prozent der Folgerechtseinnahmen an etwa fünf Erbenfamilien gehen.

Der Verfasser ist Geschäftsführer des Kunsthaus Lempertz ■

Galerie, Handel, Sammler und Museum

Das alte Glückskleeblatt lebt weiter • Von Ulrich Krempel



Sprengel Museum Hannover **Foto: Herling/Gwose**

Ohne Galerie und unterstützenden Handel, ohne begeisterte Sammler ist kaum ein Künstler des 20. Jahrhunderts nachhaltig groß und berühmt geworden; ohne Galerien und befreundete Kunsthändler hätten viele der Werke des letzten Jahrhunderts kaum so lange überlebt, dass sie schließlich doch in Museen landen konnten. Galerien und Kunsthändler haben seit der Zeit von Daniel Henri Kahnweiler, der als erster zu Beginn des 20. Jahrhunderts einen Exklusivvertrag mit Picasso und Braque über ihre gesamte Produktion abschloss, für einen zunehmend anonymen Markt gearbeitet.

Eine Galerie wie die von Kahnweiler funktionierte erstmalig bezogen auf den Markt außerordentlich professionell: versammelte sie doch nicht nur elaborierte Sammlerinnen und Sammler, sondern band auch wichtige Kritiker an sich, so dass für die Öffentlichkeit des künstlerischen Unternehmens „Kubismus“ ebenso gesorgt war wie für dessen ökonomische Absicherung. Seit den Zeiten von Picasso und Braque hat sich im Galeriewesen und im Handel viel getan, Aufs und Abs sind da entstanden, aber ohne Zweifel wäre ohne die Galerien und den Handel nichts so, wie es heute ist.

Als Ende der 1960er-Jahre der „Verein progressiver deutscher Kunsthändler e. V.“ in Köln den Kölner Kunstmarkt einrichtete und sehr schnell alternative Veranstaltungen wie der Neumarkt der Künste sich dagegenstellten, wurde in der Nachkriegsgeschichte Westdeutschlands zum ersten Mal begreifbar, dass auch das Galeriewesen und der Handel sich neu orientierten. Die neuen Ideen, die am gesellschaftlichen Fortschritt orientierten Positionen zeitgenössischer Künstler standen hier materialisiert in Objekten öffentlich zum Verkauf. Das schockierte damals manche junge Kunstfreunde, die eine noch sehr idealistische Vorstellung von der Existenz der Künste hatten und kaum begriffen, dass die Kunst auch zum Brot gehen muss, da ja der Künstler solches zum Frühstück isst.

Seit den Zeiten der 1960er-Jahre hat sich vieles verändert; das Engagement einiger „großer“ Galerien für ihre wichtigen Künstler hat dafür gesorgt, dass heute viele ihrer künstlerischen Positionen nachhaltig im Markt durchgesetzt sind und sich so das Werk großer Künstler mit den Namen wichtiger Galerien oder, in einem zweiten Schritt, Händler verbindet. Mit der Pauperisierung der öffentlichen Kulturinstitutionen, mit der Unterfinanzierung der Museumsetats im Bereich Ankäufe ist dabei über die Jahre eine tragische Situation entstanden. Die Museen sind es nicht mehr, die zuvörderst kaufen; es sind in der Regel vermögende Private, die solches tun können, weil sie über ihre flüssigen Mittel selbst verfügen. Der Faktor Ökonomie ist also nicht nur sichtbar in der Verkäuflichkeit der Kunst im Angebot von Galerien und Kunsthandel, sondern immanent auch in der Bedürftigkeit der öffentlichen Institutionen.

Da bekanntermaßen die großen Sammlungen in der Republik vielfach aus privaten, in zunehmendem Maße bürgerlichen Sammlungen entstanden sind, wird deutlich: niemand kann in dieser Kunstwelt eigentlich ohne den anderen leben. Nur: die Verhältnisse verändern sich permanent, und die Frage, wie professionell eigentlich die Museen aufgestellt sind, um mit dieser veränderten Situation umgehen zu können, gewinnt zunehmend an Bedeutung. Es ist gelegentlich ein anstrengendes Vergnügen, mit großen Sammlern zu tun zu haben; nicht immer kommt man mit ihnen so einfach, wie sich das ein museales Gehirn erdenkt, an ein gewünschtes Ziel. Denn immer sind es zwei Partner, die hier zusammentreffen, und beide müssen einen Weg zueinander finden. Das schlägt sich in Verträgen nieder; hier müssen Museen zunehmend bedenken, dass ihre eigene Kompetenz der Kunst gegenüber nicht ins Hintertreffen gerät gegenüber den berechtigten Anforderungen großer Sammler. Aber das sind bilaterale Probleme und nicht grundsätzliche; wie die Geschichte zeigt, lassen sich solche Probleme eigentlich immer einverträglich lösen.

Hier tragen auch für die Museen die guten Verbindungen zu den Galerien ihre Früchte. Denn Galerien und Sammler, Sammler und Museen, Museen und Galerien sind doch Teil eines Zirkulariums, in dem auch das private Sammeln immer mehr auf Ewigkeit drängt. Große Sammlungen in bestehende Museen zu integrieren oder gar neue Museen zu schaffen, das bleiben für viele Sammler obere Ziele; nur so wird privates Künstlertum dauerhaft der Gesellschaft erhalten, indem man es der Ökonomie entzieht und der Öffentlichkeit zur Entdeckung, zum Genuss preisgibt.

Galerien sind heute das Forum der Entdeckungen; das „Anbieten“ von Kunstwerken ist vielfach gleichbedeutend neben andere große künstlerische Unternehmungen getreten; denken wir nur an den „Bedeutungs-Wettbewerb“ von Venedig-Biennale und Basler Kunstmarkt. Und wenn man sich die documenta oder „Made in Germany“ anschaut, dann sind deren Künstlerlisten auch nicht frei von der subkutanen Präsenz der Galerien und des Handels, denn auch die Wahrnehmungen der Kunsthistoriker sind geprägt durch Seherlebnisse in Galerien, und ihre Auswahl von Positionen mitbestimmt durch die Angebote des Marktes.

Was den Museen weniger zu schaffen macht als dem Feuilleton oder der Kunstmarktberichterstattung: die Spekulation über die Auktionen. Die Rolle des Kunsthandels als zweiter Schritt, als stabilisierender Faktor nach den Galerien, ist inzwischen vielfach von den großen Auktionshäusern übernommen worden. Hier ist heute Kunst mit einer Geschwindigkeit zur spekulativen Ware geworden, die die Museen noch weitaus mehr draußen vor der Tür stehen lässt als andere Preisentwicklungen. Indes: auch hier ist die Kurzfristigkeit der Ups und Downs des Marktes eine, der Museen mit ihrer langfristigen Perspektive gelegentlich beruhigt zusehen können. Viele Preise sortieren und arrondieren sich mit der Zeit, und die Sedimentierung der Bedeutung von Kunst ist eh ein Prozess, der, wie wir alle merken, über lange Zeitläufe geschieht.

Insofern bleibt als Statement: Die Situation ist vielfältig und widersprüchlich. Die Museen rechnen auf die Arbeit der Galerien, sie brauchen die Positionierung junger Künstlerinnen und Künstler, um mittelfristig ihre eigene Arbeit tun zu können. Die großen Galerien werden immer Wert auf die Kooperationen mit Museen legen, weil sich so auch ihre Arbeit nobilitiert auf anderer Ebene bestätigt wiederfindet. Und in der Zusammenarbeit mit großen Sammlern sind die Galerien, die in den Sammlern die ökonomische Sicherung ihrer Existenz finden, gleichermaßen auch an Museen interessiert wie die Museen an ihnen; die gegenseitigen Referenzen beruhigen und mobilisieren die Sammler, Schenker und Stifter. In einem solchen Konzert gegenseitiger Wertschätzung und Zusammenarbeit lässt sich die heutige, schwierige Situation der Kunstszene und des Kunstmarktes zu einem einigermaßen befriedigenden und perspektivreichen Miteinander bringen.

Der Verfasser ist Direktor des Sprengel Museum Hannover, Vorstand der Kurt und Ernst Schwitters Stiftung, Mitglied des Vorstands der Rudolf Jahns-Stiftung ■

BUNDESWEITER AKTIONSTAG AM 21. MAI 2011

An diesem Tag werden Aktionen, Veranstaltungen, Ausstellungen, Lesungen, Konzerte, Tage der offenen Tür, Demonstrationen und vieles andere mehr stattfinden.

KULTURSTIMMEN.DE

Über Werte, Technik und Kultur

Wenn der Mensch schneller denkt als er moralisch bewerten kann • Von Max Fuchs

Hat PISA etwas mit Atomkraft zu tun? Hat Kultur(politik) etwas mehr mit dem Plagiieren fremden geistigen Eigentums zu tun als die Untersuchung des Problems, ob gegen das Urheberrecht verstoßen wurde? Ich denke, beide Fragen müssen mit Ja beantwortet werden.

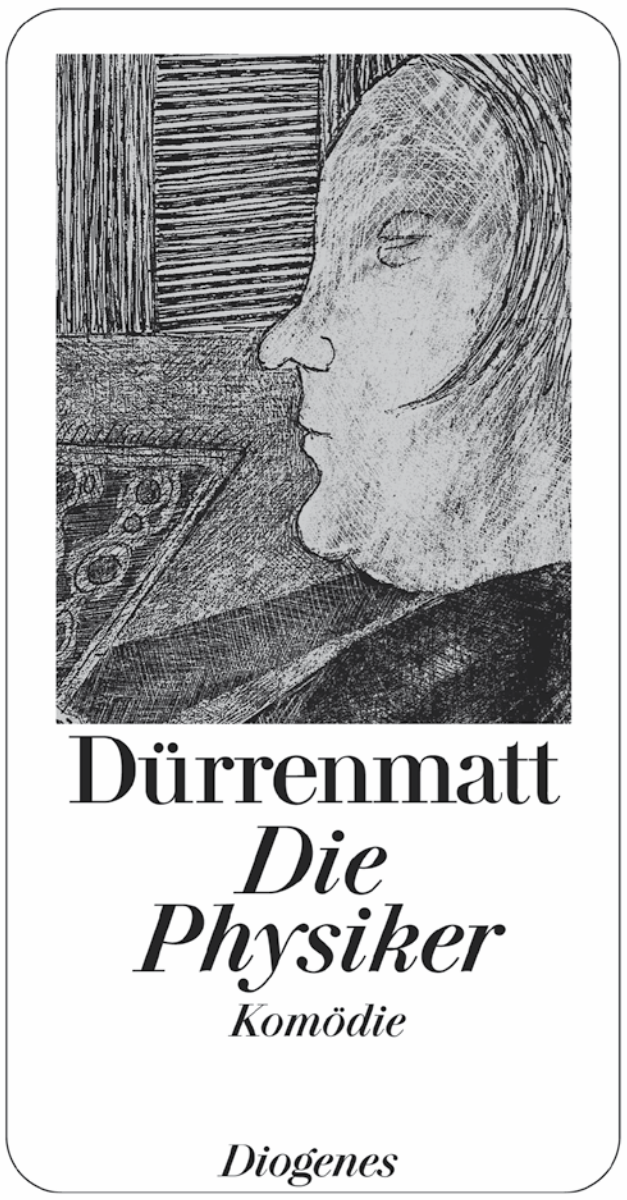
Es wird m.E. sogar der genuine Kern von Kultur und Kulturpolitik berührt. Bei allen ausufernden Debatten darüber, was unter „Kultur“ zu verstehen ist, gibt es doch einen gewissen Konsens, dass die Frage der Normen und Werte, also das, was das Handeln in Gesellschaften und Gruppen orientiert oder zumindest bewerten hilft, einen Teil der Kultur ausmacht. „Kultur“ ist in einigen systemtheoretischen Modellen unserer Gesellschaft dasjenige Feld, in dem Prozesse der Selbstreflexion von Menschen und Gruppen stattfinden. Kultur hat es mit der Sinnfrage zu tun, mit der Orientierung und Bewertung des Handelns. In einem etwas weiteren Verständnis erfasst Kultur die Künste, die Sprache, die Religion, die Wissenschaften und schließlich auch das Bildungssystem. Offensichtlich hat man es mit einem gar nicht so kleinen Angebot an Möglichkeiten zu tun, sich selbst den Spiegel vorzuhalten, ganz so, wie es bereits Shakespeare im „Hamlet“ in Hinblick auf das Theater beschreibt. Dieses recht große Angebot an Selbstreflexion und Sinngebung entstand erst mit der Moderne (Fuchs: Kunst als kulturelle Praxis, 2011). Ein Grund für die Ausweitung des Angebotes – bis zum 15. Jahrhundert erfüllten Religion und Kirche als Einzige diesen Zweck – sind sicherlich die zahllosen Pathologien und Friktionen, die die Moderne mit sich brachte, wobei gleichzeitig traditionelle Sinnstiftungsinstanzen in ihrer Relevanz abnahmen. Für den Menschen der Moderne wurde Sinnstiftung und Orientierung zum Problem. Zur Dialektik der Moderne gehört dann auch, dass der Mensch seine produktiven Fähigkeiten zur Gestaltung seiner Lebenswelt unglaublich ausdehnte, gleichzeitig aber immer wieder Skrupel bekam, ob und wie weit er seine technischen Möglichkeiten auch nutzen sollte. Denn dass eine rigorose Anwendung dessen, was er konnte, auch zu Zerstörung, Not und Elend führte: Dazu musste man sich nicht nur die Vernichtungsorgien moderner Kriege anschauen, es genügte schon der Anblick industrialisierter Gebiete. Vor diesem Hintergrund ist es einleuchtend, dass mit der zunehmenden Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Kompetenzen die Kritik an diesen Entwicklungen immer lauter wurde. Die Debatte über die Kultur der Moderne ist entschieden eine kulturkritische Debatte. Rousseau machte mit seiner Zivilisationskritik einen fulminanten Aufschlag. Viele andere folgten: Nietzsche, Dilthey, die Lebensphilosophie bis hin zur Postmoderne. Die Kritik kam von rechts und von links. Auch der Nationalsozialismus war letztlich ideologisch eine eigentümliche Mischung von Technikfixiertheit und romantisierender Blut- und Bodenideologie. In jedem Fall ist es einsichtig, dass der Mensch sich selbst kontrollieren muss, dass er nicht ungehindert seine technischen Fähigkeiten anwenden kann. Gerade die Künste setzten sich immer wieder mit dieser Frage auseinander: „Die Physiker“ von Dürrenmatt oder Brechts Galilei sind prominente Beispiele, in denen vor den „erfinderischen Zwergen“, der hohen technischen Intelligenz, die durch keine Wertreflexion gebremst wird, gewarnt wird.

Doch was hat das mit PISA zu tun? Wenn es ein gültiges und verwertbares Resultat der Neurowissenschaften gibt, dann ist es die etwa von Damasio beschriebene Differenz in den Geschwindigkeiten: Der Mensch denkt schneller, als er moralisch bewerten kann. Wer nur auf technisch-naturwissenschaftliche Intelligenz setzt, geht ein hohes Risiko ein, die humane Dimension des Lebens zu vergessen. Und genau dies tut PISA oder besser: eine Bildungspolitik, die ausschließlich PISA als Messlatte für die Qualität des Bildungssystems nimmt.

Japan hat gut bei PISA abgeschnitten. Die Leistungsorientierung vieler asiatischer Bildungssysteme ist sprichwörtlich. Dies gilt selbst für „Tigermütter“, die aus Asien stammen und jetzt in den USA leben. Doch gibt es möglicherweise einen Zusammenhang mit einer bislang völlig unterentwickelten gesellschaftlichen Sensibilität in Sachen Atomenergie und der Ausrichtung des Bildungssystems an PISA-Maßstäben in diesen Erfolgsländern. Es könnte durchaus sein, dass die hohe ökologische Sensibilität in Deutschland etwas mit unserem Bildungssystem zu tun hat, das dann vielleicht sogar erheblich leistungsfähiger wäre, als es das PISA-Ranking vermuten lässt. PISA ist nicht sensibel für Normen und Werte. Als begrenztes Instrument für die Messung einer partiellen Leistungsfähigkeit der Schulen taugt es sicher. Falsch ist jedoch definitiv eine Bildungspolitik, die nur noch PISA-Leistungen gelten lässt. Leider ist eine solche Politik auch in Deutschland und Europa auf dem Vormarsch. Ich erinnere nur an den technokratischen Bologna-Prozess, der durchaus kompatibel mit der PISA-Logik ist und durch den, wie viele sagen, der „Geist aus den Hochschulen hinausgetrieben“ wird. Wo finden zukünftige Generationen, die durch modularisierte und zeitlich verknappte Studiengänge gejagt werden, noch die – gemäß Damasio – notwendige Zeit zur Reflexion und Bewertung? Eine neue Entwicklung spielt sich zurzeit fast völlig unbemerkt ab: Die Durchsetzung eines „Europäischen Qualifikationsrahmens“ für das gesamte (Aus)bildungssystem. Auch hier sind die Ziele durchaus ehrenwert: Herstellung von Vergleichbarkeit der Abschlüsse auch als Beitrag zur Verbesserung der Mobilität. Aber auch hier schlägt letztlich eine technokratische und ökonomisch orientierte Denkweise durch, wie nahezu bei allem, was aus Brüssel kommt. Immer wieder sind es die berüchtigten Lissabonziele, die maßgeblich sind: ökonomisches Wachstum um jeden Preis. Es ist höchste Zeit, dass sich auch der Kulturbereich mit diesen Entwicklungen befasst, da auch seine Ausbildungsgänge von diesen bildungspolitischen Strategien berührt werden. Mag all dies vielleicht noch plausibel erscheinen: Doch wo kommen in diesem Kontext plagiierende Minister ins Spiel? Nun, man sollte die Vorbildfunktion unserer politischen Eliten nicht geringschätzen, vor allem dann, wenn jemand als „größte politische Begabung“ ins Spiel gebracht wird. Ich muss gestehen, dass mir die Kriterien, woran eine solche Begabung gemessen wird, gerade in diesem Fall nicht verständlich sind. Gute Publicity: Ja. Enge Zusammenarbeit mit bestimmten Medien: Ja. Forsches Auftreten: Ja. Aber das Handeln mit Augenmaß, das Bohren dicker Bretter, ein Handeln nach einer Ethik der Verantwortung (so insgesamt Max Weber): Wo war es? Immerhin nutzte die Kanzlerin bei ihrer Zweiteilung des Menschen in einen Wissenschaftler (sie habe keinen Doktoranden eingestellt) und einen Politiker eine bekannte kulturgeschichtliche Figur. Schon Descartes propagierte eine Zweiteilung in die res extensa und die res cogitans, also in Körper und Geist. Hat dies die Kanzlerin gemeint? Und wen hat sie dann eingestellt, den Körper oder den Geist? Bekannt ist auch die Rede von „zwei Körpern des Königs“. Ernst Kantorowicz hat sie in der Geschichte gefunden: den sterblichen und den unsterblichen Körper. Da der zurzeit abgetauchte Jung-Politiker sehnlichst von vielen wieder zurückgewünscht wird, hat sie wohl den unsterblichen Körper eingestellt. Aber einen König hat sie sicherlich gerade nicht haben wollen. Denn die Königskrone will sie sicher selbst behalten.

Aus meiner Sicht ist es daher weniger das Urheberrecht, sondern vielmehr die Frage der Werte, die Frage nach Integrität, nach Glaubwürdigkeit, nach Ehrlichkeit, die diesen Fall kulturell und kulturpolitisch relevant macht. Denn Kulturpolitik hat ihre stärkste Legitimation gerade darin: Selbstreflexionsmöglichkeiten für gesellschaftliche Prozesse zu bieten. Der Umgang mit der Natur, der Umgang mit der Gesellschaft und ihrer Steuerung, der Umgang mit – eigentlich genuin konservativen – Werten, all dies sind Fragen der Bildung, sind Fragen der Kultur in unserem Lande. Es scheint so, dass diese Werte auch in konservativen Parteien nichts mehr gelten.

Der Verfasser ist Präsident des Deutschen Kulturrates ■



Dürrenmatts *Physiker* sind ein Beispiel, wie technische Möglichkeiten literarisch reklektiert werden. **Foto: Diogenes Verlag**

Digitalisierung:
Kunst und Kultur 2.0

Welchen Herausforderungen muss sich der Kulturbereich mit Blick auf die Digitalisierung stellen? Wie sehen die neuen Verbreitungsformen von künstlerischen Inhalten aus? Wie gestaltet sich europäische und nationale Medienpolitik im digitalen Zeitalter? Was bedeutet der Vorschlag einer Kulturflatrate? Wie verändert sich das wissenschaftliche Publizieren durch die Digitalisierung und was wollen Wissenschaftler? Was können Verlage in Zeiten der Digitalisierung leisten?

Autoren des Buches sind u.a.: Hans-Jürgen Blinn, Axel E. Fischer, Dieter Gorny, Ferdinand Melichar, Verena Metze-Mangold, Hans-Joachim Otto, Doris Pack, Gerhard Pfennig, Bernhard Rohleder, Wolfgang Schulz, Alexander Skipis, Imre Török, Olaf Zimmermann und Brigitte Zypries

Digitalisierung: Kunst und Kultur 2.0
Hg. v. Olaf Zimmermann und Theo Geißler. 240 Seiten. 14,90 Euro + Versand.
ISBN 978-3-934868-25-0

Kulturlandschaft Deutschland:
Die Provinz lebt

Wie ist die Kultur jenseits der Metropolen ausgestaltet? Ist Kultur im ländlichen Bereich traditionell oder gehen gerade von der Kultur in der Provinz Impulse aus? Welche Anstrengungen werden seitens der Kreise unternommen, um die Kultur vor Ort weiter zu professionalisieren und um Synergien herzustellen? Vor welchen regionalen Herausforderungen stehen die Kreise in Sachen Kulturangebot und wie sehen ihre Lösungsstrategien aus?

Autoren des Buches sind u.a.: Ilse Aigner, Susanne Bonenkamp, Arnim Brux, Burkhard Clever, Gitta Connemann, Horst Conradt, Steffi Cornelius, Gerd Dallmann, Max Fuchs, Ulrich Gerstner, Adalbert Kienle, Jörn Klimant, Jakob Johannes Koch, Johannes Kunze, Bernd Neumann, Barbara Nieß, Axel Noack, Martin Salesch, Wolfgang Sannwald, Jürgen Schütz, Wolfgang Suttner, Manfred Waßner und Olaf Zimmermann

Kulturlandschaft Deutschland: Die Provinz lebt
Hg. v. Olaf Zimmermann und Theo Geißler. 113 Seiten. 9,90 Euro + Versand. ISBN 978-3-934868-23-6

Künstlerleben:
Zwischen Hype und Havarie

Geht es um Selbstverwirklichung, um Freude, die man durch seine Kunst Anderen bereiten will, um beides, oder doch um etwas ganz anderes? Was müssen sie leisten, um Kunst machen zu können und wo liegen die Hürden, die es als Künstler zu meistern gilt? Diesen und weiteren Fragen wird in dieser Publikation in Form von Interviews, Portraits und Beiträgen nachgegangen.

Autoren, Interviewte und Portraitierte des Buches sind u.a.: Matthias Arndt, Daniel Barenboim, Norbert Bisky, Paul Böhm, Johannes Heisig, Christian Lehnert, Markus Lüpertz, Ingo Metzmacher, Christine Nöstlinger, Edgar Reitz, Rüdiger Safranski, Michael Schultz, Imre Török, Douglas Wolfsperger und Olaf Zimmermann

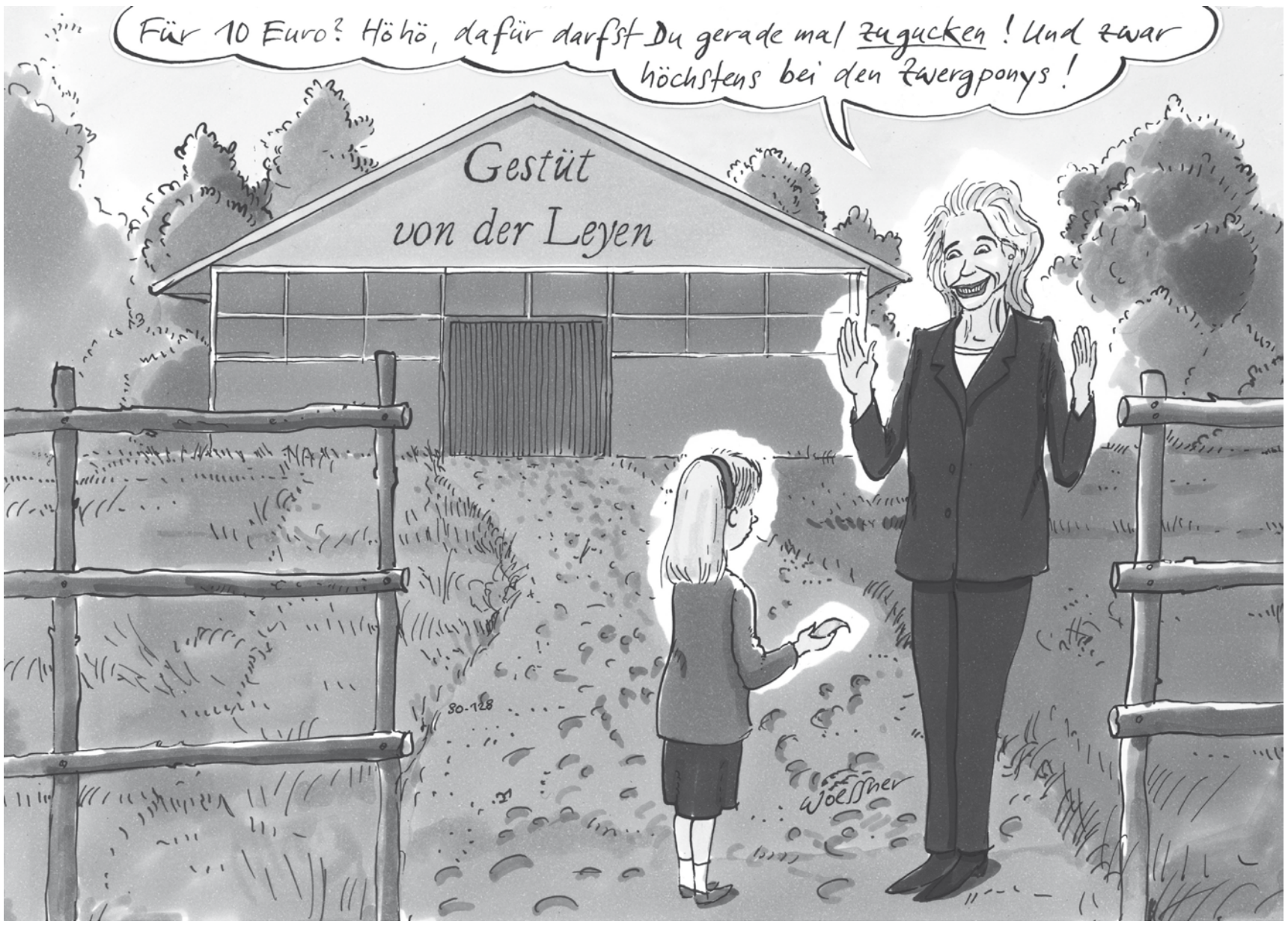
Künstlerleben: Zwischen Hype und Havarie
Hg. v. Olaf Zimmermann und Theo Geißler. 203 Seiten. 12,90 Euro + Versand. ISBN 978-3-934868-24-3

Bestelladresse: Deutscher Kulturrat, Fax: 030/24 72 12 45 oder: www.kulturrat.de/shop.php

Umsetzung in der Kultur

Das „Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder“ • Von Klaus Hebborn

Das Bundesverfassungsgericht hat im Februar 2010 die Methode der Ermittlung der Regelsätze für Hartz IV-Empfänger ebenso wie deren jährliche Fortschreibung nach der Entwicklung des Rentenwertes als verfassungswidrig qualifiziert.



Karikatur: Freimut Woessner

Die Neubemessung der Regelsätze stellte vielfältige Herausforderungen an den Gesetzgeber. Das Bundesverfassungsgericht hatte konkret verlangt:

- transparente nachvollziehbare Herleitung der Erwachsenenregelsätze,
- eigene Berechnung des Existenzminimums von Kindern und Jugendlichen statt prozentualer Abteilung von Erwachsenenregelsatz,
- Einbeziehung von Bildungs- und Teilhabebestandteile in die Regelsätze für Kinder und Jugendliche sowie
- neuer Anpassungsmechanismus bei Fortschreibung der Regelsätze.

Ein erhebliches Problem stellen die Bildungs- und Teilhabeansprüche der Kinder dar, die das Bundesverfassungsgericht festgestellt hat. Eine der sich daraus ergebende Schwierigkeiten liegt in der föderalen Struktur, nämlich der Zuständigkeit der Länder für die schulische Bildung.

Bildungs- und Teilhabebedarfe von Kindern und Jugendlichen

Nach einem mehrmonatigen, zunächst gescheiterten Vermittlungsverfahren über die Neuregelung der SGB II-Leistungen haben sich Bundesregierung und Opposition am 23.02.2011 auf eine Neuregelung verständigt. Bestandteil der Einigung ist neben der Regelsatzerhöhung von 5 Euro pro Monat auch ein Bildungs- und Teilhabepaket. Dieses umfasst einschließlich der von den Oppositionsparteien durchgesetzten Bereitstellung von 400 Mio. Euro für Sozialpädagogen an Schulen und die Finanzierung der Mittagsverpflegung für Schulkinder einen Gesamtumfang von insgesamt 1,6 Mrd. Euro. Aufgrund der unzulässigen direkten Finanzzuweisungen des Bundes an die Kommunen wird das Paket durch die Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft (indirekt) finanziert.

Bestandteile des Bildungs- und Teilhabepakets sind:

- Schul- und Kita-Ausflüge und mehrtägige Schulfahrten,
- Schulbedarfspaket (bisher einmalige Leistung von 100 Euro durch die Bundesagentur, jetzt 70 Euro + 30 Euro in zwei Raten),
- Schülerbeförderung,
- Lernförderung,
- Mittagsverpflegung für Kinder in Kindertagesstätten und Schüler in Ganztagesschulen,
- Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft.

Soziale und kulturelle Teilhabe

Von besonderem Interesse aus Sicht der Kultur sind die Regelungen zur Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft. Das Bildungs- und Teilhabepaket sieht vor, dass bei Leistungsberechtigten bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres ein Bedarf zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft in Höhe von insgesamt 10 Euro monatlich berücksichtigt wird für

1. Mitgliedsbeiträge in den Bereichen Sport, Spiel, Kultur und Geselligkeit,
2. Unterricht in künstlerischen Fächern (z. B. Musikunterricht und vergleichbare angeleitete Aktivitäten der kulturellen Bildung) und
3. die Teilnahme an Freizeiten (§ 28 Abs. 7 SGB II).

Leistungsberechtigte sind über Kinder und Jugendliche aus SGB II- und SGB XII-Bedarfsgemeinschaften hinaus nunmehr auch Kinder von Wohngeldempfängern und Kinderzuschlagsempfängern. Damit ist der Kreis der Leistungsberechtigten gegenüber der ursprünglichen Intension ausgeweitet worden.

Die Regelungen zum Bildungs- und Teilhabepaket sind am Tag nach der Veröffentlichung (31.3.2011) rückwirkend zum 1.1.2011 in Kraft getreten.

Grundzüge der praktischen Umsetzung

Hinsichtlich der praktischen Umsetzung der neuen gesetzlichen Regelungen einschließlich des Bildungs- und Teilhabepaketes besteht noch weitgehende Unklarheit. Diese ist derzeit Gegenstand von intensiven Gesprächen und Verhandlungen der kommunalen Spitzenverbände mit der Bundesregierung sowie auf der Länderebene. Daher lassen sich zum jetzigen Zeitpunkt lediglich folgende Grundsätze der Umsetzung skizzieren:

- Die Aufgabenwahrnehmung erfolgt durch die Jobcenter, wobei die Verantwortung für die materiell-rechtliche Weisungslage bei den Kreisen und kreisfreien Städten liegt; dabei kann auf die Vorbereitungen der Bundesagentur für Arbeit in den Jobcentern aufgesetzt werden.
- Die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes werden auf Antrag gewährt; Anträge wirken rückwirkend jeweils zum 01. des Antragsmonats (§ 37 Abs. 1, 2 SGB II); für die Monate Januar bis März 2011 wird zur Abgeltung der Ansprüche auf soziale und kulturelle Teilhabe eine Pauschale in Höhe von 30 Euro gezahlt.
- Die Leistungserbringung kann durch Gutscheine oder Direktzahlungen erfolgen; eine bundesweite Bildungs-Chipkarte wird es nicht geben, lokale Chipkarten sind aber möglich.
- Mit den Leistungsanbietern des Teilhabepaketes können vertragliche Vereinbarungen als Grundlage abgeschlossen werden, diese sind allerdings nicht verpflichtend; die Kommunen haben aber zu gewährleisten, dass die Gutscheine bei geeigneten Anbietern oder Kommunen eingesetzt werden können.
- Gutscheine und Direktzahlungen können pauschal abgerechnet werden, allerdings muss der individuelle Rechtsanspruch vor Gericht nachweislich Gegenstand der Abrechnung sein.
- Die Gutschein-Ausgabe und Direktzahlungen sind jeweils für den gesamten Bewilligungszeitraum im Voraus möglich (i. d. R. sechs Monate); das Ende der Hilfebedürftigkeit ist auch das Ende der Bildungs- und Teilhabeleistungen.

Der Deutsche Städtetag hat seine Mitgliedstädte gebeten, offene und klärungsbedürftige Fragen aus Sicht der kommunalen Praxis zu übermitteln, damit diese in die Verhandlungen einbezogen werden können. Von einigen Arbeitsministerien der Länder (z. B. NRW) werden derzeit Arbeitshilfen zu den relevanten praktischen Umsetzungsfragen vorbereitet.

Berücksichtigung kultureller Angebote

Der Kulturbereich ist bei der Diskussion um die Bildungspakete insbesondere im Bereich der kulturellen Bildung (Musikschulen, Bibliotheken, kulturelle Bildungsangebote etc.) betroffen. Der Deutsche Städtetag hat gegenüber dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales deutlich gemacht, dass bislang freiwillige Leistungen der Städte nicht, auch nicht faktisch, verpflichtend in dieses System einbezogen werden dürfen. Dies hat die zuständige Ministerin zugesichert.

Hinsichtlich der Berücksichtigung der kulturellen Bildungs- und Teilhabeangebote bei den Leistungen des Paketes „konkurriert“ der Kulturbereich mit anderen Bereichen, insbesondere dem organisierten Sport. Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) hat sich ebenso wie der Verband Deutscher Musikschulen (VdM) bereits durch eine Kooperationsvereinbarung entsprechend positioniert und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit bekundet. Es wird daher zum einen darauf ankommen, dass sich die Kultur vor Ort entsprechend in die Umsetzung einbringt, um eine Berücksichtigung kultureller Belange bei der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes sicherzustellen.

Zum anderen ist zu klären, wie bislang im Rahmen von Sozialregelungen bestehende kommunale Leistungen einbezogen werden sollen oder auch können. Vor Ort in den Kommunen sind Konzepte zu entwickeln, welche die neuen Leistungen sinnvoll mit bereits bestehenden Regelungen (u. a. freie bzw. ermäßigte Eintritte in Kultureinrichtungen, Sozialtarife, Sozialpässe etc.) verknüpfen. Trotz des nunmehr verbreiterten Kreises der Leistungsberechtigten besteht dabei das Problem, dass bestehende kommunale Leistungen zur kulturellen Teilhabe zum Teil andere bzw. weitere Berechtigtenkreise umfassen.

Hinsichtlich der Sicherstellung, dass die Bundesmittel auch tatsächlich bei Kindern und Jugendlichen zusätzlich „ankommen“, ist schließlich auf ein finanzrechtliches Problem hinzuweisen. Zumindest in Teilbereichen (z. B. bei Vereinsbeiträgen oder bei Mittagessen in Schulen) könnten bisher von Vereinen, Kommunen oder Ländern für ihre SGB II-Empfänger gewährte Leistungen eingestellt bzw. durch die Bundesmittel substituiert werden. Hierdurch würde in den Haushalten zwar eine Entlastung erreicht, der angestrebte „Mehrwert“ des Bildungs- und Teilhabepaketes aber verfehlt. In der Kultur muss daher darauf geachtet werden, dass derartige Effekte möglichst vermieden werden.

Der Verfasser ist Kulturdezernent des Deutschen Städtetages und Leiter des Dezernates Bildung, Kultur und Sport ■

Musizieren in der Schule
Modelle und Perspektiven der Elementaren Musikpädagogik

Wie können Inhalte, Prinzipien und Methoden der Elementaren Musikpädagogik in Kooperationsprojekten mit allgemein bildenden Schulen realisiert werden? Antworten darauf und zahlreiche, sorgfältig ausgewählte Praxisbeispiele enthält dieser Band, der in bewährter Zusammenarbeit mit dem „Arbeitskreis Elementare Musikpädagogik an Ausbildungsinstituten in Deutschland“ (AEMP) entstanden ist.

Hrsg. von Claudia Meyer, Barbara Stiller und Michael Dartsch
ConBrio Fachbuch · Band 16
Paperback, 244 Seiten, CB 1206, € 25,-
ISBN 978-3-940768-06-3, www.conbrio.de

Chancen und Risiken für die kulturelle Bildung

Zum Bildungspaket der Bundesregierung • Von Jörg Freese

Die Reform der Regelsätze für Kinder und Jugendliche im Bezug von Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II – vulgo: Hartz IV) gestaltete sich als ein von der Vorweihnachtszeit 2010 bis in den Februar 2011 hinziehender, zäher politischer Prozess. Und es wurde der Anschein vermittelt, dass erst der Einsatz älterer Ministerpräsidenten letztlich eine Lösung herbeigeführt hat. Ob dieser Eindruck richtig ist, kann dahingestellt bleiben, jedenfalls ist es den politischen Gremien nicht gelungen, rechtzeitig bis zum Ablauf der vom Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung gesetzten Frist zum Jahresende 2010 eine Regelung zu finden. Aber nun ist der gesetzgeberische Akt vollendet, auch die Veröffentlichung ist erfolgt, auch das Bildungs- und Teilhabepaket ist seit 30. März 2011 mit einer teilweisen Rückwirkung in Kraft.

Von Bildungsgutscheinen und gar einer bundesweiten „Bildungs-(chip-)card“ kann im Gegensatz zum Einstieg in die Diskussion keine Rede mehr sein. Die Kinder und Jugendlichen, deren Eltern im Leistungsbezug nach dem SGB II oder dem SGB XII (Sozialhilfe) sind oder für die ein Kinderzuschlag gezahlt wird, haben Anspruch auf die Übernahme von Kosten, die entstehen, wenn die Kinder Freizeitaktivitäten unternehmen. Dabei soll es insbesondere um Maßnahmen im Bereich von Sport, Spiel und Kultur gehen. Allerdings werden höchstens 10 Euro im Monat erstattet, und auch diese Summe fließt nur auf Antrag.

Die Kommunen haben es im laufenden Gesetzgebungsverfahren gemeinsam mit Teilen der Verhandlungsgruppen von Bundesrat und Bundestag geschafft, die Übertragung der Umsetzung des „Bildungspakets“ auf die Bundesagentur für Arbeit zu verhindern. Stattdessen wird nun die Aufgabe dort erledigt, wo sie hingehört, also vor Ort in den Städten, Landkreisen und Gemeinden. Zudem ist im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets auch eine finanzielle Besserstellung der Kommunen erreicht worden. Denn der Bund hat zugesagt, schrittweise in den nächsten Jahren die vollständigen Ausgaben der Landkreise und kreisfreien Städte für die Grundsicherung von Alters- und Erwerbsunfähigkeitsrentnern zu übernehmen, ein Betrag, der dann bereits bei ca. 4 Mrd. Euro liegen wird mit steigender Tendenz. Dies hat hoffentlich auch positive Auswirkungen auf die finanzielle Situation kultureller Einrichtungen und Angebote.

In manchen Kommunen dürfte das auch eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Angebotsgestaltung durch die Träger kultureller Bildung sein. Denn längst nicht überall ist es möglich gewesen, diese Träger finanziell, strukturell und personell so auszustatten, dass sie jetzt quasi „aus dem Stand“ attraktive Angebote innerhalb des bereit stehenden Budgets konzipieren können.

Im Jahr 2010 ist die Bundesarbeitsministerin nicht müde geworden, auf den positiven Effekt von (bspw.) Geigenunterricht für Kinder hinzuweisen, eine Tatsache, die sich nicht leugnen lässt. Auch das gemeinsame Singen im Chor oder kulturelle Bildung an Jugendkunstschulen, soziokulturellen Zentren usw. wird einen ebenso positiven Effekt auf die Entwicklung von Kinder und Jugendlichen haben.

Dabei treten die kulturellen Einrichtungen unmittelbar in Konkurrenz zu den ebenso attraktiven Angeboten insbesondere von Sportvereinen. Die Sportvereine haben zudem noch den Startvorteil, dass ihre regulären Monatsbeiträge häufig jedenfalls nicht höher als der Höchstbetrag der Förderung liegen. Dies ist beispielsweise bei Musikschulen in ihrem Grundangebot nicht immer so. Daher sind spezielle Gruppenangebote zu schaffen, die auch mit einem Betrag von 10 Euro im Monat oder geringer zu finanzieren sind. Denn es werden sich natürlich auch einige kommunale Träger von Musikschulen im Rahmen ihrer Möglichkeiten an einer zusätzlichen Finanzierung solcher Angebote beteiligen; flächendeckend wird dies aber nicht gelingen. Wichtig ist es daher, attraktive Angebote zu schaffen, die möglichst keine über die 10 Euro im Monat hinausgehenden Kosten verursachen.

Eine besonders große Herausforderung wird es darstellen, die Angebote so zu gestalten, dass sie auch Nachfrage wecken, also der Zielgruppe „schmackhaft“ gemacht werden können. So bedauerlich es ist, wir müssen davon ausgehen, dass wir längst nicht alle Kinder und Jugendlichen erreichen werden, auch wenn dies Ziel der Bemühungen aller Beteiligten sein muss. Insgesamt ist die Nachfrage nur schwer zu beurteilen, sie hängt eben auch von der Attraktivität des Angebots ab. Die Startbedingungen der kulturellen Bildung sind dabei örtlich sehr unterschiedlich. Attraktive Angebote ohne beziehungsweise mit sehr geringen Zugangsschwellen und in erreichbarer Nähe sind daher wichtig, um Kinder und Jugendliche zu erreichen.

Zahlreiche Kommunen überlegen derzeit, das Bildungs- und Teilhabepaket möglichst koordiniert und unter Nutzung bereits vorhandener Infrastruktur umzusetzen. Dabei ist insbesondere an eine enge Anbindung bspw. an vorhandene Ganztagsschulen gedacht. Dies erscheint als sinnvoller Ansatz, auch weil dadurch verhindert wird, dass besondere Angebote für Kinder von Transferleistungsempfängern entstehen oder gar ausdrücklich gefördert werden.

Wie dies mit der Antragsgebundenheit der Leistung zu verbinden ist, wird möglichst zügig zu klären sein. Kommunen als regelmäßig sehr pragmatische Entscheidungsträger dürften dieses Problem aber in vor Ort jeweils geübten Verfahren lösen können. Schwieriger ist es, eine geeignete Struktur in dünn besiedelten ländlichen Räumen zu finden. Insgesamt wird es daher in den nächsten Monaten durchaus unterschiedliche Modelle der Umsetzung des Bildungspakets geben; eine Entwicklung, die vom Bundesgesetzgeber nicht nur akzeptiert sondern mit der Übertragung in kommunale Hände ausdrücklich gewollt gewesen ist.

Kulturelle Teilhabe ermöglichen: Kinder lernen beim Programm „Jedem Kind ein Instrument“ Cello spielen
Foto: Claus Langer © Stiftung Jedem Kind ein Instrument

Ob die Teilhabeförderung in Höhe von 10 Euro im Monat auch von den vielen anderen Einrichtungen der kulturellen Jugendbildung, die nicht Musikschulen sind, angeboten wird, wird stark davon abhängen, ob es auch diesen Einrichtungen gelingt, attraktive Angebote trotz der nur begrenzt zur Verfügung stehenden Mittel zu schaffen. Dem Erfindungsreichtum gerade der kleinen Vereine und Initiativen, die sich der kulturellen Bildung verschrieben haben, dürfte es aber gelingen, einiges auf die Beine zu stellen. Hier besteht auch ein hohes Interesse der Landkreise und Städte an einer aktiven Weiterentwicklung der Angebote, denn sie kommen ja nicht nur den Beziehern von Transferleistungen und ihren Kindern zugute, sondern – ggf. für einen höheren Beitrag – auch interessierten Kindern und Jugendlichen aller gesellschaftlichen Schichten.

Um zu gewährleisten, dass zukünftig mehr Kommunen in der Lage sein werden, solche örtlichen Initiativen nicht nur ideell, sondern wieder stärker finanziell zu unterstützen, ist die Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung ein weiterhin drängendes Anliegen. Die oben beschriebene perspektivische Übernahme der Grundsicherungskosten durch den Bund ist dabei ein sehr guter und richtiger Schritt, deckt aber von der Summe her noch nicht einmal ganz die Hälfte des im Jahr 2010 entstandenen Jahresdefizits aller kommunalen Gebietskörperschaften ab. Dennoch könnte sich auch dadurch in den nächsten Jahren die Leistungsfähigkeit vieler Kommunen leicht erholen – eine weiterhin positive wirtschaftliche Entwicklung ist dabei unterstellt.

Der Verfasser ist Beigeordneter für Schule und Kultur, Jugend und Gesundheit beim Deutschen Landkreistag ■

Wie viel Kulturelle Bildung steckt im Bildungspaket?

Von Gerd Taube und Stephan Schmitz

Das „Bildungspaket“ ist da. Nach langem Ringen im Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Bundesrat wurde das „Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch“ beschlossen und am 24. März ausgefertigt. Künftig sind „Bedarfe für Bildung und Teilhabe“ in § 28 SGB II / § 34 SGB XII geregelt, Verfahrensfragen zur „Erbringung der Leistungen für Bildung und Teilhabe“ in § 29 SGB II / § 34a SGB XII. Praktische Erfahrungen mit der Umsetzung der Neuregelung auf kommunaler Ebene gibt es noch nicht, wie einige Nachfragen vor Ort ergeben haben; allerdings lohnt es trotzdem, den Gesetzestext aus Sicht der Kulturellen Bildung mit Blick auf zu erwartende Umsetzungserfahrungen unter die Lupe zu nehmen.

Neben Leistungen für Schulausflüge, Klassenfahrten, persönlichen Schulbedarf, Schülerbeförderung, Lernförderung und gemeinschaftliche Mittagsverpflegung berücksichtigt das „Bildungspaket“ bei „Leistungsberechtigten bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres [einen] Bedarf zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft in Höhe von insgesamt 10 Euro monatlich“ (§ 28 Abs. 7 SGB II / § 34 Abs. 7 SGB XII). Dies bedeutet für 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche, dass sie rückwirkend ab Januar 2011 Anspruch auf monatlich 10 Euro für „1. Mitgliedsbeiträge in den Bereichen Sport, Spiel, Kultur und Geselligkeit, 2. Unterricht in künstlerischen Fächern (zum Beispiel Musikunterricht) und vergleichbare angeleitete Aktivitäten der kulturellen Bildung und 3. die Teilnahme an Freizeiten“ (§ 28 Abs. 7 Nr. 1-3 SGB II / § 34 Abs. 7 Nr. 1-3 SGB XII) haben. Zu dieser Regelung ist aus Sicht der Kulturellen Bildung folgendes anzumerken: Es ist nicht plausibel, warum im „Bildungspaket“ ausgerechnet die Regelung zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft auf Kinder und Jugendliche bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres beschränkt ist. Wenigstens gilt dieser Teil der Regelung für alle leistungsberechtigten Kinder und Jugendlichen, unabhängig davon, ob sie noch eine Schule besuchen oder nicht. Alle anderen Leistungen des „Bildungspakets“ gelten jedoch für Kinder, Jugendliche und Junge Erwachsene bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres, soweit sie Schüler an einer allgemein- oder berufsbildenden Schule sind (beziehungsweise eine Kita besuchen).

Die förderfähigen Angebotsformen sind durchaus sinnvoll eingegrenzt: Auf der einen Seite ist die Regelung offen genug, um den individuellen Neigungen von Kindern und Jugendlichen Raum zu geben. Sie können angeleitete Angebote der Kulturellen Bildung (Abs. 7 Nr. 2) besuchen, die gleichermaßen für Bildung und Teilhabe stehen. Sie können aber auch Mitglied in Vereinen werden, gleich ob im Bereich Sport, Spiel, Kultur oder Geselligkeit (Abs. 7 Nr. 1), oder an Freizeiten teilnehmen (Abs. 7 Nr. 3), wo hervorragende Voraussetzungen vor allem für Teilhabe am sozialen Leben bestehen. Der Grundsatz von Freiwilligkeit und die Bedeutung auch informeller Bildungsprozesse im sozialen Kontext erfahren hier eine aus Sicht der Kulturellen Bildung sehr erfreuliche Anerkennung. Gleichzeitig sind richtigerweise von der Regelung Geselligkeits- und Freizeitangebote ausgenommen, die möglicherweise außerhalb eines sozialen Kontextes stattfinden und damit allgemein in weit geringerem Maß gesellschaftliche Teilhabe mit sich bringen. Während der Entstehung des „Bildungspakets“ waren die meistgenannten Fallbeispiele hierzu der Kino- oder der Freibadbesuch ohne besondere soziale Einbettung.

Auffällig ist, dass die Gesetzestexte – was selten vorkommt – jeweils in Abs. 7 Nr. 2 eine abstrakte Regelung („Unterricht in künstlerischen Fächern“) mit einem Beispiel („Musikunterricht“) illustrieren. Musikunterricht wird sicher nicht zufällig genannt, gibt es doch eine gemeinsame Rahmenvereinbarung zwischen der Bundesagentur für Arbeit und dem Verband deutscher Musikschulen vom Dezember 2010, in der die Bedeutung von Angeboten öffentlicher Musikschulen für die Integration junger Menschen und deren gesellschaftliche Teilhabe – und damit für die Umsetzung des „Bildungspakets“ – festgehalten ist. Entsprechende Rahmenvereinbarungen der Bundesagentur für Arbeit gibt es auch mit anderen Dachverbänden. Dementsprechend – wie sicherlich auch aus Gründen der Griffigkeit und der unbezweifelbaren Bedeutung und Stärke von Musikschulstrukturen in lokalen Bildungslandschaften – wird häufig die „Musikschule“, „Musik“ oder „Flötengruppe“ genannt, um mögliche Leistungen im Rahmen des „Bildungspakets“ zu illustrieren, gelegentlich aber auch der „Kinderzirkus“ oder die „Theatergruppe“ (www.bildungspaket.bmas.de und Unterseiten). Festzuhalten ist, dass die Regelung des Abs. 7 Nr. 2 offen ist für alle Formen von „Unterricht in künstlerischen Fächern und vergleichbare angeleitete Aktivitäten der kulturellen Bildung“, also für all das, was an vielfältigen Angebotsformen in der kulturellen Kinder- und Jugendbildung existiert, gleichgültig ob in kommunaler oder freier Trägerschaft. Somit ist der Besuch von Angeboten in den Bereichen Bildende

Weiter auf Seite 13

Fortsetzung von Seite 12

Kunst, Film, Fotografie, Literatur, elektronische Medien, Musik, Rhythmik, Spiel, Tanz, Theater, Video u.a. förderfähig, ob an Musikschulen, Jugendkunstschulen, Theatern, Radio- und Filmwerkstätten, Kindermuseen, Tanzeinrichtungen, Bibliotheken, Leseclubs, Kinderzirkussen oder Spielmobilen. Fachlich sind die Akteure in den verschiedenen Angebotsformen Kultureller Bildung sehr gut gerüstet – zumal sich hinsichtlich der Zielgruppe in vielen Fällen nicht viel für sie ändern dürfte, beziehen doch gerade sie häufig bildungs- und sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche ein. Von Seiten der personellen Ausstattung wird es darauf ankommen, dass sich Bund, Länder und Kommunen darum bemühen, vorhandene Strukturen Kultureller Bildung flächendeckend zu erhalten und zu stärken, denn Angebote für 2,5 Millionen leistungsberechtigte Kinder und Jugendliche sind auch mit Mitteln des „Bildungspakts“ nur in gesunden Strukturen möglich. Womit wir bei der Finanzierung wären:

Monatlich 10 Euro sind individuell betrachtet nicht viel, aber immerhin ein Schritt in die richtige Richtung. Der Betrag dürfte in den meisten Fällen ausreichen, um die Mitgliedschaft in einem Verein zu ermöglichen. Der Besuch von qualitativ hochwertigen Unterrichts- und Kursangeboten ist hingegen meist mit höheren Kosten verbunden. Hier sind die Akteure in der Kulturellen Bildung gefordert, entsprechende Angebote bereitzustellen und aktiv auf mögliche Nutzer zuzugehen. Sie machen sich freilich nicht erst seit Auflage des „Bildungspakets“ Gedanken darüber, wie sie bildungs- und sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche erreichen, brauchen jedoch wie beschrieben eine tragfähige finanzielle Grundausstattung.

Viele Akteure – gerade kommunale und kommunal geförderte Einrichtungen – bieten als Umsetzung der kommunalen Verantwortung für Bildungsgerechtigkeit und Teilhabe ohnehin bereits eine Sozialermäßigung von Teilnahmebeiträgen und -gebühren an. Hierzu eine Modellrechnung: Von regulär 300 Euro im Jahr für die Teilnahme an einem Gruppenunterrichtsangebot verbleiben mancherorts nach Abzug von 50 Prozent Sozialermäßigung 150 Euro im Jahr. Abzüglich einer Kostenübernahme von 120 Euro über das Bildungspaket bliebe ein Restbetrag von 30 Euro im Jahr. Es kann aber auch sein, dass Kommunen ihr Sozialermäßigungssystem in der Form umgestalten, dass der Finanzierungsbeitrag über das Bildungspaket auf die Sozialermäßigung angerechnet wird. Dann würde das 300 Euro teure Angebot für Sozialermäßigungsberechtigte weiterhin 150 Euro kosten, nur würden 30 Euro der Ermäßigung von der Kommune getragen, 120 Euro über das Bildungspaket.

Dieses Fallbeispiel für sich allein genommen macht bereits deutlich, wie viele Fragen sich bei der Umsetzung des „Bildungspakets“ ergeben können; noch unübersichtlicher dürfte es werden, wenn von Leistungsberechtigten mehrere Angebote besucht werden, womit wir beim Verfahren zur Erbringung der Leistungen für Bildung und Teilhabe wären, das künftig in § 29 SGB II bzw. § 34a SGB XII geregelt ist.

Lange war unklar, wie das Verfahren der Leistungserbringung auf kommunaler Ebene gestaltet sein, welche Rolle den Jobcentern, den Jugendämtern und weiteren Akteuren zukommen würde. Nun ist immerhin klar: Die Trägerschaft für das „Bildungspaket“ und dessen Umsetzung liegt bei den Kommunen. Entsprechend der doppelten Verankerung in SGB II und SGB XII ist für Familien, die ALG-II-Leistungen oder Sozialgeld beziehen, die Agentur für Arbeit (ARGE) bzw. das Jobcenter die Anlaufstelle; für Familien, die Wohngeld, Sozialhilfe oder den Kinderzuschlag erhalten, soll die Kommune einen eigenen zuständigen Ansprechpartner benennen (z.B. das Bürgeramt). Für die Leistungsabrechnung und Kostenerstattung gibt es ebenfalls unterschiedliche Varianten, von Direktzahlungen an die Leistungsanbieter bis hin zu unterschiedlichen Gutscheinmodellen für Leistungsberechtigte.

Für Akteure in der Kulturellen Kinder- und Jugendbildung bedeutet das: Sie müssen selbst herausfinden, wer in ihrer Kommune für die Leistungsabrechnung zuständig ist und wie diese ausgestaltet ist. Sie müssen sich dort – unter Umständen an mehreren Stellen – als mögliche Leistungserbringer registrieren lassen. Sie sollten leistungsberechtigte Kinder und Jugendliche und deren Familien aktiv ansprechen und ihnen dabei helfen, das Antragsverfahren zu bewältigen. Der Aufwand für Träger, die gerade in ihrer Verwaltung häufig am Rande der Kapazitätsgrenzen operieren, ist dabei kaum absehbar.

Insgesamt ist das „Bildungspaket“ eine begrüßenswerte Maßnahme zur Stärkung von Bildungsgerechtigkeit und Teilhabe. Der offensichtlichste und lange absehbarer Mangel ist, dass es keineswegs als integrierter Teil eines Gesamtkonzeptes von Jugend-, Bildungs- und Kulturpolitik oder auch nur koordiniert zu den bestehenden Strukturen der Kinder- und Jugendbildung daherkommt, sondern bloß als ein Kompromiss zur Minimalumsetzung der Aufgabe, die das Bundesverfassungsgericht der Regierung mit seinem Urteil vom 9. Februar 2010 aufgegeben hat. Gleichwohl birgt es Chancen für viele Kinder und Jugendliche – und auch für die Akteure in der Kulturellen Bildung, die mit ihren Angeboten diese Kinder und Jugendliche erreichen möchten.

Gerd Taube ist Vorsitzender der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ) und Leiter des Kinder- und Jugendtheaterzentrums in der Bundesrepublik Deutschland (KJTZ).
Stephan Schmitz ist Grundsatzreferent bei der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ) ■

Keine Kinder zweiter Klasse durchs Bildungspaket

Bildungs-Euro müssen Qualität bekommen! • Von Matthias Pannes

Das Gesetz zur Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze und zum Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder trat am 30. März 2011 in Kraft. „Das Bildungspaket verbessert die Leistungen für bedürftige Kinder. Und die Städte sind bereit, dieses Ziel nach besten Kräften umzusetzen“, sagte Dr. Stephan Articus, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages. „Die Städte arbeiten mit Hochdruck daran, um Kindern die neuen Leistungen […] so bald wie möglich zu vermitteln. Sie sind ihrer Verantwortung bewusst, den Kindern und Jugendlichen […] einen guten Zugang zu den Angeboten zu sichern“, so Articus weiter.

Kulturelle Teilhabe ermöglichen: Kinder lernen beim Programm „Jedem Kind ein Instrument“ Geige spielen
Foto: Claus Langer © Stiftung Jedem Kind ein Instrument

Zwar können die Kommunen durch die Revisionsklausel im Gesetz davon ausgehen, dass ihnen der Bund einen vollen finanziellen Ausgleich für die Leistungen und den Verwaltungsaufwand verschafft, aber es bleiben Fragen nach Qualität und Zertifizierung der Angebote offen. Nach Ansicht des Verbandes deutscher Musikschulen (VdM) ist es dringend erforderlich, dass gemeinsam mit den Zuständigkeits- und Verfahrensregelungen auch Definitionen für Qualitätskriterien geschaffen werden müssen.

„Ein wesentlicher Auftrag Öffentlicher Musikschulen ist die Zugänglichkeit für Kinder aller Bevölkerungsschichten“, so VdM-Vorsitzender Winfried Richter, „kein Kind, kein Jugendlicher darf allein aufgrund mangelnder finanzieller Voraussetzungen von den Bildungsangeboten der öffentlichen Musikschulen ausgeschlossen werden. Gerade in Verbindung mit Sozialermäßigungen der zumeist kommunal getragenen bzw. verantworteten Musikschulen könnte das Bildungspaket eine sinnvolle Kombination ergeben.“

Öffentliche Musikschulen haben für die vorgesehenen Bildungsmittel geeignete Angebote.

Es ist aus Sicht des VdM als durchaus positiv zu werten, dass die Bundesregierung die Musikschulen als Träger kultureller Bildung in der Diskussion um das Bildungspaket an vorderer Stelle nennt. Öffentliche Musikschulen haben vielfältige und attraktive Angebote, um Anreize für Kinder und Jugendliche für die Nutzung der Bildungspaket-Leistungen zu geben. DrumCircle oder Vocussion, Musikalische Früherziehung, Schnupperkurse bzw. Instrumentenkarussell, Vokalangebote in Chören und Programme wie „Jedem Kind ein Instrument“ oder „Jedem Kind seine Stimme“ sowie Kurse im Bereich Tanz und Bewegung sind nur einige Beispiele für eine Nutzungsmöglichkeit der Bildungsmittel in VdM-Musikschulen.

Wenn nun mit diesen ersten Bildungsimpulsen bei Kindern und Jugendlichen Interesse und der Wunsch für vertiefte Angebote geweckt wird, wenn also das Erlernen eines Instrumentes kontinuierlichen Unterricht erfordert oder das Mitspielen in einer Band die Anschaffung eines Instrumentes voraussetzt, muss auch politisch dafür gesorgt werden, dass diesen jungen Menschen ein solcher Bildungsverlauf ermöglicht wird, sonst werden die Begünstigen der Bildungspaket-Leistungen von nachhaltigen Bildungsangeboten ausgeschlossen und zu Nutzern zweiter Klasse.

Der VdM fordert somit die politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern dazu auf, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass den Kindern, die durch die Leistungen des Bildungspakets erreicht werden, auch fundierte Bildungsangebote gleicher Qualität zukommen, wie sie auch andere Kinder wahrnehmen können. Wenn soziale Integration gelingen soll, kann die Politik keine Qualitätsunterschiede der Bildungsangebote akzeptieren.

Viel Lärm um wenig? – Eindrücke zum Bildungspaket

Das Bildungspaket: wieder eine dieser Ankündigungen, die als Ersatz für planvolle Politik daherkommt, oder ist es diesmal mehr als das? Es sollte ein Lösungsansatz für die verfassungsgerichtliche Auflage gefunden werden, einen bestimmten Ausschnitt in unserem Sozialsystem weniger ungerecht zu regeln. Wie so oft aber scheint mit dem Bildungspaket eine Idee in die Welt gesetzt zu sein, ohne in ausreichendem Maß Begleit- und Folgewirkungen abgeschätzt zu haben. So gibt es noch keine konsistenten Kriterien für die Festlegung der Zielgruppen, um Verteilungsgerechtigkeit zu garantieren, so dass zu befürchten ist, dass wieder eintritt, was man in der Politik oft erlebt: man kann nicht beides haben – versprechen und halten.

Das geplante Bildungspaket soll verschiedene Bereiche umfassen: Neben Mitteln für schulische Betreuung oder auch Verpflegung, für Nachhilfe, Sport und weiteren Angeboten soll das Bildungspaket eben auch ein Segment für die Inanspruchnahme kultureller Angebote enthalten, so eben auch für die Nutzung von Bildungsangeboten der Musikschulen. Wenn man sich also die Lücke anschaut, die zwischen den zur Verfügung stehenden Mitteln des Bildungspakets und der Kostenstruktur weiterführender Musikschul-Angebote auftut, dann wird klar, dass Maßnahmen getroffen werden müssen, die Zugänge zu diesen Angeboten zu ermöglichen: kein Kind, kein Jugendlicher darf aus rein finanziellen Gründen von der Nutzungmöglichkeit des Bildungsangebotes der VdM-Musikschulen ausgeschlossen bleiben.

Und nur die öffentlichen Musikschulen sind aufgrund ihres dezidierten gemeinwohl-orientierten Auftrags und aufgrund ihrer Sozialverpflichtung in der Lage, solche Zugänge zu ermöglichen. Deren Gewährleistung erfordert aber auch ausreichende Finanzierung. Als erstes Fazit sei festgehalten, dass Musikschulen im VdM aufgrund ihrer planvollen Struktur über die erforderlichen Gelingensbedingungen für einen sinnvollen Einsatz der Bildungspaketmittel ebenso verfügen wie auch aufgrund ihrer Kompetenzen die Anschlussfähigkeit an nachhaltige Bildungsangebote sicherstellen können.

Der Verfassser ist Bundesgeschäftsführer des Verbands deutscher Musikschulen ■

Interkulturelle Bildung – eigentlich eine Selbstverständlichkeit

Von Olaf Zimmermann

In diesem Jahr jährt sich zum 50sten Mal die Unterzeichnung des Anwerbeabkommens mit der Türkei. Bereits im Jahr 1955 hatte Deutschland ein Anwerbeabkommen mit Italien, 1960 mit Spanien und Griechenland geschlossen. Nach dem Anwerbeabkommen mit der Türkei wurden noch Abkommen mit Marokko (1963), Portugal (1964), Tunesien (1965) und Jugoslawien (1968) geschlossen. Die Anwerbeabkommen dienten dazu, ausländische Arbeitnehmer zur Arbeit in Deutschland zu gewinnen. Gastarbeiter war seiner Zeit der gängige Terminus. Gedacht war daran, dass die Arbeitskräfte nur eine begrenzte Zeit in Deutschland bleiben und danach in ihre Heimatländer zurückkehren.

Kinder lauschen gebannt den Geschichten bei der Internationalen Vorlesenacht in Solingen. **Foto: Claudia Elsner-Overberg**

Bis sich die Erkenntnis und vor allem die politische Anerkenntnis durchsetzte, dass Ausländer nicht nur befristet in Deutschland leben, sondern inzwischen hier ihren Lebensmittelpunkt haben, Deutschland also ein Einwanderungsland ist, hat es lange gedauert. Die erste rot-grüne Bundesregierung hat sich in der 14. Wahlperiode (1998-2002) die Zähne daran ausgebissen. Die von der ehemaligen Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth geleitete Zuwanderungskommission leistete zwar eine hervorragende Arbeit, ihre Empfehlungen stießen in den danach stattfindenden politischen Beratungen aber so manches Mal auf harsche Kritik und zähen Widerstand.

Dennoch, spätestens seit dieser Zeit ist anerkannt, dass Deutschland nicht nur älter, sondern auch bunter wird. Die zuvor im Bundesministerium für Arbeit und Soziales angesiedelten Ausländerbeauftragten wurden zu Staatsministerinnen im Bundeskanzleramt und bekamen die Aufgabe, sich um die Integration der hier lebenden Migranten und Flüchtlinge zu kümmern. Dieses war und ist eine Aufwertung der Aufgabe und eine Anerkenntnis, dass Integration nicht von alleine gelingt.

Integration gelingt vor allem deshalb nicht von allein, weil die in Deutschland West und in Deutschland Ost lebenden Ausländer über Jahrzehnte hinweg gar nicht integriert werden sollten. Ihr Aufenthaltstatus wurde als temporär angesehen und daher gehörte die Integration oder gar die interkulturelle Bildung nicht zu den Kernaufgaben.

Einwanderungsgesellschaft

Die deutsche Einwanderungsgesellschaft besteht aber nicht allein aus sogenannten Gastarbeitern und ihren Kindern und Kindeskindern. Es gehören ebenso dazu Flüchtlinge und Asylsuchende, Spätaussiedler, Studierende und Hochschulabsolventen sowie Menschen aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Zuwanderer können nicht über einen Kamm geschoren werden, es verbergen sich dahinter unterschiedliche Biografien, Ausbildungen, politische, gesellschaftliche und religiöse Prägungen. Insofern ist Integrationspolitik eine komplexe Aufgabe und mindestens ebenso herausfordernd ist die interkulturelle Bildung.

Das größte Problem der Diskussion um Zuwanderung und Integration ist dabei, dass es in erster Linie eine Defizitdebatte ist. Der Defizite bei den Zuwanderern, hier werden besonders mangelnde Sprachkenntnisse in den Blick genommen, sowie der Defizite in der Mehrheitsgesellschaft und ihren Institutionen, die zu wenig auf die veränderte Bevölkerungszusammensetzung reagieren. Auch wenn es unbestritten notwendig ist, die Defizite zu benennen, verstellt diese Debatte oftmals die Chancen des Zusammenlebens, des gegenseitigen Kennenlernens und der Verständigung.

Interkulturelle Bildung

In seiner Stellungnahme „Interkulturelle Bildung – eine Chance für unsere Gesellschaft“ aus dem Jahr 2007 appelliert der Deutsche Kulturrat für einen Perspektivenwechsel von der Defizit- zur Potenzialperspektive. Es wird unterstrichen, dass die interkulturelle Bildung das Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen fördert. Interkulturelle Kompetenz wird in diesem Zusammenhang als Ziel der Allgemeinbildung verstanden und nicht allein den Künsten zugewiesen. In seiner Stellungnahme beschreibt der Deutsche Kulturrat interkulturelle Bildung so: „Interkulturelle Bildung ist auf der Seite des Individuums diejenige Fähigkeit, die die gesellschaftlich vorhandene kulturelle Vielfalt produktiv zu bewältigen gestattet. Zur politischen, juristischen und sozialen Dimension von kultureller Vielfalt kommt daher eine pädagogische Dimension. Sie ist insbesondere unverzichtbar für jedes Land, das wie Deutschland durch den internationalen Handel von Dienstleistungen und Gütern stark in den wirtschaftlichen Globalisierungsprozess eingebunden ist. Ziel ist daher auch, die Menschen in Deutschland so auszubilden, dass sie sich im Inland in internationalen Unternehmen bewähren, und im Ausland integrieren und dort erfolgversprechend arbeiten können.“

Entscheidend ist dabei, dass interkulturelle Bildung nicht nur dazu dienen soll, den Zuwanderern die Integration in die Mehrheitsgesellschaft zu erleichtern, sondern vielmehr als eine permanente Aufgabe für jeden in einer globalisierten Welt betrachtet wird. Gerade daher wird die interkulturelle Bildung als eine gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe verortet. Eine Exportnation wie Deutschland ist in besonderer Weise darauf angewiesen, dass die Menschen interkulturell gebildet sind. Insofern ist interkulturelle Bildung auch nicht nur nachholende Integration sondern ebenso der Schlüssel für eine erfolgreiche Wirtschaft in der globalisierten Welt.

Interkulturelle Bildung im Kulturbereich

Als Spitzenverband der Bundeskulturverbände fühlt sich der Deutsche Kulturrat für den Kulturbereich in der Verantwortung. Seine in der o.g. Stellungnahme formulierten Empfehlungen richten sich daher an die Kultureinrichtungen sowie Einrichtungen der kulturellen Bildung. Als außerschulische Einrichtungen werden sie aufgefordert, so attraktive Angebote zu unterbreiten, dass Kinder und Jugendlichen aus allen sozialen Schichten und gesellschaftlichen Gruppen sich angesprochen fühlen. Die Politik wird in der Pflicht gesehen, ausreichend finanzielle Mittel bereit zu stellen, damit keine finanziellen Hürden bestehen, um solche Angebote zu besuchen.

Im Jahr 2009 führte der Deutsche Kulturrat im Rahmen seines Projektes „Strukturbedingungen für eine nachhaltige interkulturelle Bildung“ eine Befragung seiner Mitglieder durch. Gefragt wurde zum einen, inwieweit Migranten bzw. Migrantenvereinigungen zu den Mitgliedern der Bundeskulturverbände gehören und zum anderen welche Rolle das Thema interkulturelle Bildung in der Verbandsarbeit hat. Alle Verbände, die dem Rat für Soziokultur und kulturelle Bildung des Deutschen Kulturrates angehören und an der Befragung teilgenommen haben, gaben an, sich mit dem Thema zu befassen. Dabei wird als häufigster Grund für diese Befassung die gesamtgesellschaftliche Bedeutung des Themas angegeben. Infolgedessen wird sich diese Fragestellungen bei Tagungen und Veranstaltungen gewidmet, die Vorstände befassen sich damit und spezifische Projekte werden hierzu durchgeführt. Auf der Kulturverbandsebene ist das Thema, zumindest im Arbeitsfeld der kulturellen Bildung, angekommen.

Und auch in den Einrichtungen selbst spielt es eine zunehmend wichtigere Rolle. Beispiele hierfür sind Modellvorhaben wie „Kunst-Code“ der Jugendkunstschulen und kulturpädagogischen Einrichtungen. Die Bibliotheken sind beispielsweise bereits seit vielen Jahren ohne viel Aufhebens im Bereich der interkulturellen Bibliotheksarbeit aktiv. Sie halten Literatur zum Deutsch lernen ebenso bereit wie Ratgeber im Umgang mit deutschen Behörden sowie dem deutschen Recht. Ebenfalls wird fremdsprachige Literatur angeboten. In anderen künstlerischen Bereichen gibt es ebenfalls zahlreiche Beispiele eine selbstverständlichen interkulturellen Bildung.

Interkulturelle Bildung in der Schule

Müssen außerschulische Kultur- und Bildungseinrichtungen mittels attraktiver Angebote um Teilnehmer werben, ist der Schulbesuch für alle Kinder und Jugendlichen im Schulalter Pflicht. Die Schule bietet daher eigentlich in besonderer Weise die Chance, Kinder und Jugendliche zu erreichen, die außerschulische Angebote nicht wahrnehmen. In der Schule werden alle Kinder und Jugendlichen erreicht.

Der Deutsche Kulturrat setzt sich darum besonders für interkulturelle Bildung in der Schule ein, die er sowohl in den künstlerischen Schulfächern (Darstellendes Spiel, Kunst und Musik) aber auch darüber hinaus in anderen Fächern verortet. Dabei sollte insbesondere der Ethik- und Religionsunterricht zur Vermittlung interkultureller Bildung genutzt werden.

Die interkulturelle Schulentwicklung wird als eine Aufgabe aller Lehrerinnen und Lehrer, der Erzieherinnen und Erzieher, der Schülerinnen und Schüler sowie der Eltern gesehen. Eine solche Schulentwicklung setzt eine entsprechende Aus- und Weiterbildung des pädagogischen Personals voraus.

Dialog mit Migrantenverbänden

Im Rahmen des bereits erwähnten Projektes „Strukturbedingungen für eine nachhaltige interkulturelle Bildung“ hat der Deutsche Kulturrat einen Runden Tisch mit Migrantenorganisationen ins Leben gerufen. Dieser Runde Tisch hat sich im Jahr 2010 besonders mit Fragen der interkulturellen Bildung in Kindertageseinrichtungen sowie der Schule befasst. Gemeinsam mit Migrantenverbänden wurde die Stellungnahme „Lernorte interkultureller Bildung im vorschulischen und schulischen Kontext“ verabschiedet.

Auch hier wird unterstrichen, dass es um die Entwicklung von interkulturellen Kompetenzen des pädagogischen Personals gehen muss. Darüber hinaus wird die Wertschätzung und gleichberechtigte Auseinandersetzung mit der Vielfalt der Kulturen, Traditionen und künstlerischen Einflüssen der Zuwanderer eingefordert. Diese Vielfalt sollte sich auch in den Curricula widerspiegeln. Ein besonderes Augenmerk wird auf die Mehrsprachigkeit gerichtet. Mehrsprachigkeit wird als Chance gesehen und die Förderung der Mehrsprachigkeit in Schulen und Kindertageseinrichtungen eingefordert.

Der bestehende Runde Tisch mit Migrantenorganisationen geht im Jahr 2011 in die zweite Runde und widmet sich aktuell der interkulturellen Bildung in Kultureinrichtungen sowie Einrichtungen der kulturellen Bildung. In der zweiten Jahreshälfte 2011 soll eine Stellungnahme mit Empfehlungen vorgelegt werden.

Paradigmenwechsel zur interkulturellen Bildung

Deutschland ist eine Einwanderungsgesellschaft. Die deutsche Wirtschaft ist exportorientiert. Wer diese beiden Selbstverständlichkeiten ernst nimmt, kommt ebenso selbstverständlich zum Schluss, dass interkulturelle Bildung eine Selbstverständlichkeit sein muss. Und zwar nicht um Migranten etwas besonders Gutes tun zu wollen, sondern um unsere Gesellschaft zu gestalten, die sich durch kulturelle und religiöse Vielfalt auszeichnet und um weiterhin wirtschaftlich bestehen zu können.

Eine so verstandene interkulturelle Bildung ist auch eine Angelegenheit der künstlerischen Disziplinen aber nicht nur. Sie ist eine Querschnittsaufgabe aller gesellschaftlichen Felder. Der Kulturbereich sollte seinen spezifischen Beitrag leisten. Dabei darf aber nicht vergessen werden, dass Kultur oft eher das Trennende und weniger das Verbindende ist.

Der Verfasser ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates ■

Der Beitrag erschien zuerst im Internetportal der Bundeszentrale für politische Bildung im neu eingerichteten Themenbereich Interkultur.

Viel Lärm um Nichts?

Wie gemeinnützige Organisationen von der Phineo-Analyse profitieren • Von Andreas Rickert

„Was bringt unserer Organisation eigentlich die Analyse und Empfehlung durch Phineo?“ So lautete kürzlich die Frage eines ehrenamtlichen Vereinsvorstands an die ihm gegenüber sitzende Phineo-Analystin Sonja Schäffler. Eine berechtigte Frage, immerhin ist der Analyseprozess nicht nur für Phineo, sondern auch für die gemeinnützigen Organisationen mit einigem Aufwand verbunden. Was Phineo für Soziale Investoren leisten will, ist mittlerweile bekannt: Orientierungshilfen im bunten, unübersichtlichen gemeinnützigen Sektor bieten, die gezielt wirkungsorientiertes Geben ermöglichen. Im Moment kann Phineo mit Hintergrundanalysen zu sieben Themenfeldern gemeinnützigen Engagements aufwarten, über 80 Organisationen haben es nach der vierstufigen Analyse in das Portfolio wirkungsvoller Projekte geschafft.

Doch was ist der Nutzen für die Organisationen, das arbeitsintensive Analyseverfahren zu durchlaufen? Werden ihnen im Falle einer Phineo-Empfehlung die Sozialen Investoren die Türen einrennen? Folgt endlich ein lang anhaltender Spendensegen?

Die Landesarbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung Saarland e.V. beispielsweise wurde mit ihrem Projekt „Es bewegt sich was in Malstatt“ im Themenfeld Gesundheitsförderung junger Menschen „Fit und fröhlich“ von Phineo empfohlen und in einem Projektporträt vorgestellt. 2010 erhielt die Organisation eine Spende von über 10.000 Euro. Die Organisation führt die Spende unter anderem auf die Phineo-Empfehlung, die eine andere Organisation jüngst als „Ritterschlag“ bezeichnet hat, zurück. Das Geld wurde in die Projektfortführung investiert.

Echter Erkenntnisgewinn

Das Phineo-Analyseverfahren entstand aus der Frage, wie und wo Soziale Investoren möglichst viel Wirkung mit ihrem Engagement erzielen können. Dem wachsenden Bedürfnis an Informationen über Wirkungen standen aber kaum Informationsmöglichkeiten gegenüber. Wie kann man wirkungsvolle Projekte finden? Welche Indikatoren zeigen, dass eine Organisation auch effizient arbeitet?

Diese Fragen finden ihre Übersetzung im Analyseverfahren. Die Erwartungen Sozialer Investoren finden so ihren Weg zu den Organisationen. Das Analyseverfahren verbindet die beiden Parteien.

Am Analyseverfahren teilzunehmen ist also erst einmal eine Einladung an die Organisationen, in einen erweiterten Dialog zu treten. Es lohnt sich, diese Einladung anzunehmen. Denn jede Suche fördert wertvolle Erkenntnisse zu Tage. Das gilt für Phineo, wenn das Analysehaus Organisationen und Projekte mit besonderem Wirkungspotenzial findet. Und es gilt für die Organisationen, die die Reflexionen ihrer eigenen Praxis in Chancen umsetzen.

Man mag dem Umfang der Phineo-Analyse zuerst einmal skeptisch gegenüberstehen. Immerhin ist der Prozess mit einiger Arbeit seitens der NPO verbunden. Da ist die Frage „Was bringt's“ berechtigt. Auch weil die Ressourcen innerhalb einer gemeinnützigen Organisation meist knapp sind. Und die täglich anfallende Arbeit muss schließlich auch erledigt werden. Den meisten Organisationen wird aber schon zu einem frühen Zeitpunkt des Analyseprozesses klar, dass sich die Arbeit lohnt – unabhängig davon, ob am Ende eine Phineo-Empfehlung und das Projektporträt steht oder nicht.

Brigitte Mohn, Andreas Rickert, Staatsministerin Maria Böhmer und Christian Bunsen bei der Vorstellung des PHINEO-Integrationsreports am 15.3.2011 in Berlin **Foto: PHINEO/Steffen Kugler**

Darf's noch ein Stück Reflexion mehr sein?

Die Phineo-Analyse besteht aus vier aufeinander aufbauenden Phasen, im Laufe derer insgesamt neun Kriterien die Leistungsfähigkeit der Organisation und das Wirkungspotential des Projekts beleuchten. Erreicht eine gemeinnützige Organisation die zweite Analyse-Phase, so hat sie bis zu diesem Zeitpunkt bereits die 42 Fragen des Online-Fragebogens beantwortet. 42 kleinere oder größere Reflexionsprozesse, die eine Organisation mit jeder Faser ihrer Organisation in Berührung gebracht hat. Ob man nun will oder nicht: Hier werden Denkprozesse angestoßen und Diskussion über das bisherige Selbstverständnis ausgelöst.

Auch wenn eine Organisation es nicht bis zur Phineo-Empfehlung schafft, so wirkt diese Reflexion dennoch. Das Feedback einer gemeinnützigen Organisation zu dieser Phineo-Wirkebene: „Wir dachten auch schon an ein professionelles Coaching, aber dafür hätten wir viel Geld bezahlt. Phineo hat uns mindestens genauso viel geholfen, abgesehen von viel Arbeit und Zeit jedoch nichts gekostet. Nochmals vielen Dank, dass Sie die wunden Punkte angesprochen haben.“

Die wunden Punkte anzusprechen ist genauso hilfreich, wie die schon vorhandene Erfolgsgeschichte einer Organisation hervorzuheben. Bei den öffentlich vorgestellten Organisationen mit Phineo-Empfehlung kann man kritische Einschätzungen in den Projektporträts nachlesen, sofern es welche sind, die auch anderen die gesamthafte Einschätzung einer guten und wirkungsvollen Organisation erleichtern können. Bei den Projekten,

Weiter auf Seite 16

Wozu ein neuer Bundesfreiwilligendienst?

Ein Kommentar von Rupert Graf Strachwitz

Ohne Verantwortung keine Freiheit! Zum freiheitlichen Gemeinwesen gehört die selbstermächtigte Übernahme von Aufgaben für das gemeine Wohl. Da diese wie andere lebensgestaltende Aufgaben der Einübung bedarf, ist alles, was die Bereitschaft von Bürgerinnen und Bürgern zum Engagement wecken, ermöglichen oder stärken kann, zu begrüßen.

Seit Jahrzehnten dienen diesem Ziel unter anderem das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ), das auch in Kultureinrichtungen abgeleistet werden kann, das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) und weitere Programme. Weniger geeignet erschien stets der Zivildienst, der als „Ersatzdienst“ an die Wehrpflicht gekoppelt war. Zu dessen Durchführung entstand ein Bundesamt mit heute rund 1.000 Beschäftigten, das die Steuerzahler rd. 100 Millionen Euro im Jahr kostet – wohlgemerkt nur die Verwaltungsbehörde, ohne die Leistungen für die Zivildienstleistenden und deren Einsatzstellen.

Zum 1. Juli 2011 wird nun die Wehrpflicht ausgesetzt. Damit fällt auch der Ersatzdienst weg. Es ist offenkundig, dass die Zeiten großer Armeen vorüber sind. Die Wehrpflicht wird also so bald nicht wiederkehren; auch der Abschied von den Zivildienstleistenden ist daher endgültig – für Einrichtungen, die die Zeichen der Zeit nicht rechtzeitig erkannt haben, ein bitteres Erwachen. Ihnen werden die jungen Männer fehlen, im Dienst ebenso wie im Budget, denn vollbezahlte Arbeitnehmer sind teuer. Hier will die Bundesregierung Abhilfe schaffen. Bürgerinnen und Bürger jeden Alters sollen sich freiwillig auf Zeit zum Dienst in „anerkannten Einsatzstellen“ verpflichten können. Der Bund begründet dazu öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse, die „Jugendlichen“, wie die (wohl meist jungen) wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger herablassend tituliert werden, erhalten ein „Taschengeld“, werden pädagogisch begleitet und besuchen Lehrgänge, unter anderem an den bisherigen Zivildienstschulen des Bundes. Dafür gibt es Geld aus dem Bundeshaushalt, das über „Zentralstellen“ und „Träger“ auf die Einsatzstellen verteilt wird. Klar, dass da für das „Taschengeld“ nicht viel übrigbleibt! Zur Exekutierung dieses komplizierten Programms, das wohlgemerkt parallel zum FSJ und FÖJ aufgebaut wird, bedarf es natürlich einer Behörde – richtig, des bisherigen Bundesamtes für den Zivildienst, das, so die Argumentation des zuständigen Bundesfamilienministeriums (BMFSFJ), nicht aufgelöst werden kann, weil ja der Wehrdienst nur ausgesetzt ist und das deshalb neue Aufgaben braucht (wodurch es für die ursprüngliche, wenn diese denn wiederkäme, ja wohl keine Kapazitäten mehr hätte). Das Amt bekommt einen neuen Namen, Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben, und die einzige Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des BMFSFJ ist gerettet. Das BMFSFJ lässt erkennen, dass bisher von freien Vertragspartnern wahrgenommene Aufgaben künftig dem Bundesamt übertragen werden. Schon sind Fördervereinbarungen gekürzt, gekündigt oder sogar nachträglich widerrufen worden – ein eklatanter Verstoß gegen das Subsidiaritätsprinzip, vom Wirtschaftlichkeitsprinzip ganz zu schweigen. Zivilgesellschaftliche Mittler-, Kompetenz- und Servicestrukturen werden vorsätzlich zerschlagen. All das sieht das Bundesfreiwilligendienstgesetz vor, das vermutlich gerade noch rechtzeitig zum 1. Juli 2011 in Kraft treten wird – ein bürokratisches Monstrum, das allen Bemühungen der letzten 20 Jahre, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement als selbständige Akteure zu stärken, Hohn spricht. Die Einführung einer solchen Struktur für den Bundesfreiwilligendienst erscheint weder hilfreich noch notwendig. Vielmehr wird hier ein altertümliches Staatsverständnis perpetuiert, das durch die Entstehung der modernen Zivilgesellschaft obsolet geworden ist. Gesetzlich zu regeln sind neben der Förderung aus Bundesmitteln im Grunde nur die einheitliche Entlohnung der Freiwilligen (und nicht etwa der Einsatzstellen) zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen, die soziale Absicherung zur Vermeidung von sozialen Härten, die mögliche Länge des Dienstes und die Mindestanforderungen an Ausbildung und pädagogische Begleitung.

Warum sollte der Bund ein solches Programm fördern? Im Kern nicht, um Einrichtungen finanziell zu entlasten, sondern um die aktive Bürgergesellschaft voranzubringen! Erzwingen lässt sich nämlich bürgerschaftliches Engagement (im Gegensatz zu Wehr- und Zivildienst) nicht. Wer sich engagieren will, lässt sich in erster Linie von Zielen und Aufgaben motivieren. Diese sollen erfahrbar gemacht werden. Daher kommt es auf gute Dienstangebote, gute Führungskräfte, gute Arbeitsatmosphäre, partizipative Strukturen und gutes Marketing an. Freiwilligendienste leben von der Attraktivität des freiwilligen bürgerschaftlichen Engagements, das zu 80% in Organisationen der Zivilgesellschaft stattfindet. Sie leben davon, dass die Bereitschaft zu bürgerschaftlichem Engagement, die Freude daran und die durch Engagement ausgelösten Lern- und Bewusstseinseffekte gefördert werden. Empowerment und Spaß an der Verantwortung sind angesagt, wohl auch die Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen, nicht Verwaltung.

Verbände, die aus wirtschaftlichen Gründen zur Erfüllung ihrer Aufgaben auf Förderung durch und Verträge mit Bundesbehörden wie dem BMFSFJ angewiesen sind, waren trotz Bedenken genötigt, zuzustimmen. Ihnen wurde im Gegenzug Schutz vor neuen „Anbietern“ in diesem „Markt“ zugesichert. Ob der Wegfall der Zivildienstleistenden kompensiert werden kann, wird sich dennoch erst in einigen Jahren erweisen, da zunächst eine Reihe von Sondereinflüssen die Beurteilung erschwert. Die Verbände hätten aber erkennen müssen, dass zivilgesellschaftliche Strukturen dadurch geschwächt und überkommene Strukturen innerhalb der Zivilgesellschaft gestützt werden. Das Gängelband des Staates wird noch ein Stück kürzer.

Die Einbettung aller Freiwilligendienste in die Strukturen der Zivilgesellschaft nach dem Muster des Freiwilligen Sozialen Jahres wäre politisch weitblickender, dem Subsidiaritätsprinzip gemäß und gesellschaftspolitisch geboten. Bei entsprechendem politischem Willen hätte eine Einigung zwischen Bund und Ländern über Verwaltungs- und Finanzierungskompetenzen erzielt werden können, die verfassungsrechtlichen Bedenken standhält und Beanstandungen des Bundesrechnungshofs ausräumt! Dass dies nicht geschehen ist, kann nur daran liegen, dass dies nicht gewollt war.

Dieses Programm wirft insofern ein grelles Licht auf die tatsächliche Engagementstrategie der Bundesregierung. Aller Begleitlyrik zum Trotz geht es offenkundig nur darum, den sozialen Diensten, denen die Rekrutierung von Arbeitskräften tatsächlich und wirtschaftlich schwer fällt, vergleichsweise billige Arbeitskräfte zuzuführen. Dass zwar Ausländer in Deutschland am Bundesfreiwilligendienst teilnehmen können, nicht jedoch Deutsche im Ausland, stützt dieses Argument. Es geht nicht um Empathie, nicht um Kreativität durch Engagement, nicht um Inklusion oder Integration, schon gar nicht um Teilhabe an den öffentlichen Angelegenheiten, die hier eingeübt werden kann, nicht um den sozialen Kitt einer Gesellschaft, nicht um eine Kultur des Gemeinsinns, nicht um eine Schule der Demokratie, sondern um Instrumentalisierung und Ausbeutung. Andere Pläne der Bundesregierung gehen in die gleiche Richtung. Was dabei herauskommt, ist nur in einem Punkt klar. Es wird Gegenbewegungen geben. Über noch mehr Politikverdrossenheit braucht sich jedenfalls niemand wundern. Und über Protestbewegungen aus der Zivilgesellschaft auch nicht.

Der Verfasser ist Direktor des Maecenata Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft an der Humboldt Universität zu Berlin und Vorstand der Maecenata Stiftung ■

Fortsetzung von Seite 15

Viel Lärm um nichts?

die es nicht bis zur Phineo-Empfehlung geschafft haben (bisher wurden insgesamt fast 500 Organisationen auf der ersten Analysestufe analysiert), findet dieser Austausch im für die Organisation risikofreien Raum des Vor-Ort-Besuchs der Phineo-Analysten oder beim Ausscheiden ab der zweiten Analysestufe im individuellen Feedback statt.

Die Analyse und eine Porträtierung helfen also dabei:

- Die Leistungsfähigkeit der eigenen Organisation besser einzuschätzen und sich so besser kennenzulernen. Dabei richtet sie einen umfassenden Blick auf Effizienz und Struktur der Organisation und zeigt die Stärken und Schwächen auf.
- Das Wirkungspotenzial der Projekte zu überprüfen und gegebenenfalls die Handlungsansätze zum Erreichen der Wirkungsziele zu überdenken oder zu verbessern.
- Das Themenfeld der eigenen Aktivitäten noch besser zu verstehen und Synergien zu identifizieren.
- Die eigene Wirkung im gemeinnützigen Feld besser zu kommunizieren und zu bewerben. Ein Nebeneffekt der Analyse ist häufig das Aufdecken von Stärken, die bislang in Kommunikations- und Fundraisingstrategien wenig zum Tragen gekommen sind.
- Einen wertvollen Beitrag zur anhaltenden Diskussion um mehr Transparenz und Effizienz im gemeinnützigen Bereich zu leisten.
- Sich den Ansprüchen und Fragestellungen aktueller und potenzieller Förderer gewappnet zu sehen und als handlungs- und aussagefähiger Partner aufzutreten.

Realitätscheck statt falscher Prognosen

Man muss kein Prophet sein, um Prognosen abzugeben. Erfahrungswerte der Vergangenheit und die Ereignisse der unmittelbaren Gegenwart lassen mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit auf die Zukunft schließen. Das sind Realitätschecks, die die Herausforderungen und Chancen einer gesellschaftspolitischen Situation pragmatisch einschätzen.

Die Phineo-Analyse liefert ebenfalls einen solchen Realitätscheck. „Wissen, was wirkt“: Dieser Phineo-Anspruch ist nicht nur Programm für die Sozialen Investoren, sondern gilt auch für die gemeinnützigen Akteure. Die Analyse-Ergebnisse können zu direkten Maßnahmen innerhalb der Organisation oder der Projektgestaltung führen. Sie sind gleich einem Werkzeug, mit dem sich gemeinnützige Organisationen erfolgreich am Markt bemerkbar machen können.

Was also bringt es, sich von Phineo auf Herz und Nieren analysieren zu lassen? Die Chancen der eigenen Arbeit erkennen, neue Möglichkeiten des Fundraising und der Außenkommunikation entdecken, die Projekte wirkungsvoller gestalten und die Organisation leistungsfähiger machen, Synergien innerhalb des eigenen Themenbereichs nutzen, Soziale Investoren für sich begeistern – dabei möchte Phineo mit dem Analyseverfahren beitragen. So gesehen ist das Phineo-Analyseverfahren also doch heiße Luft. Nämlich die, die den Ballon zum Steigen bringen kann. Und wer einmal die Welt von oben gesehen hat, der erhält eine völlig andere Sicht der Dinge.

Der Verfasser ist Phineo-Vorstandsvorsitzender ■

Dieser Beitrag ist eine Reaktion auf den Kommentar von Olaf Zimmermann „Viel Wind um fast nichts“ in politik und kultur 6/2010.

Bedrohung kultureller Breitenversorgung

Neuordnung der Funkfrequenzen – Zahlreiche Amateurtheatergruppen stehen vor dem Aus • Von Katrin Kellermann

Wird es Tom Sawyer, Ronja Räubertochter und Pippi Langstrumpf sowie viele weitere Amateurtheateraufführungen bald nicht mehr geben? Das ganz unspektakulär klingende Wort „Frequenzbereichszuweisungsplanverordnung“ hat ernsthafte Folgen und bedroht das Amateurtheater, die breitenkulturelle Grundversorgung und das Ehrenamt. Was ist passiert?

Im Jahr 2009 wurden die bislang kostenlos zur Verfügung gestellten Frequenzen von 790-862 Megahertz (MHs) durch die Bundesnetzagentur zum Zweck des bundesweiten Aufbaus des Breitbandnetzes für die neue Mobilfunktechnologie LTE (Long Term Evolution) mit Milliardengewinn verkauft. Die bisherigen Nutzer müssen in Folge der Umwidmung des Spektrums endgültig ab 2015 auf andere Frequenzbereiche ausweichen. Allerdings soll bereits bis Mitte dieses Jahres der flächendeckende Ausbau des Breitbandnetzes abgeschlossen sein. Zahlreiche Nutzer von drahtlosen Mikrofonanlagen, darunter viele im Bund Deutscher Amateurtheater e.V. (BDAT) organisierte Bühnen, sind aber bereits jetzt von den Störungen betroffen und müssen schlimmstenfalls sogar mit einem Totalausfall ihrer Anlagen rechnen.

„Wenn in diesem Sommer die ersten Zuschauer ausbleiben, weil sie die erheblichen Störungen in der drahtlosen Übertragung von Musik, Liedern und Sprache in den Aufführungen nicht mehr ertragen, wird es zu spät für die Rettung vieler Amateurtheatervereine und ehrenamtlich organisierte Verbände sein. Damit wird der Breitenkultur ein immenser Schaden zugefügt“, beklagt Norbert Radermacher, Präsident des Bundes Deutscher Amateurtheater, denn die bislang genutzten Geräte können für die neuen Frequenzbereiche nicht mehr eingesetzt werden, so dass Ersatzanschaffungen erforderlich sind. Dafür sind je nach Größe der Bühne zwischen 10.000 - 65.000 Euro aufzubringen. Ergänzend müssen die Nutzer zukünftig eine gebührenpflichtige Einzelzuteilung beantragen.

Der Bundesrat hatte seine Zustimmung zur Umsetzung der Frequenzbereichszuweisungsplanverordnung nur unter der Bedingung gegeben, dass den bisherigen Nutzern die Umstellungskosten angemessen erstattet werden. Diese deutlich formulierte Vorgabe wird im vorliegenden Entwurf einer „Richtlinie über die Gewährung von Billigkeitsleistungen des Bundes an Sekundärnutzer wegen anrechenbarer störungsbedingter Umstellungskosten aus der Umwidmung von Frequenzen im Bereich 790 bis 862 MHz (RL-BillStörKo)“ (Version 2.2 v. 14.01.2011) nicht gewährleistet.

So wurden den Nutzern der drahtlosen Produktionsanlagen für die Jahre 2011 bis 2015 zwar 129 Millionen Euro Erstattungsleistungen zugesagt, das bislang vom Wirtschaftsministerium und Ministerium der Finanzen erarbeitete Konzept berücksichtigt aber in keinster Weise die Amateurbühnen. „Das Kostenerstattungsmodell sieht für die bisherigen Mikroportanlagen u.a. eine fünfjährige Abschreibungsfrist vor, die bei den professionellen und betriebswirtschaftlich geführten Bühnen greifen mag, nicht aber bei den Amateurtheatervereinen, die ihre Geräte über deutlich längere Zeiträume nutzen“, erläutert Reinhard Jansen, Vorsitzender des Verbandes Deutscher Freilichtbühnen (VDF).

Es ist also davon auszugehen, dass allein die kommerziellen Nutzer drahtloser Produktionstechniken die zugesagten Kostenerstattungen in Höhe von insgesamt 129 Millionen Euro erhalten werden und die Amateurtheater leer ausgehen. Deshalb hat sich der Präsident des BDAT Norbert Radermacher in einem Brief auch direkt an Bundeswirtschaftminister Rainer Brüderle gewandt mit der Forderung, mindestens 2,5 Millionen Euro für die Amateurtheaterbühnen zur Verfügung zu stellen. Auch der Kulturstaatsminister sowie zahlreiche Politikerinnen und Politiker wurden in der Sache informiert. Unterstützt wird die Forderung der Amateurtheater auf eine angemessene Kostenerstattung allerdings bislang nur von wenigen Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Die Antworten des Wirtschaftsministeriums verweisen ausschließlich auf den o. g. Entwurf, der aber der Situation der Amateurbühnen nicht gerecht wird. Notwendig ist daher, dass sich der Deutsche Bundestag im Kontext der vom Bundesrat genannten Grundbedingungen ausführlich mit den Folgen der Frequenzbereichszuweisungsplanverordnung und einer Entschädigung der Amateurtheaterbühnen auseinandersetzt.

Die Auswirkungen der Umwidmung der Frequenzen für das Amateurtheater, die Breitenkultur und das damit verbundene kulturelle ehrenamtliche Engagement in Deutschland sind unabsehbar. Im Europäischen Jahr des Ehrenamtes 2011 wird vonseiten der Politik immer wieder auf die sozialen, kulturellen und volkswirtschaftlichen Leistungen des Ehrenamtes hingewiesen. In der vorgelegten Richtlinie ist aber nicht nur Unwissenheit erkennbar, sondern ebenso eine Ignoranz gegenüber den Strukturen unserer Zivilgesellschaft. Das am Gemeinwesen orientierte Handeln engagierter Bürgerinnen und Bürger wird einer großen Belastung ausgesetzt. Deshalb handelt es sich bei der vorliegenden Problematik um weit mehr als um die Umsetzung einer Richtlinie, es ist die Nicht-Anerkennung und Nicht-Würdigung ehrenamtlicher Strukturen. Die Theatervereine wie auch andere ehrenamtlich strukturierte Verbände sind gehalten, ihre spärlichen Mittel sorgsam zu verwenden. Sie pflegen ihre technischen Anlagen sorgfältig und haben weder die Möglichkeit der Abschreibung noch der schnellen Neuanschaffung. Mit der vorgelegten Richtlinie fallen sie aus einer Erstattung heraus und werden den Spielbetrieb nicht aufrechterhalten können.

Der Bund Deutscher Amateurtheater ist mit seinen über 2.400 Mitgliedsbühnen und ca. 100.000 ehrenamtlich aktiven Bürgerinnen und Bürgern einer der größten Theater- und Kulturverbände Europas. Mit mehr als 6.000 Inszenierungen erreichen die Bühnen jährlich bis zu 8 Millionen Zuschauer. Der BDAT appelliert an alle Verantwortlichen, die lebendige und vielfältige Amateurtheaterlandschaft zu erhalten!

Die Verfasserin ist Öffentlichkeitsreferentin beim Bund Deutscher Amateurtheater e.V. ■

Freilichtbühne Meppen, Szene aus „Die kleine Hexe“ **Foto: Andreas Schneiders**

LUTHER2017

Mein Luther – ihr Luther?

Von Regine Möbius

Die Bereitschaft der Christen zum problembewussten Denken und Handeln hat durch die Reformation eine andere Bewusstheit erfahren. Mit ihr erhielten Philosophie und Geschichtsbetrachtung eine neue Selbstständigkeit . Das persönliche Gewissen und die eigene Verantwortung bekamen Vorrang vor den durch den Klerus postulierten Normen. Freiheit in Gehorsam und Gehorsam in Freiheit sind die Grundthesen reformatorischen Denkens.

Die Wartburg in Eisenach **Foto: Thüringer Tourismus GmbH/Bildarchiv, Toma Babovic**

Nur dreißig Jahre drehe ich jetzt das Rad der Geschichte zurück, wir schreiben das Jahr 1981. Auf kirchlicher wie auf staatlicher Seite – und damit meine ich auf DDR-staatlicher – waren die Vorbereitungen zu den Feierlichkeiten anlässlich des 500. Geburtstags Martin Luthers am 10. November 1983 in vollem Gange. War dieser Anlass für die SED-Führung doch in vielerlei Hinsicht nutzbar: Außenpolitisch konnte man sich kirchenfreundlich geben, innenpolitisch galt es, der Kirche ein bestimmtes ideologisches Korsett anzulegen. Zu diesem Zweck organisierte Erich Honecker, der Schirmherr der Lutherehrungen war, dass er ebenfalls zum Vorsitzenden des staatlichen Martin-Luther-Komitees gewählt wurde, womit er sich den Schein von Großzügigkeit geben wollte. Viele der staatlichen und kirchlichen Luther-Gedenkstätten sanierte man umfassend. Dem Reformator selbst wurde eine ideologische und wissenschaftliche Neubewertung zuteil, verbunden mit einer Beerdigung Luthers als reaktionärem Gegenpart Thomas Münzers. Von „protestantischer Ethik“ und „biblischem Arbeitsethos“ war nun während der Luther-Feierlichkeiten aus staatlichem Mund zu hören. Beides wäre „mit den Prinzipien sozialistischer Arbeitsmoral aufs engste verwandt“. Der von 1960 bis 1989 stellvertretende Vorsitzender des Ausschusses für Nationale Verteidigung und von 1960 bis 1989 stellvertretende Vorsitzender des Staatsrates der DDR, CDU-Chef Gerald Götting, konstatierte auf einem Festakt des staatlichen Lutherkomitees in der Berliner Staatsoper: „Dem Streben nach Frieden soll nach Luther auch das sogenannte Schwertamt des Staates dienen, also die bewaffnete Verteidigungsbereitschaft.“ (G. Götting: „In gemeinsamer Aktion für die Bewahrung des Lebens“, Neues Deutschland, 10. November 1983)

Vielleicht werden aus heutiger Sicht die damaligen Bemühungen der Evangelischen Kirche um eine eigenständige Positionierung im Kontext des Lutherjahres als zögernd eingestuft, denn es war der SED in Teilen gelungen, die Kirchenleitungen so einzuschüchtern, dass diese ihrerseits versuchten, oppositionelle Gruppen im Land zum Schweigen zu bringen. Ungeachtet dieser Beobachtung erschien uns bereits die Losung der Kirchentage 1983 in Erfurt, Rostock, Frankfurt a.d.O., Magdeburg, Eisleben, Dresden und Wittenberg, „Vertrauen wagen“, als ein wichtiges und mutiges Zeichen, das dem Staat signalisieren sollte, die evangelische Kirche hält durchaus an der Hoffnung fest, es könne ein Miteinander von Christen und dem Staat geben. Auf dem Wittenberger Kirchentag wurde sogar ein Schwert in eine Pflugschar umgeschmiedet. Damit verstärkte sich der Symbolgehalt des vom Staat so bekämpften Zeichens der Friedensbewegung in der DDR „Schwerter zu Pflugscharen“ um ein Vielfaches.

Doch im Herbst, wenige Tage nach Beendigung der Luther-Feierlichkeiten, zeigte das totalitäre SED-System, was es unter einem Miteinander von Staat und Kirche verstand und begann massiv die kirchliche Friedensbewegung zu behindern. Bereits im Vorfeld der Friedensdekade vom 6. bis 16. November – sie stand unter dem Motto: „Frieden schaffen aus der Kraft der Schwachen“ – hatten die Staatsorgane alle Möglichkeiten genutzt, um Demonstrationen zu verhindern. Vereinzelt war es bereits zu Arbeitsentlassungen, Zuführungen und Verhaftungen gekommen.

In Leipzig fanden sich in verschiedenen Kirchen täglich junge katholische und evangelische Christen zusammen, deren Diskussionen und Kerzendemonstrationen in die nichtkirchliche Öffentlichkeit hineinstrahlten und viele andere unzufriedene Jugendliche anzogen. In der Nikolaikirche wurden an manchen Abenden mehr als 1.000 Besucher gezählt. Nach den Friedensgottesdiensten stellten sich kleinere Gruppen von ca. 30 Jugendlichen schweigend mit brennenden Kerzen nahe der großen Stadtkirchen auf den Leipziger Markt und protestierten stumm. Da Polizeikräfte diese friedlichen Aktionen mit deutlichem Nachdruck auflösten und Schlimmeres zu befürchten war, bat die Kirchenleitung in den Friedensgottesdiensten die Teilnehmer darum, die Protestaktionen in den geschützten Kirchenraum zu verlegen. Viele der Protestierer sahen das als Referenz an den Staat an und wollten sich nicht beugen.

Den Ausklang des Lutherjahres 1983 bildeten in Leipzig die „Ökumenischen Begegnungstage“ und der Beginn der alljährlich stattfindenden Dokumentar- und Kurzfilmwoche. Am letzten Tag der Friedensdekade der Evangelischen Kirchen der DDR versammelten sich in der Innenstadt etwa 50 Demonstranten vor dem Filmtheater Capitol. Sie mischten sich unter die Schaulustigen, die auf die Ankunft der Schauspieler und Filmemacher warteten. Ausgerüstet waren sie mit den Kopien eines Briefes, den kirchliche Mitarbeiter zusammen mit den aufgeheizten Jugendlichen geschrieben hatten. Er sollte an das Präsidium der Dokumentarfilmwoche übergeben werden, um Personen der Öffentlichkeit von den Übergriffen des Machtapparates in Kenntnis zu setzen. Die Hoffnung war, dass einige der Demonstranten es schaffen würden, mit ihren Briefexemplaren bis zu den Limousinen der Stars vorzudringen. Längst aber war die Aktion durch eingeschleuste IMs der Staatssicherheit bekannt. Nahezu zeitgleich stürzten mit den Demonstranten mit Knüppeln bewaffnete „Zivilisten“ in Richtung der angekommenen Autos. Die Jugendlichen wurden überwältigt und auf Polizei- und Lastwagen geladen, die plötzlich aus den Nebenstraßen kamen. Das alles dauerte nur wenige Minuten. Insgesamt 17 Mädchen und Jungen wurden festgenommen. Sie kamen größtenteils aus unserer Jungen Gemeinde in Leipzig-Leutzsch. Später erfuhren wir, dass sie in entwürdigenden Posen verhört worden waren. Gegen sieben wurden Ermittlungsverfahren wegen illegaler staatsfeindlicher „Zusammenrottung“ eingeleitet. Regelmäßig besuchte unser Gemeindepfarrer Martin L. die Verurteilten in der Haft.

Die Reformation, die aus dem Widerspruch eines einzelnen unbekannten Mönchs gegen die Ablasspropaganda entstanden war, wurde zu einem historischen Ereignis, dessen Tiefen- und Breitenwirkung nahezu einmalig ist.

Martin Luther hat mittels der Reformation die weltliche und kirchliche Ordnung zu ihren christlichen Aufgaben zurückgeholt.

Die Verfasserin ist Vizepräsidentin des Deutschen Kulturrates ■

Mommert meint

Manche haben schon von einem Paradigmenwechsel auch in der internationalen Kulturpolitik gesprochen nach den mutigen Revolutionen „von unten“ in den arabischen Ländern, nach der Katastrophe in Japan, die in Deutschland ein Umdenken in der Atompolitik eingeleitet hat und auch der offenen Brüskierung Deutschlands durch China im Fall des oppositionellen Künstlers Ai Weiwei. Man muss in der kulturpolitischen Bewertung dieser Ereignisse und ihrer möglichen Folgen nicht gleich ganz so hoch greifen, aber dass auch die Kulturszene davon ergriffen wird, steht außer Frage.

Wie sehr sie auch verunsichert wird, zeigt allein die Reaktion des Dresdner Museumschefs Martin Roth, der zusammen mit anderen deutschen Institutionen an der spektakulären „Aufklärungs“-Schau im Pekinger Nationalmuseum (!) beteiligt ist, auf die Vorgänge um die Verhaftung Weiweis: „Bleiben wir doch bei der Realität und dem Machbaren!“ Das ist deutsche Geisteshaltung ex negativo in Reinkultur – „Rasen betreten verboten!“ Man muss das Kind nicht gleich mit dem Bade ausschütten und das ganze Ausstellungsprojekt in China in toto desavouieren (wie immer „gut gemeint“) oder die Ansicht vertreten, die deutsche Kulturpolitik „winselt vor China“, wie es die Literaturnobelpreisträgerin Herta Müller drastisch formulierte.

Richtig ist aber, dass Künstler und Intellektuelle niemals auf dem Teppich und „bei der Realität und dem Machbaren“ bleiben dürfen sondern stets weiterdenken, auch träumen sollten, und erst recht bei offenkundigem Unrecht ihre Stimme immer wieder erheben müssen. Anders haben es Autoren und Künstler wie Günter Grass oder Klaus Staeck nie gehalten, die gerade jetzt ihre Kollegen wieder dazu aufrufen, sich mehr in der Gesellschaft zu Wort zu melden und zu engagieren. Der 83-jährige Grass las im April vor dem Atomkraftwerk Krümmel und findet, dass es „einen Aufschrei der Intellektuellen“ geben müsse, aber es gebe zu wenige Intellektuelle in der Republik, die sich engagierten. Die verlieren in Deutschland zunehmend ihre gesellschaftliche Avantgarde-Rolle angesichts einer breiter werdenden „bürgerlichen“ Gesellschaftsschicht von Jung und Alt, die sich vieles nicht mehr gefallen lässt, ob in der Bildungspolitik, bei „Stuttgart 21“, kopierten Doktorarbeiten von Ministern und in der Atompolitik – eine neue breite rebellische Bewegung ist offenbar herangewachsen und hat sich, zunächst von vielen unbemerkt, weil noch regionalisiert, längst etabliert, zum Schrecken mancher etablierter Parteien – und ohne große intellektuelle Unterstützung, meint (der hoffnungsfrohe Alt-68er) Mommert.

Wilfried Mommert ■

Foto: Alina Novopashina

nmzmedia

Das Musik-Kultur-Politik-TV-Programm der nmz

nmzMedia vor Ort

Das **nmz-TV-Studio** auf der **Frankfurter Musikmesse 2011**

Die Münchner Komponistin **Helga Pogatschar** im Gespräch mit nmz-Mitherausgeberin Barbara Haack

Frankfurter Grundschüler präsentieren das Gesangsprojekt **Primacanta**

Der Komponist und Pianist **Moritz Eggert:** musikalische Einlage während der BR-Sendung **taktlos**

nmz-Herausgeber Theo Geißler mit Publizisten und Verlegern über **Neue Musik und Medien**

Der Musiker **Geraldino** begeistert sein junges Publikum und spricht mit nmz-Redakteurin Ursula Gaisa über Musik für Kinder

Das Kreidler-Konzept versucht nmz-Chefredakteur Andreas Kolb zu ergründen

Außerdem: Gespräche mit Hans-Georg Küppers (Kulturreferent München), **Udo Dahmen** (Popakademie Baden-Württemberg), **Bojan Budisavljevic** (Netzwerk Neue Musik), **Paul Müller** (Münchner Philharmoniker), **Gero Schließ** (Deutsche Welle), **Ulrich Rademacher** (VdM), **Moritz Puschke** (Deutscher Chorverband) und vielen anderen Gästen

kostenlos unter:
www.nmz.de

Suchen nach passgenauen Lösungen

Ist Brandenburgs und Niedersachsens Kulturpolitik vergleichbar? • Von Johanna Wanka

Der Vergleich von Kulturpolitik zwischen zwei verschiedenen Bundesländern kann nur vor dem Hintergrund versucht werden, dass es in einem föderalen System kein Pauschalrezept geben kann. Im Gegenteil. Ich habe stets betont, dass Kulturpolitik an den unterschiedlichen Begebenheiten ausgerichtet, nach passgenauen Lösungen und Konzepten suchen muss. Hierbei bietet ein dialogorientiertes Verfahren den Vorteil, gemeinsam mit den Kulturinstitionen einen Prozess anzustoßen, der auch den Bereich der Kulturentwicklung und deren Zielbestimmung einschließt.

Ministerin Johanna Wanka
Foto: Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Kultur lebt von Vielfalt und Kontinuität, aber nie unberührt von den Rahmenbedingungen. Diese waren nach dem Krieg in Ost und West unterschiedlich ausgeprägt. Niedersachsen entstand beispielsweise aus den Ländern Braunschweig, Hannover, Oldenburg und Schaumburg-Lippe, wobei die einzelnen Landesteile sich eine sehr selbstbewusste Kultur und damit eine eigene Identität bis heute bewahren konnten. Das ist mir gleich zu Beginn meiner Tätigkeit in Niedersachsen sehr positiv aufgefallen. Garant dafür ist auch die sogenannte Traditionsklausel, mit der der Schutz dieser tradierten Kultur Einzug in die Landesverfassung erhielt. Heute nehmen die Landschaften die wichtige Aufgabe der regionalen Kulturförderung war und erhalten für diese Verfassungsaufgabe finanzielle Unterstützung vom Land. Niedersachsens Kulturreichtum basiert somit auf einer gewachsenen und vielfältigen Struktur mit langen Traditionslinien.

Pionierarbeit für neue Strukturen

Brandenburg konstituierte sich als Bundesland nach dem Fall der Mauer und durchlief einen kulturpolitischen Transformationsprozess. Gerade am Beispiel der Denkmalpflege zeigte sich die Misswirtschaft und die Mangelverwaltung aus den Zeiten der DDR. Hier mussten neue Strukturen aufgebaut und viel Pionierarbeit geleistet werden. Der Umbruch stellte aber auch eine endgültige Abkehr von den ideologisch dominierten Leitbildern einer Diktatur und verordneten Staatskultur dar, wobei die meisten Menschen in der DDR sich einen ganz individuellen und eigenen Bezug zur Kultur bereits lange vor dem Fall der Mauer aufgebaut hatten und oft genau dort die Möglichkeit sahen, ihr Bedürfnis nach Freiheit und Unabhängigkeit auszuleben. Für mich ist das auch ein Aspekt, warum die Freikörperkultur so großen Zuspruch fand.

Austausch zwischen Ost und West

Diese Zeit des Umbruchs war zudem geprägt von einem Austausch an Wissen zwischen alten und neuen Ländern. Auf beiden Seiten wurden unterschiedliche Erfahrungen gesammelt. Nicht alles, was in anderen Ländern gut funktioniert hat, konnte unangepasst übertragen werden. Auch das war ein Lerneffekt: Selbstbewusstsein zu entwickeln, um eigene Ideen zu versuchen. Die Wendezeit erlebte ich schließlich auch als Chance, eine neue Kulturpolitik zu wagen und neue Strukturen zu erproben. Und es musste auch ein realistischer Ansatz für die Finanzierung von Kultureinrichtungen gefunden werden. Zu Beginn meiner Tätigkeit als Minsterin stand die Theaterlandschaft in Brandenburg finanziell vor großen Problemen. Hier mussten grundsätzliche Entscheidungen getroffen und Konzepte neu entwickelt werden. Ein „weiter so“ wäre eine kulturelle Sackgasse gewesen.

Diese Zeit der Veränderungen lehrte die Menschen im Osten den Umgang mit der neuen Situation. Solche Erfahrungen fehlten im Westen, auch in Niedersachsen. Als ich vor einem Jahr hier als Ministerin tätig werden durfte, spürte ich das. Die Bereitschaft für Veränderungen war vor dem unterschiedlichen geschichtlichen Hintergrund nicht stark ausgeprägt. In Niedersachsen ist es aber so, dass die demografischen Veränderungen in den nächsten Jahren auch grundlegende Entscheidungen in der Kulturpolitik erforderlich machen werden. Diese demografischen Umbrüche hat Brandenburg bereits erfahren und sich darauf eingestellt. In Niedersachsen setzt diese Entwicklung zeitversetzt ein, wobei auch hier gilt: Es dürfen die für den Osten entwickelten Kozepte nicht pauschal übernommen werden. Aber dennoch können die Erfahrungen der letzten 20 Jahre aus dem Osten sehr hilfreich sein. Die Aufgabe, eine neue Umbruchsituation zu gestalten, erfordert auch immer wieder die Suche nach neuen passgenauen Lösungen. Es muss beispielsweise die Frage gestellt werden, welche Aufgabe Kultur in Regionen erfüllen kann, in denen in den nächsten Jahren deutlich weniger Menschen leben werden. Welche Kulturangebote sind dann sinnvoll und wie müssen diese von den Strukturen her angepasst werden? Diese Fragen gilt es zu beantworten und sich den absehbaren Veränderungen zu öffnen. Dafür bedarf es auch einer Entwicklungsplanung im kulturellen Bereich. Es wird viel Überzeugungsarbeit bedürfen, diese Aufgabe anzupacken. Veränderungen müssen als Chance – und nicht als Sorge – verstanden werden und als eine schöne Aufgabe, die Zukunft aktiv zu gestalten.

Kultur braucht Geld. Das wird immer in erster Linie aus den öffentlichen Kassen kommen. Ein großer Unterschied zu Brandenburg ist aber, dass es in Niedersachsen eine gewachsene Stiftungslandschaft und ein hohes bürgerliches Engagement gibt. Diese Kulturstiftungen investieren jährlich rund 15 Millionen Euro zusätzlich auch in kulturelle Bildung und Denkmalschutz. Das ist ein klarer Vorteil.

Identitätsstiftende Verbindungsausgabe

Für die Kultur wünsche ich mir einen noch stärkeren Austausch und Anerkennung von dem, was Kultur leisten kann. Wie viel das ist und wie sehr wir doch voneinander lernen können, wird einem manchmal erst in besonderen Situationen bewusst. So ging es mir, als ich am 3. Oktober 2010 mit meiner Amtskollegin Birgitta Wolff aus Sachsen-Anhalt bei der Feier zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit an der Gedenkstätte in Helmstedt zusammentraf. Als uns die Situation bewusst wurde, mussten wir doch beide schmunzeln: Frau Wolff aus Westfalen, die jetzt in einem östlichen Bundesland Ministerin ist und ich als geborene Sächsin und jetzige Ministerin in Niedersachsen stehen gemeinsam an der ehemals innerdeutschen Grenze – neben einer neun Meter hohen Skulptur, die mit ihren ineinandergreifenden Händen zu einem kulturellen Symbol für die Einheit Deutschlands geworden ist. Kultur hat eine wichtige und identitätsstiftende Verbindungsaufgabe, die wir noch stärker fördern müssen.

Die Verfasserin ist Ministerin für Wissenschaft und Kultur des Landes Niedersachsen ■

Verlässlichkeit und Dialog mit der Kultur

Gabriele Schulz im Gespräch mit Barbara Kisseler

politik und kultur: Frau Kisseler, vor der Wahl ist auch die Kulturpolitik Hamburgs etwas in die Kritik geraten. Zu denken ist an die angekündigte Schließung des Museums Altona. Welche Akzente wollen Sie in der Hamburger Kulturpolitik setzen?

Barbara Kisseler: Von Berlin aus betrachtet war die Diskussion der letzten Monate um die Hamburger Kulturpolitik bemerkenswert. Ohne irgendeine Kommunikation mit den Betroffenen wurden Sparmaßnahmen beschlossen, die die Existenz von mehreren Einrichtungen bedrohten. Für uns geht es daher zunächst darum, im Umgang mit den Kultureinrichtungen Verlässlichkeit herzustellen, so dass die Einrichtungen solide planen können. Dabei ist der Dialog mit den Partnern in den Kultureinrichtungen von größter Wichtigkeit. Den Künstlern muss vermittelt werden: Hamburg schätzt ihre Arbeit, ihre Arbeit ist wichtig für Hamburg.

Unter Dialog verstehe ich übrigens auch, mich frühzeitig an wichtigen internen Diskussionen zu beteiligen. So bin ich beispielsweise mit der Stiftung Historische Museen, die zur Jahresmitte ihr neues Konzept vorlegen werden, schon heute im intensiven Gespräch. Damit will ich vermeiden, dass wir bei der Neukonzeptionierung der Historischen Museen Zeit verlieren.

puk: Sie waren lange Jahre in Berlin als Kulturstaatssekretärin und dann als Chefin der Staatskanzlei in verantwortlicher Position tätig. Mitunter konnte der Eindruck gewonnen werden, dass Berlin gezielt versucht, Kulturunternehmen, insbesondere aus der Musikbranche, aus Hamburg abzuwerben. Werden Sie nun eine gegenteilige Kampagne starten? Die SPD-Hamburg hat immerhin angekündigt, gezielt auf den Bereich Musik zu setzen.

Kisseler: Ich halte nicht viel davon, den Wettbewerb zwischen den beiden größten deutschen Metropolen, der zweifelsohne existiert, durch ständige Wiederholung noch weiter zu überhöhen. Berlin und Hamburg stehen in einigen Feldern sicherlich in Konkurrenz. Aber ich möchte diese Konkurrenz nicht überbewerten. Wenn wir in Hamburg versuchen, die Arbeitsbedingungen sowohl für Künstler als auch für Unternehmen etwa aus der Musikbranche zu verbessern, denken wir dabei nicht permanent an Berlin. Mir geht es darum, zunächst die Arbeitsbedingungen für Künstlerinnen und Künstlern in Hamburg so zu verbessern, dass die Stadt als Arbeitsstandort attraktiv bleibt. Hier gibt es eine ganze Reihe von Anknüpfungspunkten. Denken Sie nur an die Entwicklung im Gängeviertel oder im Oberhafenquartier. Ich werde die dort anstehenden Gespräche jedenfalls intensiv begleiten.

Auch wenn die Förderung von Künstlern selbstverständlich nicht hauptsächlich dem Standortmarketing dienen kann, macht eine lebendige Kunstszene den Standort automatisch attraktiver für Unternehmen, die mit der Vermarktung von Kunst ihr Geld verdienen. Ich glaube allerdings auch, dass wir die Fixierung auf die sogenannten Big Player ablegen sollten. Hamburg ist die einzige Stadt, die in allen vom Bundeswirtschaftsministerium definierten Teilbranchen der Kreativwirtschaft mit einem führenden Akteur vertreten ist. Das sind nicht immer die großen Namen, wenn ich beispielsweise an die Games denke, aber die wesentlichen Akteure dieser Branche.

Barbara Kisseler Foto: Michael Zapf

puk: Hamburg ist mit dem NDR, der drittgrößten ARD-Anstalt, und vielen Zulieferbetrieben auch ein wichtiger Medienstandort. Welche Verantwortung hat Ihres Erachtens der NDR für das kulturelle Leben in Hamburg?

Kisseler: Der NDR spielt eine wichtige Rolle als Kulturveranstalter (NDR-Sinfonieorchester, Konzertreihen Neues/Altes Werk, Kinderkonzerte bzw. musikalische Arbeit, Hörspiel-Auftraggeber etc.). Er ist daneben einer der bedeutenden Arbeitgeber im Kulturbereich, nicht zuletzt, weil viele Kreativschaffende zumindest in Teilzeit auch beim NDR beschäftigt sind. Mit der Fertigstellung der Elbphilharmonie wird der NDR das Hamburger Kulturleben noch ein wenig stärker prägen, denn das NDR Sinfonieorchester wird bekanntlich Orchester in Residence der Elbphilharmonie.

puk: Vielen Dank für das Gespräch.

Die Fragen stellte Gabriele Schulz, Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates. Barbara Kisseler ist Kultursenatorin in Hamburg ■

Verzahnung von Bildung und Kultur

Gabriele Schulz im Gespräch mit Stephan Dorgerloh

politik und kultur: Herr Dorgerloh, welche Akzente wollen Sie in der Kulturpolitik setzen? Was ist, gerade auch mit Blick auf die finanziellen Möglichkeiten, Ihr wichtigstes Anliegen?

Stephan Dorgerloh: Im Koalitionsvertrag konnten wir die Einrichtung eines Kulturkonvents beschließen. Im Konvent sollen in den kommenden zwei Jahren aus allen Bereichen der Kultur- und Trägerlandschaft wichtige Stimmen zusammenkommen, um ein neues tragfähiges Landeskulturkonzept zu diskutieren. Gemeinsam wollen wir so die Leitlinien für die zukünftige Kulturpolitik in Sachsen-Anhalt erarbeiten.

puk: Sachsen-Anhalt gehört zu den wenigen Ländern mit einem klassischen Kultusministerium. Also einem Ministerium, das sowohl für Schule als auch für Kultur zuständig ist. Wie kommt es zu dieser Entscheidung? Besteht nicht die Gefahr, dass bei der Fülle an Regelungen für den Schulbereich die Kultur zu kurz kommt?

Dorgerloh: Diese beiden Säulen des Kultusministeriums sollen nicht gegeneinander gestellt, sondern vielmehr noch besser miteinander in Beziehung gesetzt werden wie z.B. im wichtigen Bereich der kulturellen (Jugend-) Bildung. Die Institution Schule schöpft sowohl aus den kulturellen Wurzeln eines Landes als auch aus den kulturellen Angeboten der Region. Umgekehrt gilt auch: die bewusste Partizipation an kulturellen Angeboten setzt eine gute Allgemeinbildung voraus.

puk: Auch Sachsen-Anhalt setzt laut den Antworten von SPD und CDU auf die Fragen des Deutschen Kulturrates zur Landtagswahl auf das Pferd Kulturwirtschaft, so weit ich sehe, setzen Sie als einziges Land den Schwerpunkt Designwirtschaft. Worin besteht das Besondere am Schwerpunkt Designwirtschaft in Sachsen-Anhalt? Wird es zu Kooperationen zwischen Ihrem Ressort und dem Wirtschaftsministerium in Sachen Kulturwirtschaft kommen?

Stephan Dorgerloh Foto: EKD

Dorgerloh: Mit der Kunsthochschule Burg Giebichenstein besitzt Sachsen-Anhalt einen weit über das Land hinausstrahlenden Leuchtturm. Viele Absolventen bleiben im Land. Es entstand ein designwirtschaftliches Cluster. In guter ressortübergreifender Zusammenarbeit soll dieser Bereich weiter unterstützt werden. So steht es auch im Koalitionsvertrag.

puk: Sachsen-Anhalt teilt sich zusammen mit Sachsen und Thüringen die Drei-Länder-Anstalt mdr. Was erwarten Sie vom mdr für Sachsen-Anhalt? Hat der Sender auch eine kulturelle Verantwortung?

Dorgerloh: Die öffentlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten haben eine vielfach wahrgenommene Bildungsaufgabe wie kulturelle Verantwortung. Beim mdr reicht dies vom angesagten mdr-Figaro Kulturradio bis zum jährlichen mdr-Musiksommer. Am mitteldeutschen Kulturreichtum kommt kein Sender vorbei.

puk: Vielen Dank für das Gespräch.

Die Fragen stellte Gabriele Schulz, Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates. Stephan Dorgerloh ist Kultusminister des Landes Sachsen-Anhalt ■

Aus den Ländern

In diesem Jahr wird in sieben Bundesländern, also fast der Hälfte aller Länder, gewählt. Ein weiterer Grund für den Deutschen Kulturrat ganz besonders die Lage in den Ländern in den Blick zu nehmen und nach aktuellen Entwicklungen zu fragen.

Dies geschieht einerseits durch Fragen an die jeweiligen Landesparteien vor den Landtagswahlen. Ihnen werden sogenannte Wahlprüfsteine mit Fragen zur den kulturpolitischen Vorhaben der nächsten Legislaturperiode vorgelegt. Die Fragen beziehen sich auf die Themen:

- Kulturförderung
- Kulturelle Vielfalt
- Kulturelle Bildung
- Arbeiten im Kulturbereich
- Urheberrecht
- Steuerrecht
- Kulturwirtschaft

Die Antworten der Parteien sowie eine Zusammenfassung der unterschiedlichen Positionen werden auf der Webseite des Deutschen Kulturrates veröffentlicht. Bislang sind erschienen die Aussagen zu den Wahlen in

- Hamburg (http://www.kulturrat.de/text.php?rubrik=126),
- Sachsen-Anhalt (http://www.kulturrat.de/text.php?rubrik=127),
- Baden-Württemberg (http://www.kulturrat.de/text.php?rubrik=128)
- und Rheinland-Pfalz (http://www.kulturrat.de/text.php?rubrik=129).

Die Antworten zu den Wahlen in Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin werden folgen.

In dieser Ausgabe werden Interviews mit der frisch gewählten Hamburger Kultursenatorin Barbara Kisseler (parteilos) und mit dem neuen sachsen-anhaltinischen Kultusminister Stephan Dorgerloh (SPD) zu ihren Vorhaben geführt. Diese Reihe soll fortgeführt werden.

Ebenso gibt die niedersächsische Kulturministerin Johanna Wanka (CDU) Auskunft über die Unterschiede der Kulturpolitik in Brandenburg und Niedersachsen.

Die Redaktion ■

STREITFALL COMPUTERSPIELE

COMPUTERSPIELE ZWISCHEN KULTURELLER BILDUNG, KUNSTFREIHEIT UND JUGENDSCHUTZ

Hg. v. Olaf Zimmermann und Theo Geißler.
140 Seiten, ISBN 978-3-934868-15-1,
ISSN: 1865-2689, Preis: 9,00 Euro
(+ 2,50 Euro für Porto und Verpackung)

2. überarbeitete und erweiterte Auflage
Zu bestellen beim Deutschen Kulturrat, post@kulturrat.de
oder im Online-Shop unter www.kulturrat.de

Die Herausforderung des Islams

Von Steffen Reiche

Natürlich gehören die Muslime zu Deutschland. Wie die Hindus und die Buddhisten, die hier leben, auch. Schon rein zahlenmäßig gibt es weit mehr Muslime als Hindus und Buddhisten. Durch die große Zahl von Moscheen sind sie zudem viel deutlicher sichtbar als andere Religionen, die seit einiger Zeit in Deutschland sind. Durch die größeren oder doch zumindest deutlicher sichtbaren Integrationsprobleme der muslimischen Menschen in unsere Kultur und Gesellschaft, sind sie zugleich eine größere Herausforderung.

Und auch der Islam gehört mit seiner Kultur mittlerweile zu Deutschland. Als Schriftreligion, als eine der drei abrahamitischen Weltreligionen, steht er unserer eigenen Tradition im Grunde auch näher als andere Religionen. Wenn man jedoch sieht, wie fernöstliche Weisheit und z.B. Yoga das Alltagsleben vieler Menschen prägt, ist jedoch bei den ursprünglich ferneren Religionen mittlerweile eine größere Nähe für viele Menschen in Deutschland vorhanden.

Der Islam gehört mit der fortschreitenden Integration von Muslimen fraglos mittlerweile zu Deutschland. Aber hat er die Geschichte Deutschlands geprägt, hat er prägende Spuren hinterlassen wie Christentum und Judentum? Ebenso fraglos nein. Die Moschee in Potsdam aus dem 18. Jahrhundert ist wie das Chinesische Teehäuschen nur Ausdruck der Begeisterung für das Fremde, also mehr Ausdruck unserer eigenen Kultur, als dass der Islam oder der Konfuzianismus bleibende Spuren hinterlassen hätten. Die beiden großen muslimischen Wissenschaftler des Mittelalters Averroes und Avicenna, die mit ihrer Antike-Vermittlung Grundlagen für die moderne Geisteswissenschaft gelegt haben, waren als Überlieferer und Übersetzer der Antike prägend für die westliche Kultur, aber waren sie es auch als Muslime mit ihren Kultur- und Wertvorstellungen?

Gehört der Islam wie das Judentum zu Deutschland? Nein. Jüdische Friedhöfe, beginnend mit dem in Mainz, sind Beleg dafür, über wie viele Generationen Juden Haus an Haus mit ihren chistlichen Nachbarn gelebt haben, wie Generationen von Juden mit ihren wissenschaftlichen und kulturellen Impulsen das Leben in Deutschland, seine Philosophie, Kunst, Kultur, Wirtschaft und Rechtstradition geprägt haben. Weit über 1.000 Jahre kann man jüdische Spuren in allen Lebensbereichen in Deutschland und Europa nachweisen, im Grunde hat es sie weit länger schon gegeben

Gehört der Islam zu Deutschland wie das Christentum zur Türkei? Wir haben in Deutschland nichts der Hagia Sophia vergleichbares. Das Christentum hat vor dem Islam die Region der heutigen Türkei geprägt, Byzanz ist eines der vier großen christlichen Zentren gewesen und noch heute findet man überall Kirchen, heute oft als Moscheen genutzt werden wie die Hagia Sophia in Istanbul (dem alten Byzanz) oder eben als Museen. Dort gibt es eine fast 1.300 Jahre alte gemeinsame Geschichte, die es so hier eben nicht gibt.

Balance halten ist das Gebot der Stunde. Die, die Jahrzehnte die Fakten verdrängt haben, übertreiben nun bzw. sind missverständlich ungenau wie der Bundespräsident in seiner Rede. Aber eine nachholende Anerkennung gibt es nicht. Man kann über Jahrzehnte verwehrte Anerkennung jetzt nicht durch übertriebene Anerkennung wieder gut machen wollen. Also Balance und Augenmaß. Dazu gehört auch, sich die Unterschiede bewusst zu machen. Religion ist nicht gleich Religion. Das Christentum ist im Grunde und von Anfang an die Zerstörung von Religion. Nicht zufällig sind die ersten Christen als Atheisten verfolgt worden und ist der heutige Atheismus, der seinen Zug um die Welt im Gefolge der modernen Wissenschaft und der Globalisierung angetreten hat, im christlichen Abendland entstanden.

Das Heiligste neben Gott ist für den christlichen Glauben das Wort Gottes, also Jesus Christus, also ein Mensch. Für den Moslem ist das Heiligste neben Gott das Wort Gottes, wie es Mohammed aufgeschrieben hat im Arabisch des 7. nachchristlichen Jahrhunderts. Mit den damaligen Vorstellungen und Werten. Diese Worte sind das Gültige, sie prägen, sie bestimmen. Sicher können sie übersetzt werden, aber gültig sind sie nur in dem Arabisch einer 1.300 Jahre vergangenen Zeit. Die Bibel für den Christen hat hingegen nur Wert, insofern sie von Christus zeugt. Das Heilbringende ist nicht dieses Wort, sondern nur Christus. Und das Wort der Bibel ist nur der Zugang zu diesem einen Wort Gottes. Das Wort der Bibel ist nur heilig, weil es von dem Heiligen Jesus Christus redet und kann insofern voll gültig in alle Sprachen und Vorstellungswelten der Welt übersetzt werden und hat dort dann dieselbe Gültigkeit und Heiligkeit. In keiner Kirche wird man die Bibel in dem Hebräisch des Alten Testaments oder dem Koine-Griechisch des Neuen Testaments vorgelesen bekommen. Der gläubige Muslim hingegen ist durch seinen Glauben gebunden oder gefangen in dem Offenbarungswort, das Mohammed vor 1.300 Jahren in Arabisch empfangen hat. Der gläubige Christ hat als Gegenüber nur das eine Wort Gottes, nur den Christus, von dem ihm die in seine eigene Muttersprache übersetzte Bibel berichtet. Das Wort der Bibel ist nur der Korridor, durch den man zu Christus gelangt, während der Koran im Arabisch des Mohammed der Heilige Raum selber ist.

Das ist der Grund für die enorme Wandlungsfähigkeit des christlichen Glaubens. Paulus ist den Juden ein Jude, den Griechen ein Grieche und den Römern ein Römer gewesen und wird heute dem Chinesen ein Chinese, dem Afrikaner ein Afrikaner. Für den Muslim hingegen ist alles was nicht reiner und purer Koran ist, schon Abfall von Gott, weshalb innerhalb des Islams Sunniten und Schiiten bis heute in so leidenschaftlichem Kampf gegeneinander sind. Der Koran ruft in fast allen seinen Suren auch zu dem Kampf gegen die Ungläubigen auf. Und auch wenn es eine gewisse Offenheit gegenüber den Buchreligionen gibt, aus denen der Islam entstand, ist es bei Strafe des Todes verboten aus der Wahrheit Mohammeds zurück zu gehen zu den Ursprüngen, zu den Vorläufern des muslimischen Glaubens, zu Altem und Neuen Testament, zu Juden- und Christentum. Bewegung kann es für den Islam immer nur in die eine Richtung geben. Bewegung in die andere Richtung muss bis heute mit mittelalterlicher Strenge, der Strenge, die von der Offenbarung des Mohammed im Koran gefordert wird, bestraft werden. Der Muslim kann zwar aus praktischen Gründen hierzulande davon absehen, aber geboten ist es ihm und Gott wohlgefällig kann er nur sein, wenn er, sobald wie möglich, zu ebendieser Strenge zurückkehrt. Oder zumindest mehr oder weniger gut heißt, dass anderenorts so verfahren wird. Alles andere ist nur Taktik oder aber eben schon vom Koran verurteilter Unglaube. Es mag ja sein, dass die Muslime, die Toleranz und Akzeptanz nicht nur fordern, sondern auch gewähren, es ernst meinen, aber sie sind dann eben schon selber in gewisser Weise Ungläubige, weil sie das im Koran geoffenbarte Wort nicht in der gebotenen Weise ernst nehmen. Es gibt auch in der Bibel Sätze, Forderungen, die uns heute fremd sind, die im Widerspruch stehen zu unserer Rechtsordnung. Aber sie sind eben für die Christen (es sei denn, sie gehören zu den Gruppen der Fundamentalisten) Vorstellungen aus einer vergangenen Zeit, haben keine Offenbarungsqualität, sind nicht in gleicher Weise Wort Gottes wie es Jesus Christus ist.

Wir sind von unserem Glauben und von unseren heutigen Wertvorstellungen und unserer Rechtsordnung nicht nur zu Toleranz aufgefordert, sondern zu Akzeptanz verpflichtet. Muslime sind willkommen in der von Christen- und Judentum geprägten Gesellschaft. Sie haben dieselben Rechte und Freiheiten wie wir. Einklagbar und nicht an irgendwelche Voraussetzungen gebunden. Menschenrechte sowieso und Bürgerrechte insofern sie Bürger sind. Man darf nicht aufrechnen, aber eben auch nicht davon absehen, dass zur gleichen Zeit, wo Muslime hier ihre Rechte und Freiheiten in immer größerem Umfang in Anspruch nehmen, in ihren Ursprungsgesellschaften Christen verfolgt werden und ihre geringen Rechte weiter geschmälert werden. – Moslems haben ihre Ursprungsgesellschaften oder sie gehören zur kleinen, aber wachsenden Gruppe der Konvertiten, die als Deutsche zum Islam konvertiert sind. – Christen dort sind weit entfernt auch nur ähnliche Rechte zu haben wie Muslime hier. Zugleich sind sie weit entfernt von einer Entwicklung, an deren Ende sie mehr Rechte hätten als früher oder heute. Es ist aufs Schärfste zu verurteilen, wenn ein verrückter Pfarrer in den USA als Einzelgänger einen Koran verbrennt. Er tut es gegen alle christlichen Denominationen in den USA und gegen den laut und öffentlich erklärten Willen seiner Regierung. Diese Tat eines Verrückten erfahren Milliarden Menschen dann am selben Abend und es wird von Christen mit der gebotenen Empörung aufgenommen. Aber gar nichts oder fast nichts erfahren sie und die Weltöffentlichkeit von den vielen Christen, die von Muslimen jahraus jahrein wegen ihres Glaubens verfolgt und getötet werden und oft genug keine Rechte in ihren Staaten haben. Haben wir uns nur daran gewöhnt oder nehmen wir fataler Weise die Muslime nur nicht ernst genug, dass wir nicht mit der diesen Taten angemessenen Form darauf reagieren. Wer den Dialog nicht führt, aus Angst er könnte abgebrochen werden, nimmt den Anderen nicht als Gesprächspartner ernst, sondern will mit ihm im Grunde mehr Gesprächstherapie als Gespräch.

Bücher verbrennen ist schlimm genug und nicht zu tolerieren. Wer Bücher verbrennt ist, wie wir leidvoll erfahren haben, auch bereit, Menschen zu töten. Aber auf der anderen Seite, in muslimischen Staaten und Gesellschaften ist man eben permanent dabei, Menschen zu verfolgen und zu töten. Hunderttausende Christen, manche reden gar von 100 Millionen weltweit, werden verfolgt, verlassen ihr Land, in dem sie seit Jahrhunderten leben und Hunderte werden jährlich getötet, weil sie Christen sind. Weit überwiegend in muslimisch dominierten Gesellschaften. Wer als Christ Menschen tötet, hat Christus und die Offenbarung klar gegen sich, wer als Muslim Ungläubige verfolgt und tötet, kann viele Suren und viele Verheißungen für sich und sein Handeln in Anspruch nehmen. Vielen scheint zu Recht deshalb das öffentliche Verlesen von Übersetzungen des Korans eine viel härtere Kritik am Islam zu sein als das öffentliche Verbrennen des Korans.

Potsdam, Dampfmaschinenhaus, Blick von der Havelbucht Foto: Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg

Es ist ein Dilemma, dass der dringend notwendige Dialog mit den Muslimen an den schmerzhaften Stellen nicht oder nur unzureichend geführt wird. Über 1.000 Moscheen sind in den letzten Jahren in Deutschland entstanden, viele mit Minaretten. Über Jahre, im Grunde seit 1.300 Jahren sind in den meisten von Muslimen dominierten Ländern und Regionen keine Kirchen neu entstanden. Sehen wir uns nur die Situation in der Türkei an. Es darf und soll hier nicht aufgerechnet werden, denn das Recht Moscheen zu bauen, wird hier in Deutschland, in der EU, nicht gewährt, sondern muss gewahrt bleiben. Es gehört zu dem unveräußerlichen Recht der Religionsfreiheit. Und dieses Recht wird nicht gewährt, sondern hat jeder der hier lebt. Aber über das Unrecht, dass der türkische Premier Erdogan nicht bei sich gewährt, was er für seine Landsleute hier gewahrt weiß und lautstark in Veranstaltungen hier einfordert, muss gestritten werden. Ein Dialog auf Augenhöhe muss den anderen ernst nehmen. Wer immer nur, mit Rücksicht auf den anderen kapituliert, nimmt ihn nicht ernst. Rücksichtnahme ist nur bis zu einem gewissen Grad diplomatisch zu begründen. Hier jedoch ist sie längst unwahrhaftig und ähnelt mehr dem Verhalten eines Arztes gegenüber seinem Patienten, bei dem er weiß, dass man in Rücksicht auf seinen Zustand bestimmte Dinge nicht anzusprechen hat, weil sonst der gesamte andere Gesprächsfortschritt gefährdet ist.

Es muss und soll in Bezug auf die Religionen auch die Wahrheitsfrage gestellt werden. Religionen müssen sich der Wahrheitsfrage stellen. Sie ist anders zu stellen und zu beantworten als bei den Naturwissenschaften, aber sie darf nicht in milder Rücksicht auf die sinkende Relevanz der Religionen nicht unter den Tisch fallen. Lessing hat mit der Aufklärung die Wahrheitsfrage letztlich als irrelevant abgetan, indem er bei seiner Nacherzählung der Ringparabel den folgenschweren Satz „Der echte Ring vermutlich ging verloren." ergänzte. Aber Lessing hat die Ringparabel nur plagiiert. Er hat sie aus Boccacchios Decameron abgeschrieben und den Satz, der die Geschichte im Kern zerstört, einfach hinzugefügt. In der ursprünglichen Fassung aus den Zeiten von Averroes und Avicenna hingegen wird der Versuch, die Wahrheit einer religiösen Tradition über ihre Wirkung in der Welt zu erweisen, als sinnvoll und einzig möglich dargestellt.

Wie hilft eine Religion heute Menschen bei der Gestaltung ihres Lebens, welche Impulse gibt sie für das Leben der Menschen in den Zeiten der Globalisierung, wie verbessert sie die Lebenssituation und wie macht sie das Leben angenehmer, sind zulässige und notwendige Fragen.

Und dann kann sinnvoll verglichen werden, was jüdische, christliche und muslimische oder andere religiös geprägte Schulen heute im Vergleich leisten, was die Gottesdienste der Religionen an Bildung und Erziehung vermögen, wie und in welchem Umfang die Religionen durch ihre Diakonie, also den Dienst an Anderen, etwas zur Wohlfahrt in den Gesellschaften beitragen. Ebenso kann man das, was an entwicklungspolitischen Initiativen und Hilfestellungen durch die Vertreter einer Religion geleistet wird, dann durchaus im Vergleich ansehen. Wenn man sich den Weltentwicklungsbericht und die neuen Tendenzen ansieht, wird man in der arabischen Welt Probleme sehen, die in Bezug auf die Religion diskutiert werden müssen. Hier dann einfach die Augen zu verschließen ist ignorant und nimmt den Islam weniger ernst, als die Kritiker es tun.

Religionsfreiheit wird von Muslimen weltweit eingefordert und genutzt. Mit gutem Recht. Allerdings haben eine Reihe von muslimischen Staaten, die zwar die Menschenrechtscharta ratifiziert haben, gerade dieses integrale Recht nicht mit ratifiziert. Wenn also Saudi Arabien mit seinem durch den weltweiten Verkauf von Erdöl erworbenem Geld an vielen Orten Moscheen finanziert (und nicht Entwicklungshilfeprojekte), aber die gleiche Freiheit nicht reziprok im eigenen Land gewährt, ist das nicht tolerabel. Es ist die vom Koran gestützte Haltung, die für die eigene Religion eben eine Sonderstellung behauptet und durchsetzt und dort, wo das nicht gelingt, die Gleichstellung fordert.

Unsere Welt ist auch dank der Aufklärung durch das gleichnamige Buch von Huntington nicht vom clash of civilisation bedroht. Viel mehr droht uns heute als Folge jahrzehntelanger Misswirtschaft und des Verstoßes gegen ökonomische Grundregeln der clash of finance. Aber der ernsthafte Dialog mit dem Islam auf Augenhöhe muss geführt werden. Er wird nicht einfach wegen der unterschiedlichen Werte und Rechtskategorien, aber in der sich immer stärker globalisierenden Welt ist er unabdingbar.

Der Verfasser war zehn Jahre Vorsitzender der SPD-Brandenburg, Minister für Kultur, Bildung und Forschung in Brandenburg, von 2005 bis 2009 Mitglied des Deutschen Bundestags und ist jetzt Pfarrer der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg schlesische Oberlausitz ■

Einspruch

Das Dossier Islam · Kultur · Politik hat viel Zustimmung gefunden, aber auch zum Einspruch und Widerspruch angeregt. Auf dieser Seite ist ein Text zu lesen, der sich kritisch mit dem Verhältnis von Christentum und Islam bzw. besonders dem Islam zum Christentum auseinandersetzt. Einspruch soll einladen zur weiteren Diskussion.

Die Redaktion ■

Warum lernt Manuel Baroso deutsch?

Die dritte Arbeitssprache der EU wird nicht zu laut gesprochen • Von Daniela Weingärtner

Es ist viel darüber gerätselt worden, warum Manuel Barroso, vielbeschäftigter und vieler Sprachen mächtiger Chef der Europäischen Kommission in Brüssel, vor vier Jahren mit dem Studium der Deutschen Sprache begann. Privatstunden erteilt ihm eine Lehrerin des Brüsseler Goethe-Instituts, die vom Auswärtigen Amt bezahlt wird. Wollte Barroso sich darauf einstimmen, dass Deutschland 2007 nach siebenjähriger Abstinenz wieder einmal den Vorsitz im Rat der Europäischen Union übernahm? Oder wollte er schlicht der Tatsache Rechnung tragen, dass Deutsch für 90 der 450 Millionen EU-Bürger die Muttersprache ist? Englisch kommt nur für 60 Millionen Menschen an erster Stelle, Französisch für 65 Millionen. Dennoch werden in diesen beiden Sprachen die täglichen Geschäfte in den Europäischen Institutionen abgewickelt. Historische und politische Argumente wiegen schwerer als Sprachstatistik.

Ganz offiziell ist Deutsch die dritte Arbeitssprache der EU", sagt Uwe Mohr, beim Goethe-Institut Brüssel zuständig für die Spracharbeit in der Region Südwesteuropa. „Aber wir müssen uns gut überlegen, wie wir in dieser Frage auftreten. Wenn wir zu laut sind, zu besserwisserisch – das wäre ein Eigentor." Auch 65 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs treten deutsche Kulturbotschafter zurückhaltend auf – das gilt im europäischen Kreis der 27 Mitgliedsstaaten ebenso wie im belgischen Kontext. In seinem für das Gastland Belgien konzipierten Programmteil pflegt das Institut, wie sein Chef Berthold Franke formuliert, „die spezielle deutsche Erinnerungskultur. Die Schwerpunkte können nur behutsam verlagert werden, denn die Nazibesatzung Belgiens ist nach wie vor im Bewusstsein Belgiens sehr dominierend." Doch mit dem Jubiläumsjahr 2014 rücken andere Aspekte der deutsch-belgischen Geschichte in den Fokus. Hundert Jahre nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges plant das Institut ein umfassendes Programm zu dieser Phase Europäischer Geschichte.

Als Berthold Franke 2009 als Institutsleiter von Paris nach Brüssel wechselte, brachte er seinem neuen Haus zusätzliche Arbeit mit. Das Regionalinstitut Südwesteuropa zog mit ihm um. So sollte der Standort Paris bürokratisch entlastet und die regionalen Aktivitäten mit der europäischen Thematik verbunden werden. Seither werden in Brüssel 22 Institute in den Ländern Italien, Frankreich, Spanien, Portugal, Belgien und Luxemburg koordiniert. 15 von ihnen haben eigene Sprachabteilungen. Die Kurse müssen sich finanziell selbst tragen und dürfen nicht subventioniert werden, um private Konkurrenten nicht zu benachteiligen. Das europäische Wettbewerbsrecht gilt eben nicht nur für Landesbanken, sondern auch für Kulturinstitute. Ausgerechnet in Brüssel machte 2008 ein privater britischer Anbieter das Rennen, als die Sprachkurse für Mitarbeiter der EU-Institutionen neu ausgeschrieben wurden. 2012, bei der nächsten Ausschreibung, will Goethe besser und günstiger sein als die private Konkurrenz.

„Sehr sexy ist die Zusatzfunktion als Regionalinstitut nicht", räumt Franke ein. „Sie besteht zunächst einmal darin, Exceltabellen zu schreiben und immer zu knappe Budgets auf unsere Länder und Standorte zu verteilen. Dies auf besonders intelligente und zukunftsfähige Weise zu tun, ist die eigentliche Herausforderung." Sparsames Wirtschaften ist man im Brüsseler Goethe-Institut ohnehin gewöhnt. Das Haus stammt aus dem Jahr 1858 und beherbergte zunächst die Preußische Gesandtschaft. 1961 wurde es im Rahmen der deutsch-belgischen Aussöhnung an die Bundesrepublik zurückgegeben. Fünf Jahre später zog das Goethe-Institut, das zunächst in der Rue Royale untergekommen war, hier ein. Renoviert wurde in den 1970er-Jahren – und der sehr spezielle Charme dieser Stilepoche haftet der Inneneinrichtung noch heute an. „Mein Erich-Mielke-Schrank stammt aus dieser Zeit", erklärt der Institutsleiter und zeigt stumm auf ein Möbelstück, das man sich gut neben einem orangefarbenen Telefon mit Wählscheibe, weißen Kunststoffstores und angestaubten Zimmerpflanzen vorstellen könnte.

Mit Hilfe von Sichtblenden einer auf Messebau spezialisierten Firma, weißer Farbe und geschickter Beleuchtung hat das Gebäude, dessen klassizistische Fassade denkmalgeschützt ist, zumindest für die Gäste von außen ein freundlicheres Aussehen erhalten. Doch eigentlich bräuchte das Haus eine Runderneuerung. Schon in den 1980er-Jahren wurde in einer Reportage der deutsch-belgischen „Eupener Nationalzeitung" Asthmatikern ironisch davon abgeraten, das Sprachkurssekretariat im 3. Stock aufzusuchen, da es im Haus keinen Lift gebe. Zwei Millionen Euro würden allein Brandschutzmaßnahmen, Installationen und die Einrichtung eines Fahrstuhls kosten. Das platzfressende zweite Treppenhaus müsste dafür entfernt werden. Mögliche Finanzierungsmodelle werden derzeit diskutiert. Das Land Baden-Württemberg, dem die Nachbarimmobilie gehört, braucht einen größeren Veranstaltungssaal und würde das Haus vielleicht übernehmen wollen. Das Goethe-Institut könnte nach der Renovierung als Untermieter wieder einziehen. Für Franke ist es „durchaus ein Politikum, dass ein einzelnes Bundesland hier noch einige Millionen Euro investieren würde, während der Bund sein Brüsseler Schaufenster so verkommen lässt."

Das Regionalinstitut Brüssel ist ja zugleich auch das Europa-Institut. Mit gesunder Distanz zum allgegenwärtigen EU-Lobbyismus versucht sich hier ein kleines Team um Franke darin, die Außen- und Kulturpolitik der EU zu verstehen, womöglich gar punktuell zu inspirieren. Die weit über hundert Goethe-Institute weltweit erhalten von hier aus Information und Service rund um die vielen mit EU-Mitteln versehenen Programmlinien der Kommission, ein Geschäft, in dem das Haus mittlerweile einige Professionalität aufweist.

Die fürs klassische Kulturprogramm zuständigen Mitarbeiterinnen Jacqueline Kraus und Maud Qamar würden, wenn sie die Möglichkeit hätten, am liebsten in ein anderes Stadtviertel umziehen. Ein Haus wie das Goethe-Institut, das sich der Vermittlung von Sprache und Kultur verschrieben hat, sollte ihrer Meinung nach nicht im zugigen, von achtspurigen Straßenschneisen durchzogenen Europaviertel angesiedelt sein. In der Innenstadt, wo flämische, wallonische und Brüsseler Kultureinrichtungen in großer Zahl dicht nebeneinander liegen, wäre es nach ihrer Ansicht besser aufgehoben. Dass es in Belgien seit der letzten Wahl nur noch eine kommissarisch arbeitende Föderalregierung gibt, stört die Kulturkooperation nicht. Auch davor habe es auf nationaler Ebene keinen Ansprechpartner für Sprach- oder Kulturförderung gegeben. „Man muss in Belgien zweigleisig für Deutsch als Fremdsprache werben", sagt Uwe Mohr. Während in Flandern 20 Prozent der jungen Leute Deutsch lernen – nur in Frankreich und den Niederlanden ist das Interesse ähnlich groß – sind es in der Wallonie nur drei Prozent wie in Portugal oder Italien.

Mohr wundert das nicht. „Die Wallonen müssen sich in der Grundschule erst mit dem eher ungeliebten Flämisch abmühen, dann Englisch auf dem Gymnasium. Danach wollen sie nicht noch eine weitere germanische Sprache, sondern lernen lieber Spanisch." Bei Eltern, Lehrern und Schuldirektoren versucht Goethe mit dem Argument zu werben, dass Bewerber mit Deutschkenntnissen an der deutsch-belgischen Grenze leichter Arbeit finden. Doch das Bewusstsein dafür ist schwer zu schaffen. „Wenn wir die Schüler fragen, ob sie schon mal in Deutschland waren, sagen die „nöö". Im nächsten Satz erzählen sie dann von ihrem Shopping-Ausflug nach Aachen. Das ist eben nicht Deutschland, das ist Supermarkt ...", lacht Mohr.

Nicht nur in Belgien wird es schwieriger, für die deutsche Sprache zu werben. Weltweit geht die Bereitschaft zurück, neben Englisch eine weitere Fremdsprache zu erlernen. Dass das Institut Français mit den gleichen Problemen kämpft wie das Goethe-Institut, ist dabei ein schwacher Trost. Nur EU-Kommissionspräsident Manuel Barroso widersteht dem Trend. Zwar ist der vielbeschäftigte Politiker im Deutschen nie übers Anfängerniveau hinausgekommen. Aber er liest seine deutschen Texte mittlerweile so kompetent ab, dass es keiner merkt.

Die Verfasserin ist u.a. Brüssel Korrespondentin für die taz und Badische Zeitung ■

Goethe-Institut Brüssel **Foto: Jacqueline Kraus © Goethe-Institut**

Ein Sieg für das Urheberrecht

Gabriele Schulz im Gespräch mit Robert Staats

In der Ausgabe Januar/Februar 2009 wurde in dieser Zeitung erstmals über das sogenannte Google-Settlement berichtet. Hintergrund des Google-Settlements ist die massenweise Digitalisierung von Büchern aus Bibliotheken durch den US-amerikanischen Internetkonzern Google. Gegen diese Digitalisierung haben die US-amerikanischen Autoren- und Verlegerverbände im Jahr 2005 im Wege einer Gruppenklage (class action) geklagt. Eine solche Gruppenklage hat nicht nur Bedeutung für die Parteien eines Rechtsstreits, sondern entfaltet Wirkung für alle Mitglieder einer Gruppe, also hier für alle Autoren und Verlage.

Im Herbst 2008 wurde ein Vergleich geschlossen, der von dem zuständigen Gericht in New York genehmigt werden musste. Gegen diesen Vergleichsvorschlag wurden zahlreiche Einwände vorgebracht. In Deutschland hat sich die VG Wort zusammen mit einer Allianz von Autoren und Verlagen gegen das Google-Settlement gewandt. Der Deutsche Kulturrat hat dieses gemeinsame Vorgehen von Autoren und Verlagen unterstützt. Im November 2009 einigten sich die Parteien, also die US-amerikanischen Autoren- und Verlegerverbände und Google auf einen veränderten Vergleich, der ebenfalls dem Gericht in New York zur Genehmigung vorgelegt werden musste. Die VG WORT hat im Februar 2010 einen so genannten Amicus curiae-Schriftsatz an das US-Gericht gesendet, in dem sie auf grundsätzliche Probleme der Rechtewahrnehmung auch in dem geänderten Vergleichsvorschlag hinweist. Im März dieses Jahres wies der zuständige Richter Denny Chin den Vergleich

Foto: Kubinska und Hoffmann

zurück. *politik und kultur* sprach mit Robert Staats, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der VG WORT, über die lang erwartete Entscheidung des US-amerikanischen Gerichts.

politik und kultur: Herr Staats, was genau hat der zuständige Richter beim New Yorker Gericht in Sachen Google-Settlement entschieden?

Robert Staats: Kernaussage der Richterentscheidung ist, dass der Vorschlag des Google-Settlements nicht gebilligt wird. Der zuständige Richter Chin hat in seiner Begründung ausgeführt, dass er den vorgeschlagenen Vergleich nicht für „fair, adequate and reasonable" hält. Diese Kriterien hätten, so sieht es das amerikanische Prozessrecht vor, für eine Billigung des Vergleichs erfüllt sein müssen. Er hat seine Entscheidung auf eine ganze Reihe von Gründen gestützt. Hervorzuheben ist, dass Richter Chin erhebliche Bedenken hatte, ob ein derart weitreichender Vergleich überhaupt durch die Parteien vereinbart werden konnte und hier nicht eher der Gesetzgeber gefragt war. Ein Gesichtspunkt, der aus deutscher Sicht, wo es vergleichbare Gruppenklagen ohnehin nicht gibt, sofort einleuchtet. Ein sehr wichtiger Punkt war ferner, dass der Vergleich die Nutzung bestimmter Werke durch Google nicht von einer vorherigen Zustimmung der Rechteinhaber abhängig machte. Und schließlich spielte eine Rolle, dass der Vergleich auch die Werke ausländischer Rechteinhaber erfasste. Insgesamt betont die Entscheidung die Bedeutung des Urheberrechts – und das ist ein großer Erfolg.

puk: Wie geht es jetzt weiter?

Staats: Diese Frage kann Ihnen im Moment leider kein Mensch genau beantworten. Ende April findet in den USA eine Statuskonferenz statt. Dann wird man möglicherweise Näheres erfahren. Insbesondere stellt sich natürlich die Frage, ob die Parteien versuchen, den Einwänden des Gerichts durch ein verändertes Settlement Rechnung zu tragen. Richter Chin hat am Ende seiner Entscheidung einen möglichen Lösungsweg aufgezeigt. Er machte deutlich, dass ein Vergleich mit einem sogenannten „opt-in"-Modell wahrscheinlich mehr Aussicht auf Erfolg hätte als das jetzt zur Entscheidung vorgelegte „opt-out"-Modell.

puk: Warten wir also ab, wie die amerikanischen Prozessparteien entscheiden und kommen wir zur deutschen Debatte. Hier geht es ebenfalls um die angestrebte Digitalisierung von Büchern, allerdings nicht durch ein privatwirtschaftliches Unterneh-

Weiter auf Seite 22

Drei Fragen an den neu gewählten Vorstand

Max Fuchs, Christian Höppner und Regine Möbius über Ziele und Hürden der Kulturratsarbeit

Im März 2011 wurde der neue Vorstand des Deutschen Kulturrates gewählt. Max Fuchs tritt damit seine sechste Amtszeit an. Christian Höppner bekleidet das Amt des Vizepräsidenten zum vierten Mal. Regine Möbius wurde erstmals als Vizepräsidentin gewählt. Sie löst Georg Ruppelt ab, der nicht wieder kandidiert hat. Anlässlich der Vorstandswahlen hat *politik und kultur* den Präsidenten und seine beiden Vizepräsidenten gebeten, zu drei Fragen kurz Stellung zu nehmen. Gefragt wurde:

Frage 1: Was ist Ihr wichtigstes Ziel als Vorstandsmitglied in den nächsten zwei Jahren?
Frage 2: Welche Akzente möchten Sie setzen?
Frage 3: Wo sehen Sie die größten Hürden oder Hindernisse in der Arbeit?

Max Fuchs, Präsident des Deutschen Kulturrates

Frage 1: Im Jahr 2012 muss die Bundesrepublik Deutschland ihren ersten Bericht zur Umsetzung der UNESCO-Konvention zur kulturellen Vielfalt abgeben. Die Vorbereitung dieses Berichtes ist eine Chance, sich über Kriterien und Indikatoren zu einigen, was „kulturelle Vielfalt" – bislang ein zwar positiv besetzter, allerdings auch ziemlich unklarer Begriff – überhaupt heißt: auf kommunaler, Landes- und Bundesebene. Fast alle Aufgaben des Deutschen Kulturrates lassen sich im Hinblick auf diese Fragestellung bearbeiten.
Frage 2: Die seit Jahren hinlänglich bekannten gesellschaftlichen Entwicklungstrends (demographischer Wandel, Interkulturalität, Digitalisierung usw.) kommen jetzt verstärkt im Kulturbereich so an, dass die Kultureinrichtungen und die im Kulturbereich Beschäftigten darauf reagieren müssen. Wichtig wäre aus meiner Sicht, hierbei nicht bloß ängstlich das Bestehende zu konservieren, sondern offen die Problemstellung zu diskutieren, was sich auch an den Angeboten ändern muss. In vielen einzelnen Einrichtungen, wie etwa den Theatern, ist diese notwendige und fruchtbare Debatte bereits im Gange. Es kommt nun darauf an, diese zu einem breiten Diskurs anzuweiten.
Frage 3: Zeiten der Krise – und eine solche wird sich aufgrund der Einsparnotwendigkeiten der öffentlichen Hand kaum vermeiden lassen – sind nicht unbedingt Zeiten einer großen Solidarität. Man neigt vielmehr dazu, erst einmal für sich selbst eine gewisse Sicherheit herzustellen. Der Deutsche Kulturrat kann jedoch nur dann funktionieren, wenn man bei allen legitimen Einzelinteressen auch das Ganze im Blick hat und an einem Konsens mitwirkt. Es ist eine Aufgabe des Vorstandes, eine solche solidarische Haltung durchsetzen zu helfen.

Christian Höppner, Vizepräsident des Deutschen Kulturrates

Frage 1: Der offene und konstruktive Diskurs im Inneren und die Geschlossenheit nach Außen sind ein hohes – und im Verbandsbereich durchaus nicht häufig anzutreffendes – Gut. Gerne möchte ich meinen Beitrag dazu leisten, diese beiden Eckpfeiler einer zielorientierten Debattenkultur zu erhalten und auszubauen. Die Einigungsfähigkeit im Geflecht von Mitgliederversammlung, Sprecherrat, Vorstand, Geschäftsführung und den Fachausschüssen ist im Hinblick auf profilierte Stellungnahmen Grundvoraussetzung für die gesellschaftspolitische Wirksamkeit des Deutschen Kulturrates.
Frage 2: Die UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen sollte in allen bildungs- und kulturpolitischen Handlungsfeldern Anwendung finden. Die grundlegende Bedeutung der kulturellen Vielfalt im Sinne der drei Grundsäulen der Konvention – dem Schutz und der Förderung des kulturellen Erbes, der zeitgenössischen künstlerischen Ausdrucksformen (einschließlich der bekannten Jugendkulturen) und der Kulturen anderer Länder in Deutschland – sollte das Querschnittsthema für die gesamte Arbeit des Deutschen Kulturrates bilden. Auf diesem Fundament sehe ich meine Schwerpunktsetzungen bei den folgenden Themen:

- Bewusstseinsbildung für die Bedeutung der UNESCO-Konvention kulturelle Vielfalt als Berufungsgrundlage und gesellschaftspolitisches Handlungsinstrument.
- Impulssetzung für die praktische Umsetzung auf allen föderalen Ebenen.
- Kulturelle Bildung – ein Leben lang.
- Gesellschaftspolitische Dimensionen der Digitalisierung.

Frage 3: Der Deutsche Kulturrat hat sich in den vergangenen Jahren sehr gut aufgestellt. Herausforderungen gibt es zuhauf, die aber bewältigt werden können – es sei denn, wir stellen uns selbst ein Bein. Solange wir Gruppeninteressen den gemeinsamen Zielen unterordnen und die Beschlusslagen nicht nur den kleinsten gemeinsamen Nenner widerspiegeln, ist der Deutsche Kulturrat mehr als die Summe seiner Teile und kann damit auch weiterhin Kulturpolitik als Teil einer Gesellschaftspolitik wirkungsvoll betreiben.

Regine Möbius, Vizepräsidentin des Deutschen Kulturrates

Frage 1: Es ist die Konzentration auf die intensivere Hinwendung zu einem gesamtgesellschaftlichen Bildungsangebot, das nicht ausschließlich Wissensvermittlung heißt, sondern in erster Linie „kreative, frühkindliche Bildung". Dazu bedarf es nicht unentwegt neuer Projekte, sondern eines lebenspraktischen Ansatzes, der aus einem politisch ernsthaft gewollten und aus einem gesellschaftlich getragenen Handlungsfeld besteht. Beide Felder kann der Kulturrat durch aktive Einflussnahme auf politische und gesellschaftliche Willensbildung möglicherweise mitsteuern.
Der Slogan „Bildung von Anfang an" bedeutet nicht, dass unentwegt wechselnde Beispiele mit frühkindlichen Angeboten, die pädagogisch-kulturelle Landschaft bevölkern, sondern dass Kinderärzte, Hebammen, Fürsorger, Erzieher und Eltern den Hintergrund heranwachsender Kinder zu einem Hauptaufgabenfeld erklären und dazu die politischen Rahmenbedingungen geschaffen werden.
Für das zweite Handlungsfeld ist kulturpolitische Breitenarbeit nötig, um Kinder und Jugendliche vom wahllosen Fernsehen, überproportionalem Computerspiel und Videospiel einerseits wegzubringen (was ohne das Angebot eines neuen „Biotops" nicht geht), andererseits die immer wieder nötige Diskussion über den kulturellen Auftrag der öffentlich-rechtlichen Anstalten zu führen. Dazu sind Vereine, Unternehmungen, Kirchen, Gewerkschaften, Parteien und kommunale Einrichtungen ins Boot zu holen. Milieu-Ersatz ist dabei ein unbeliebtes, aber wichtiges Stichwort.
Frage 2: Wir erinnern uns, dass Johann Buddenbrook ein schlechter Schüler war. Warum? Weil bei Mathematik, Latein oder Chemie die ihn interessierenden Gebiete wie Theater oder Musik nicht hilfreich waren.
Gelingt es, nicht Generationen abzuurteilen, sondern Ressourcen zu aktivieren, die bereits in der Ausbildung es ermöglichen, die von den Griechen als „pädagogischen Eros" bezeichnete Fähigkeit zu wecken und als pädagogisches Ausbildungsziel in den Mittelpunkt zu rücken, werden langfristig – bestenfalls kann ich in der Wahlperiode dazu einen Anstoß geben – die sich in immer intensiverem Ausmaß verkapselnden Jugendlichen neue Möglichkeiten der Öffnung erfahren können.
Frage 3: Im gesellschaftlichen Drängen auf schnelle Lösungen, das rasch vorzeigbare Erfolge erwartet und langfristiges, unspektakuläres Handeln nicht selten in verbalen Bekundungen belässt. ■

Der neue Vorstand des Deutschen Kulturrates: Christian Höppner, Regine Möbius, Max Fuchs (v.l.) **Foto: Andrea Wenger**

Fortsetzung von Seite 21

Interview Robert Staats

men, sondern durch Bibliotheken. Die Deutsche Digitale Bibliothek soll entstehen und Bestandteil der angestrebten europäischen digitalen Bibliothek, der Europeana, werden. Wie sieht hier der Sachstand aus?
Staats: Es gibt in der Tat einen Zusammenhang zwischen der Digitalisierung durch Google und den sehr wichtigen Digitalisierungsvorhaben der Bibliotheken. Die Befürworter des Google-Settlements haben immer darauf gesetzt, dass durch die Billigung des Google-Settlements auch die digitale Nutzung sogenannter verwaister und vergriffener Werke möglich würde. Die VG WORT hält demgegenüber eine gesetzliche Regelung für erforderlich. Ich habe mich deshalb gefreut, dass es uns im letzten Jahr gelungen ist, zusammen mit den Rechteinhabern, also den Autoren und den Verlagen, und den Bibliotheken, einen Vorschlag für eine gesetzliche Regelung zur rechtssicheren Digitalisierung von verwaisten und vergriffenen Werken zu erarbeiten. Der Deutsche Kulturrat hat sich diese konkreten Formulierungsvorschläge zu eigen gemacht und sie in einer Stellungnahme unterstützt. Wir haben also die Hausaufgaben gemacht, jetzt ist die Politik am Zug.
puk: Hoffen wir das Beste und haben Sie vielen Dank für das Gespräch.

Robert Staats ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der VG WORT. Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates ■

Aktionstag „Kultur gut stärken"

Am 21. Mai werden Flaggen der kulturellen Vielfalt gehisst • Von Stefanie Ernst

Der Auftakt zum Aktionstag am 03. März wurde buchstäblich mit Pauken und Trompeten begangen. Begleitend zur Pressekonferenz in Berlin spielte das Theater Rudolstadt zur „Schicksalssinfonie" auf. Die Lage der Rudolstädter Sinfoniker ist bedrohlich, ihr Fortbestand mehr als fraglich. Um die Bedeutung der musikalischen Vielfalt vor Ort herauszustellen, lud der Intendant des Theaters Rudolstadt, Steffen Mensching, Entscheidungsträger aus Politik und Kultur zur Sondervorstellung des kulturpolitisch brisanten Stücks ein, in dem ein Orchester ums nackte Überleben spielt. Die Sondervorstellung, die im Rahmen des Aktionstages „Kultur gut stärken" stattfand, war ein Erfolg.

Das Beispiel der Schicksalssinfonie veranschaulicht den Grundgedanken des Aktionstages „Kultur gut stärken", den der Deutsche Kulturrat gemeinsam mit der Kulturstiftung des Bundes in diesem Jahr erstmalig ausgerufen hat, besonders gut. Es geht darum, die kulturelle Vielfalt in Deutschland zu zeigen und für ihren Erhalt einzutreten. Dem lauten Auftakt folgten viele Unterstützungsbekundungen aus dem Kulturbereich sowie aus Politik und Wirtschaft. Ende April wurden ca. knapp 300 Veranstaltungen gemeldet, zum 21. Mai würden wir die Marke von 400 Veranstaltungen gerne erreichen. Die bislang meisten Aktivitäten finden sich in Nordrhein-Westfalen, gefolgt von Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt. Aus dem Saarland, aus Bremen und Hamburg liegen leider nur sehr wenige Meldungen vor. Um einen flächendeckenden Erfolg sicherstellen zu können, wäre es besonders wichtig, bei den Kulturinteressierten und „Kulturarbeitern" aus den aufgeführten Ländern mehr Interesse wecken zu können. Die Aktion lebt von der Beteiligung der Menschen in Deutschland und von ihrem Engagement für Kultur. Wichtig für das Gelingen der Kampagne ist die Mobilisierung einer breiten Trägerschaft im Kulturbereich. Aus diesem Grunde sind alle Künstler, Kulturinstitutionen, Kulturvereine und Kulturinteressierte erneut aufgerufen, den Aktionstag mitzugestalten.

Einige Veranstaltungen, die im Rahmen des Aktionstages durchgeführt werden, sind extra für diesen Anlass konzipiert worden. Der BBK Kassel verteilt „Kulturgut-Pakete" an 100 Schulen in Kassel und Nordhessen. Die beteiligten Künstler ermöglichen den Schülern so Einblicke in die zeitgenössische Kunst. Das Kulturforum in Braunschweig veranstaltet eine Kulturfahrradtour durch die Stadt und in Nürnberg wird es am Wochenende des 21. Mai einen großen Kulturmarkt geben.

Andere bereits im Vorfeld geplante Veranstaltungen wurden dezidiert unter das Motto des Aktionstages gestellt, um auf diese Weise die Verbundenheit mit der Aktion zu unterstreichen. Die Deutsch-Türkische Comedy-Woche in Essen oder der Musikschulkongress in Mainz stehen hier stellvertretend für viele.

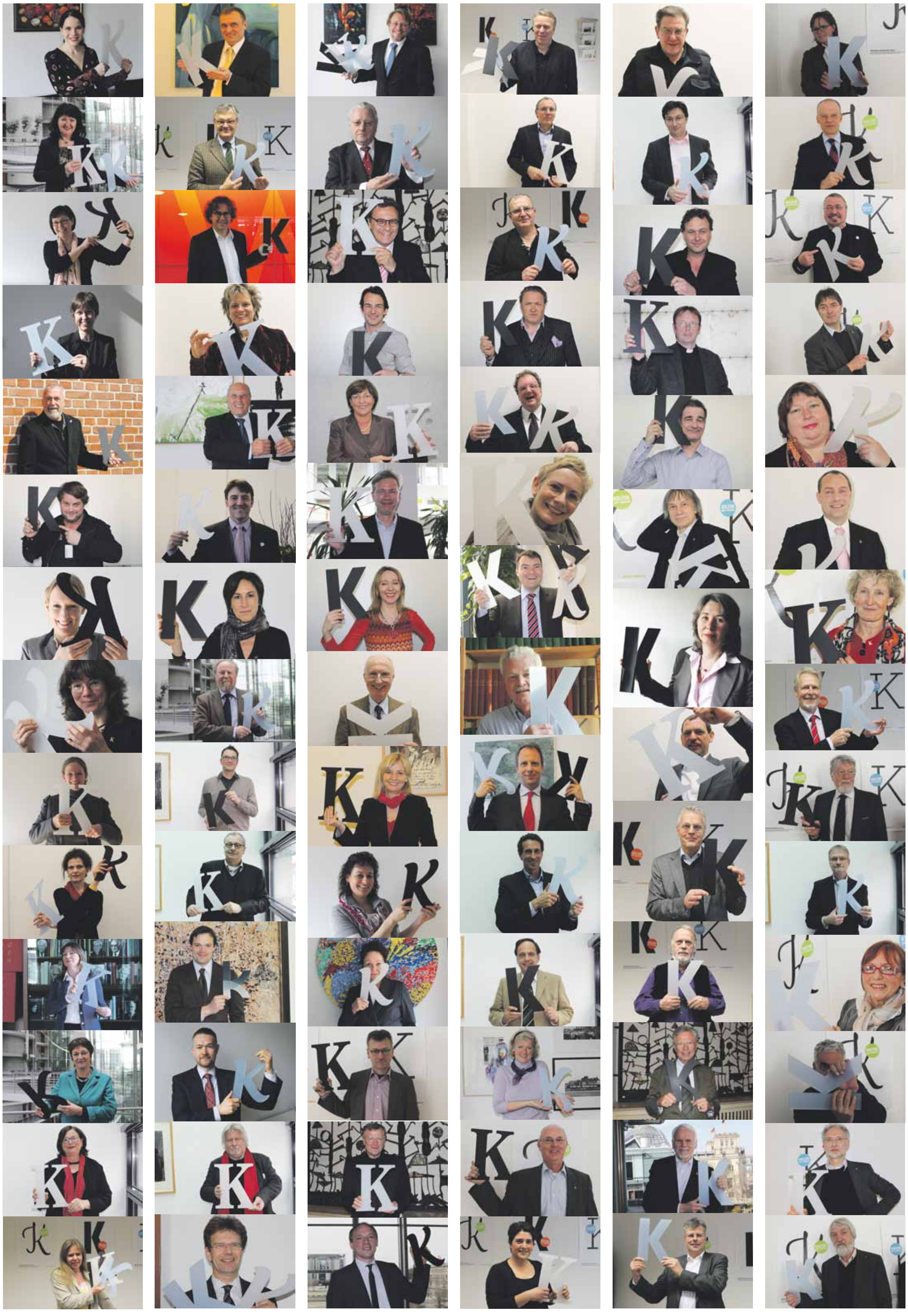
Auch ideelle Unterstützung erfahren wir in diesen Tagen in großem Umfang. Unsere sogenannten „Stützen der Aktion" drücken ihre Sympathie für unser Unterfangen aus, indem sie sich mit dem K-Logo des Aktionstages ablichten lassen. Die Fotos werden in der Rubrik „Kulturmenschen" auf der Seite www.kulturstimmen.de gezeigt. Mittlerweile ist es uns gelungen mehr als 90 Persönlichkeiten aus Kultur, Politik, Wissenschaft und Gesellschaft als Kulturmenschen zu gewinnen. Interesse bekundete auch der Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages, indem er den Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates einlud, um die Kampagne vorzustellen. Neugier und Interesse am Thema führten im Anschluss an die Sitzung zu großem, fraktionsübergreifendem Zuspruch. Aus der Zusage zu Unterstützung sind bereits erste konkrete Veranstaltungen erwachsen.

Um dem Aktionstag eine weitere Komponente hinzuzufügen, wurde Mitte April ein Filmaufruf gestartet. Besonders die Generation „upload" – und alle, die sich dazu zählen – ist angesprochen und aufgefordert, Kurzfilme zum Thema „Kulturelle Vielfalt in 30 Sekunden" einzureichen. Die filmischen Beiträge sollen die kulturelle Vielfalt in Deutschland, ob witzig, ernst oder kritisch, zeigen. Das Kulturangebot in Deutschland ist sehr facettenreich und diesen Reichtum gilt es, in Bewegtbildern festzuhalten. Einige Filme werden wir auf kulturstimmen.de veröffentlichen.

Die Möglichkeiten der Beteiligung am Aktionstag sind sehr vielfältig und ermöglichen es jedem Interessierten, sich im Rahmen seiner Möglichkeiten zu engagieren. Damit die Aktion ein Erfolg wird, und dafür stehen die Zeichen sehr gut, benötigen wir aber auch weiterhin Ihre Unterstützung. Also, machen Sie mit! Melden Sie Aktionen, melden Sie Protest an, melden Sie uns Ihren Bedarf an Aktionsmaterial. Tun Sie Ihre Meinung kund auf dem Blog von Kulturstimmen oder helfen Sie uns eine breite Öffentlichkeit zu aktivieren durch den Versand von Informationen. Wir liefern die Plattform für eine kulturelle Vielfalt und freuen uns auf Ihre Ideen.

Die Verfasserin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Deutschen Kulturrates ■

WIR FÜR DIE KULTUR – EINIGE STÜTZEN DES AKTIONSTAGS „KULTUR GUT STÄRKEN“



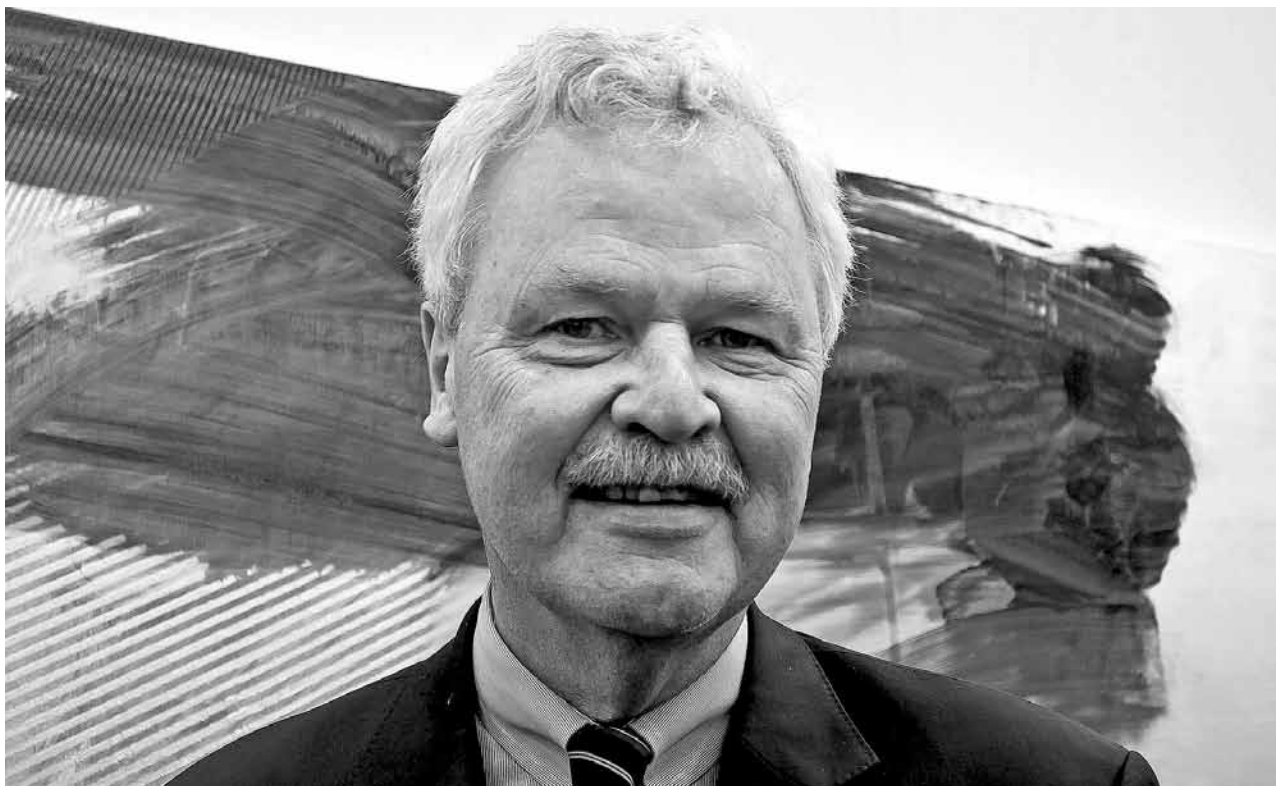
Die Kreativen müssen sprechen, nicht die Funktionäre

Gabriele Schulz im Gespräch mit Gerhard Pfennig

Vor nunmehr 30 Jahren wurde im September des Jahres 1981 der Grundstein zur Gründung des Deutschen Kulturrates gelegt. *politik und kultur* spricht in den sechs Ausgaben dieses Jahres mit Personen, die eng mit der Gründung des Deutschen Kulturrates verbunden sind und die Arbeit des Verbandes über Jahre hinweg begleitet haben und weiterhin begleiten.

politik und kultur: Herr Pfennig, Sie gehören zu den Personen, die vor 30 Jahren an der Gründung des Deutschen Kulturrates beteiligt waren. In dem Buch zum 20jährigen Jubiläum des Deutschen Kulturrates im Jahr 2001 haben Sie unter anderem geschrieben, dass so richtig niemand einen Deutschen Kulturrat wollte. Das Motto sei vielmehr gewesen, „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“. Könnten Sie diese Haltung etwas näher erläutern?

Gerhard Pfennig: Anfang der 1980er Jahre gab es eine Reihe von Initiativen der Künstlerverbände zur Verbesserung der Situation der Künstler. Konkret ging es um die Durchsetzung der Künstlersozialversicherung, der Kulturförderfonds und verschiedener anderer Initiativen. In diesem Zusammenhang hatten sich verschiedene Allianzen gebildet; eine davon war die „Konferenz künstlerischer Berufsverbände“, an der der Bundesverband Bildender Künstler, der Verband deutscher Schriftsteller und der Deutsche Musikrat beteiligt waren. Zeitgleich bestand im Bundesinnenministerium, das seiner Zeit auf Bundesebene für Kultur zuständig war, der Wunsch nach einer stärkeren Lobby für die Kultur. Vom unvergesslichen Abteilungsleiter für Kultur, Sieghardt von Köckritz, ist der Satz überliefert, dass es eigentlich einen Willy Weyer der Kultur geben müsste. Willy Weyer war der legendäre Präsident des Deutschen Sportbundes, der sehr erfolgreich dem Bundesinnenministerium „die Bude einrannte“, um mehr finanzielle Mittel für den Sport zu erreichen. Diese erfolgreiche Lobbyarbeit für den Sport beeindruckte die damaligen Beamten im Innenministerium sehr, die ihrerseits gerne mehr für die Kultur getan hätten, aber den erforderlichen Druck aus dem Kulturbereich vermissten. Der sehr kluge und kulturinteressierte Herr von Köckritz ermutigte darum die Kulturverbände, eine dem Sport ähnliche Lobbystruktur zu schaffen. Dieses wurde innerhalb der Verbände sehr kontrovers diskutiert. Nicht zuletzt deshalb, weil einige Aktive wie beispielsweise Carl Amery oder Anatol Buchholz noch die Zeit des Nationalsozialismus in Erinnerung hatten. Ich weiß sehr genau, dass immer wieder das Wort „Reichskulturkammer“ fiel und Sorge vor einer zu bürokratischen Struktur bestand. Es wurde immer wieder gesagt, dass der Sport gut zu organisieren sei, da ihm das Prinzip von Führung durch einen Trainer und durch Vereinsvorsitzende inhärent ist, die Kultur aber genau das Gegenteil sei. Es bestand bei den Künstlerverbänden daher ein gewisser Widerstand gegen die Idee eines Kulturrates. Letztlich konnte die Idee nur in Form einer losen Arbeitsgemeinschaft realisiert werden. Konstitutives Moment war das Rotationsprinzip, d.h. es gab keinen Vorsitzenden, sondern nur Sprecher des Sprecherrates. Diese agierten zeitlich befristet. Es herrschte die Vorstellung, dass sich stets genügend bekannte Künstler fänden, die sich im Wechsel, je nach Bedarf in einer losen Struktur zusammenfinden und dann gegenüber der Politik artikulieren, was sie auf dem Herzen haben. Eine weitere Kontroverse war, inwieweit die Kulturverwerter überhaupt einbezogen werden sollten. Für die Künstlerverbände war eine Zusammenarbeit mit den Verwerterverbänden eigentlich undenkbar. Unvergesslich ist der Auftritt des damaligen Kunsthandelsvorsitzenden Bogislav von Wentzel bei der offiziellen Gründungsversammlung im Hotel Bristol in Bonn. Er war nicht eingeladen, wollte aber mitdiskutieren (siehe hierzu das Interview mit Bogislav von Wentzel in *puk* 1/2011, Anm. d. Red.). Mit seiner Chuzpe erreichte er, dass das ganze Konzept eines Kulturrates der Künstler auf den Kopf gestellt wurde und dass das heute noch bestehende Konsensprinzip eingeführt wurde. Aus meiner Sicht war dies keine kluge Entscheidung, weil sehr oft Entscheidungen blockiert wurden. Ein Beispiel hierfür ist die Debatte um Ausstellungsvergütungen. Ebenso wird durch das Konsensprinzip verhindert, dass kontroverse Positionen erarbeitet und vertreten werden. Meiner Ansicht nach ist gerade das Konsensprinzip eines der Elemente, die zu einer Entwicklung geführt haben, die von den ursprünglichen Initiatoren nicht gewollt waren.



Gerhard Pfennig — Foto: Burkhard Maus

puk: Sie haben den Deutschen Musikrat als Mitinitiatoren bei der Gründung eines Deutschen Kulturrates genannt. Der Deutsche Musikrat war bereits in den 1950er Jahren gegründet worden und basiert seither auf dem von Ihnen kritisierten Konsensprinzip. Tickt der Musikbereich anders als andere Sparten?

Pfennig: Ich denke, da haben Sie Recht. Der Musikbereich ist zum einen traditionell viel stärker organisiert als andere Sparten und er weist auch einige Ähnlichkeiten z.B. zum Sport auf. In der Musik gibt es, banal gesagt, einen Dirigenten auf den alle gucken und nach dessen „Pfeife alle tanzen“. Das ist ein bisschen so wie im Sport. Musik wird vor allem, bei allem Respekt vor Solisten, in Ensembles, also gemeinsam gemacht. Ich denke, dass daher weniger Vorbehalte gegenüber Organisationsformen bestehen als in anderen Sparten. Der Sonderweg des Musikbereichs war auch im Einsatz, um die Fonds zu erkennen. Im Literaturbereich oder auch in der Bildenden Kunst haben wir uns für Fonds stark gemacht, um die Kreativen zu fördern; der Deutsche Musikrat ging mit seinen Förderprogrammen für ausübende Künstler einen eigenen Weg. Zusammengefasst ist der Deutsche Musikrat immer eine eigene, geschlossene, hermetische Struktur gewesen, die sich temporär und flexibel für gemeinsame Initiativen geöffnet hat. Er ähnelte vor 30 Jahren schon dem Kulturrat wie er heute ist.

puk: Warum haben Sie sich persönlich im Kunstrat für den Kulturrat engagiert?

Pfennig: Ich habe mich immer nur begrenzt engagiert, weil ich der Meinung war und bin, dass der Deutsche Kulturrat von den Kulturschaffenden dominiert werden soll. Ich war und bin Funktionär. Zuerst als Geschäftsführer des BBK, jetzt als Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der VG Bild-Kunst. Meine Überzeugung ist, dass nicht die Funktionäre das Regime haben sollten, obwohl ich sehr wohl zu schätzen weiß, welche Funktion Funktionäre haben. Mir ist aber wichtig, dass, wie ich schon gesagt habe, Kreative sprechen und nicht nur das vorlesen, was Funktionäre ihnen aufgeschrieben haben. Insofern habe ich mich immer in der zweiten Ebene befunden, zeitweise auch als Stellvertretender Sprecher des Kunstrates.

puk: Ist es aber nicht eine allgemein zu beobachtende Entwicklung, dass in zunehmendem Maße professionelle Verbandsvertreter Positionen vertreten und weniger die eigentlich Betroffenen?

Pfennig: Das ist in meinen Augen eine Fehlentwicklung, die aber zum Glück nicht überall anzutreffen ist. Nehmen Sie z.B. das Lobbyauftreten der deutschen Industrie. Es ist zwar sehr stark strukturiert von Funktionären, die Sprecher sind aber immer Unternehmer, die für eine bestimmte Zeit gewählt werden, aber immer noch unternehmerisch tätig sind. Das hat sich meiner Wahrnehmung nach im Kulturrat sehr verwischt. Das liegt natürlich daran, dass im Kulturbereich die wirklich aktiven Kulturschaffenden oft kein Interesse haben, sich politisch zu betätigen und oft auch nicht die Routine in öffentlichen Äußerungen haben, die Funktionäre haben. Von denen dieses,

Weiter auf Seite 25

Kleine Kulturratschronik (Teil III)

1993
- im März Schließung des Büros Berlin
- im September Verabschiedung der Stellungnahme „Kulturarbeit beginnt immer von neuem mit Bildung“
- im November Durchführung der Fachtagung „Notwendigkeit oder Luxus – Perspektiven kultureller Bildung“ in Potsdam
- Vergabe des Kulturgroschens an die Brandenburgische Arbeitsministerin Regine Hildebrandt für ihren Einsatz für Arbeitsplätze im Kulturbereich
- Ausscheiden des ehrenamtlichen Generalsekretärs Prof. Dr. Andreas Joh. Wiesand

1994
- Diskussionen zur Gründung des Vereins Deutscher Kulturrat e.V.
- Satzungsdebatten
- Vorlage von Wahlprüfsteinen zur Bundestagswahl
- im Oktober Podiumsdiskussion „Kulturelle Vielfalt in der Einheit Europas“
- Verleihung des Kulturgroschens an Colette Flesch, Generaldirektorin für Kultur für Information, Kommunikation, Kultur und Audiovisuelle Medien der EU-Kommission für innovative Formen der Kulturförderung in der Europäischen Union

1995
- Gründung des Vereins Deutscher Kulturrat e.V., die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Kulturrat geht darin auf
- Wahl von Prof. August Everding zum Vorsitzenden des Deutschen Kulturrates e.V.
- im Mai Fachkongress „Gestaltung des Alltags. Kulturelle Bildung in Design und Baukultur“ in der Zeche Zollverein in Essen und Verabschiedung der Erklärung „Kulturelle Bildung in Design und Baukultur“
- Debatten, ob der Deutsche Kulturrat in das Haus der Kultur in Bonn umziehen sollte
- Vergabe des Kulturgroschens an 3sat (1995) für ein spezifisches Kulturprofil des Programms und speziell ein wochentägliches Kulturmagazin

1996
- im Februar Umzug in das Haus der Kultur in Bonn
- im September Verabschiedung der „Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zur Informationsgesellschaft, zu Multimedia und Kultur“
- Durchführung der Veranstaltung „Schöne Aussichten – Multimedia für Kunst und Kultur?“
- Ausscheiden der Geschäftsführerin Eva Krings
- Vergabe des Kulturgroschens an die Ruhrfestspiele Recklinghausen für 50 Jahre Verbindung von Kunst und kultureller Bildung im Programm

1997
- Berufung des Geschäftsführers Olaf Zimmermann
- Beginn der Herausgabe des Informationsdienstes „Deutscher Kulturrat – aktuell“
- Diskussionsveranstaltung „Perspektiven Kommunaler Kulturfinanzierung“
- Durchführung des Symposions „Kreative in der Informationsgesellschaft“ in der Bundeskunsthalle Bonn
- Vergabe des Kulturgroschens an Hannelore Jouly, Direktorin der Stadtbücherei Stuttgart, für wegweisende Arbeit in der Bibliotheksarbeit öffentlicher Bibliotheken

1998
- im Januar Einrichtung des Cultural Contact Point des Nationalen Beratungsbüros für die Kulturförderprogramme in Kooperation mit der Kulturpolitischen Gesellschaft
- Vorlage von Wahlprüfsteinen zur Bundestagswahl 1998
- Entwicklung der Idee für einen Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Vorstellung dieser Idee beim damaligen SPD-Parteivorsitzenden Oskar Lafontaine
- im Juni Verabschiedung der Erklärung „Die gesamtstaatliche Kulturverantwortung der Länder und des Bundes muss gestärkt werden!“
- Diskussionsveranstaltung zum Thema „Bündelung der kulturpolitischen Kompetenzen des Bundes“
- im Juni Verabschiedung der Stellungnahme „Kulturförderung und Steuerrecht – Steuerpolitische Vorschläge des Deutschen Kulturrates zur Zukunftssicherung von Kultur in Deutschland und Europa“
- im September Verabschiedung der „Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zum Entwurf für ein Erstes Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft zur Kulturförderung“ sowie der Stellungnahme „Urheber- und Leistungsschutzrecht in der Informationsgesellschaft“
- Vergabe des Kulturgroschens an Dr. Klaus Maurice, Generalsekretär der Kulturstiftung der Länder, für den Aufbau und die Profilierung der Kulturstiftung der Länder

Fortsetzung von Seite 24

nebenbei gesagt, auch erwartet werden kann, weil es zu ihrem Job gehört. Hinzu kommt, dass Kulturschaffende aufgrund ihrer vielfältigen freiberuflichen Tätigkeit sich viel schwerer in den Politikbetrieb einfinden können. Mit Bezug auf den Kulturrat halte ich es für einen großen Fehler, dass er seit zehn Jahren durch den gleichen Vorsitzenden repräsentiert wird, bei allem Respekt vor der Persönlichkeit. Ich bedauere, dass es nicht gelingt, Kulturschaffende als Vorsitzende zu gewinnen, die eine künstlerische Karriere vorweisen können und sich temporär als Vorsitzende des Deutschen Kulturrates engagieren. Das nimmt dem Deutschen Kulturrat vieles von seiner Wirkungsmöglichkeit. Und ihren Willy Weyer haben die Befürworter dieses Modells, ich will es mal so auf den Punkt bringen, in Form von Olaf Zimmermann nun auch bekommen. Ich sehe es als kritisch, wenn der Deutsche Kulturrat durch seinen Geschäftsführer repräsentiert wird. Er war früher Galerist und kennt daher zumindest den Kunstbetrieb. Er wird wahrgenommen als ein sehr effizienter Lobbyist. Das ist genau das, was Herr von Köckritz wollte. Wenn Sie mich als jemanden fragen, der die Gründungsphase, meinetwegen auch nostalgisch, reflektiert, ist genau das nicht gewollt gewesen. Aber und dieses gehört auch dazu, Olaf Zimmermann kann kein Vorwurf daraus gemacht werden. Er füllt das Vakuum aus, dass die passiven Kulturakteure haben entstehen lassen. Das Gegenbeispiel hierzu ist die Zeit als August Everding Präsident war. Er war der ideale Präsident des Deutschen Kulturrates, weil er einerseits als Regisseur ein hervorragender, weltweit anerkannter Künstler war und gleichzeitig ein Geschick hatte, politische Ziele zu verfolgen, dass es einem fast den Atem nahm. Er hat leider wenig Nachahmer gefunden. Er gehörte zu jener Aufbaugeneration, die nach dem Krieg vieles machen musste. Auch ansonsten fehlen solche Persönlichkeiten im politischen Bereich.

puk: Liegt der fehlende Nachwuchs auch daran, dass Künstler die Prioritäten anders setzen?

Pfennig: Das glaube ich nicht. Es gibt Künstler, die sich in Berufsverbänden stark für ihre jeweilige Sparte einsetzen. Aber das Problem ist, dass diese Künstler oft als Funktionäre gescholten werden und dass sie ihre künstlerische Tätigkeit mit dem Engagement für andere in Einklang bringen müssen. Das ist ein undankbarer Job und wird von den Verwertern oft diskriminiert. Darüber hinaus herrscht eine mörderische Konkurrenz im Kulturbetrieb, die nicht ab-, sondern zugenommen hat. Sie ist mit dafür verantwortlich, dass viele Leute zwar gerade eben Vorstandspositionen in wichtigen Kultureinrichtungen wahrnehmen, aber nicht zu einem längerfristigen politischen Engagement bereit sind, weil sie ihre Karriere verfolgen. Es gibt zu wenige Leute, die die Bereitschaft haben, ihre künstlerische Arbeit für eine Zeit an den Nagel zu hängen, um politisch tätig zu werden.

puk: Liegt es nicht auch daran, dass es viel schwerer ist, wieder in den Markt hineinzukommen?

Pfennig: Das stimmt. Sie können im Kulturbereich als erfolgreicher Künstler, sei es als Autor oder Bildender Künstler oder Schauspieler, nicht sagen: ich mache jetzt mal fünf Jahre Pause und komme dann wieder. Sie verlieren den Anschluss. Sie sind dann aus dem Geschäft heraus. Darum ist die Interessenvertretung im Kulturbereich nicht zu vergleichen mit anderen Bereichen. Und genau darum hat Olaf Zimmermann die Rolle bekommen, die er innehat. Dies wird von manchen zwar kritisiert, aber es ist immer noch besser, wenn er es macht, als dass es keiner macht. Das ist eine strukturelle Frage, wer den Geschäftsführer kritisiert, wird das System nicht ändern, sondern allenfalls die Person austauschen, systemimmanent kann es nicht anders funktionieren.

puk: Wie sehen Sie die Verantwortung der Sektionen? Müssten sie nicht eigentlich dafür Sorge tragen, dass sich, wie von Ihnen eingefordert, Künstler im Sprecherrat engagieren?

Pfennig: Ich denke, der Deutsche Kulturrat ist in sich selbst gefangen. In den Sektionen sind die Verbandsvertreter aktiv. Bereits hier sind wenig Kulturschaffende anzutreffen. Dieses Dilemma spiegelt sich auf der Ebene des Sprecherrats noch einmal wider. Die Verwertungsgesellschaften haben auf der europäischen Ebene, angeregt durch die französischen Kollegen, ein Modell etabliert, in dem mit den Geschäftsführern der Gesellschaften ein Ehrenrat mit bedeutenden Kulturschaffenden eingerichtet wurde. Wir haben die Erfahrung gesammelt, dass es durchaus möglich ist, punktuell bekannte Künstler zu gewinnen, die bereit sind bei einem Termin mit EU-Kommissaren ihre Sache zu vertreten und dann auch Gehör finden. Das setzt die Bereitschaft der „Funktionäre“ voraus, sich für diesen Termin zurückzunehmen, darauf aufbauend kann man aber sehr gut politisch arbeiten. Letztlich können so auch meinungsbildende Persönlichkeiten politisch eingebunden werden. Ich könnte mir vorstellen, dass ein solches System auch für den Deutschen Kulturrat eine Möglichkeit wäre, die vielen guten Initiativen, die aus den Ausschüssen kommen, mit mehr Schlagkraft nach außen zu vertreten.

puk: Vielen Dank für das Gespräch.

Gerhard Pfennig ist Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der VG Bild-Kunst. Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates ■

Züchtlinge

Von schönen neuen Menschen und Klonen in der Literatur – Teil II • Von Georg Ruppelt

In der letzten Ausgabe von „Politik und Kultur“ (März/April 2011) hatten wir begonnen, dem Thema künstliche Reproduktion des Menschen durch biotechnologische Mittel in der Literatur nachzuspüren. Im Mittelpunkt unserer Betrachtungen standen dabei Goethes Homunculus aus „Faust II“ und Mary Shelleys „Frankenstein“. Im zweiten Teil begeben wir uns in das 19. und 20. Jahrhundert.

Steht am Anfang des 19. Jahrhunderts Shelleys „Frankenstein“ ganz in der romantischen Gruseltradition als ein Roman, der wenig Interesse an biologischen oder naturwissenschaftlichen Erkenntnissen zeigt, so schreibt zum Ende desselben Jahrhunderts einer der hervorragendsten utopischen Schriftsteller überhaupt, Herbert George Wells, einen Horrorroman, der bei seinem Erscheinen 1896 große Beachtung fand – besonders in Form von Ablehnung: „Die Insel des Dr. Moreau“. Zwischen dem naiven „Frankenstein“ von Shelley und dem Roman von Wells‘ aber liegen Welten, nämlich vor allem die Welten der Entdeckungen des Charles Darwin.

Auf einer einsamen Insel führt der wegen Vivisektion aus England vertriebene Dr. Moreau unbarmherzige Tierexperimente durch. Der schiffbrüchige Prendrick erkennt bald, dass Moreau Tiere in menschenartige Wesen durch grausame Operationen, strengste sklavenhalterische Zucht und Gebote und Verbote umwandelt, die eine Travestie auf die biblischen zehn Gebote darstellen. Moreau kennt kein Mitleid, weder mit Tieren noch mit Menschen. Er sieht sich als Schöpfer, der, wie die Natur selbst, außerhalb jeder Ethik steht: „Bis auf diesen Tag hab‘ ich mich um die Ethik der Angelegenheit noch nie bekümmert. Das Studium der Natur macht den Menschen schließlich so gewissenlos, wie die Natur selbst ist. Ich bin vorwärts gegangen, ohne mich um irgend etwas anderes zu kümmern [...]“(übers. von Felix Paul Greve, dtv 1996).

Moreau bevölkert die Insel mit Zwitterwesen: Hyänenschweinen, Leopardenmenschen, Panthermenschen, Ochsenebermenschen, Tiermenschen jeder Art – Wesen, wie sie bis dahin nur aus Fabeln bekannt waren. Wells‘ Roman, der vor dem Hintergrund der Darwinschen Evolutionslehre in extremer Weise eine künstliche, von einem Menschen bewusst produzierte „Evolution“ entwickelt, stieß bei seinem Erscheinen auf Widerspruch und Ablehnung. Er galt als unmoralisch und unwahrscheinlich.

H. G. Wells, der bei dem umstrittenen Thomas Henry Huxley studiert hatte und ein Kenner und in gewisser Hinsicht auch Jünger Charles Darwins war, lässt seinen Dr. Moreau versuchen, menschenähnliche Wesen aus Tieren hoch zu züchten, um so eine menschliche Unterrasse zu gewinnen – ein Thema, das in der Literatur des kommenden Jahrhunderts seinen festen Platz finden wird, besonders auch im Hinblick auf seine sozialen Auswirkungen.

Konrad Loele: Züllinger und seine Zucht. Zeichnung von Hans Albert Förster. Leipzig 1920.

Perfekte Menschen

Ein anderes Thema, das die Literatur seit dem Ende des 19. Jahrhunderts in ähnlicher Weise beschäftigt, ist das von der Verbesserung des Menschen durch Züchtung oder biochemische Manipulationen. Den „neuen Menschen“ zu schaffen – durchaus auch im Sinne von Friedrich Nietzsches Übermensch –, einzelne Superexemplare der Gattung oder gar eine Superrasse auf der Grundlage von wissenschaftlichen Erkenntnissen und ihrer Umsetzung zu züchten, dies erträumten sich manche Utopisten des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts. Von Züchtung, Zuchtwahl und ähnlichem ist im Deutschen die Rede; später wird auch hier der 1883 von dem Engländer Francis Galton geprägte Begriff Eugenik verwandt für die Lehre von der Verbesserung der menschliche Art durch Zucht. Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik wurde 1927 gegründet. Nur wenige Jahre später sollten Ideen von Menschenzucht und Menschenvernichtung in Deutschland und im von Deutschen besetzten Europa auf fürchterliche Weise in die Praxis umgesetzt werden.

Der italienische Arzt und Schriftsteller Paolo Mantegazza schildert in seinem 1897 erschienenen Zukunftsroman „Das Jahr 3000“ (aus dem Italienischen von Willy Alexander Kastner), wie ein Paar sich in die Welthauptstadt begeben muss, um sich der biologischen Behörde vorzustellen, „damit von jenem höchsten Tribunal der Wissenschaften das Urteil gefällt werde, ob sie das Recht haben oder nicht, andere Menschen in die Welt zu setzen.“ Kränkliche oder auf verbrecherische Anlagen hindeutende Säuglinge werden dort eliminiert. Ob diese Anlagen vorhanden sind, kann man in diesem Zukunftsstaat durch eingehende Gehirnuntersuchung feststellen. Hier einige Beispiele von Säuglingsuntersuchungen mit je unterschiedlichem Ausgang:

„Nr. 17 vortreten!“

Eine junge, starke und schöne Mutter erhob sich vom Sitz mit ihrem Kinde im Arm. Man sah auf ihrem Gesicht, dass sie von keiner Furcht gequält und völlig sicher war, mit ihrem Kinde nach Hause zurückzukehren.

Der Hygieniker nahm das Kind, das schon fast entkleidet war, und legte es dann völlig nackt auf eine Art Tischgestell. Nach der Untersuchung heißt es: „Kind Nummer 17: gesund, stark, lebensfähig.“

Und auch der Psychohygieniker kommt nach halbstündiger Untersuchung zu einem positiven Ergebnis: „Normales Gehirn, keine verbrecherische Anlage.“

Die folgenden Kinder, Nummer 18 und Nummer 19, werden wie folgt beurteilt:

18: „Gesundes Kind, aber nicht stark. Lebensfähig, aber stärkender Nahrung bedürftig.“

„Normales Gehirn. Furchtsamer Charakter. Energische, spartanische Erziehung.“

19: „Gesundes, starkes, lebensfähiges Kind.’“

„Normales Gehirn; aber mit zu starker geschlechtlicher Anlage. Zur Wollust beanlagt. Die Erziehung ist auf Abschwächung dieser Neigung zu richten.“

Kind Nummer 20 macht einen schwächlichen Eindruck und wird gleich von drei Ärzten untersucht, die zu dem Ergebnis kommen:

„Schwächliches, lungenkrankes, lebensunfähiges Kind.“

Als die Mutter diesen traurigen Entscheid vernahm, brach sie in Schluchzen aus und fragte die Ärzte: „Könnte denn mein Kind nicht durch eine geeignete Kur gerettet werden?“

„Nein“ antworteten die drei Ärzte wie aus einem Munde.

Dann wandte sich der Hygieniker zu der Mutter: „Und nun?“

Die Mutter weinte noch heftiger und antwortete, indem sie das Kind den Ärzten zurückgab, mit kaum vernehmbarer Stimme: „Ja!“

Dieses „Und nun“ wollte sagen:

„Erlauben Sie also, dass Ihr Kind beseitigt wird?“

Nun nahm in der That ein Hülfsarzt das Kind, öffnete einen schwarzen Verschlag in der Wand des Saales, schob es hinein und verschloß ihn wieder. Er ließ eine Feder schnappen, man hörte einen von einem kleinen Knall begleiteten Seufzer. Das Kind, von einem 2.000 Grad heißen Luftstrom umflutet, war verschwunden, und es blieb nichts als ein Häuflein Asche übrig.“

Künstliche Zeugung

Große Hoffnungen setzten also die Utopisten jener Zeit auf die „Heranzüchtung“ positiver oder vermeintlich positiver menschlicher Eigenschaften durch entsprechende Zuchtwahl. Für den heutigen Leser aber nur schwer erträglich ist die Selbstverständlichkeit, mit der in der Literatur gleichzeitig von der Ausmerzung negativer oder vermeintlich negativer menschlicher Eigenschaften durch Tötung bzw. Massenmord an den Trägern oder den vermeintlichen Trägern dieser Eigenschaften geschrieben wird.

In dem 1927 erschienenen Zukunftsentwurf „Phoebus“ von Raoul Heinrich Francé, der Deutschland im Jahre 1980 beschreibt, ist die gesellschaftliche Zufriedenheit in Europa auch herbeigeführt worden durch das „biologische Denken in der Medizin, im Recht und in der Ethik“ und unter anderem auch durch die „Ausmerzung des lebensunwerten Lebens“. England ist darin 1980 übrigens führend auf dem Gebiet der ektogenetischen Zeugung. „Jede gebildete Engländerin hat auf das erotische Leben verzichtet und in den staatlichen Ovigenerationsanstalten werden schon jährlich 200 000 Engländer, fast die Hälfte des ganzen Zuwachses, ausgebrütet. Es sind die besten Arbeiter und Beamten

Weiter auf Seite 26

Fortsetzung von Seite 25

darunter. Und die besten Köpfe der Hochkirche."

Züchtlinge

Schon vor Francé, Haldane und Huxley hatte ein deutscher Autor 1920 die soziale Komponente der biotechnischen Herstellung von Menschen durch Menschen beschrieben, freilich aus einem anderen Blickwinkel. Konrad Loele entwarf in dem Roman „Züllinger und seine Zucht" (1998 Neudruck im belleville Verlag) ein Szenario für die 50er Jahre des 20. Jahrhunderts, das so grotesk wie unheimlich erscheint – unheimlich auch in seinen von Hans Albert Förster geschaffenen Illustrationen, auf denen Hakenkreuzler die scheußlichsten Verbrechen begehen.

Deutschland wird in Loeles Roman von einer Art Herrenrasse, den Oberdeutschen, regiert, „den Angehörigen und direkten Nachkommen der judenrein echt deutschvölkischen, wahrhaften Vaterlandspartei". Diese Oberdeutschen knechten die arbeitende Bevölkerung erbarmungslos. Der Chemiker bzw. der nach Ausmerzung aller Fremdwörter nunmehrige „Geheimrätling der Stofflichkeitslehre" Züllinger erhält den Auftrag, Kunstmenschen herzustellen und diese schneller reifen zu lassen, da die versklavten Arbeiter immer weniger Nachwuchs bekommen. Dies geschieht durch Organentnahme aus den Körpern von Arbeitern. „Selbstverständlich hatte das Bevölkerungsamt bei der Auswahl der athletischen Männer und Weiber, deren Organe zu ihrer [der Züchtlinge] Erzeugung gedient hatten, darauf Rücksicht genommen, dass nicht etwa ein germanischer Typus entstünde. Man hatte eine slawisch-romanische Mischung angestrebt. Blaue Augen und blonde Haare sollten ein Vorrecht der Oberdeutschen sein, allerdings war dieses Ideal noch nicht ganz erreicht." Um zu vermeiden, dass die Kunstmenschen, die offensichtlich den Menschen körperlich überlegen und von hoher Intelligenz sind, die Menschen, namentlich die Oberdeutschen überflügeln, werden sie mit „Verblödungsflüssigkeit" gespritzt.

Kunstmenschen ohne Seele

Das Motiv künstlich hergestellter Sklaven oder auch menschenähnlicher Wesen, die in der Lage sind, bestimmte routinemäßigen oder gefährlichen Verrichtungen effizienter, preiswerter und meistens besser auszuführen als Menschen, gehört im 20. Jahrhundert zu den Standardthemenkreisen der Science Fiction. Brian W. Aldiss huldigte 1980 seinem literarischen Ahnen H. G. Wells mit seinem Roman „Dr. Moreaus neue Insel", in dem Tiermenschen unter anderem für den Einsatz in atomar verseuchten Gebieten gezüchtet werden. Man schreibt das Jahr 1996, und es tobt ein Weltkrieg zwischen den USA und der Sowjetunion.

In George R. R. Martins Erzählung „Der Fleischhausmann" von 1976 werden menschliche Körper, denen das Gehirn entfernt wurde, zu harter Arbeit oder zur Prostitution eingesetzt – eine besondere Variante des Themas „Sklaven, von Menschenhand geschaffen" (übers. von Michael Windgassen, Heyne 1982). Der seit der Romantik, etwa bei E. T. A. Hoffmann, begegnende Aspekt der erotischen Dämonie und Anziehungskraft von künstlichen menschenähnlichen Wesen wird in Martins Erzählung aufgegriffen und in einen Albtraum überführt.

Der Verfasser ist Direktor der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek in Hannover ■

„Heute blau, morgen blau, und…."

Vom grotesken Umgang mit dem Kulturerbe HfG Ulm • Von Kai Ehlert

Die Hochschule für Gestaltung (HfG) in Ulm — Foto: Ernst Scheidegger © hfg-archiv ulm

„Heute blau, morgen blau, und…", so lautete seinerzeit der Text eines Karnevalsschlagers. Was heute auf dem Kuhberg in Ulm zu sehen ist, könnte man auch für einen Faschingsscherz halten.

Unter dem Namen „ulm school of design" ist die ehemalige Hochschule für Gestaltung in Ulm (HfG Ulm) auch mehr als 40 Jahre nach ihrer Schließung weltweit ein Begriff. Sie gilt – neben dem Bauhaus – als die bedeutendste deutsche Gestalter-Hochschule. Der damalige Bundespräsident sprach 2008 in seiner Rede zum Tag der Deutschen Einheit von zwei bedeutenden Institutionen, die zum gemeinsamen kulturellen Erbe Deutschlands gehören: das Bauhaus in Dessau und die HfG in Ulm. Der vom Schweizer Architekten Max Bill entworfene Gebäudekomplex wird zurzeit saniert. Bei dieser Sanierung werden gravierende Fehler gemacht, die das gesamte bauliche Ensemble entstellen und entwerten. Sichtbarster Ausdruck davon sind blaue Spiegelglasfenster. Dagegen regt sich massiver Protest aus dem In- und Ausland.

Ein Rückblick. Inge Scholl gründete Ende 1950 – in Gedenken an ihre im Dritten Reich ermordeten Geschwister – die private „Geschwister-Scholl-Stiftung". Zweck dieser Stiftung war es, in Ulm eine Hochschule für Gestaltung zu unterhalten. Laut der damaligen Stiftungssatzung sollte „…die Hochschule für Gestaltung […] eine universelle Ausbildung vermitteln, welche fachliches Können, kulturelle Gestaltung und politische Verantwortung zu einer Einheit verbindet. Dabei sind vor allem Gestaltungsgebiete mit starken sozialen Auswirkungen vorgesehen wie Formgebung von Industrieprodukten, Architektur und Städtebau, Journalismus, Rundfunk, Fernsehen, Film, Werbung." Die HfG existierte von 1953 bis 1968, als sie aus politischen und finanziellen Gründen geschlossen wurde.

Da die Gebäude der HfG ein hervorragendes Zeugnis der deutschen Nachkriegsmoderne darstellen, die immer wieder als potenzielles Weltkulturerbe im Gespräch sind, wurden sie 1979 unter Denkmalschutz gestellt. 1985 entzogen Inge Aicher-Scholl und Otl Aicher, die Begründer der HfG, der Stiftung die weitere Nutzung des Namens „Geschwister-Scholl", da die Stiftung, der die Gebäude gehören, nur noch immobilienwirtschaftliche Ziele verfolge. Die Stiftung, die seitdem den Namen „Stiftung Hochschule für Gestaltung Ulm" (HfG Ulm) trägt, vermietet die Gebäude. Die Universität Ulm, über Jahrzehnte Hauptmieter, zieht im Laufe des Jahres aus.

Nun galt es für die Stiftung – die nach wie vor mit dem Anspruch auftritt, das Erbe der HfG zu sichern – ein neues, wirtschaftlich tragfähiges Nutzungskonzept für die Vermarktung der HfG-Bauten zu entwickeln. Unter dem Namen „Zentrum für Gestaltung HfG Ulm" ersann man ein sogenanntes Drei-Säulen-Modell, das bis 2013 realisiert werden soll. Es besteht aus einem Tagungszentrum, einem Innovationszentrum sowie einem Dokumentationszentrum.

Das Tagungszentrum soll von der hundertprozentigen Tochterinstitution IFG (Internationales Forum für Gestaltung) betrieben werden, die für die inhaltliche Arbeit der HfG-Stiftung zuständig ist. Aus Protest gegen diese Pläne der Stiftung traten jedoch im vergangenen Herbst die Intendantin und die Mitglieder des Fachbeirates des IFG geschlossen zurück. Das IFG ist seitdem im Prinzip nur noch eine leere Hülle. Kritiker werfen der Stiftung vor, dass das IFG ohnehin nur als ein Feigenblatt fungiere, um die Gemeinnützigkeit der Stiftung zu garantieren.

In einem Großteil des Gebäudes möchte die Stiftung ein sogenanntes „Innovationszentrum" etablieren. Dafür werden Mieter gesucht, die irgendwie etwas mit Gestaltung zu tun haben. Diesen Mietern wird angeboten, dass sie für sich dann mit der „Marke HfG Ulm" werben dürfen. Eine abenteuerliche Idee, fremde Mietern, die nie etwas mit der HfG zu tun hatten, damit zu locken. Kritiker sprechen zu Recht von einem Etikettenschwindel. Da sich bisher nur ein Mieter fand, kann diese Idee als gescheitert betrachtet werden.

Im Mittelpunkt des Dokumentationszentrums schließlich soll das von der Stadt Ulm getragene HfG-Archiv, das Herzstück des Vermächtnisses der HfG Ulm, stehen. In diesem Archiv befinden sich Tausende von Exponaten, Schriften und Nachlässe etc. von ehemaligen Dozenten und Studenten, wichtigen Trägern des kulturellen Erbes der HfG.

Der „club off ulm", ein Zusammenschluss von über 100 ehemaligen Dozenten und Studenten der HfG, hat dieses Archiv angeregt und über Jahrzehnte aktiv befördert. Statt nun dieses Archiv, das nebenbei personell hoffnungslos unterbesetzt und auch unterfinanziert ist, in den Mittelpunkt des Hauses mit attraktiven Ausstellungsflächen zu stellen, wies man ihm abseits gelegene Räume zu. So sinnvoll es einerseits ist, dass das HfG-Archiv mit seinen Exponaten an den Ursprungsort zurückkehrt, so außerordentlich problematisch ist es, dass das Gebäude – das wichtigste Exponat – durch eine unsachgemäße Sanierung inzwischen entstellt ist. Entstellt durch Umbauten im Inneren des Gebäudes, um neue Räume und eine neue Infrastruktur zu schaffen für potenzielle Mieter des „Innovationszentrums", sowie durch energetische Sanierungsmaßnahmen an der Fassade. Augenfälligster Ausdruck dafür sind die blauen Spiegelglasfenster mit einer Art „Sonnenbrilleneffekt". Es bedarf keiner großen Fantasie sich vorzustellen, wie ein eigentlich denkmalgeschütztes Gebäude mit einem hohen Fensteranteil dadurch verfälscht wird.

Mit zusätzlicher Klebefolie will man jetzt versuchen, die entstandenen Effekte zu mildern. Ein potenzielles Weltkulturerbe mit Folie beklebt. Na, toll. Eine denkmalgerechte Sanierung sieht anders aus. Hinter vorgehaltener Hand wird inzwischen zugegeben, dass der Einbau dieser Fenster ein Fehler war. Doch es fehlt offenbar der Wille und das Geld, den Fehler rückgängig zu machen.

Sowohl gegen das geplante Nutzungskonzept als auch gegen die verfehlten Sanierungsmaßnahmen regt sich seit langer Zeit energischer Protest sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland. Ein offener Brief des Bauhauses in Dessau an den ehemaligen Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg Stefan Mappus und an die Mitglieder des Landtages wurde von annähernd 100 Persönlichkeiten unterschrieben. Darunter die international renommierten Architekten Sir Norman Foster und Richard Meier, die Filmemacher Alexander Kluge und Edgar Reitz sowie Jacob Bill und Florian Aicher, die Söhne von Max Bill und Otl Aicher.

Der Deutsche Designertag, der die „Sektion Design" im Deutschen Kulturrat bildet, richtete einen Appell an den Bund, sich der kulturhistorischen Bedeutung des Erbes der HfG bewusst zu werden und auf das Land Baden-Württemberg, die Stadt Ulm sowie die Stiftung einzuwirken, um zunächst einen Baustopp zu erreichen, ehe weiterer Schaden für das kulturelle Erbe der Bundesrepublik entsteht und das kulturelle Ansehen der Bundesrepublik im Ausland Schaden nimmt. Durch ein Moratorium bestünde die Chance, noch einmal über die weitere Nutzung der HfG-Gebäude nachzudenken.

Absolventen der HfG, die als international tätige Architekten und Denkmalpfleger über eine große Erfahrung verfügen, boten der Stiftung an, beim Prozess der Sanierung mitzuwirken. Die Stiftung lehnte ab. Auch vorgeschlagene neue Nutzungskonzepte wie z.B. ein Globales Zentrum des Designdialogs, eine „Villa Massimo des Designs" sowie ein interdisziplinäres Wissenschaftsinstitut für Gestaltung, welches die Aufgabe hätte, die Ideen der HfG in die Gegenwart zu transferieren und weiterzuentwickeln, stießen bei der Stiftung auf taube Ohren.

Ein Kernproblem in dieser ganzen Sache ist die Trägerstruktur. Eine Stiftung auf privatwirtschaftlicher Basis muss überfordert sein mit der gesellschaftlichen Aufgabe, das nationale Erbe der HfG zu wahren. Nur eine öffentliche Stiftung, getragen von Stadt, Land und Bund, könnte diese Aufgabe übernehmen.

Der Autor ist Berater und Gestalter, Absolvent der HfG, Präsident des Deutschen Designertages und Sprecher der „Sektion Design" im Deutschen Kulturrat ■

Verein zur Förderung des Deutschen Kulturrates

Der „Verein zur Förderung des Deutschen Kulturrates" will zur Finanzierung des Deutschen Kulturrates beitragen und damit einen Beitrag zu dessen Unabhängigkeit leisten. Der „Verein der Freunde des Deutschen Kulturrates" versteht seine Förderung subsidiär. Jeder ist eingeladen, im „Verein zur Förderung des Deutschen Kulturrates" mitzuwirken und durch finanzielles oder ehrenamtliches Engagement einen Beitrag zur Stärkung des Deutschen Kulturrates zu leisten.
Vereinsmitglieder erhalten die Zeitung *politik und kultur* kostenlos.

Verein zur Förderung des Deutschen Kulturrates
c/o Deutscher Kulturrat e.V.
Chausseestraße 103, 10115 Berlin
Tel: 030/24 72 80 14,
Fax: 030/24 72 12 45
E-Mail: foerderverein@kulturrat.de
Internet: www.kulturrat.de/foerderverein

Vorstand
Dr. Georg Ruppelt (Vorsitzender)
Regine Lorenz (Stellvertretende Vorsitzende)
Stefan Piendl (Stellvertretender Vorsitzender)
Schriftführerin: Gabriele Schulz

Mitgliedschaft im Förderverein des Deutschen Kulturrates
Bitte senden Sie mir unverbindlich Informationen zur Mitgliedschaft im „Verein zur Förderung des Deutschen Kulturrates" zu:

Name: _____

Vorname: _____

Anschrift: _____

E-Mail: _____

Verein zur Förderung des Deutschen Kulturrates
c/o Deutscher Kulturrat e.V.
Chausseestraße 103, 10115 Berlin
Tel: 030/24 72 80 14, Fax: 030/24 72 12 45
E-Mail: foerderverein@kulturrat.de

Augenblicksnotizen

Arno Fischer im *puk*-Porträt • Von Andreas Kolb

Berlinische Galerie im Herbst 2010: Ein junges Pärchen steht vor Schwarzweißbildern Arno Fischers. Die beiden unterhalten sich angeregt darüber, dass alle diese Arbeiten erstaunlicherweise ohne Photoshop entstanden sind – für die Generation digitaler Fotografen natürlich eine kuriose Art zu fotografieren. Fischer hat in der Dunkelkammer nie gezaubert. „Ein Fotograf sieht und drückt drauf", wird Arno Fischerim Ausstellungskatalog etwas verkürzt zitiert. Auch wenn er heute eine Digitalkamera benutzt, an seinen Bildern nimmt Fischer nichts weg und fügt nichts hinzu – das überlässt er der Fantasie des Betrachters.

Im Herbst 2010 erhielt der 1927 in Berlin geborene Fotograf den Hannah-Höch-Preis und die Berlinische Galerie würdigte ihn mit einer Ausstellung seiner Fotografien aus den Jahren 1953 bis 2006, sowie mit einem Bildband unter dem Titel „Situation Berlin". Die Schwarzweiß-Fotos aus den Jahren 1953 bis 1960 zählen zu den wesentlichen Arbeiten Fischers. Heute lebt und arbeitet der Künstler in Gransee bei Berlin: Dort besuchen ihn seine Schüler regelmäßig und somit steht der Fotograf noch immer in regem Austausch mit der Photoshop-Generation. Den Gebrauch der Bildbearbeitungs-Software exorziert er ihnen nicht, doch er konfrontiert sie immer wieder aufs Neue damit, dass man ein Bild macht, wenn man es sieht, und nicht hinterher.

Neben seiner künstlerischen Arbeit zieht sich bei dem nach der Kriegsgefangenschaft 1946 in seine Heimatstadt zurückgekehrten gebürtigen Berliner der Lehrberuf wie ein roter Faden durch seine Biografie. Zunächst als Bildhauer ausgebildet und tätig („Ich wäre sicher kein schlechter Bildhauer geworden: obere Mittelklasse, untere Oberklasse – aber: die Bildhauerei dauerte mir zu lange"), entdeckte er bald das neue Medium Fotografie.

Zwischen 1956 und 71 unterrichtete er an der Kunsthochschule Weißensee Fotografie – dort wo er zuvor die Bildhauerei studiert hatte. Er baute ein Archiv auf und brachte die Fotoabteilung wieder in Gang. „Zuerst war ich Assistent", erinnert Fischer sich, „dann Oberassistent mit Lehrauftrag für Fotografie. Im Monat bekam ich 770 Ostmark. Für die damalige Zeit genug Geld, um eine Familie zu ernähren." Seit 1972 dozierte er häufig an der Hochschule für Grafik und Buchkunst Leipzig, zwischen 1985 und 1993 im Rahmen einer Professur. 1990 bis 2000 erhielt er einen Lehrauftrag für Bildjournalismus an der Fachhochschule Dortmund, 2001 gründete er die Schule und Galerie „Fotografie am Schiffbauerdamm" in Berlin. Heute lehrt er an der „Ostkreuzschule für Fotografie und Gestaltung". Mittlerweile sind es drei Generationen, die bei Fischer das Fotografieren lernten.

„Ich habe fast 60 Jahre unterrichtet und war immer begeistert davon. Noch heute unterrichte ich jeden zweiten Sonntag und bin dabei völlig in meinem Element. Wenn ich das nicht hätte, würde ich irgendwo in einem Altersheim sitzen. Unterrichten ist für mich ein Jungbrunnen, eine Medizin."

In einer Welt der Farbenflut wirken seine Schwarzweiß-Fotos andersartig, abstrakt. „Farbe ist mir zu naturalistisch. Sie bildet die Wirklichkeit zu sehr ab. Bei den Mode-Fotografien Anfang der 60er-Jahre musste ich Farbe verwenden. Auch meine drei Bildbände über die Hauptstädte der Welt sind im Wesentlichen in Farbe. Meine eigentliche Fotografie ist schwarzweiß."

Fischers Bilder sind Zeitdokumente, sie erzählen Geschichte, insbesondere deutsch-deutsche Geschichte: „Ostberlin, Unter den Linden 1956" oder „Ost-Berlin, Sylvester 1989-90" mit Feuerwerk am Pariser Platz vor der Kulisse des Siegestores. Fischers Bilder sind mehr als Dokumentationen, sie haben erzählerische Kraft, rücken die Handlungen ihrer Protagonisten ins Zentrum der Wahrnehmung: zunächst die ganz offensichtlichen, abgebildeten, dann aber auch die Geschichten, die über das Bildformat hinaus weitergehen, den Betrachter einladen, manchmal geradezu nötigen, die Bild-Story voranzutreiben. Es ist ein Wesensmerkmal seiner Arbeit: Fischers Fotos kommen wie Schnappschüsse daher. Doch beim Aha-Effekt, bleiben sei nicht stehen, man muss in ihnen lesen. „Wenn ich einen Mann fotografiere, der an der Straßenbahnhaltestelle auf die Straßenbahn wartet, muss durch das Bild mehr gezeigt werden, als ein Mann, der an der Straßenbahnhaltestelle steht." Dieser Satz schlüsselt alle Bilder Fischers auf. Es gibt ein Foto, das einen Laden mit Kriegsorden am Kurfürstendamm zeigt. Man sieht einen Vater mit seinem Jungen, der ihn fragend anblickt, im Hintergrund die Eisernen Kreuze. „Damals war ich schon entsetzt", so Fischer, „dass man diese alten Kriegsdinge wieder als Erinnerung angeboten bekommt. Heute ist dieser Junge Vater von einem Jungen, der in Afghanistan oder Pakistan für Deutschland unter dem Eisernen Kreuz als Signet der Bundeswehr kämpft." Die Haltung zum Eisernen Kreuz; oder zum Hakenkreuz, das abgeschlagen ist, mit der Friedenstaube im Fenster daneben; oder der Mercedesstern vor einer Parole „Berlin bleibt frei" – von der Ostseite Berlins aus gesehen spiegelverkehrt.

Fischer bezog Stellung, blieb aber in seiner Kapitalismuskritik differenziert genug, um propagandistisch tatsächlich benutzbar zu sein. Seine Bilder von den Berlinern in Ost und West sind poetisch, subjektiv – Zeitzeugenschaft, die den Betrachter in noch

Westberlin, 1. Mai, Tiergarten 1959 **Foto: Arno Fischer**

in tiefere Schichten als die objektiv historische hineinziehen. Fischers zentrales Motiv ist der Mensch. Mit den Situationen, die er zeigt, verweist er letztlich auf das Menschliche.

Zur Verleihung des Hannah-Höch-Preises und zusätzlich zum Ausstellungskatalog veröffentlichte die Berlinische Galerie unter dem Titel „Situation Berlin" eine Buchpublikation mit wichtigen, zum Teil noch unveröffentlichten Fotos Fischers. Mit dem Titel spielten der Herausgeber des Bandes, Ulrich Domröse, und Arno Fischer auf einen verschollenen Bildband Fischers aus dem Jahr 1961 an. Die Edition Leipzig war 1957 mit dem Ziel gegründet worden, Publikationen aus DDR-Verlagen ins Ausland zu verkaufen. Durch eine Verbindung zu dem Ostberliner Autor Günther Rücker kam Fischer in Kontakt mit dem Verlagsleiter Hans Egloff: „Der schaute sich meine Berlin-Bilder an und fragte: ‚Wollen wir ein Buch machen?' Ich antwortete: ‚Ja, bitte!' Es kamen dann noch zwei richtig gute Texter dazu. Und 1958/59 haben wir dann an diesem Buch gearbeitet. Sie haben dazu keine Texte geschrieben, sondern haben zeitgenössische Texte aus Zeitungsausschnitten dazugestellt. Als das Buch fertig layoutet war, kam die Mauer. Unabhängig davon hatte der Verlag auf der Leipziger Herbstmesse meine Bilder unter dem Titel „Situation Berlin" groß ausgestellt. Die Abnahmekommission war schon vorbei, als sich noch einmal ein Herr umdrehte, auf den Titel zeigte und sagte: ‚Genossinnen und Genossen, Berlin ist keine Situation mehr!' Es war vermutlich der Außenminister, der meinte: „‚Na, dann macht das mal weg!' Wahrscheinlich hat er die Bilder nicht einmal gesehen." Das Buch war damit gestorben, und mehrere Male ist Fischer nach der Wende angeboten worden, das Buch zu exhumieren. Aber nicht einmal der Entwurf davon existierte noch.

Wenn Fischer nicht unter die Menschen geht, dann geht er in seinen Garten, um zu fotografieren. Vor einigen Jahren begann er, farbige Polaroid-Triptychen von seinem Garten in Gransee zu machen. In seinem Buch „Der Garten" sind die von Fischer komponierten Triptychen dokumentiert. „Das ganze Verfahren hat mich sehr gereizt. Dass man sofort sieht, was man fotografiert hat. Auch die Größe der Polaroids. Ich habe nicht fotografiert, um daraus ein Buch zu machen. Es sind einfach Augenblicksnotizen, um daraus dann hinterher noch etwas Neues zu machen."

Der Garten, Hrsg. vom Leonhardi-Museum Dresden und der Halle Stiftung Moritzburg);
Situation Berlin, Hrsg Ulrich Domröse, Nicolai Verlag und Berlinische Galerie

Der Verfasser ist Redakteur von politik und kultur ■

Resolution des Deutschen Kulturrates

zur Stellungnahme der Bundesregierung zur Aufgabenplanung der Deutschen Welle

Berlin, den 14.03.2011. Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, nimmt hiermit zur Stellungnahme der Bundesregierung zum Entwurf der Aufgabenplanung 2010 bis 2013 der Deutschen Welle (Bundestagsdrucksache 17/4521) vom 20.01.2011 Stellung.

Der Deutsche Kulturrat begrüßt das Bekenntnis der Bundesregierung zur Deutschen Welle und unterstreicht ihre Bedeutung als Auslandsrundfunk. Die Deutsche Welle vermittelt nicht nur ein Bild Deutschlands in der Welt, sondern überdies Werte wie Menschenrechte, Demokratie, Meinungs- und Pressefreiheit und journalistische Unabhängigkeit. Die Vermittlung von Kultur aus Deutschland sowie die Pflege des kulturellen Austauschs sind weitere zentrale Bestandteile der Arbeit der Deutschen Welle. Die UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen sollte dabei die Handlungsmaxime sein.

Als einen besonders gelungenen Beitrag zur Stärkung der kulturellen Vielfalt sieht der Deutsche Kulturrat die Deutsche Welle Akademie an. Hier werden Journalisten, Multiplikatoren, Volontäre usw. aus sogenannten Entwicklungs- und Transformationsländern aus- und weitergebildet. Dank dieses Angebots werden die Akteure vor Ort in ihrem Einsatz für Meinungs- und Pressefreiheit gestärkt und in journalistischer Unabhängigkeit geschult.

Damit die Deutsche Welle ihre Aufgaben erfüllen kann, braucht sie wie die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten eine Bestands- und Entwicklungsgarantie. Hierzu gehört auch eine angemessene Mittelausstattung. Dieses gilt insbesondere für die von der Bundesregierung geforderte strukturelle Neupositionierung der Deutschen Welle. Eine solche Neupositionierung wird nach Auffassung des Deutschen Kulturrates statt Mitteleinsparungen ein Mehr an Mitteln erfordern.

Im Folgenden nimmt der Deutsche Kulturrat zu einigen Aspekten der Stellungnahme der Bundesregierung zur Aufgabenplanung der Deutschen Welle Stellung:

Selbstverständnis der Deutschen Welle

Mit Sorge sieht der Deutsche Kulturrat, dass von der Bundesregierung das Erfordernis formuliert wird, mit den für die deutsche Außenpolitik zuständigen Ressorts der Bundesregierung wie dem Auswärtigen Amt, dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, dem Bundesministerium der Verteidigung und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zusammenzuarbeiten und das Programm und die Zielregionen nach den Interessen der deutschen Außenpolitik auszurichten. Gerade weil die Deutsche Welle für Presse- und Meinungsfreiheit sowie journalistische Unabhängigkeit steht, muss die Balance zwischen Staatsferne und Staatsnähe gewahrt bleiben.

Sprachregime

Die Besonderheit der Deutschen Welle besteht darin, dass sie aktuell in 30 Sprachen sendet. Sendungen in deutscher Sprache sind, wie von der Bundesregierung formuliert, der Markenkern der Deutschen Welle. Der Deutsche Kulturrat sieht das Erfordernis, Angebote in deutscher Sprache zu erhalten und auszubauen. Zur Vermittlung von Kultur aus Deutschland gehören zentral Angebote in deutscher Sprache.

Zielgebiete

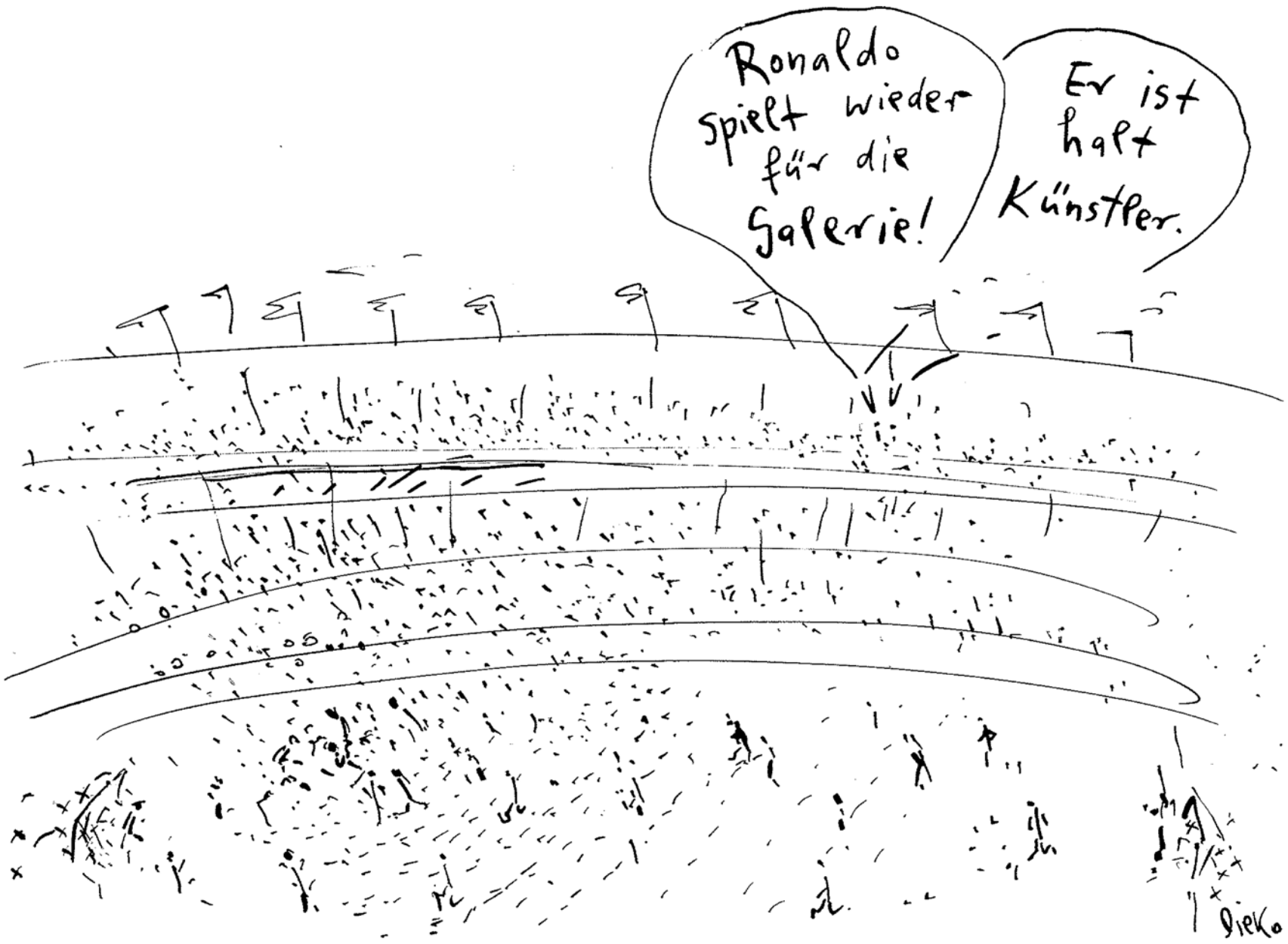
Die Bundesregierung formuliert in ihrer Stellungnahme als Zielgebiete für die Deutsche Welle Asien, Afrika, die arabischen Staaten und Iran, Lateinamerika, Russland sowie Ost-, Mittel- und Südosteuropa und die USA. Ein Engagement in Europa sieht sie aufgrund der Empfangbarkeit der öffentlich-rechtlichen Rundfunkangebote als nicht erforderlich an. Diese Auffassung teilt der Deutsche Kulturrat nicht. Der komplexe und langwierige Prozess des Zusammenwachsens Europas bedarf einer stärkeren Begleitung durch die Deutsche Welle mit zielgruppenspezifischen Angeboten.

Technische Entwicklung

Der Mix verschiedener medialer Verbreitungswege ist für einen Auslandssender wie die Deutsche Welle unabdingbar. Auch wenn das Internet weltweit an Bedeutung gewinnt, kann es sehr viel leichter durch staatliche Maßnahmen abgeschaltet werden als beispielsweise ein Kurzwellensender, der vom Ausland aus senden kann. Auch wenn die jüngsten Entwicklungen in den nordafrikanischen Staaten die Bedeutung des Internets als Verbreitungsweg unterstreichen, darf nicht außer Acht gelassen werden, dass in vielen Weltregionen das Internet noch wenig genutzt wird und vor Ort Kurz- oder Mittelwellensender einen herausragenden Stellenwert für ein unabhängiges Rundfunkangebot haben. Der Deutsche Kulturrat begrüßt daher, dass die Erreichbarkeit der unterschiedlichen Zielgruppen auch künftig die Wahl der Verbreitungswege bestimmen wird.

Kooperation mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Die Deutsche Welle kooperiert seit einigen Jahren verstärkt mit ARD, ZDF und Deutschlandradio. Diese Kooperation soll, so die Stellungnahme der Bundesregierung, gestärkt werden. Aus Sicht des Deutschen Kulturrates können Hörfunk- und Fernsehangebote des öffentlichen-rechtlichen Rundfunks, die für ein Publikum in Deutschland konzipiert sind, nicht einfach für das Ausland übernommen werden. Der Deutsche Kulturrat macht daher in diesem Zusammenhang deutlich, dass für eine solche Kooperation entsprechende Mittel bereit gestellt werden müssen, damit die erforderliche Rechteklärung und zielgruppenspezifische Aufbereitung stattfinden kann. ■



Karikatur: Dieko Müller

Kurz-Schluss

Wie ich einmal völlig zu Unrecht in die Fänge der Geheimdienste geriet

Jetzt stehe ich schon seit drei Wochen im Vernehmungs-Kokon der CIA in Berlin-Dahlem, Tiefgeschoss. Direkt unter dem sogenannten Institut für Friedensforschung der Freien Universität. Kokon ist ziemlich wörtlich zu nehmen. Die Zelle hat etwa einen Quadratmeter Fläche und ist ungefähr zwei Meter hoch. Das Licht brennt dauernd. Einzige – wenn man so will – Abwechslung bieten die täglichen Ausflüge in den Waterboarding-Room oder zum sogenannten „Lügen-Detektor“, der wirklich widerliche Stromschläge austeilt. Dabei bin ich natürlich völlig unschuldig. Und das Ganze begann auch noch mit einer von diesen blöden Fortbildungsveranstaltungen meines Brötchengebers, des Bundes-Innenministeriums (BMI).

Es ging da vor einem guten halben Jahr um Datensicherheit und Datenschutz. Als Hauptreferent war der Bundesbeauftragte zu solchen Sachzwängen, Peter Schaar, angetreten. Ein elender Langeweiler. In einer Art historischem Rückblick nannte er das Buch „1984“, des den Älteren unter uns vielleicht noch bekannten Krypto-Kommunisten George Orwell, einen längst überholten Historien-Schinken. Fanatisch warnte er dann vor der aktuellen Daten-Sammelwut von Apple, Google und Co. Diese Form von Paranoia ist grade im BMI nicht gut gelitten – aber: Erkenne Deinen Feind, durchschaue ihn, stelle ihn kalt!

Ich selbst war ja seit meiner vorläufigen Beschäftigung auf Bewährung beim BMI zum Fan des Bundestrojaners bekehrt worden und arbeitete grade an einer Einführungs-Strategie für die postgeburtliche Chip-Implantation. Ähnlich wie schon bei Hunden, Katzen, Ratten erfolgreich getestet, wird jedem frischen Erdenbürger ein kleiner programmierbarer Speicher unter die Fontanelle gepflanzt – samt GPS, Diagnostik- und Finanz-Modul. Das schafft unglaubliche steuersparende Verwaltungs-Vereinfachungen: Im Gesundheits-Sektor, im Sozial- und Fiskal-Wesen, von Sicherheits-Aspekten ganz zu schweigen. Jedwede Diskussion um den „Bildungs-Chip“ wäre dank dieses minimal-invasiven Eingriffes ebenso obsolet wie der kostspielige Ankauf von Bankdaten-CDs in der Schweiz, oder die komplette Krankenkassen- und Renten-Reform. Von den aufwändigen Flughafen-Kontrollen mal ganz abgesehen …

Neu war mir die Information, dass eben Apple, Google und Co sozusagen auf freiwilliger privatwirtschaftlicher Basis zumindest alle Bewegungsdaten samt den dazugehörenden Konsum-Gewohnheiten auf ihren Smartphones schon festhalten und sich zufunken. Hoppla, dachte ich – und Vorsicht: Alles brauchen die über mich, den nachweislich mündigen, freien und pflichtbewussten Bürger, ja auch nicht zu wissen. Deshalb deponierte ich mein i-Phone während meiner monatlichen Wochenend-Ausflüge in die Charlottenburger Entspannungs-Oase „Mai-Lingh“ sicherheitshalber im Handschuhfach meiner Lebensgefährtin Annelie unter dem Service-Heft ihres Audi Q7. Wir sind ein tolerantes, liberales, erwachsenes Paar, das sich bei aller Liebe viel Freiheit lässt. Und so fand ich es sehr anständig, dass sich Annelie an diesen, manchmal auch verlängerten Wochenenden immerfort rührend um ihre Mutter in einem Dorf bei Ansbach kümmerte. Dachte ich, bis ich eben neulich nachts zuhause einen grausigen Krach hörte. Vermummte schwarze Gestalten zerrten mich aus dem Bett, warfen mich auf den Boden, stülpten mir einen Sack über den Kopf – und transportierten mich ab. Es handelte sich, wie man mir kurz darauf mitteilte, um eine völlig legale Aktion des Bundes-Nachrichtendienstes. Bundesgesetzlich korrekte Amtshilfe für die CIA.

Theo Geißler, Herausgeber von *politik und kultur* und Moderator von *„taktlos“*. Foto: Charlotte Oswald

Im Rahmen einer Routine-Kontrolle meiner Bewegungsdaten bei Apple hatte man festgestellt, dass ich seit einem halben Jahr monatlich wenigstens ein Wochenende im geheimdienstlich bestens bekannten Al-Quaida-Trainingscamp Leutershausen (bei Ansbach) verbrächte. Und das als Geheimnisträger des Bundes-Innenministeriums. Es sei zudem nicht besonders vertrauenerweckend, dass meine Lebensgefährtin namens Annelie offensichtlich in dieser Zeit einer nicht gerade gutbürgerlichen Tätigkeit im Berliner Luxusbordell „Mai-Lingh“ nachginge. Aber das wäre als demokratisch-akzeptierte Privatangelegenheit wenigstens nicht strafbar. Sie hätte damit jedenfalls ein Alibi und wäre aus dem Schneider. (Tja, auch ich hatte nie unter das Service-Heft im Handschuhfach meines Porsche Cayenne geguckt …).

So sitze ich hier jetzt unschuldig. Mit Hinweis auf eine im Rahmen von Elektroschocks angekündigte Hafterleichterung – und/oder aus Ersparnisgründen? – hat man mir mein privates i-Phone ohne jede Anästhesie und ohne Akku tief in den Oberschenkel implantiert. Als elektronische Fußfessel, als Bewegungsmelder. Es gibt einen dünnen, unkaputtbaren Draht nach oben. Aber zu kurz zum Erhängen. Unter groben Schmerzen konnte ich immerhin das Touch-Pad knapp über dem Knochen freikratzen. Und ich hoffe jetzt, dass irgendjemand diese SMS doch noch empfängt. Bitte helfen Sie mir. Ich bin unschuldig. Dies ist ein Notruf. Holt mich hier raus. Ich habe ein oranges Nachthemd an …

Theo Geißler ■

Impressum

politik und kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrats

Deutscher Kulturrat e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Chausseestraße 103, 10115 Berlin
Tel: 030/24 72 80 14, Fax: 030/24 72 12 45
Internet: www.kulturrat.de, E-Mail: post@kulturrat.de

Herausgeber
Olaf Zimmermann und Theo Geißler

Redaktion
Olaf Zimmermann (Chefredakteur v.i.S.d.P), Gabriele Schulz (Stv. Chefredakteurin), Stefanie Ernst, Kristin Bäßler, Barbara Haack, Andreas Kolb

Redaktionsassistenz
Verena Kurz, Andrea Wenger

Anzeigenredaktion
Martina Wagner, Tel: 0941/945 93 35, Fax: 0941/945 93 50
E-Mail: wagner@nmz.de

Verlag
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg, E-Mail: conbrio@conbrio.de

Herstellung
Petra Pfaffenheuser, ConBrio Verlagsgesellschaft

Druck
Gießener Anzeiger Verlags GmbH und Co KG, Gießen

Erscheinungsweise
6 Ausgaben im Jahr

Preis/Abonnement
3,00 Euro, im Abonnement 18,00 Euro, inkl. Porto im Jahr

Aboverwaltung/Bestellmöglichkeit:
Deutscher Kulturrat e.V., Chausseestraße 103, 10115 Berlin,
Fax: 030/24 72 12 45, E-Mail: post@kulturrat.de

puk ist im Abonnement, in Bahnhofsbuchhandlungen, großen Kiosken sowie an Flughäfen erhältlich.

Alle Ausgaben von *politik und kultur* können von der Homepage des Deutschen Kulturrates (http://www.kulturrat.de) heruntergeladen werden.
Ebenso kann der kostenlose Newsletter des Deutschen Kulturrates (2-3mal die Woche) unter http://www.kulturrat.de abonniert werden.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder.

politik und kultur bemüht sich intensiv um die Nennung der Bildautoren. Nicht in allen Fällen gelingt es uns, die Bildautoren ausfindig zu machen. Wir freuen uns daher über jeden Hinweis und werden nicht aufgeführte Bildautoren in der nächsten erreichbaren Ausgabe von *politik und kultur* nennen.

Gefördert aus Mitteln des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien auf Beschluss des Deutschen Bundestages

Islam · Kultur · Politik

BEILAGE ZUR POLITIK UND KULTUR

Mai– Juni 2011 www.kulturrat.de ISSN 2191-5792 · B 58 662

Der Aufklärung verpflichtet

Die Kritik der Islamkritik / Von Patrick Bahners

Am 2. November 2010 haben die Bürger von Oklahoma einer Änderung der Verfassung ihres Staates zugestimmt. Demnach ist es den Gerichten verboten, das Völkerrecht und das Recht der Scharia anzuwenden oder auch nur zur konsultieren. Auf dem Abstimmungsformular wurde erläutert, die Quelle des Völkerrechts sei der allgemeine Konsens der zivilisierten Völker. Die Scharia, das islamische Recht, habe zwei Hauptquellen: den Koran und die Lehren Mohammeds. 70 Prozent der Abstimmenden stimmten mit Ja.

Foto: Reinhard Baumgarten

Auf den ersten Blick ist der Vorgang bloß ein kurioses Zeugnis amerikanischer Bigotterie. Der muslimische Bevölkerungsanteil in Oklahoma liegt unter 0,1 Prozent. Ein Bundesrichter stoppte die Anwendung des geänderten Verfassungstextes, da er die im ersten Zusatz zur Bundesverfassung garantierte Freiheit der Religionsausübung verletze. Die Republikaner haben im Repräsentantenhaus von Oklahoma City schon ein neues Gesetz verabschiedet, das das Scharia-Verbot bekräftigt. Der Protest gegen die angebliche Überfremdung des Rechts ist eine wirkungsvolle Parole in den Kulturkriegen der amerikanischen Rechten. Richter, die bei Abwägungen zwischen Bürgerrechten und nationaler Sicherheit die internationalen Vertragsverpflichtungen der Vereinigten Staaten berücksichtigen, werden als Verräter beschimpft. Nur in Amerika kann es vorkommen, möchte man glauben, dass eine Bürgerschaft förmlich erklärt, sie wolle von den Überzeugungen der Kulturvölker nichts hören.

In den Wochen, als die Bürger von Oklahoma aufgefordert wurden, einen „Präventivschlag" gegen die Scharia zu führen, reiste Angela Merkel durch Deutschland, um sich auf sogenannten Regionalkonferenzen der CDU um die Parteiseele zu kümmern. Mit einem Satz löste sie überall rauschenden Beifall aus: „Es gilt in Deutschland ganz eindeutig das Grundgesetz und nicht die Scharia." Damit reagierte die Parteivorsitzende auf ihre Weise auf einen Satz, den der von ihr ins Amt gebrachte Bundespräsident Christian Wulff in seiner ersten Nationalfeiertagsrede gesagt hatte. Dass Wulffs harmloser Satz, der Islam gehöre inzwischen auch zu Deutschland, einen beispiellosen Sturm öffentlicher Kritik entfesselte, hatte mit Frau Merkel zu tun. Sie hatte durch die Mitteilung, sie halte Thilo Sarrazins Programm einer eugenischen Integrationspolitik für „nicht hilfreich", den Autor von „Deutschland schafft sich ab" zum Volkshelden gemacht. Eine Vertrauenskrise des politischen Betriebs bildete den Rahmen für die Debatte, in der nun plötzlich die Frage nach der Zugehörigkeit des Islams zu Deutschland mit Ja oder Nein zu beantworten war – ohne dass geklärt wurde, wie man sich bei einer Weltreligion die Zugehörigkeit zu einem Nationalstaat vorzustellen habe.

Sehr viele Sarrazin-Fans, die sich in Leserbriefen zu Wort meldeten, legten Wert auf die Feststellung, dass es ihnen um die Redefreiheit des aus dem Amt gedrängten Bundesbankvorstands gehe, nicht um dessen Ansichten, die sie nicht teilten. Aber wer sich für die Meinungsfreiheit eines Dritten engagiert, muss voraussetzen, dass dessen Meinungen diskussionswürdig, eben irgendwie hilfreich sind. So wuchs der von Sarrazin propagierten abschätzigen Islamkritik ein Schein von Seriosität zu, weil Sarrazin eine neue Autorität gewann. Eine ähnliche Dynamik bestimmte die Diskussion über Wulffs Festredensatz. Die Beiläufigkeit irritierte, mit der Wulff die Einbürgerung der Einwandererreligion vornahm. So einfach sollte er es sich nicht machen dürfen: Eifrig wurden Gründe für die Nichtzugehörigkeit des Islams zu Deutschland zusammengetragen, weil man die Politiker sowieso im Verdacht hat, mit Formeln Probleme zu überkleben. Wie die Wähler von Oklahoma die Scharia als neue, unüberbietbar exotische Chiffre für das ferne, unamerikanische Washington ablehnten, so kommt in der Kritik am Irenismus der deutschen Religionspolitik der durch Sozialstaatsreformen und Finanzkrise übermächtig gewordene Verdacht zum Ausdruck, die Berliner Akteure hielten die Wahrheit über die Schrumpfung ihrer Handlungsspielräume geheim.

Man werde die politische Dimension der Botschaft des Propheten und die asoziale Sittlichkeit migrantischer Milieus ja wohl zum Thema machen dürfen: Die Popularität dieser Losung muss überraschen, wenn man zur Kenntnis nimmt, dass die Desiderate längst Leitthemen der Leitmedien bezeichnen. Doch Journalisten wird unterstellt, sie seien Komplizen der Verschwörung zum Schönfärben. Sarrazins Erfolg beim Publikum war ein Schock für die Politiker. Sie meinten zeigen zu müssen, dass auch sie Sentenzen der Marke Klartext im Angebot haben. Der Beitrag der Kanzlerin war die Abgrenzung der Geltungsbereiche von Grundgesetz und Scharia. Aus ihrem Mund klang der Satz wie alles lakonisch, und man mag dahinter eine List vermuten, die Absicht, die heiße Luft aus der Islamdebatte entweichen zu lassen. Durch die Feststellung des Selbstverständlichen hätte mit einem Schlag der ganze Spuk verfliegen sollen. Man schlägt sich an den Kopf: Ach ja, in Deutschland gilt das Grundgesetz, wie konnte ich das vergessen!

Aber leider hat sich Frau Merkel nicht auf den einen klaren und nüchternen Satz beschränkt, sondern hinzugefügt, „in manchen Ausprägungen" passe der Islam nicht zu „unserer" Verfassung: So seien „Zwangsverheiratungen und Ehrenmorde" nicht Teil „unserer" Grundordnung. Die Kanzlerin verbreitete also das böse Gerücht, es gebe in gewissen Richtungen des Islam das Gebot, die Tochter gegen ihren Willen zu verheiraten und bei einem Verstoß gegen den Moralbegriff der Familie umzubringen. Frau Merkel versicherte den CDU-Mitgliedern zwar, die Einführung der Scharia in Deutschland sei nicht zu befürchten. Aber indem sie Grundgesetz und Scharia als Gegensatzpaar in den Raum stellte, hatte sie eine stehende Wendung der unduldsamen Islamkritik übernommen. Ist ihr nicht bewusst gewesen, dass es sich um eine Formel handelt? Rechtsstaat und Islam seien unvereinbar, lautet das Dogma, das Ralph Giordano verkündet. Alle Diskussion erübrigt sich, weil jedermann mit der Scharia die abgehackte Diebeshand und die gesteinigte Ehebrecherin assoziiert. Die neue Abendlandideologie macht die eigene Tradition unzugänglich. Dass Allah sich als Gesetzgeber offenbart hat, soll es dem Muslim unmöglich machen, das weltliche Gesetz zu befolgen. Das kann nur glauben, wer vergessen hat, dass auch der Gott der Bibel in Rechtsbeziehungen zu seinen Geschöpfen tritt und am Ende der Zeiten Gericht halten wird. Über dem Gedanken des erzliberalen Rechtsphilosophen Ronald Dworkin, im Rechtsstaat müsse es für jedes Rechtsproblem eigentlich genau eine richtige Lösung geben, liegt der Abglanz der christlichen Kosmologie, der Aufhebung aller Widersprüche in der Weisheit des Schöpfers.

Die dogmatischen Islamkritiker bilden eine große, sogar eine globale Koalition. Newt Gingrich und Alice Schwarzer warnen beide vor der islamistischen Unterwanderung der Justiz. Aber wo sie die schleichende Scharia beschwören, handelt es sich regelmäßig darum, dass ein Gläubiger den säkularen Staat, der keine religiösen Vorschriften machen will, beim Wort nimmt und auf seinem Recht besteht, sich in seinem Leben nach den Regeln seines Glaubens zu richten. In der „Emma" steht, die Zahl solcher Rechtsstreitigkeiten nehme zu. Das stimmt nicht. Die Kritik der Islamkritik ist der Aufklärung verpflichtet. Sie widerlegt Legenden und vertreibt Gespenster, indem sie die Alltagsvernunft wieder ins Spiel bringt gegen das Unheil der ungeprüft nachgebeteten Formeln, den Fanatismus aus Schlendrian.

DER VERFASSER IST FEUILLETONCHEF DER FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG (FAZ) ■

Zum Weiterlesen: Patrick Bahners: Die Panikmacher. Die deutsche Angst vor dem Islam, Verlag C. H. Beck, München 2011.

Zu der Bildreportage

Die Revolutionen in den nordafrikanischen Staaten halten seit Februar 2011 die Welt in Atem. Ausgehend von Tunesien haben sich in vielen Ländern Demokratiebewegungen zu Wort gemeldet. Sie machen deutlich, dass die westeuropäischen Regierungen und Medien viele Jahre hinweg eine verkürzte Sicht auf die arabischen Staaten hatten. Auch aus Angst vor islamistischen Organisationen wurden jahrzehntelang Diktatoren unterstützt. Jetzt zeigt sich, dass die islamistischen Organisationen nur einen kleinen Teil des Oppositionsspektrums repräsentieren. Die Opposition in Ägypten wie auch in anderen arabischen Staaten ist vielfältig, zwar bekennt sich die Mehrzahl der Menschen dort zum Islam als ihrer Religion, daraus folgt aber nicht unbedingt eine politische Aussage. Künstler und Kulturschaffende gehören teilweise zu den Triebfedern der Demokratiebewegungen. Das im Westen verbreitete Bild von der arabischen Welt bedarf einer Korrektur.

Die in dieser Beilage gezeigten Bilder von Reinhard Baumgarten sind im Februar 2011 bei den Recherchen zu seinen Hörfunkreportagen für die ARD in Ägypten aufgenommen worden.

DIE REDAKTION ■

Fortsetzung folgt

Von Olaf Zimmermann und Olaf Hahn

Dass die Resonanz auf das Dossier „Islam · Kultur · Politik" positiv ist, haben wir gehofft, dass sie so positiv ist, dass eine Fortsetzung nahe liegt, haben wir kaum zu träumen gewagt.

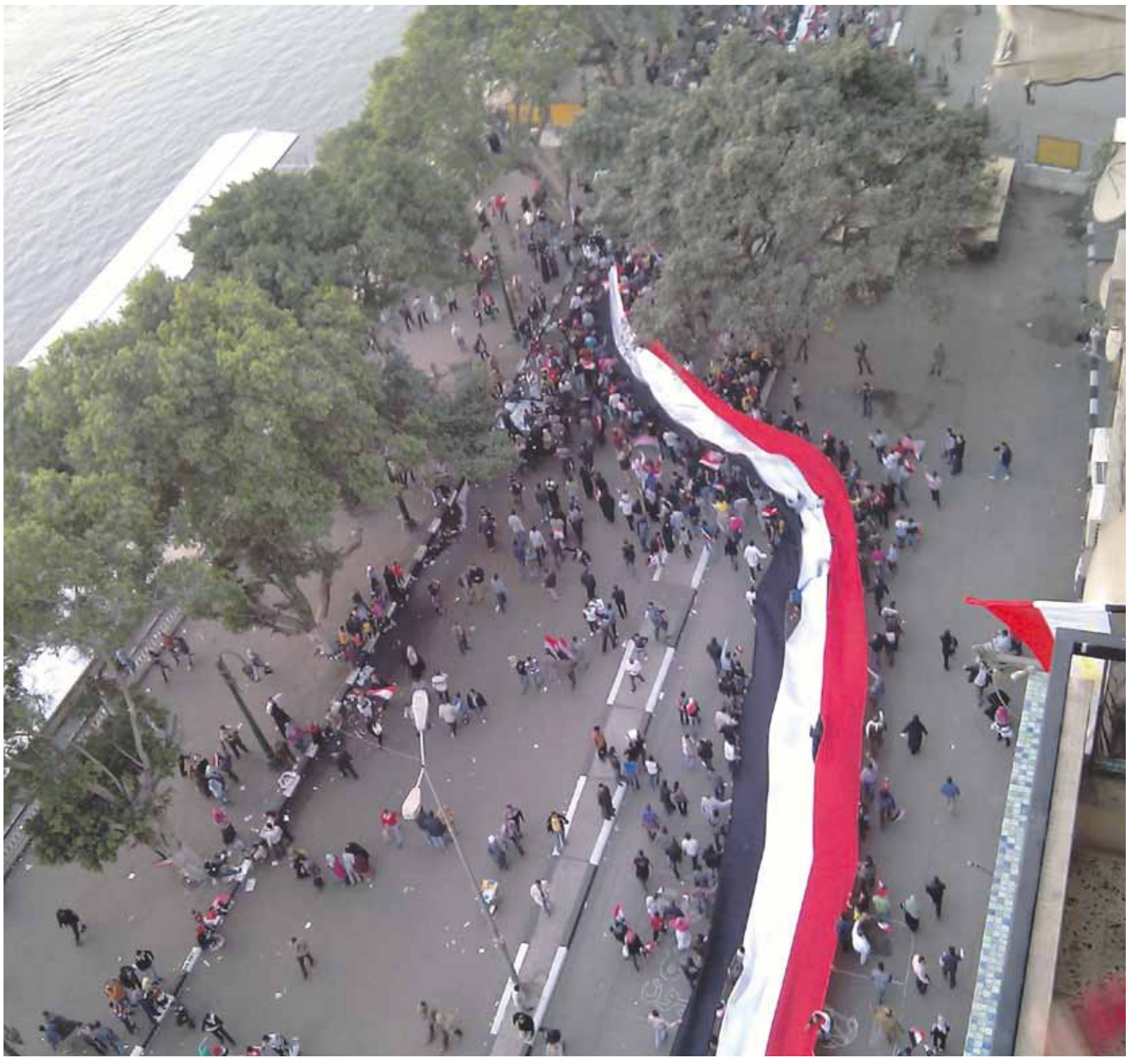


Foto: Reinhard Baumgarten

Der Ausgabe 1/2011 von *politik und kultur*, der Zeitung des Deutschen Kulturrates, war das 40seitige Dossier „Islam · Kultur · Politik" beigelegt. Es wurde damit allen Abonnenten der Zeitung zugesandt. Darüber hinaus wurde dank einer Unterstützung der Robert Bosch Stiftung ein sogenannter Überdruck realisiert, so dass eine Printauflage von 10.000 Exemplaren gedruckt werden konnte. Für eine Fachzeitung, die sich an einen spezifischen Kreis von Kulturpolitikern und Kulturinteressierten richtet und eigentlich nicht das breite Publikum anspricht, eine beachtliche Auflage und ein bisschen konnte einem schon der Atem stocken, ob bei allem Optimismus diese 10.000 Exemplare auch rasch genug auf eine Resonanz stoßen.

Der Erfolg hat uns dann fast überwältigt. Das Dossier wurde am 11. Januar 2011 in der Sehitlik-Moschee in Berlin vorgestellt. Bereits das Pressegespräch zur Vorstellung fand ein positives Echo. Und danach ging es los: Innerhalb von zwei Wochen war die Printauflage von 10.000 Exemplaren so gut wie vergriffen. Dank des Deutschen Bibliotheksverbands wurden die Großstadtbibliotheken in Deutschland über die Möglichkeit informiert, das Dossier auch an interessierte Bibliotheksnutzer weiter zu geben. Viele haben dieses Angebot angenommen und Pakete wurden nach Frankfurt, nach Bremen, nach Rüsselsheim, nach Aachen und in viele andere Städte geschickt. Katholische und evangelische Akademien bestellten das Dossier für ihre Bildungsangebote. Dank der muslimischen Verbände wurde das Dossier bundesweit in Moscheen ausgelegt. Die Konrad-Adenauer-Stiftung setzte das Dossier für die kommunalpolitische Bildungsarbeit ein. Der brandenburgische Verfassungsschutz und die Führungsakademie der Bundeswehr orderten Kontingente, um das Dossier in ihren Lehrgängen zu nutzen. Interessiert zeigten sich ebenfalls die Universitäten. Professoren islamwissenschaftlicher, juristischer, aber auch theologischer Studiengänge setzten das Dossier in Seminaren ein. Sogar evangelische Pfarrgemeinden aus Österreich bestellten das Dossier, um mit ihren Konfirmanden darin zu arbeiten.

Das Erfreuliche daran ist, dass das Dossier offenkundig nicht nur in Fachwelt und bei Multiplikatorinnen und Multiplikatoren auf reges Interesse gestoßen ist, sondern dass es breiten Zuspruch in der Bevölkerung fand.

Die ferner allein von der Webseite des Deutschen Kulturrates herunter geladenen fast 220.000 Exemplare des Dossiers sprechen ebenfalls eine deutliche Sprache. Die pdf-Datei kann darüber hinaus auch bei der Robert Bosch Stiftung aus dem Netz geladen werden.

Die Leserinnen und Leser des Online-Fachmagazin www.migazin.de wählten den Deutschen Kulturrat für die Herausgabe des Dossiers „Islam · Kultur · Politik" zum Integrator des Monats Januar 2011.

Das alles allein wäre Ansporn genug, um über eine Fortsetzung von „Islam · Kultur · Politik" nachzudenken.

Antrieb waren aber auch die vielen zustimmenden wie auch die ablehnenden Briefe und Emails von Leserinnen und Lesern. Auf der einen Seite gab es diejenigen, die sich über die vielfältigen Beiträge und die sachlichen Informationen gefreut haben. Auf der anderen Seite diejenigen, die vor dem Islam im Allgemeinen und den Muslimen im Besonderen eindringlich warnten. Diese letztgenannten Mails und Briefe wiederholten das, was den Muslimen oftmals pauschal vorgeworfen wird. Passagen des Korans werden wortwörtlich genommen und daraus ein Herrschaftsanspruch des Islams abgeleitet. Mindestens ebenso deutlich wird daraus hergeleitet, dass der Islam eine archaische und letztlich blutrünstige Religion sei.

Nicht zuletzt diese Äußerungen haben uns gezeigt, dass es wichtig ist, weiterzumachen mit dem Aufklärungsprojekt „Islam · Kultur · Politik". Es stellte sich die Frage, wie eine Fortsetzung aussehen könnte. Sollte ein Mal im Jahr ein großes, umfängliches Dossier erstellt werden, das *politik und kultur* beigelegt wird? Ein solches Dossier bietet die Chance, verschiedene Themen aus unterschiedlichen Perspektiven zu beleuchten. Es ist aber die Frage, ob ein solch durchschlagender Erfolg, wie er mit dem Dossier „Islam · Kultur · Politik" in der Ausgabe 1/2011 von *politik und kultur* gelang, so wiederholbar ist. Wird eine neue 40seitige Beilage, in der sehr viele Themen angesprochen werden, wieder auf großes Interesse stoßen? Als Alternative wurde erwogen, eine reguläre Rubrik zum Themenfeld Islam · Kultur · Politik in die Zeitung *politik und kultur* aufzunehmen. So wurde schon beim Thema Kultur und Kirche verfahren. Einzuwenden war jedoch, dass anders als das Spannungsfeld von Kultur und Kirche, das eine bereits mehrere Jahrhunderte andauernde Geschichte hat, die Beschäftigung mit dem Verhältnis von Islam, Kultur und Politik noch vergleichsweise jung ist und daher die Gefahr bestand, die Diskussion zu verkürzen. So ist die Idee dieser Beilage entstanden. Sie trägt den Titel des Dossiers „Islam · Kultur · Politik", sie hat das gleiche Layout, sie liegt der Zeitung *politik und kultur* bei, allerdings: sie ist dünner, aber sie wird bis zum Januar 2013 regelmäßig in jeder zweiten Ausgabe von *politik und kultur* erscheinen. Die Robert Bosch Stiftung war sofort bereit, als Kooperationspartner mitzuwirken, so dass diese Beilage verwirklicht werden konnte. Fortsetzung folgt also.

Die Beilagen werden – hoffentlich – auf ein ebenso so großes Interesse wie das Dossier stoßen, auch wenn sie naturgemäß anders sein werden. In dem vorliegenden Heft werden einige Fragestellungen aus dem Dossier vertieft. Es geht noch einmal um das Thema Muslime in Deutschland und inwiefern der Islam zu Deutschland gehört. Hierfür stehen der Artikel von Patrick Bahners und das Interview mit Hilal Sezgin. Angesprochen wird erneut die Frage der muslimischen Rechtskultur. Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, die ihren rechtspolitischen Neujahrsempfang in diesem Jahr unter das Thema Islam und Recht gestellt und als Gastredner Matthias Rohe geladen hatte, gibt in einem Interview Auskunft zum Verhältnis von Islam und Recht. Im Dossier wurde erörtert, inwiefern die Auslandsarbeit der Goethe-Institute in muslimisch geprägten Ländern besonderen Regeln unterliegt. In diesem Heft geben die Obleute im Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik des Deutschen Bundestags Auskunft, ob sich das Bild Deutschlands ändert, wenn Deutschland im Ausland auch durch muslimische Künstler vertreten wird. Das Thema islamische Theologie wird ebenfalls noch einmal vertieft, der Ratsvorsitzende der EKD Präses Nikolaus Schneider setzt sich mit den Anforderungen an eine islamische Theologie im Konzert der Geisteswissenschaften auseinander. Die Bildreportage von Reinhard Baumgarten beleuchtet den spannenden Umbruch in Ägypten zu Beginn dieses Jahres.

Für das nächste Heft haben wir uns vorgenommen, der Frage nachzuspüren, was der 11. September 2001 für die Kultur, das Verhältnis der Religionen und die Politik bedeutet hat. Wie dieses Ereignis künstlerisch bearbeitet wurde, was daraus für das Zusammenleben von Menschen verschiedener Religionen folgt und wie sich die Politik verändert hat. Dieses Heft wird am 01.09.2011 erscheinen und wird 16 Seiten umfassen.

Insgesamt ist bei diesem Kooperationsvorhaben von Deutschem Kulturrat und Robert Bosch Stiftung unser Ziel, die Debatte um die Rolle des Islam in Deutschland weiter zu vertiefen. Es geht dabei zum einen um eine Auseinandersetzung um die Wirkungen der Religion Islam auf die Kultur und Lebensweise der hier lebenden Menschen, zum anderen soll der politische Umgang mit dem Islam bzw. mit Muslimen beleuchtet werden. Diese Debatte ist eingebettet in einen Diskurs zum Stellenwert von Religion in der Gesellschaft und speziell der Bedeutung von Religion für die Kultur. Nicht zuletzt die Anschläge vom 11. September 2001 haben die Diskussionen um die Bedeutung von Religion in einer vielfach säkularisierten Welt neu entfacht. Diese Thematisierung ergreift alle gesellschaftlichen Bereiche so auch die Kultur.

Die Beilagen „Islam · Kultur · Politik" zielen nicht zuletzt darauf ab, die Debatte um den Islam und um Muslime in Deutschland zu versachlichen und gerade mit Blick auf den demografischen Wandel für ein friedliches Zusammenleben der Menschen verschiedener Religionen und verschiedener Kulturen zu werben. Der Deutsche Kulturrat und die Robert Bosch Stiftung verstehen dieses auch als einen Beitrag zur Umsetzung der UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung kultureller Ausdrucksformen

Wir setzen uns mit der regelmäßig erscheinenden Beilage zur Zeitung *politik und kultur* für eine nachhaltige Befassung mit der Fragestellung nach der Rolle des Islams in Deutschland ein. Dieses Thema bedarf einer kontinuierlichen Bearbeitung, soll tatsächlich Verständnis für die unterschiedlichen religiösen Prägungen erreicht werden und vor allem soll verstanden werden, welche kulturellen Wurzeln vier Mio. Menschen in Deutschland haben, von denen in den kommenden Jahren, so steht zu hoffen, immer mehr zu den Meinungsmachern in Deutschland gehören werden. Eine multireligiöse Gesellschaft wie unsere kann es sich nicht erlauben, nach wie vor Vorurteile von der Rückständigkeit des Islams und der Muslime zu pflegen. Eine solche Haltung führt letztlich zu einer „Muslimisierung der Muslime" wie Katajun Amirpour in dem Buch „Manifest der Vielen" geschrieben hat. Uns geht es darum, einer solchen Muslimisierung der Muslime entgegen zu wirken und zur Differenzierung beizutragen.

Wir hoffen auf ein weiteres Interesse an unseren Schwerpunkten „Islam · Kultur · Politik", auf rege Diskussionen, auf Lob und Kritik, so dass wir sagen können, es lohnt sich, dass die Fortsetzung folgt.

OLAF ZIMMERMANN IST GESCHÄFTSFÜHRER DES DEUTSCHEN KULTURRATES. OLAF HAHN IST BEREICHSLEITER BILDUNG UND GESELLSCHAFT BEI DER ROBERT BOSCH STIFTUNG ■

Das Dossier Islam · Kultur · Politik (1/2011) kann unter www.kulturrat.de/dossier/islam-dossier.pdf abgerufen werden.

Deutschland muss sich neu erfinden

Kristin Bäßler im Gespräch mit Hilal Sezgin

Deutschland muss sich neu erfinden: Als Gegenreaktion auf das im letzten Sommer erschienene Buch von Thilo Sarrazin „Deutschland schafft sich ab" haben sich zahlreiche Schriftsteller, Sozialwissenschaftler, Regisseure und Journalisten zu Wort gemeldet. Die Journalistin und Buchautorin Hilal Sezgin hat diese Texte nun in dem Buch „Deutschland erfindet sich neu: Manifest der Vielen" zusammengetragen. Darin versammelt sie Essays, kurze Prosatexte und Gedichte u. a. von Hatice Akyün, Neco Celik, Kübra Gümüsay, Lamya Kaddor, Aiman Mazyek, Yasemin Karakasoglu, Riem Spielhaus und Feridun Zaimoglu. In ihren Texten setzen sich die Autorinnen und Autoren mit dem Zusammenleben in einem pluralen Deutschland, kulturellen Stereotypen und Vorurteilen gegenüber Muslimen auseinander. Sie machen deutlich: „Sarrazin kommt und geht. Wir bleiben hier".

Islam · Kultur · Politik: Frau Sezgin, Sie schreiben, dass das Buch *„Manifest der Vielen"*, das Sie im Februar herausgegeben haben „Gegengift und Pflichtlektüre" sein soll. Was meinen Sie damit?
Hilal Sezgin: Hinter uns liegt ein halbes Jahr, in dem Thilo Sarrazin seine „Thesen" auf allen Kanälen verbreiten konnte. Als Gegenreaktion auf diesen sich ausbreitenden Diskurs haben wir gefunden, dass man der Sarrazinschen Krankheit aus einer ganz anderen Perspektive etwas entgegensetzen muss. Wir wollten aber nicht aufzählen, wie viele Gemüsehändler es in Deutschland gibt oder wie viele Türken schon deutsch können. Mit solchen Gegenargumenten kann man gegen einen Rassisten nicht ankommen. Wir haben daher versucht, eine andere Perspektive auf dieses Thema zu geben und zu zeigen, dass es viele Menschen in diesem Land gibt, die zu der Integrationsdebatte Interessantes und Konstruktives zu sagen haben. Wir haben versucht, die Debatte schräg anzuschneiden und damit eine Art „Gegengift" zu liefern. „Pflichtlektüre" ist natürlich ein bisschen anmaßend, aber wir hoffen natürlich, dass sich viele Menschen für dieses Buch interessieren werden. Danach sieht es im Moment auch aus.
Islam · Kultur · Politik: Wie kam es zu dem Buch und nach welchen Kriterien haben Sie die Autoren ausgewählt?
Sezgin: Hintergrund des Buches war, dass ich einen Artikel zu der Sarrazin-Debatte geschrieben hatte. Danach kam der Verleger des Blumenbar Verlages auf mich zu und fragte, ob ich nicht zu diesem Thema ein ganzes Buch schreiben wollte. Das ging in zehn Tagen nicht. Ich hatte aber im Vorfeld bereits den Brief an Bundespräsident Wulff („Offener Brief deutscher Musliminnen und Muslime an Bundespräsident Christian Wulff", A. d. R.) geschrieben und hatte von daher Kontakt zu verschiedenen Schriftstellern und Künstlern. Ich dachte mir, dass es eine schöne Idee wäre, wenn eine Reihe von diesen Mitunterzeichnern in dem Buch zu Wort käme. Nicht als Kollektiv, das sind wir in diesem Sinne nicht, da wir alle sehr unterschiedlich sind. Es war uns aber wichtig, dem Diskurs von Sarrazin eine Vielfalt von Stimmen entgegenzusetzen. Ich hatte dabei nicht bestimmte Themen vor Augen, sondern habe nach den Autoren entschieden. Es war mir wichtig, dass viele Stimmen aus unterschiedlichen Bereichen zusammengetragen werden. So sind Texte von Verbandsvertretern, Sozialwissenschaftlerinnen, Pädagoginnen und Schriftstellern etc. versammelt, die man sonst so nicht zusammen lesen würde.
Islam · Kultur · Politik: In vielen Ihrer Artikel und Essays thematisieren Sie, dass Zuwanderer in Deutschland stärker an gesellschaftlichen Diskussionen und politischen Entwicklungen teilhaben müssen. Kann das Buch „Manifest der Vielen" auch als Manifest für mehr Partizipation verstanden werden?
Sezgin: Ja. Im Grunde genommen ist das Buch eine Manifestation für mehr Partizipation. Zudem ist es aber auch ein Beispiel für Partizipation, indem verschiedene Stimmen Analysen, Kritik und Hoffnungen zum Ausdruck bringen: mal polemisch, mal nachdenklich, mal konstruktiv.
Islam · Kultur · Politik: Sie sind muslimisch erzogen worden. In einem Interview haben Sie einmal gesagt, dass Sie seit dem 11. September 2001 ein gutes Stück gläubiger geworden sind. Warum?
Sezgin: Das ist natürlich erst einmal eine paradoxe Reaktion. Im Jahr 2001 war ich Redakteurin bei der Frankfurter Rundschau und habe dort viele Texte betreut und selber zum Thema Islam, Islamismus, Terrorismus und Multikulturalismus geschrieben. Diese Themen haben sich nach dem 11. September noch einmal ganz neu und dringend gestellt. Direkt nach dem 11. September 2001 war ich geschockt und habe mich, wie viele andere auch, gefragt, ob wir bis dahin den Islam womöglich falsch verstanden hätten. Heute wissen wir, dass diese Form des Islam nichts mit dem Islam zu tun hat, wie die Mehrzahl der Muslime ihn lebt. Wenn man sich verstärkt mit dem Islam im politischen Kontext befasst, dann kommt man seinem eigenen Glauben automatisch näher. Es ist ulkig, wie manchmal Umstände von außen persönliche Einflüsse lenken können.
Islam · Kultur · Politik: Lamya Kaddor schreibt in ihrem Essay „Ein kalkulierter Affront" von einer sich verbreitenden „islamischen Depression". Beobachten Sie so etwas auch?
Sezgin: Ja, das kann man so nennen. Die Muslime in Deutschland, die die Debatten in Deutschland verfolgen, sind in der Tat sehr frustriert. Wenn man sich einmal die Artikel und Fernsehsendungen anschaut, die jeden Tag das Fremdartige, das Andersartige des Islams herausstellen und fragen, ob der Islam zu Deutschland überhaupt passt, dann hat das etwas sehr Ausgrenzendes und Beängstigendes in Hinblick auf die gesamtdeutsche Perspektive. So etwas kann und darf sich eine Gesellschaft nicht leisten.
Islam · Kultur · Politik: Der Islamwissenschaftler Aziz al-Azmeh sprach vor einigen Jahren von der „Islamisierung des Islams". Katajun Amirpur schreibt in ihrem Text im Buch „Manifest der Vielen" von der „Muslimisierung der Muslime". Damit wird die Tendenz beschrieben, dass sich der Westen einen bestimmten Islam konstruiere, bzw. die in Europa lebenden Muslimen zu einer homogenen Gruppe mache, die sie – wie alle anderen Glaubensgemeinschaften eben auch – nicht sind. Wie kann dieser Stereotypisierung entgegengesteuert werden?
Sezgin: Oft werden alle Muslime in eine Kategorie gepackt. Diese Kategorie ist sehr verallgemeinernd, zumal wenn darüber hinaus auch noch von den „muslimischen Migranten" gesprochen wird. Die Hälfte der in Deutschland lebenden Muslime hat die deutsche Staatsbürgerschaft, und auch die anderen leben schon ewig hier, sind also eigentlich keine Migranten! Muslime in Deutschland sind sehr unterschiedlich: welche die streng gläubig sind, welche, die es gar nicht sind und welche, die beispielsweise überhaupt keine Migrationserfahrungen gesammelt haben. Ich selber zum Beispiel bin in Frankfurt am Main geboren, ich bin keine Migrantin. Viele der Autoren der Texte sind zwar Muslime, wir haben das aber nicht auf den Buchdeckel geschrieben, weil wir diese Selbstzuschreibung bzw. die Engführung von Ethnie und Religion gar nicht erst wiederholen wollten. Mit der von Amirpur angesprochenen „Muslimisierung der Muslime" werden im politischen Diskurs soziale Phänomene religiös gedeutet. Unterschiedliche Bevölkerungsgruppen werden in einen Topf geworfen, auf den dann Muslim geschrieben wird. Mit dieser Verallgemeinerung entlastet sich die Politik im Grunde genommen selber, so nach dem Motto: Wenn das mit dem Schulabschlüssen der Kinder mit Zuwanderungsgeschichte nicht klappt, dann hat das eben etwas damit zu tun, dass sie Muslime sind. Dann ist das nicht die Schuld der Politik, sondern liegt an der Kultur der Muslime. Anstatt wesentlich mehr Geld in Bildungsangebote zu geben, um so etwas wie Chancengleichheit herzustellen, werden Stereotype weiter unreflektiert wiederholt. Auf diese Weise können Probleme nicht gelöst werden, weil man sie von vornherein mit der falschen Brille betrachtet.
Islam · Kultur · Politik: Wer könnte in die Pflicht genommen werden, den Islam in all seinen Facetten zu vermitteln?
Sezgin: Ich glaube, dass man den Islam gar nicht mehr andauernd vermitteln muss. Es gibt bereits zig Angebote und gute Bücher. Wir reden derzeit eigentlich schon viel zu viel über Religion. Vielmehr geht es darum zu fragen, wer dafür verantwortlich ist, dass der Islam immer so negativ dargestellt wird. Ganz viel von der Stereotypisierung wird wirklich von den Medien gemacht, und die funktionieren nach dem Prinzip der Aufmerksamkeitsökonomie. Viele Journalisten wollen oder müssen spektakuläre und kontroverse Themen in den Medien setzen. Damit lässt sich eben Quote machen. Zu den spektakulären Aufhängern kommt dann auch viel Unwissenheit. Die dezenten Thesen haben da oftmals keinen Platz. Hier müsste man viel mehr journalistische Verantwortung walten lassen.
Islam · Kultur · Politik: Was könnte beispielsweise die Deutsche Islamskonferenz dazu beitragen, die gerade in Berlin stattfand und wieder einmal scharf kritisiert wurde?
Sezgin: In die Deutsche Islamkonferenz setze ich schon lange keine Hoffnungen mehr. In die, die im März stattgefunden hat, erst recht gar nicht. Ich bin der Meinung, dass die Deutsche Islamkonferenz zu diesem Thema eigentlich gar nichts beizutragen hat. Der falsche Politiker setzt die falsche Agenda.
Islam · Kultur · Politik: In dem Buch „Manifest der Vielen" schreiben Sie in Anlehnung an den polemischen Sarrazin Titel, dass sich Deutschland, um sich nicht abzuschaffen, neu erfinden müsse. Wie kann diese Neuerfindung Ihrer Meinung nach aussehen? Was muss sich in Deutschland verändern?
Sezgin: Grundsätzlich muss anerkannt werden, dass Deutschland eine plurale Gesellschaft ist. Plural bezieht sich aber nicht nur auf ethnische, religiöse oder kulturelle Vielfalt. Kulturelle Unterschiede gibt es auch innerhalb der autochthonen Deutschen. Zudem wird ja auch immer wieder betont, dass wir eine plurale Gesellschaft wollen und wir uns auf das Selbstverständnis einer freiheitlich pluralistischen Gesellschaft beziehen. Was wir brauchen ist eine positive Vision dieser pluralen Gesellschaftsform. Wir dürfen nicht mehr diese „blutsmäßige" Idee von Deutschsein haben, sondern brauchen eine Idee, die viel offener gefasst ist: eben eine positive Vision, die Vielfalt als Normalzustand versteht.
Islam · Kultur · Politik: Künstler werden bei gesellschaftlichen Fragen oft als Impulsgeber und Visionäre betrachtet. Welche Rolle könnten bei dem Projekt „Neuerfindung Deutschlands" die Künste spielen, also das Theater, die Literatur, die Bildende Kunst, der Film etc.?
Sezgin: Die Kunst hat in diesem Zusammenhang viele Möglichkeiten. Aber die verschiedenen Künste reagieren natürlich auch sehr unterschiedlich und haben unterschiedliche Mechanismen, um mit dem Thema Vielfalt umzugehen. Künstlerische Klischees, beispielsweise im Film, können, wenn sie humorvoll aufgebrochen werden, etwas Positives bewirken. In einer Untersuchung wurde beispielsweise festgestellt, dass die Fernsehserie „Türkisch für Anfänger", eben weil sie mit Klischees auf allen Seiten spielt, Vorurteile der Probanden gesenkt hat.
Islam · Kultur · Politik: Die Kunst könnte also eine wie von Ihnen genannte „positive Vision" vermitteln?
Sezgin: Auf theoretischer Ebene vielleicht weniger, dafür sind andere Bereich zuständig. Aber letztlich muss eben auch ein plurales Selbstverständnis in der Gesellschaft verankert werden, und dabei können die Künste helfen. Momentan sind wir viel zu festgefahren in diesem Diskurs der Fremdheit und des Andersseins. Ein Beispiel: Viele sehen bei einer Frau mit Kopftuch zunächst nur das Kopftuch, anstatt den Menschen zu sehen, der unter diesem Kopftuch steckt. Hier können beispielsweise Erzählungen, Geschichten, Bilder oder Filme dazu beitragen, dass man einfach wieder das Individuum hinter der Gruppenbezeichnung sieht. So etwas zum Beispiel könnte ein Auftrag der Künste sein: Geschichten zu erzählen. Das wäre vielleicht sogar wichtiger, als das Theoretisieren von Vielfalt und Pluralität. Der politische Diskurs kann Normen setzen, aber das Erzählen von Geschichten ist mindestens eben so wichtig, denn bei der Erzählung von Geschichten kann der Menschen als das Unikum in Erscheinung treten, das jeder von uns nun einmal ist.
Islam · Kultur · Politik: Frau Sezgin, vielen Dank für das Gespräch.

HILAL SEZGIN IST SCHRIFTSTELLERIN UND FREIE JOURNALISTIN. KRISTIN BÄSSLER IST WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITERIN DES DEUTSCHEN KULTURRATES ■

Hilal Sezgin (Hg.): Deutschland erfindet sich neu: Manifest der Vielen. Blumenbar Verlag, Berlin 2011.

Foto: Reinhard Baumgarten

Künstler als Schrittmacher moderner Gesellschaften

Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik / Von Monika Grütters

Der niederländische Schriftsteller Cees Nooteboom stellte einmal die Frage, ob nicht die Lektüre der Bibel auch für diejenigen obligatorisch sein sollte, die nie mehr eine Kirche von innen sehen werden. Müssen wir akzeptieren, dass es bei uns ein immer kleiner werdender Kreis ist, der überhaupt noch eine Ahnung davon hat, was in der Bibel geschrieben steht und was somit auch den Kern unserer abendländischen Tradition und Kultur ausmacht?

Die notwendige Einheit einer Gesellschaft und einer Nation setzt eine Selbstvergewisserung durch die eigene Kultur und Identität voraus. Nur wer seine eigene Kultur kennt und schätzt, kann mit Menschen anderer kultureller Prägungen in einen fruchtbaren Dialog treten. Deutschland hat in den vergangenen Jahrhunderten nicht zuletzt durch Zuwanderung und Integration seine Prägung als europäische Kulturnation erfahren. Unsere Kultur ist in ihrer stilistischen Vielfalt und der Fülle ihrer Ausdrucksformen auch das Resultat zahlreicher Einflüsse anderer Kulturen.
Doch wie sind die Beziehungen zwischen den christlichen Wurzeln unserer Kultur und den Veränderungen in unserer gegenwärtigen Lebenswelt? Immer wieder wollen und müssen wir die kulturbildenden Potenziale in der Überlieferung des Christentums auf ihre Leistungsfähigkeit und Inspirationskraft heute befragen. Wenn eine Kultur sich zunehmend von ihren Wurzeln entfernt, erweitert, aber verändert sie sich auch. Kulturell pluralistische Gesellschaften sind nicht frei von Konflikten. Aber haben nicht gerade Kunst und Kultur das Potential, unterschiedliche Kulturen, Künste, Sprachen, Gebräuche und Wertevorstellungen zusammenzubringen und vielleicht gar zu einer Sprache werden zu lassen?
Kunst und Kultur sind immer auch Ausdruck von Humanität. Mehr als andere Politikfelder sucht die Kulturpolitik daher nach Antworten auf die Fragen nach den Kräften und Werten, die unsere Gesellschaft zusammenhalten – ähnlich, wie es die Religionen und ihre Gläubigen tun. Religion, Kirche und Kultur sind keineswegs deckungsgleich, sondern stehen oft in einem spannungsvollen Verhältnis zueinander. Gemeinsam ist ihnen, dass sie neue Perspektiven eröffnen, den Blick über Vordergründiges hinaus lenken, das Leben deuten wollen. Gerade die Kunst in allen ihren Sparten, die Künstler selbst sind es, die auch immer Grenzen ausloten.
Auch in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) geht es uns um die Vermittlung von Werten – um Freiheit, Demokratie und Menschenrechte. Mit einem weitverzweigten Netzwerk an Mittlerorganisationen sind wir weltweit aktiv. Ein Ziel unserer Bemühungen ist es, Begegnungen und Austauschprozesse zwischen den kulturellen Milieus im In- und Ausland zu intensivieren. Je mehr Künstler die Möglichkeit erhalten, für einen längeren Zeitraum Gast in einem anderen Land zu sein, desto stärker werden ihre Eindrücke der fremden Kultur, desto mehr Zeit gibt es für den intensiven Austausch und desto stärker wird andererseits der Eindruck, den sie hinterlassen und wieder mit „nach Hause" bringen.
Diese kulturelle Programmarbeit übernehmen in erster Linie unsere Mittlerorganisationen: das Goethe-Institut mit seinem dichten Netz von Kulturinstituten, das Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) und der DAAD mit seinem weltweiten Lektorennetz und in Deutschland dem Berliner Künstlerprogramm (BKP). Sie alle fördern die Vernetzung von Künstlern untereinander; sie vermitteln ein Bild von der hohen Qualität und großen Vielfalt des künstlerischen Schaffens in Deutschland und tragen zu einem modernen Deutschlandbild bei, denn sie alle leben von der Wirkung der universalen Sprache der Musik, des Tanzes, der Bildenden Künste und Kultur.
Dabei ist das bedeutendste Merkmal deutscher Kulturpolitik die im Grundgesetz verbriefte Freiheit der Kunst. Sie ist der Grund für die auskömmliche Finanzierung der Kultur durch den Staat. So sollen nicht nur das kulturelle Erbe geschützt, sondern vor allem auch eine künstlerische Avantgarde möglich gemacht werden. Das hier nötige Experimentieren schließt immer das Risiko des Scheiterns mit ein – aber nur so wird Fortschritt möglich. Dieser geht der gesellschaftlichen Wirklichkeit, auch der Wirtschaft, voraus. Und die großen Freiheiten, die Kultur und Wissenschaft in Deutschland genießen, schließen in jedem Fall religiöse Aspekte und Freiheiten mit ein. Viele heutige Konflikte sind kulturell grundiert, deshalb bekommen diese Fragen eine immer größere Bedeutung. Und wer

Foto: Reinhard Baumgarten

könnte sensibler, empathischer, phantasievoller, also besser damit umgehen als Künstler und Intellektuelle? Auch deshalb spielen artist-in-residence-Programme eine bedeutende Rolle in einer nachhaltigen (auswärtigen) Kulturpolitik.
Oper ist in Vietnam geradezu unbekannt; trotzdem ermöglichte das Goethe-Institut zum Abschluss des Deutschlandjahrs in Vietnam ein außergewöhnliches, interdisziplinäres Musiktheaterprojekt, das am 14. Januar 2011 in Hanoi Premiere feierte: mehr als 100 Künstler, Sänger, Tänzer und Musiker aus Europa und Vietnam haben Wochen lang gemeinsam geprobt, um den Parzival-Stoff nach einem Libretto von Tankred Dorst in Hanoi neu auf die Bühne zu bringen – und es wurde ein interkulturelles Fest mit großer Integrationskraft.
Um unsere engen und vielschichtigen Beziehungen zur Türkei zu stärken, planen wir, nach dem Vorbild der Villa Massimo in Rom und ähnlicher Stipendienprogramme der Goethe-Institute auch in dem Istanbuler Stadtteil Tarabya auf dem Gelände der historischen Botschaftsresidenz eine Künstlerakademie: Künstlerinnen und Künstler sollen auch hier die Möglichkeit erhalten, für einen längeren Zeitraum an einem ihnen fremden Ort zu leben, zu arbeiten und sich auszutauschen. Wir brauchen diese nachhaltigen Verbindungen, diese Netzwerke in den meinungsbildenden Milieus beider Gesellschaften, diese Vernetzung deutscher und internationaler Künstler zur Stärkung des interkulturellen Dialogs – denn Kunst und Kultur sind die entscheidenden Schrittmacher moderner Gesellschaften.

DIE VERFASSERIN IST OBFRAU DER CDU/CSU-BUNDESTAGSFRAKTION IM UNTERAUSSCHUSS AUSWÄRTIGE KULTUR- UND BILDUNGSPOLITIK DES DEUTSCHEN BUNDESTAGS UND VORSITZENDE DES AUSSCHUSSES FÜR KULTUR UND MEDIEN DES DEUTSCHEN BUNDESTAGSES ■

Schlüsselrolle der Kultur

Deutsche Kultur- und Bildungsvermittlung in den arabischen Ländern in Zeiten des demokratischen Aufbruchs / Von Harald Leibrecht

Die revolutionären Prozesse in den Maghreb-Staaten und in der arabischen Welt, gleich wie sie weitergehen und ausgehen werden, haben bereits zu einer grundlegenden „Wende“ geführt, die am besten so zu verstehen ist, dass wir es in dieser islamischen Region mit dem Phänomen einer neuen gelebten Mündigkeit zu tun haben. Gegen soziale Ungerechtigkeiten, politische Unterdrückung und für ihre Freiheit sind mutige Bürgerinnen und Bürgern auf die Straße gegangen, so dass diese Wende eine wahrhaftige Chance für Demokratie und Menschenrechte bietet, wie sie bis vor kurzem noch kaum vorstellbar erschien. Demnach ist Mündigkeit zunächst Dreh- und Angelpunkt innerhalb eines alten terminologischen und programmatischen Kanons aus der Zeit der Aufklärung, wobei zwischen Wissen, individueller Freiheit und gesellschaftlichem wie wirtschaftlichem Fortschritt eine unauflösbare Verbindung besteht. Eine Verbindung, die nun über die „westliche“ Weltgemeinschaft hinaus auch in den arabischen Ländern Einzug erhalten hat und dort wirkt. Welche Rolle kann hierbei der Kultur- und Bildungsvermittlung beigemessen werden und worauf sollte unser besonderes Augenmerk gerichtet sein?

Foto: Reinhard Baumgarten

Kultur- und Bildungsarbeit gestaltet sich im Zuge der aktuellen Entwicklungen in der arabischen Welt durchaus schwierig. Und dennoch ist diese gerade jetzt unverzichtbar. Denn seit vielen Jahren richtet sich die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik in Deutschland so aus, dass ihre Kultur- und Bildungsprojekte immer direkt bei den Menschen in den Partnerländern ankommen und ihnen auch immer direkt zum Nutzen gereichen. Bis zum demokratischen Aufbruch haben hier als ganz entscheidende Akteure das Goethe-Institut, die deutschen Auslandsschulen, die Alexander von Humboldt-Stiftung, das Institut für Auslandsbeziehungen, der Deutsche Akademische Auslandsdienst und viele weitere deutsche Institutionen und Wissenschaftskooperationen einen ganz wesentlichen Beitrag dazu leisten können, dass sich für die konventionelle Diplomatie scheinbar fest versiegelte Türen zwischen Staaten und Kulturen immer wieder einen großen Spalt geöffnet haben. Daher muss sich der kulturelle Austausch im Rahmen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik auch nach den aktuellen Wandlungsprozessen immer so vollziehen, dass er auf gleicher Augenhöhe statt findet. Das schließt mit ein, dass die Kultur des Partnerlandes in vollem Umfang respektiert wird und der Austauscharbeit ständig eine Grundlage ist.

Besonders verweisen uns die derzeitigen Veränderungen in der arabischen Welt auf das Gebot einer neuen Konsequenz in der Wertebindung. Denn Freiheit, Demokratie und Menschenrechte werden in diesen Ländern als gesellschaftliche Zielvorstellungen nicht nur eingefordert, sondern bilden zugleich auch die Grundvoraussetzung für den weiteren Schaffungsprozess rechtstaatlicher Institutionen. Diese universellen Werte sind unentbehrlich, wenn das Potential der Menschen gefragt ist, ihre Zukunft aktiv auszugestalten und auch nach eigenem Empfinden endlich wieder Teil der Weltgemeinschaft zu sein und dauerhaft Teilhabe an der neu erkämpften Freiheit zu erfahren.

Ein Blick auf die heranwachsende oder bereits herangewachsene Generation in den arabischen Ländern gibt darüber Auskunft, dass der Anteil der unter 25-Jährigen hier jeweils schon fast die Hälfte beträgt – mit beispielsweise 52 Prozent in Ägypten, 47 Prozent in Libyen, 42 Prozent in Tunesien und sogar 65 Prozent im Jemen (Quelle: The Economist, 19. bis 25. Februar 2011). Damit verbindet sich zugleich eine neue Notwendigkeit, besonders auch im Kultur- und Bildungsbereich diese jungen Menschen zu erreichen und ihrem Verlangen nach Wissen und Fortschritt gerecht zu werden. Um aus den revolutionären Umbrüchen zu dauerhaften Strukturen zu gelangen, wird auch zukünftig eine permanente Austausch- und Kontaktmöglichkeit mit der deutschen Wissenschaftswelt sehr zuträglich sein. Hierzu bedarf es eines weiteren Auf- und Ausbaus von Netzwerken wie sie beispielsweise bereits vom Deutschen Akademischen Austauschdienst oder der Alexander von Humboldt-Stiftung für Schüler, Studierende und Wissenschaftler beider Kulturkreise unterhalten werden.

Es ist daher erfreulich, dass Deutschland auch in diesem Bereich den friedlichen und reformorientierten Kräften in der Freiheits- und Demokratiebewegungen zur Seite steht. In besonderer Weise wurden durch den sogenannten Bildungsfonds des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung – als Teil eines langfristigen Partnerschaftsprogramms – schon kurze Zeit nach dem Beginn der Transformationsprozesse in Nordafrika konkrete Maßnahmen zur Qualifizierung junger Menschen ergriffen. Dabei geht es schwerpunktmäßig um arbeitsmarktorientierte Aus- und Weiterbildungsangebote sowie um Programme für Existenzgründungen, von denen einige besonders auf die jüngeren Generationen zugeschnitten sind.

Um demokratische Wertvorstellungen weiterhin in nachhaltige Strukturen für Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung zu überführen und den Geist der Mündigkeit und Freiheit darin fest zu verankern, kommt der Kultur und Bildung in jedem Falle eine strategische Schlüsselrolle zu, weshalb es diesen Bereich weiter zu fördern und zu bekräftigen gilt. Als Kapital für die Zukunft dieser Region wird dieser Bereich unverzichtbar sein.

DER VERFASSER IST SPRECHER FÜR AUSWÄRTIGE KULTUR- UND BILDUNGSPOLITIK DER FDP-BUNDESTAGSFRAKTION SOWIE SPRECHER FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG ■

Guten Morgen, Abendland!

Islam, Kultur und Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik / Von Ulla Schmidt

Der Islam ist Teil der europäischen Geschichte und der europäischen Gegenwart. Die Tradierung und Weiterentwicklung der Philosophie und Wissenschaft der Antike durch die Wissenskultur der Araber, Perser und Juden haben wesentlich zum wissenschaftlichen und kulturellen Aufstieg des Abendlandes beigetragen. Muslime, Juden und Christen verbindet eine gemeinsame Geschichte, eine Geschichte der Konflikte, aber auch eine Geschichte der Ideen.

Die islamisch geprägte Kultur als Teil der europäischen und deutschen Identität ist längst Realität. Sie ist auch in der Kunst- und Kulturszene zunehmend erfahrbar. Das Beschwören einer christlich-jüdischen Leitkultur widerspricht der Tatsache, dass in Deutschland mehr als 4 Millionen Muslime leben und die Gesellschaft zunehmend mitgestalten. Unser Vertrauen in die Überzeugungskraft zivilisatorischer Werte wie Demokratie, Bürgerrechte und Meinungs- und Pressefreiheit sollte gerade mit Blick auf die Revolution in den arabischen Ländern soweit gestärkt sein, dass sich das Festhalten an der deutschen Leitkultur überholt. Der arabische Frühling macht deutlich: Demokratie und universelle Menschenrechte sind nicht allein die Werte westlicher Gesellschaften.

Der demokratische Aufbruch in der arabischen Welt ist eigenständig entstanden. Er ist ein Ergebnis vielfältiger kultureller Begegnungen. Der Schriftsteller Chalid al-Chamissi aus Kairo, schrieb für die FAZ (13. März 2011): „Die Kultur war einer der Hauptflüsse, aus denen sich die Revolution bisher gespeist hat.“ Globaler kultureller und medialer Austausch, Mobilität, Tourismus, Wirtschaftsbeziehungen, Fernsehen und Internet, aber auch gezielte Aktivitäten im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik prägen die politische und gesellschaftliche Landschaft. Internetnutzer, Bildungs- und Kulturakteure sind die Protagonisten der Revolution und tragen die Transformation. Die deutschen Mittlerorganisationen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik wie das Goethe-Institut, der Deutsche Akademische Austauschdienst oder das Deutsche Archäologische Institut tragen mit ihren Aktivitäten in islamischen Ländern wie auch in Deutschland in erheblichem Maß zum interkulturellen Dialog bei. Hiwaruna, der deutsch-arabische Kulturdialog, der euro-islamische Dialog, Seminare für Kulturakteure oder das Forum Kulturpolitik des Goethe-Institutes sind nur einige Beispiele für eine wachsende Zahl deutsch- bzw. europäisch-mediterraner Initiativen und Institutionen.

Im interkulturellen Dialog spielt die zunehmende Zahl der Künstler, Kulturschaffenden und Experten mit Migrationshintergrund eine wichtige Rolle. Dabei formt sich ein Bild von Deutschland, das die geschichtsbezogene Vorstellung des Landes der Dichter und Denker bereichert und Deutschland in den globalen kulturellen Zusammenhängen verankert. Die deutsche Philosophie und Wissenschaft oder deutsche Erfindungen, welche die Weltgeschichte prägten, tragen noch immer erheblich zu einem positiven Deutschlandbild in islamisch geprägten Ländern bei. Und dabei wird das immer schon regional vielfältige Deutschland noch bunter. Die kulturelle Vielfalt im Inneren prägt den kulturellen Austausch mit seinen Rückwirkungen auf die Integration im Inneren. Kulturelle Ströme weichen damit nationale Grenzziehungen auf. Werden viele Imame in Deutschland ausgebildet und sozialisiert, wirkt dies längerfristig über deutsche Grenzen hinaus. Stellen Künstler mit muslimischen Hintergrund in Deutschland oder deutsche Künstler im Ausland aus, kann dies starre Zuschreibungen aufweichen, denn die Sprache der Kunst ist universell. Die Teilnahme von deutschen Künstlern, die in zwei Kulturen beheimatet sind, wird den kulturellen Austausch und auch das Bild von Deutschland in der islamisch geprägten Welt in Zukunft stärker mitformen.

In vielen Ländern Europas wachsen muslimische Bevölkerungsanteile und die Vielfalt globaler kultureller Ströme nimmt zu. Deshalb ist es sinnvoll, den Dialog und den Austausch mit islamisch geprägten Kulturen im Rahmen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik nicht auf eine nationale Perspektive einzuschränken. Das Konstrukt einer christlich-jüdischen Leitkultur deutscher Lesart richtet sich vor allem nach innen und ist im interkulturellen Dialog wenig hilfreich. Die mutigen Freiheitskämpfer in den arabischen Ländern wecken uns auf und widerlegen allzu starre Zuschreibungen wie Demokratieunfähigkeit oder indoktrinierte Gefolgsamkeit. Die Freiheitsbewegungen in den arabischen Ländern, welche die Welt verändern werden, sollten uns Anlass sein für Offenheit, Dialogbereitschaft und Akzeptanz gegenüber den islamisch geprägten Kulturen. Unsere Aufgabe ist es, mit aller Offenheit, aber auch mit geradem Rücken, in der globalen, europäischen und inländischen Vielfalt der Kulturen für Werte wie Demokratie, Religionsfreiheit, Meinungsfreiheit und Frauenrechte einzustehen, aber auch für kulturelle Vielfalt statt Einfalt oder Zwiespalt. Und dazu gehört auch die Erkenntnis, dass Menschen anderer Kulturen mit uns leben und unsere Kultur mitprägen, egal ob wir das wollen oder nicht.

DIE VERFASSERIN IST OBFRAU DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION IM UNTERAUSSCHUSS AUSWÄRTIGE KULTUR- UND BILDUNGSPOLITIK DES DEUTSCHEN BUNDESTAGS ■

Wider den Geist des Ressentiments

Von Claudia Roth

In den Beziehungen zwischen Politik und Kultur haben Nähe und Ferne jeweils eigene Rechte. So ist es nicht nur legitim, sondern wichtig und richtig, dass Künstlerinnen und Künstler sich einmischen und auch den politisch Verantwortlichen gewissermaßen „auf die Pelle" rücken, um sie für neue Probleme, Sachlagen und Aufgaben zu sensibilisieren. Ohne solche Impulse wäre der politische Diskurs steril, fad und langweilig.

Foto: Reinhard Baumgarten

Hoch bedrohlich wäre es dagegen, wenn Staat und Politik eine Nähe zu den Künsten suchten, die wir aus autoritären Staaten kennen – wenn sie nämlich die Kunstautonomie verletzten und die Kreativen mit Zensur und Verfolgung überziehen würden. Zum Glück sind Freiheit und Unabhängigkeit der Künste bei uns weithin geachtet. Zensorischer und repressiver Ungeist trifft sehr schnell auf den Widerspruch einer lebendigen Zivilgesellschaft, die sich die Rede- und Gedankenfreiheit nicht nehmen lässt – und die auch sehr kritisch reagiert, wenn das anderswo versucht wird, wie nicht zuletzt die Reaktionen auf die Verhaftung Ai Weiweis in China zeigen.
Doch was für die Kultur im engeren Sinne, für Künste und auch Kulturinstitutionen gilt, gilt leider nicht entsprechend für das kulturelle Leben im weiteren Sinn. Respekt und Achtung für andere Lebensweisen, Alltagskulturen und Religionen sind oft nicht so entwickelt, wie es geboten wäre. Hier werden auch von Politik und Verwaltung immer wieder Unterschiede gemacht, die durch unsere Verfassung nicht gedeckt sind. Politiker und Bürokraten haben ausdrücklich keine „Deutsche Leitkultur" zu definieren, um andere Kulturen zu unterwerfen. Sie haben ausdrücklich keine Religionsmonopole aufzurichten, um etwa ein „christliches Abendland" gegen andere Religionen in Stellung zu bringen. Wer es dennoch tut, wie Innen- und Verfassungsminister Friedrich, der den Islam aus Deutschland historisch ausgrenzen will, wird dem Neutralitätsgebot unserer Verfassung nicht gerecht.
Und was Minister Friedrich macht, ist beileibe kein Einzelfall. Ich erinnere an den sogenannten „Muslim-Test", den die Landesregierung von Baden-Württemberg vor einigen Jahren propagierte, oder an diskriminierende Zuzugsregelungen, wonach Ehepartner vor allem aus muslimischen Ländern Deutschkenntnisse nachweisen müssen, solche aus den USA oder Japan dagegen nicht.
Und jenseits der Politik und des staatlichen Handelns, in zahlreichen Medien und Internetforen, ist die Lage oft noch erschreckender. Hier wird flächendeckend und offensiv islamophobes ebenso menschenverachtendes Denken gestreut, mit willkommener Unterstützung von Machwerken wie dem Buch von Thilo Sarrazin, das durch wichtige Medien regelrecht gepuscht wurde. Ja, es existiert inzwischen sogar eine ganze „Ressentiments-Industrie", die von immer neuen und doch immer gleichen „Enthüllungen" über „den" Islam lebt, und die so tut, als hätten wir es beim Islam mit einem monolithischen Block zu tun und nicht mit einer riesigen Vielfalt von Strömungen und Richtungen.
Was da an vorurteilsgeleitetem Denken mit voller Wucht über uns hereinbricht, hat der frühere Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, bereits 1999, kurz vor seinem Tod, scharfsichtig beschrieben, als er das herrschende Islambild mit dem Bild vom Judentum im 19. und frühen 20. Jahrhunderts verglich.
Besonderes Gewicht bekommt im islamophoben Diskurs ein Element, dass ich als ehemalige Theaterdramaturgin probehalber als „performative Selbstrechtfertigung" bezeichnen möchte. Denn es ist schon auffällig, wie die Autoren des Ressentiments und die sie fördernden Politiker die allermeisten ihrer Äußerungen mit einer potemkinschen Fassade aus Liberalität und Progressivität einkleiden. Die reaktionärsten Politiker, die jahrzehntelang gegen Frauenrechte kämpften, tun so, als bekämpfen sie den Islam nun plötzlich im Namen der Rechte der Frau. Rassistische und radikal antiislamische Webblogs gerieren sich als die letzten Vertreter der liberalen Demokratie. Und Sarrazin kämpft natürlich im Namen der Redefreiheit: „Man wird ja wohl noch sagen dürfen ..."
Bezeichnend ist auch, dass das Lager, das hier gebildet wird, sich neuerdings auch als christlich-jüdisches Abendland definiert. Also jahrhundertelang verfolgte Angehörige jüdischen Glaubens werden mit eingemeindet, wenn es um die Ausgrenzung von Muslimen geht, im Kampf gegen das Zerrbild eines angeblich stets gewalttätigen, undemokratischen und repressiven, in seinem Charakter vorgeblich nicht reformierbaren Islam.
Gegen ein solches ausgrenzendes und islamfeindliches Denken, das den öffentlichen Diskurs vergiftet und dem politischen Populismus den Boden bereitet, brauchen wir heute nichts Geringeres als eine neue Aufklärung. Und ich bin der Zeitung *„politik und kultur"* sehr dankbar, dass sie mit dem Schwerpunktthema Islam hierzu einen Beitrag leistet. Ich bin auch Feuilletonredakteuren wie Patrick Bahners dankbar, dass sie mit engagierten Streitschriften die Mythen und Halbwahrheiten des antimuslimisch-islamfeindlichen Ressentiments analysieren. Ich wünschte, viele weitere Autoren folgten diesem Beispiel, viele Medien aus den Bereichen Wort, Bild und Ton. Denn wer via Populismus Auflage und Quote steigern oder als Politiker Wähler mobilisieren will, der tut dies auf dem Rücken von Minderheiten, auf dem Rücken der Demokratie
Ich wünschte mir auch ein noch geschärfteres Bewusstsein von den Gefahren des Populismus und des Ressentimentdenkens auch bei Kreativen. Denn wer zulässt, dass Ausgrenzung und Diskriminierung in der Alltagskultur salonfähig werden, der muss damit rechnen, dass die Autonomie von Kunst und Kultur das nächste Opfer ist.

DIE VERFASSERIN IST BUNDESVORSITZENDE VON BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN UND OBFRAU VON BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN IM UNTERAUSSCHUSS AUSWÄRTIGE KULTUR- UND BILDUNGSPOLITIK DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES ■

Islam und Aufklärung

Erwartungen an die Entwicklung islamischer Theologie / Von Nikolaus Schneider

Bundespräsident Christian Wulff hat mit dem Satz „Der Islam gehört zu Deutschland" eine kontroverse Debatte ausgelöst. Ich halte den öffentlichen Diskurs über den Satz für notwendig.

Unzweifelhaft ist der Islam durch den gelebten Glauben von Millionen Muslimen in Deutschland angekommen. Allerdings ist auch festzustellen, dass die Formulierung islamischer Theologie oder die Predigt islamischer Gelehrter und Geistlicher nicht aus der wissenschaftlichen Arbeit deutscher Universitäten erwächst. Ich halte es für problematisch, dass Predigten in Moscheen von Geistlichen gehalten werden, die die deutsche Sprache in der Regel nur mühsam beherrschen, nicht über tiefer gehende Kenntnisse des deutschen Lebenskontextes, seiner Kultur und Geschichte verfügen und etwa im Fall der DITIB-Gemeinden nur wenige Jahre in Deutschland leben, um dann von einem neuen Geistlichen aus der Türkei abgelöst zu werden.
Eine diskursfähige islamische Theologie ist an deutschen Universitäten noch nicht ausgebildet. Eine Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern für einen muslimischen Religionsunterricht ist in den ersten Anfängen. Das gleiche gilt für die Einführung eines islamischen Religionsunterrichtes an deutschen Schulen gemäß den Vorgaben des Grundgesetzes. Wir kennen noch keine akademische Imam-Ausbildung an deutschen Universitäten, die die Geistlichen instand setzen würde, in Unterricht, Seelsorge und Predigt Hilfe und Orientierung für ein Leben in der bundesrepublikanischen Gesellschaft anzubieten.
All das aber scheint mir erforderlich zu sein, damit der Islam in umfassenderen Sinn zu Deutschland gehört. Ich begrüße ausdrücklich, dass diese Bemühungen nun vorangetrieben werden.
Die Aufklärung ist eines der Grunddaten wissenschaftlichen Denkens der Natur- und Geisteswissenschaften an deutschen Universitäten. Nach der klassischen Definition von Immanuel Kant ist unter Aufklärung „der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit" zu verstehen. Was bedeutet das für unsere Überlegungen?
In wissenschaftlicher Perspektive kann die Wahrheit von Aussagen nicht durch eine gesellschaftliche oder kirchliche Instanz festgelegt und – wie z. B. durch die mittelalterliche Inquisition – mit Feuer und Schwert durchgesetzt werden. Um zu „wahren Aussagen" zu kommen, muss eine dem Gegenstand der Untersuchung angemessene Fragestellung erarbeitet werden. Die zur Anwendung kommende Methodik muss erläutert und begründet werden und alle Hilfsmittel sind vollständig anzugeben. Vor allem der Zusammenhang von Wahrheit und Methode ist ausschlaggebend für wissenschaftliches Arbeiten.
Wissenschaftliche Arbeit hat logisch korrekt zu verfahren und die Ergebnisse als „wahre Einsicht" zu formulieren, die sofort wieder dem kritischen wissenschaftlichen Diskurs ausgesetzt werden muss und dabei auch korrigiert werden kann.
Es gehört zu den Grundbedingungen wissenschaftlicher Arbeit im Bereich der Geisteswissenschaften, dass kein Gesprächsteilnehmer seine Positionen mit Gewalt oder durch Inanspruchnahme von Wahrheitsquellen durchsetzen kann, die anderen nicht zur Verfügung stehen. Es zählen allein die Argumente, korrektes wissenschaftliches Verfahren und die Gleichrangigkeit aller Gesprächsteilnehmer.
Dass diese Art wissenschaftlichen Arbeitens für die christlichen Theologie auch zu gelten hat, wenn sie am Diskurs universitärer Wissenschaft teilnehmen will, musste mühsam erstritten werden und ist bis heute nicht für alle Christenmenschen selbstverständlicher Teil ihres Wahrheitsverständnisses.
Schon Immanuel Kant hat seine Erkenntnisse in dem Bewusstsein formuliert, dass der wissenschaftliche Wahrheitsbegriff sich mit dem Wahrheitsbegriff des Glaubens überschneidet oder sich von ihm absetzt. Die Wahrheit des Glaubens ist immer eine existentielle Wahrheit der Gläubigen, bei der zur Glaubenskenntnis die Erfahrung und Lebensbewährung des Glaubens hinzutritt oder auch den wissenschaftlichen Wahrheitsbegriff ersetzt.
Bei all diesen Überlegungen muss man sich klarmachen, dass heute mit dem Begriff „Aufklärung" Errungenschaften verbunden werden, die in der mit diesem Terminus bezeichneten Epoche keineswegs erreicht wurden. Weder hat es ein Gesellschaftsverständnis gegeben, das wir heute als Demokratie kennen, noch eine gesellschaftliche Gleichstellung von Mann und Frau, noch Menschenrechte in ihrer heutigen Ausformung – um nur diese Beispiele zu nennen. Doch haben die geistesgeschichtlichen und politischen Umwälzungen jener Zeit über die Aufklärung einen enormen Schub für die Entwicklung zu einer modernen Gesellschaft bedeutet, wie sie die Bundesrepublik Deutschland heute ist.

Weiter auf Seite 7

Fortsetzung von Seite 6

Aus christlicher Perspektive muss man anmerken, dass sich diese epochalen Veränderungen sicherlich nicht so ereignet hätten, wenn nicht in den vorausgehenden Jahrhunderten durch die Reformation und die durch sie ausgelösten Entwicklungen wesentliche Voraussetzungen gelegt worden wären. Die reformatorische Erkenntnis von der Freiheit und Verantwortung eines Christenmenschen vor Gott und die Loslösung von kirchlicher, also institutioneller Bevormundung gehört dazu. Auch die Erkenntnis von der Notwendigkeit religiöser Toleranz nach den Schrecken der Religionskriege war ein Wegbereiter des neuen Denkens sowie der Grundsatz, dass es in Glaubens- und Gewissensfragen keinen Zwang geben darf. Es soll in diesem Zusammenhang nicht verschwiegen werden, dass diese Errungenschaften zwar auch durch theologisches Denken hervorgebracht wurden, aber häufig gegen den Widerstand der Kirchen durchgesetzt werden mussten. Reformation und Aufklärung verstehe ich als Grundpfeiler neuzeitlichen Denkens, doch das wurde auch von den Kirchen der Reformation bis weit in das 20. Jahrhundert hinein eher als Gefährdung von Tradition und Rechtgläubigkeit gesehen.

Vor dem Hintergrund dieser Voraussetzungen benenne ich nun einige Erwartungen an die islamische Theologie im Kontext universitärer Arbeit an deutschen Universitäten. Der Begriff „Erwartungen" darf dabei nicht als „Forderungen" missverstanden werden. Ich erwarte vielmehr, dass sich Entwicklungen aufgrund des wissenschaftlichen Diskurses vollziehen werden. Ich freue mich darauf, ein „Leben-Mohammed" Buch lesen zu können, in dem der Forschungsstand und Fortschritt der Arbeiten zum historischen Leben des Propheten Mohammed zusammengefasst und die weiteren Forschungsaufgaben beschrieben werden.

Ganz besonders bin ich an einer Koranwissenschaft interessiert, die in Exegese und Theologie zum Beispiel religionsgeschichtliche Fragestellungen anwendet und die Entstehung bzw. Entwicklung des Koran auf dem Hintergrund der gesellschaftlichen, religiösen und politischen Verhältnisse seiner Entstehungszeit darstellt – und zwar als Grundlage islamischer Theologie.

Foto: Reinhard Baumgarten

Spannend wäre es zu erfahren, was die Anthropologie des Islam zu Psychoanalyse wie überhaupt zu den modernen Humanwissenschaften zu sagen hat und ob islamische Theologie versucht, die Erkenntnisse dieser Wissenschaften für das eigene Denken fruchtbar zu machen.

Ich will nicht behaupten, dass es ein solches islamisch-theologisches Denken nicht oder noch nicht gäbe. Es kann aber festgestellt und bedauert werden, dass dieses Denken nur eine geringe Resonanz und Breitenwirkung innerhalb des mir begegnenden Islam entfalten konnte.

Im Dialog wird man wohl nur weiterkommen, wenn Muslime dabei ihren eigenen Weg finden. Die Öffnung für den akademischen Diskurs in den Universitäten der Bundesrepublik scheint mir dabei ein sehr erfolgversprechender Weg zu sein. Der Diskurs der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf Augenhöhe wird unserer Gesellschaft helfen, einen gemeinsamen Weg mit Menschen islamischen Glaubens zu gehen. Der Islam ist in Deutschland angekommen und er wird gemeinsam mit den anderen in Deutschland beheimateten Religionen und Weltanschauungen die Gesellschaft prägen und verändern.

DER VERFASSER IST PRÄSES DER EVANGELISCHEN KIRCHE IM RHEINLAND UND VORSITZENDER DES RATES DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN DEUTSCHLAND ■

Recht und Islam

Gabriele Schulz im Gespräch mit Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

Islam · Kultur · Politik: Frau Ministerin, das Thema Ihres Rechtspolitischen Neujahrsempfangs in diesem Jahr war „Islam und Recht". Wie sind Sie auf dieses Thema gekommen?

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger: In unserer Gesellschaft hat es in den vergangenen Jahren einen Wechsel der Stimmung hinsichtlich des Islams gegeben. Früher haben Muslime ihre Integrationschancen höher eingeschätzt, und sie haben sich für dieses Ziel auch angestrengt. Mittlerweile schlägt ihnen eine Welle der Ablehnung und Ausgrenzung entgegen. Menschen werden auf Grund ihres Glaubens oder auch nur ihrer Herkunft unter Generalverdacht gestellt. Das demotiviert, auch wenn Integration keine Einbahnstraße ist und Migranten ihren Teil zum Gelingen beitragen müssen. Wenngleich historische Vergleiche nie ganz passgenau sind, so sehe ich Tendenzen, wie es sie schon einmal in Deutschland gab, und zwar am Ende des 19. Jahrhunderts während der Zeit des Kulturkampfes. Damals suchte das gerade gegründete und preußisch geprägte Kaiserreich einen Aufbaugegner und meinte, ihn im Katholizismus zu finden. Viele der damaligen Argumente gegen den Katholizismus, wie etwa seine vorgebliche Modernisierungsfeindlichkeit, eine angebliche Bildungsferne und seine vorgebliche Bindung an die päpstliche Auslegung an Stelle der Gesetze, tauchen wie unheimliche Widergänger in der heutigen Debatte auf. Darauf wollte ich aufmerksam machen.

Islam · Kultur · Politik: Sehen Sie als Justizministerin ein Spannungsfeld zwischen Religion und Recht?

Leutheusser-Schnarrenberger: Die inneren Überzeugungen und der äußere Zwang des Rechts stehen immer in einem Spannungsverhältnis. Das gilt für alle Arten von Überzeugungen, gleich ob sie eine religiöse oder weltanschauliche Wurzel haben. Auch religiöse Regeln können in Konflikt mit dem Recht geraten, das betrifft das Glockengeläut der Kirchen genauso wie den Ruf vom Minarett. Aus Sicht des Rechts gibt es dabei keinen Unterschied, denn sowohl Christen wie Muslime können sich auf ihre im Grundgesetz geschützte Religionsfreiheit berufen. Die Ausübung dieser Freiheit darf aber nicht dazu führen, dass andere Menschen in ihren Rechten unzulässig eingeschränkt werden. Die Grenzziehung zwischen Religion und Recht ist deshalb auf dem Boden des Rechts in jedem Einzelfall zu treffen. Wichtig ist, dass es keinen Vorrang einer Religion vor einer anderen und keine Bevorzugung einer Religion vor dem Recht gibt.

Islam · Kultur · Politik: In der politischen aber auch in der gesellschaftlichen Debatte wird oft ein Gegensatz zwischen dem jüdisch-christlichen Erbe und dem Islam aufgemacht. Wie sehen Sie das?

Leutheusser-Schnarrenberger: Der Begriff christlich-jüdisch klingt beim ersten Hören sympathisch, wobei ich mich aber frage, ob die damit einhergehende Vereinnahmung des historisch in unserem Land verfolgten Judentums von den Deutschen jüdischen Glaubens überhaupt mehrheitlich geteilt wird. 2.000 Jahre europäischer und deutscher Geschichte können nicht auf

Weiter auf Seite 8

Foto: Reinhard Baumgarten

Fortsetzung von Seite 7

Interview Leutheusser-Schnarrenberger

dieses ausgrenzende Wortpaar verkürzt werden. Das Säkulare und die Suche nach rationalen Erklärungen sind Teil unserer Ideengeschichte. Wir haben über einen furchtbaren Religionskrieg und rassische Verfolgung gelernt, dass Toleranz und Akzeptanz und nicht Ausgrenzung die Wurzel unserer Gesellschaft bilden. Was hat die Integrationschance eines sozial schwachen Deutschen oder Muslims heute damit zu tun, dass die Franken im Jahr 732 eine Schlacht gewonnen haben, wo noch nicht einmal mittelalterliche Quellen dies für ein bedeutendes Ereignis hielten, oder der französische König mit dem Sultan verbündet war, als die Türken vor Wien standen? Wichtig ist doch, dass beide Bildung erlangen und lernen, gut mit arabischen Ziffern umzugehen. Die Grundlage unserer Gesellschaft wird durch keine bestimmte Konfession und keine ausgewählte Gruppe von Konfessionen gebildet. Die Basis unseres Zusammenlebens bilden das Grundgesetz, die darin garantieren Grundrechte und die tragenden Institutionen im Sinne des Verfassungspatriotismus. Die Rechte unserer Verfassung, wie Menschenwürde, Meinungsfreiheit und die Gleichbehandlung der Geschlechter kommen Christen, Muslimen und den vielen anderen gleichermaßen zu. Unser Blick sollte sich auf das Individuum und nicht auf eine Gruppe richten. Weder Muslime noch Christen lassen sich als fest umrissene Einheit fassen. Hinter diesen Bezeichnungen stehen individuelle Menschen mit individuellen Rechten. Das bedeutet auch, dass derjenige, der die Rechte anderer beschränkt, die daraus entstehenden Rechtsfolgen zu tragen hat. Ein Ehrenmord ist ein Mord und eine Zwangsheirat wird als Nötigung bestraft. Der Rechtsstaat ist nicht blind für Straftaten, er urteilt ohne Ansehen der Religion.

Islam · Kultur · Politik: Wird durch einen Rechtspolitischen Neujahrsempfang der Islam nicht besonders hervorgehoben? Oder wollten Sie damit zu einer Versachlichung der Debatte um den Islam beitragen?

Leutheusser-Schnarrenberger: Das Bundesjustizministerium hatte zu der Rede den angesehenen Islam- und Rechtswissenschaftler Professor Mathias Rohe von der Universität Erlangen eingeladen. Mir ging es um eine Versachlichung der Debatte und das ist auch gelungen. Ich habe viel Zuspruch und noch mehr Zuschriften erhalten, darunter aber auch solche, die mit Zitaten aus der 1.400 Jahre alten Schrift des Korans belegen wollten, dass von der Religionszugehörigkeit eine Gefahr ausgehe. In der Rede hatte ich aus der Bibel zitiert. Im Alten Testament wird historisch bedingt viel Blut von Andersgläubigen vergossen, während die Evangelien viel von Nächstenliebe berichten. Auch der Koran enthält Botschaften zum friedlichen Miteinander. Diese Stellen habe ich in den kritischen Zuschriften vermisst. Mir scheint hier noch viel Aufklärungsarbeit notwendig.

Islam · Kultur · Politik: Im März fand das zweite Plenum der zweiten Runde der Deutschen Islamkonferenz statt. Sehen Sie für die Deutsche Islamkonferenz Entwicklungsperspektiven oder hat sie ihren Zweck, mit einem Dialog zu beginnen, erfüllt?

Leutheusser-Schnarrenberger: Im Moment sehe ich leider die Gefahr, dass die Islamkonferenz zu einem Ort der Konfrontation wird. Der Streit darüber, welche Religion Deutschland in der Vergangenheit wie stark geprägt hat, mag von historischem Interesse sein, ist aber keine schöne Begleitmusik für eine Konferenz, die Integration für die Gegenwart und Zukunft fördern soll. Auch der Vorschlag einer Sicherheitspartnerschaft nimmt den muslimischen Glauben nicht als Teil von Deutschland wahr, sondern als Quelle von Extremismus und Radikalisierung. Hier wird der Islam aller Gläubigen mit dem Fanatismus weniger Islamisten gleichgesetzt. Zudem ist das Thema Islam und Innere Sicherheit schon lange Bestandteil der Islamkonferenz. Die Reaktionen der Teilnehmer sollten uns nochmals an unsere Integrationsverantwortung erinnern. Es hinterlässt Fragezeichen, wenn die in der Konferenz vertretenen Muslime offener für andere Religionen wirken als die staatlichen Vertreter.

Islam · Kultur · Politik: Wie schätzen Sie, wird die Diskussion um den Islam in Deutschland gerade unter rechtspolitischer Perspektive weitergehen? Wird es eine spannende und spannungsgeladene Diskussion bleiben oder wird es vielleicht in einigen Jahren genauso selbstverständlich wie es Professuren für Kirchenrecht gibt auch welche für Islamisches Recht geben?

Leutheusser-Schnarrenberger: Langfristig müssen wir zu einer Normalisierung gelangen. Das öffentliche Abarbeiten am Islam dient letztlich der einseitigen politischen Profilbildung und darin liegt eine große Gefahr. In unseren Nachbarstaaten verlieren die großen und vor allem auch die christlichen Parteien an Bedeutung und machen Platz für kleine chauvinistische Bewegungen. Ob und wie an den Universitäten Lehrstühle für islamisches Recht eingerichtet werden, ist eine Sache der Hochschulen. Wobei zwischen dem Staatskirchenrecht als dem Recht, das die Beziehungen zwischen den Kirchen und dem Staat regelt, und dem islamischen Recht, das sowohl religiöse als auch rechtliche Normen beinhaltet, Unterschiede bestehen. Ich würde einen entspannten Umgang begrüßen.

Islam · Kultur · Politik: Der Islam ist in Deutschland keine anerkannte Religionsgemeinschaft, da er anders als beispielsweise die Kirchen verfasst ist. Sehen Sie hier für die nächste Zukunft Entwicklungsperspektiven? Oder besteht Ihrer Ansicht nach gar nicht das Erfordernis nach einer Anerkennung als Religionsgemeinschaft?

Foto: Reinhard Baumgarten

Leutheusser-Schnarrenberger: Der Islam ist gänzlich anders verfasst als die christlichen Kirchen. Es gibt weder Papst noch Bischöfe, die Vertragspartner des Staates sein könnten. Die islamischen Gemeinden sind auch höchst unterschiedlich hinsichtlich ihrer Konfessionen und hinsichtlich der Herkunftsländer der Gläubigen verfasst. Der rechtliche Status einer anerkannten Religionsgemeinschaft kann deshalb nicht dem Islam als solchem zuerkannt werden. Anders verhält es sich mit der einzelnen Moscheegemeinde, die aber natürlich vergleichsweise klein ist. Daher wäre es wünschenswert, wenn die Muslime sich so koordinieren könnten, dass sie wenigstens in den wichtigen Fragen, die ihr Verhältnis zum Staat betreffen, möglichst mit einer Stimme sprechen könnten.

Islam · Kultur · Politik: Vielen Dank für das Gespräch.

SABINE LEUTHEUSSER-SCHNARRENBERGER IST BUNDESJUSTIZMINISTERIN. GABRIELE SCHULZ IST STELLVERTRETENDE GESCHÄFTSFÜHRERIN DES DEUTSCHEN KULTURRATES ■

Foto: Reinhard Baumgarten

Islam · Kultur · Politik

Regelmäßige Beilage zu politik und kultur
ISSN 2191-5792

Erscheint als Beilage zur Zeitung *politik und kultur*, herausgegeben von Olaf Zimmermann und Theo Geißler. Die Beilage wird in Kooperation mit der Robert Bosch Stiftung herausgegeben.

Deutscher Kulturrat
Chausseestraße 103, 10115 Berlin
Tel: 030/24 72 80 14, Fax: 030/24 72 12 45
www.kulturrat.de, E-Mail: post@kulturrat.de

Redaktion:
Olaf Zimmermann (verantwortlich),
Olaf Hahn, Gabriele Schulz,
Stefanie Ernst, Patrick Klügel

Verlag:
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23,
93053 Regensburg
Internet: www.conbrio.de
E-Mail: conbrio@conbrio.de

Herstellung, Layout:
ConBrio Verlagsgesellschaft
Petra Pfaffenheuser

Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder.

politik und kultur bemüht sich intensiv um die Nennung der Bildautoren. Nicht in allen Fällen gelingt es uns, die Bildautoren ausfindig zu machen. Wir freuen uns daher über jeden Hinweis und werden nicht aufgeführte Bildautoren in der nächsten erreichbaren Ausgabe von *politik und kultur* nennen.

Gefördert aus Mitteln der Robert Bosch Stiftung.